Donnerstag, 10. November 1983 · D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 263 - 45.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Verstimmung ausgeräumt? Jetzt müsse alles getan werden, damit Grenada zu einer echten Demokratie zurückkehren könne, erklären Premierministerin Thatcher und Bundeskanzler Kohl gemeinsam vor der Presse. Die Diskussion um die Zweckmässigkeit der US-Intervention müsse beendet werden. Sie hatte zu vorübergehender Verstimmung zwischen USA und London und Bonn geführt.

Verhaftungen in „DDR": Mehrere in der kirchlichen Jugend- und Friedensarbeit engagierte Personen sind nach Angaben der Frankfurter Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) im sächsischen Riesa verhaftet worden.

Dialog Israel–Kairo: Erstmals seit der Eskalation des Libanon-Konflikts Mitte vergangenen Jahres haben Israel und Ägypten ihre direkten Unterredungen auf offizieller Ebene wiederaufgenommen.

Keine Reiseerleichterung: Die SED-Führung lehnte nach wie vor Gespräche mit dem Berliner Senat über Reiseerleichterungen ab, berichtet Senatsbeauftragter Kunze nach Gesprächen im „Außenministerium" der „DDR".

Popularität Reagans: Nach Umfrage der „Washington Post" erreichte sie eine Woche nach der Intervention gegen einen Ausbau Grenadas zu einem sowjetischen Militärposten ihren Höhepunkt seit zwei Jahren. 63 Prozent stehen zu Reagan, 71 Prozent billigen das Eingreifen in der Karibik.

Zwangsarbeiter: Die Sowjetunion setzt nach Erkenntnissen des US-Außenministeriums mehr als vier Millionen Zwangsarbeiter in der Produktion ein. Etwa 10 000 davon seien politische Häftlinge.

Bischofswort: Die französischen Bischöfe bezeichnen die atomare Abschreckung als legitim und moralisch vertretbar. Einseitige Abrüstung würde den Westen.

Gemeinsamkeiten: Die Berliner SPD-Fraktion hat sich für ein „gemeinsames Programm beider deutscher Staaten zur Friedenserziehung" ausgesprochen.

Heute: Kirchliche Festveranstaltung zum 500. Geburtstag Luthers in der „DDR". – Graf Lambsdorff reist in die Sowjetunion. – Kanadas Premier Trudeau in Bonn. – Deutsch-amerikanische Konferenz über Verteidigungspolitik der Adenauer-Stiftung.

WELT-REPORT Bier '83

Bier ist in die Schlagzeilen geraten: Brüssel will das Reinheitsgebot fällen, Bonn denkt über eine Einwegsteuer nach. Um Bier wurde häufig gestritten, als die Mönche ihr Braurecht verteidigten, als die Böttcher um den 1. Mai als Tag der Arbeit streikten. – Ein 96seitiger Farbreport der WELT.

WIRTSCHAFT

Teuerung: Die Teuerungsrate im Oktober lag gegen den Vormonat bei 2,6 Prozent verglichen mit 2,9 Prozent im September und drei Prozent im August. Der Lebenshaltungskosten-Index blieb von Mitte September bis Mitte Oktober unverändert.

Bau-Expansion: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnet für 1984 mit einer noch kräftigeren Expansion der Bautätigkeit als 1983. (S. 12)

Bleifreies Benzin: Der Verband der Deutschen Automobilindustrie (VDA) rechnet mit jährlichen Mehrkosten von 500 Mark für einen Mittelklassewagen bei der Umstellung.

Dresdner Bank: Das ordentliche Ergebnis 1983 wird das des Vorjahres deutlich übertreffen, erklärt Vorstandssprecher Friderichs. Den Satz der erwarteten höheren Dividende wollte er allerdings nicht nennen.

Börse: Ausländeraufträge ließen an den Aktienmärkten die Kurse der Spitzenwerte weiter steigen. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 146,9 (146,1). Dollarmittelkurs 2,6747 (2,6811) Mark. Goldpreis pro Feinunze 380 (382,25) Dollar.

ZITAT DES TAGES



»Wir gehören mit den Polen zusammen wie mit den Franzosen. Wir müssen die europäische Teilung überwinden. Dazu gehört, nicht nur als deutsche, sondern auch als europäische Aufgabe: Berlin stärken!«

Bundestagspräsident Rainer Barzel in einem Vortrag vor dem deutsch-französischen Institut in Ludwigsburg (Seite 10)
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Schriftsteller: 50 Mitglieder des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) haben den VS-Vorsitzenden Bernt Engelmann zum Rücktritt aufgefordert. Begründung: unter anderem die Kampagne Engelmanns gegen Schriftsteller, die die „DDR" verlassen mußten. Unterschrieben haben neben anderen Günter Grass und Siegfried Lenz.

„Europäologie": Der Europarat fordert die Einrichtung von Lehrstellen für Europakunde an den Universitäten.

SPORT

Rallye-Sport: Neben dem Audi Quattro wird jetzt ein zweiter vierradgetriebener Rallye-Wagen gebaut. Der Porsche (2,8 Liter, 225 PS und 260-Liter-Tank) soll die Rallye Paris-Dakar mitfahren. Er wird im Auftrag von Formel-1-Star Ickx gebaut.

Radsport: Mit einem Sieg des Schweizers Urs Freuler und des Holländers René Pijnen endete das Münchner Sechstagerennen. Auf den zweiten Platz knapp geschlagen kam der Frankfurter Dietrich Thurau mit seinem dänischen Partner Gert Frank. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Niedrigwasser: In den deutschen Flüssen wird das Wasser knapp. Wenn der Pegelstand der Donau noch um 20 Zentimeter sinkt, muß die ohnehin nur noch mit einem Drittel Beladung fahrende Schiffahrt ganz eingestellt werden. (S. 24)

Wetter: Unverändert; sonnig nach unterschiedlicher Nebelauflösung. Mild.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kanzler will Diskussion über Grenada nicht fortsetzen

Kohl und Thatcher: Das Bündnis wurde durch das Ereignis nicht geschwächt

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl will die Diskussion über die Zweckmäßigkeit der amerikanischen Intervention in Grenada nicht fortsetzen, sondern „in die Zukunft blicken". Gemeinsam mit der britischen Premierministerin Margret Thatcher erklärte er gestern vor der Presse in Bonn, man müsse jetzt alles tun, damit Grenada die Chance erhalte, zu einer wirklichen Demokratie zurückzukehren. Damit scheint die vorübergehende Verstimmung zwischen der US-Regierung und der Bundesregierung ausgeräumt zu sein.

„Wir haben aus dem Meinungsaustausch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Dam die Gewißheit gewonnen, daß es auch unseren amerikanischen Freunden darum geht, so schnell wie möglich wieder normale Verhältnisse auf Grenada herbeizuführen", sagte der Kanzler.

Die beiden Regierungschefs kamen in ihren Konsultationen zu dem Schluß, daß die NATO durch die Ereignisse in Grenada nicht in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Man habe die gemeinsame Überzeugung, daß nur im NATO-Bündnis die Interessen und Grundanschauungen des Westens gewahrt werden könnten und daß dieses Ziel durch nichts zu beeinträchtigen sei, versicherte Kohl. „Gerade in dieser Stunde ist es wichtig, die freundschaftliche Verbindung mit den Vereinigten Staaten zu betonen."

Noch am Dienstagabend hatte der Kanzler vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt, daß er die erste Stellungnahme der Bundesregierung zu dem amerikanischen Eingreifen in Grenada aus der damaligen Sicht weiterhin für richtig halte. In seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Frau Thatcher kam er jedoch auf die Formel, Bonn hätte von der Intervention abgeraten, wenn es vorher konsultiert worden wäre, nicht mehr zurück.

SEITE 4:
Tagesgespräch in München

Der stellvertretende US-Außenminister Kenneth Dam hatte dem Bundeskanzler und auch Bundesaußenminister Genscher am Dienstagabend ausführlich die amerikanischen Beweggründe für die Grenada-Aktion dargelegt. Er „würdigte" dabei nach Angaben von Regierungssprecher Jürgen Sudhoff die Stimmenthaltung der Bundesrepublik in der UNO-Vollversammlung – offenbar in Anspielung darauf, daß einige NATO-Partner sogar der Verurteilung Washingtons zugestimmt hatten.

Der amerikanische Botschafter Arthur Burns sagte nach dem Gespräch: „Nun fühlt sich der Kanzler natürlich besser informiert als vorher. Er war dankbar für das, was er erfahren hat. Das Ergebnis war, daß der Kanzler und der Außenminister künftig eingehend unterrichtet werden, nicht nur täglich, sondern stündlich, über jede mögliche weitere Entwicklung." Burns betonte, es habe keinen „Ärger" in Washington über Bonn gegeben. „Wir waren nur nicht ganz glücklich mit der europäischen Reaktion."

Reagans Ansehen stieg nach Grenada

63 von 100 Amerikanern mit dem Präsidenten zufrieden / Mittelamerika-Debatte in der UNO

DW. **Washington/St. George**

US-Präsident Ronald Reagan hatte eine Woche nach der Intervention amerikanischer Truppen auf der Karibikinsel Grenada seinen höchsten Popularitätsstand in den USA seit zwei Jahren erreicht. Die „Washington Post" veröffentlichte jetzt das Ergebnis einer Meinungsumfrage: 63 Prozent der Befragten erklärten sich mit Reagans Politik einverstanden. 71 Prozent der Amerikaner billigten die militärische Aktion in Grenada, und nur 22 Prozent sprachen sich gegen sie aus. Reagan hätte gegenwärtig im Falle von Präsidentschaftswahlen gegenüber allen denkbaren Gegenkandidaten größte Chancen, wiedergewählt zu werden.

Nach der Rückkehr der Kongreßkommission aus Grenada nach Washington hat der Delegationsleiter Thomas Foley abermals erklärt, daß die meisten Delegationsmitglieder sich der Ansicht von US-Präsident Reagan über die Notwendigkeit der Intervention angeschlossen hätten. Angesichts der politischen Gewalt und dem Fehlen einer legalen Regierung seien die tausend Amerikaner auf Grenada in Gefahr gewesen. Foley sprach sich jedoch für einen möglichst raschen Abzug der amerikanischen Truppen von der Karibikinsel aus.

Die letzten 102 gefangengenommenen Kubaner haben nach amtlichen amerikanischen Angaben die Rückkehr in ihre Heimat angetreten. Mit ihnen verließ auch eine Gruppe von Angehörigen des kubanischen Botschaftspersonals Grenada. Der Oberkommandierende der amerikanischen Interventionstruppen, General Jack Ferris, berichtete jedoch, es hielten sich noch etwa 50 kubanische Widerstandskämpfer in den grenadischen Wäldern versteckt. Rund 2000 amerikanische Soldaten seien im Einsatz, um die versprengten Heckenschützen aufzustöbern.

SEITE 5:
Vierter Stand gegen Reagan

In der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York begann eine mehrtägige Debatte über die Lage in Mittelamerika. Der nicaraguanische Außenminister Miguel d'Escoto warf den Vereinigten Staaten vor, einen Krieg zwischen Honduras und Nicaragua provozieren zu wollen. Die amerikanische Chefdelegierte Jeane Kirkpatrick erklärte demgegenüber, Nicaragua „habe nicht eine Spur von Beweisen" zur Untermauerung seiner Anschuldigungen gegen die USA vorgebracht. Frau Kirkpatrick erklärte, die USA seien der wiederholten Anschuldigungen und Versuche Nicaraguas, von den Vereinten Nationen „symbolische Unterstützung zu erhalten", überdrüssig.

Alle Redner der Eröffnungssitzung sprachen sich für eine Verhandlungslösung in Mittelamerika aus und äußerten sich anerkennend über die Vermittlungsbemühungen der Contadora-Gruppe, der Mexiko, Panama, Venezuela und Kolumbien angehören. An der amerikanischen Mittelamerika-Politik wurde dabei wiederholt Kritik geübt.

Frankreichs Bischöfe für Abschreckung

Warnung vor einseitiger Abrüstung des Westens / „Erpreßbarkeit durch Moskau droht"

A. GRAF KAGENECK, **Lourdes**

Mit der überwältigenden Mehrheit von 93 gegen zwei Stimmen haben sich die katholischen Bischöfe Frankreichs zur Politik der atomaren Abschreckung in der derzeitigen weltpolitischen Lage bekannt. Auf ihrer Jahreskonferenz im Wallfahrtsort Lourdes warnten die Bischöfe davor, der pazifistischen Forderung nach einseitigen Abrüstungsschritten zu folgen, weil diese mit der Gefahr für den Westen verbunden wären, „sich der Erpressung durch die Sowjetunion auszusetzen".

Damit unterscheiden sich die katholischen Bischöfe Frankreichs unter anderem von ihren nordamerikanischen Amtsbrüdern, die die nukleare Abschreckung „als unmoralisch" bezeichnet hatten. Die Erklärung von Lourdes bewegt sich auf der Linie der Meinungsäußerungen des deutschen Episkopats zu den Fragen von Frieden und Abrüstung.

In einer 5000-Worte-Erklärung unter dem Titel „Den Frieden gewinnen" nennen die französischen Oberhirten die nukleare Abschreckung als „noch legitim" und stellen die Frage: „Hat ein Land, das sich in seinem Leben, seiner Freiheit und seiner Identität bedroht sieht, in den augenblicklichen geopolitischen Gegenbenheiten Europas nicht das moralische Recht, dieser radikalen Bedrohung durch eine wirksame Gegenbedrohung, und sei sie nuklearer Natur, entgegenzutreten." Und: „Es heißt dem Frieden zu dienen, wenn man den Gegner dazu zwingt, Vernunft anzunehmen und von einem Angriff abzulassen." Vorher war scharf der „konstante Druck" angeprangert worden, der „auf die westlichen Demokratien ausgeübt wird, mit dem Ziel, sie zu neutralisieren und in die Einflußzone der marxistisch-leninistischen Ideologie" zu zwingen.

Ob die friedliebenden Völker unter solchen Umständen sich nicht denen ausliefern würden, die von einer Ideologie der Beherrschung geleitet werden, fragen die Bischöfe weiter. Friede um jeden Preis bringe ein Volk schließlich dazu, immer wieder zu kapitulieren. Hier wird in dem Text an München 1938 erinnert, wo die westlichen Demokratien sich Hitler unterworfen hätten.

Ihr Ja zur Atombombe als Abschreckung und „Gegendrohung" schränken die Bischöfe indes ein. „Die Drohung mit der Atombombe bedeutet nicht deren Gebrauch. Sie ist nur die Basis der Abschreckung. Das aber vergißt man oft, indem man der Drohung dieselbe moralische Qualifizierung zumißt wie dem Gebrauch der Atombombe. Eine einseitige Abrüstung aber kann die Aggressivität des Nachbarn geradezu herausfordern, indem man bei ihm die Versuchung nährt, sich einer allzu leichten Beute bemächtigen zu können", fügen die Oberhirten hinzu. „Eine Gewaltlosigkeit, wie sie das Evangelium fordert, kann nicht von Staaten für sich in Anspruch genommen werden, die die Pflicht haben, ihre Bürger zu verteidigen."

USA über Syriens Haltung besorgt

Washington nennt Flottenkonzentration vor Libanons Küste „vorbeugende Maßnahme"

AP/dpa/rtr, **Washington/Tripoli**

Die Konzentration amerikanischer Kriegsschiffe vor der Küste Libanons ist von Beamten des US-Verteidigungsministeriums als „vorbeugende Maßnahme" bezeichnet worden, um angesichts gezielter Drohungen von Terroristen „über größere Kampfkraft in der Luft" und mehr Beweglichkeit zu verfügen.

Zu der von Syrien angeordneten Mobilmachung der Streitkräfte sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums lediglich, die Entwicklung werde sorgfältig beobachtet. US-Regierungskreise hatten Anfang der Woche betont, keine Angriffspläne gegen Syrien zu haben. Ein hoher US-Beamter wies aber auf die Beorgnis in Washington über die sich „ständig verhärtende Haltung" Syriens und die Unsicherheit hin, die von den wachsenden Waffenlieferungen der UdSSR für das künftige Verhalten Syriens ausgehe.

Offiziell war die Ankündigung der Entsendung eines amerikanischen Flottenverbandes ins östliche Mittelmeer als „normale" Rotation bezeichnet worden, die vorübergehend für ein oder zwei Wochen zu einer Verdoppelung der Stärke führte. Insgesamt sollen dabei vor der Küste Libanons rund 30 Schiffe mit 250 Kampfflugzeugen zusammengezogen werden.

Die Stellungen der Anhänger des PLO-Vorsitzenden Yassir Arafats sind auch gestern von rebellierenden PLO-Einheiten unter Beschuß genommen worden, obwohl sich beide Seiten im Prinzip auf einen Waffenstillstand geeinigt haben sollen. Syrien und Libyen, die beide die Rebellen innerhalb der PLO unterstützen, forderten Arafat unterdessen auf, die nordlibanesische Hafenstadt Tripoli, in der er sich mit loyalen Einheiten verschanzt hat, zu verlassen.

In Bonn und auch in den anderen westeuropäischen Hauptstädten nahm die Sorge über die Lage in Libanon weiter zu. Nach Angaben der dänischen Regierung will die Europäische Gemeinschaft dem hartbedrängten PLO-Chef Arafat „moralische und politische Unterstützung" gewähren. Wie der dänische Außenminister Uffe Elemann-Jensen mitteilte, wird die EG auf Wunsch Frankreichs eine entsprechende Erklärung abgeben.

Aus Protest gegen die syrische Unterstützung der Rebellen hat das Parlament von Kuwait beschlossen, die Finanzhilfe für Syrien einzustellen. Wie aus unterrichteten Quellen aus Kuwait verlautete, sollen bei der Parlamentssitzung auch die anderen Länder im Golf-Kooperationsrat aufgefordert worden sein, ihre finanzielle Unterstützung für Syrien zu beenden.

Nach Angaben des kuwaitischen Außenministers Scheich Sabah al-Ahmad ist die arabische Ministerdelegation bei ihren Gesprächen mit der syrischen Führung in Damaskus zu einer „grundsätzlichen Einigung" über einen Waffenstillstand in Tripoli gekommen. Das Abkommen werde aber erst dann veröffentlicht werden, wenn es in allen Einzelheiten ausgehandelt sei.

DER KOMMENTAR

Ein klares Wort

AUGUST GRAF KAGENECK

Die katholischen Bischöfe Frankreichs haben sich nicht in die Sicherheitsdebatte gedrängt, die Europa umwühlt. Sie kämpfen auf einem Feld, das sie unmittelbar berührt: Erhaltung der religiösen Privatschulen in ihrem Land. Sie kämpfen gegen die eigene Regierung. Doch ihre nordamerikanischen Amtsbrüder, die protestantischen Kirchen in Westeuropa, die Welle irrationalen Pazifismus in der Bundesrepublik Deutschland veranlaßten sie jetzt aus ernstester Verantwortung für das Überleben der Menschen in Freiheit ein Wort von entwaffnender Klarheit und Logik zum Thema Abrüstung zu sagen.

Die französischen Oberhirten nennen im Gegensatz zu ihren amerikanischen, aber in Übereinstimmung mit ihren deutschen Amtsbrüdern die atomare Abschreckung legitim und moralisch vertretbar. Sie bewahre die Menschheit vor der Gefahr, von einem Herrschaftssystem erpreßt zu werden, das Freiheit und Menschenrechte überall mit Füßen tritt.

Nur die Drohung mit einem gleich vernichtenden Gegenschlag könne die ausdrücklich beim Namen genannte Sowjetunion vor dem Irrtum bewahren, sie könne sich leichter Beute bemächtigen. Die Erpressung mit der Angst vor dem Atomtod sei nichts anderes als der Versuch, die Früchte eines Krieges zu ernten, den man gar nicht erst führen müsse.

Die Bischöfe erklären, die im Evangelium gepredigte Gewaltlosigkeit könne nicht verbindlich sein für den Staat, der die Pflicht habe, das Leben seiner Bürger zu verteidigen. Das ist ein Diktum, das in den Ohren mancher Christen an Gottesfrevel grenzen mag. Aber es kommt aus tiefster Verantwortung. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, daß Waffenlosigkeit gegenüber einem waffenstarrenden Gegner nicht den Frieden wahren, sondern den Krieg provozieren kann.

Frankreichs katholische Kirche ist nicht dafür verantwortlich, daß der Globus heute mit den Arsenalen der Atommächte mehrere Dutzend Mal in die Luft gesprengt werden könnte. Aber sie weiß, daß es nur dann nicht dazu kommt, wenn das Gleichgewicht der Kräfte erhalten bleibt. Dieses aber ist durch den Aufmarsch der sowjetischen SS-20-Raketen zerstört. Es wieder herzustellen, ist auch ein moralischer, ganz und gar pazifistischer Anspruch.

Gemeinsamkeit der Forderungen für EG-Gipfel

Co. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl und die britische Premierministerin Margaret Thatcher waren sich gestern in Bonn darin einig, daß auf dem Athener Europagipfel Anfang Dezember eine gerechte Obergrenze der finanziellen Belastung jedes EG-Mitgliedstaates festgelegt werden sollte. Es sei dringend geboten, die Ausgabendynamik im Agrarbereich zu begrenzen und die Lasten des EG-Haushalts gleichmäßiger zu verteilen, sagte Kohl vor der Presse.

Frau Thatcher fügte hinzu, es müsse auch eine strikte finanzielle Kontrolle aller Ausgaben der EG, vor allem auf dem Agrarmarkt, geben. Sonst bestehe die Gefahr, daß die Mittel versickern. Auf die Frage, ob allen EG-Partnern klargemacht werde, daß Bonn und London nicht länger die Zahlmeister der Gemeinschaft sein wollten, erwiderte die Premierministerin, es sollte eine faire Verteilung der Lasten auf der Grundlage klarer Obergrenzen vereinbart worden. Dies werde einer der wichtigsten Punkte in Athen sein. Gerade deshalb habe sie kein Interesse daran, heute Drohungen auszustoßen.

Der Bundeskanzler betonte: „Wir wollen, daß der Europäische Rat ein Erfolg wird. Wir werden daran entschieden mitarbeiten." Das bedeute, daß das auf dem Stuttgarter Europagipfel geschnürte Paket aufgeschnürt werden müsse. Die EG müsse in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen – auch nach dem Beitritt Portugals und Spaniens. Frau Thatcher bezeichnete diese Beitritte als unbedingt wünschenswert.

Union geht bei Subventionsabbau auf Distanz

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bonner Unionsfraktion steckt jetzt in der Forderung nach Subventionsabbau deutlich zurück. Jedenfalls hat ihre „Arbeitsgruppe Haushalt" gestern empfohlen, den Subventionsabbau bis zur Rückkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse hinauszuschieben.

„Wer weitere namhafte Beträge bei den Ausgabesubventionen kürzen wollte", heißt es, „müßte in Feldern hoher politischer Priorität wie Bergbau, Werften, Stahl, Gemeinschaftsaufgaben, Landwirtschaft, Berlin-Verkehr und Wohnungswesen tief in die Substanz gehen. Dies ist nicht gewollt." Deshalb zwinge vor allem die Situation einiger Krisenbranchen zur Zeit dazu, beim Subventionsabbau einen Widerspruch „zwischen Anspruch und Ergebnis" hinzunehmen, der spätestens bei einer nachhaltigen Änderung der wirtschaftlichen Lage aufgelöst werden müsse.

Wie die Bundesregierung fordert auch die Arbeitsgruppe, Subventionen zeitlich zu befristen und degressiv zu gestalten. Ferner sollten sie mit der Auflage neuer Unternehmenskonzeptionen verbunden werden, durch die künftige Subventionen möglichst überflüssig werden. Grundsätzlich seien alle Subventionen immer wieder auf ihre Berechtigung zu überprüfen. Die seit 1981 eingeleiteten gezielten Subventionskürzungen brächten im Bundeshaushalt 1984 eine Gesamtentlastung von 3,5 Milliarden Mark. Diese Erfolge würden jedoch verdeckt, weil gleichzeitig neue Subventionen gewährt oder aufgestockt worden seien.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Folgsame Griechen

Von Enno v. Loewenstern

Wer noch immer nicht glauben will, daß ein kleiner Prozentsatz Kommunisten eine ganze Bewegung lenken und umlenken kann, den mag die Servilität belehren, mit der eine sechsköpfige griechische Parlamentariergruppe in Berlin nicht nur ihre Gastgeber, sondern die freie Welt schlechthin brüskierte. Fünf von ihnen weigerten sich, die Mauer auch nur zu betrachten – geschweige denn zu kritisieren –, weil der sechste sie nicht sehen wollte. Der aber ist Kommunist, und was ein richtiger Kommunist ist, der ist allemal erst Kommunist und Mauerbauer und dann erst Grieche oder was immer.

Die anderen liefen mit, weil sie mitlaufen wollten; so kennt man das auch hier. Dabei klagte der Athener Parlamentspräsident Alevras beim selben Berlin-Besuch seinerseits über eine Spaltergrenze – die durch Zypern.

Speziell brüskiert wurden außer den Berlinern die Amerikaner, die in besonderem Maß die Sicherheit des freien Teils von Berlin gewährleisten. Dieselben Amerikaner sind der Grund, weshalb die Griechen heute allenfalls in freiwilliger Anbiederung, aber nicht gezwungenermaßen den kommunistischen Weisungen folgen. Im selben Jahr 1948, als die Amerikaner zur Rettung Berlins vor der Sowjetarmee antraten, formulierte Präsident Truman auch seine Doktrin speziell zur Rettung des von den Hilfstruppen angegriffenen Landes der Hellenen.

Links reden und rechts leben ist kein südöstliches Privileg; man kennt es auch von deutschen Professoren und Publizisten. Aber die Art, wie die einst für ihren stolzen Freiheitssinn sprichwörtlich berühmten Griechen es heute im Stil Papandreous praktizieren, erinnert an den verachtungsvollen römischen Ausdruck „Graeculi". War Papandreou nicht auch einmal dankbar dafür, in amerikanischem Schutz leben zu dürfen? Aber wer weiß, vielleicht hält er Würdelosigkeiten dieser Art für balkanesische Schlauheit.

Iberische Querelen

Von Rolf Görtz

Spanier und Portugiesen, die bisher „mit dem Rücken zueinander" lebten, wollen am Freitag zu einer „iberischen Gemeinsamkeit" finden, in der Form eines ersten Treffens der Regierungschefs. Dies kann nur der Stabilisierung Europas dienen. Den Portugiesen fällt die Annäherung nicht leicht, wenn auch die Begründung ihrer Zurückhaltung – die Erinnerung an die Besetzung ihres Landes durch spanische Truppen vor mehr als vierhundert Jahren – etwas anachronistisch erscheint.

Aber als Spanien vor zwei Jahren der NATO beitrat, der Portugal seit ihrer Gründung angehört, da wurden die portugiesischen Bedenken Politik: Lissabon wehrt sich entschieden gegen ein gemeinsames NATO-Kommando, gar mit Präsenz spanischer Truppen auf portugiesischem Boden. Madrid winkte jedoch ab: Wenn überhaupt, dann sind wir nur an einem gemeinsamen Kommando in der Straße von Gibraltar interessiert, und das betrifft nicht Lissabon.

Unter diesen Umständen muß es beunruhigen, daß sich Portugals Ministerpräsident Mario Soares zu einer verschnupften Äußerung über Spaniens Außenminister veranlaßt sieht. Fernando Morán hatte in Madrid das gute Verhältnis zwischen Lissabon und Washington als „übertriebene Abhängigkeit Portugals von den USA" interpretiert und vor einer möglichen Existenz von Nuklearwaffen in Portugal gewarnt: Sie könnten das iberische Gleichgewicht gefährden. Die portugiesischen Sozialisten, die in der Verteidigungsfrage eher den französischen als den spanischen Genossen nahestehen, reagierten auf diese Taktlosigkeit besonders verärgert.

Wahrscheinlich meint Morán den Ausbau der Madeira-Insel Santo Porto zu einem NATO-Stützpunkt. Dabei würde es den europäischen NATO-Partnern insgesamt sehr helfen, wenn etwa die US-Navy darüber hinaus in diesem Raum eine Trägergruppe stationieren könnte. Aber gegen diese enge – und gewiß auch einträgliche – Zusammenarbeit Portugals mit den USA scheint der spanische Außenminister etwas zu haben.

Auch wenn es ein Recht der Spanier ist, ihre NATO-Mitgliedschaft als Faustpfand bei ihren Bemühungen um den Beitritt in die EG zu nutzen – das, was sie gegenüber Portugal veranstalten, hat damit nichts zu tun. Der Sinn ihrer NATO-Mitgliedschaft besteht nicht darin, die NATO-Integration zu bremsen. Und sie können kaum Portugal zur Hilfe beim spanischen EG-Beitritt beflügeln, wenn sie die Portugiesen brüskieren.

Zuständigkeits-Zustände

Von Joachim Neander

Drei deutsche Länderparlamente diskutieren in dieser Woche über die Nachrüstung. Die Anlässe und die Motive unterscheiden sich.

In Bremen will die SPD die neugewählte Bürgerschaft schlicht zu einem „Nein" zur Stationierung bewegen.

In Stuttgart zielt ein SPD-Antrag, etwas differenzierter, auf dem Umweg über die Landesregierung auf eine Entscheidung des Bundesrats gegen die Nachrüstung.

In Mainz schließlich will mit dem CDU-Politiker Bernhard Vogel der Regierungschef des Bundeslandes mit den meisten NATO-Truppen und gleichzeitig der Vorsitzende im auswärtigen Bundesratsausschuß in einer Regierungserklärung zum Thema „Äußerer und innerer Frieden" jedermann deutlich machen, daß gerade dieses Bundesland, seine Regierung und die Mehrheit seiner Bewohner treu zur Politik der Bundesregierung und der NATO stehen.

Dennoch bleibt eines wahr: Kein Land und kein Länderparlament ist hier zuständig. Für die äußere Sicherheit im allgemeinen ist es der Bund, für die Nachrüstung im besonderen sogar nur die Bundesregierung – die alte, die dem Doppelbeschluß zustimmte, die neue, die aus Überzeugung daran festzuhalten gedenkt.

Natürlich ragt eine Sache wie die Friedensdiskussion in alle politischen Entscheidungsbereiche hinein. Und es ehrt jene CDU-Politiker, die der ungeheuer emotionalen Woge dieser Diskussion bis in die Dörfer hinein nicht einfach nur mit dem Hinweis auf die formale Zuständigkeit, sondern offensiv und mit Argumenten entgegentreten möchten.

Aber diese übergeordnete Zuständigkeit hat über das Formale hinaus sehr gute Gründe. Es gibt hier kein regional unterschiedliches „Betroffensein". Wer wollte die Sorge derer, in deren Nachbarschaft Pershing-Raketen installiert werden sollen, wohl abwägen gegen die Ängste der anderen, die sich von den schon stationierten und auf sie gerichteten SS 20 bedroht fühlen? Da gibt es nur eine einzige Verantwortung. Es wäre fatal, würde in den Tagen vor der Stationierungs-Debatte im Bundestag so etwas wie ein föderalistischer Probelauf der Länder stattfinden.



„Wahrscheinlich ist er auf Urlaub in der Karibik..." ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Lärmarm und leider lernarm

Von Heinz Heck

Das Ereignis war Forschungsminister Riesenhuber (CDU) eine Fünfhundertworte-Pressemitteilung wert: „Entwicklung einer lärmarmen Getränkeabfüllanlage abgeschlossen." Das hätten seine SPD-Vorgänger Matthöfer, Hauff und von Bülow nicht anders gemacht. Mehr Liebe zum Detail eines Forschungsprojekts hätten auch sie nicht aufgebracht. Was gibt es Schöneres als eine lärmarme Getränkeabfüllanlage? Doch höchstens eine lärmlose Getränkeabfüllanlage.

Dabei hat Riesenhuber noch zwei Tage zuvor die „Wende in der Forschungspolitik" angekündigt, nach dem Motto: „Der Eigeninitiative eine Chance" (Die WELT vom 3. November). In den dreizehn Jahren sozialliberaler Koalition in Bonn hatte die Union die vor allem auf direkte Projektförderung ausgerichtete Forschungspolitik kritisiert, die immer mehr in Gängelei und Investitionslenkung ausartete und sich mit einem Anschwellen auf zeitweise mehr als sechstausend Projekte selbst ad absurdum führte.

Bedurfte es noch einer Bestätigung für das Scheitern von dreizehn Jahren sogenannter Reformpolitik - die sich doch gerade vorgenommen hatte, uns aus der angeblichen Bildungskatastrophe in die lichten Höhen des technischen Fortschritts zu führen –, so hat sie der SPD-Technologieexperte Steger vorgestern mit der Forderung nach Abschottung gegen japanische Erzeugnisse geliefert. Ausgerechnet in einer so zentralen Frage wie der alle Wirtschaftszweige berührenden Querschnittstechnologie Mikroelektronik wird damit das eigene Versagen eingestanden. Wenn es aber der allmächtige und allwissende Staat nicht geschafft hat, hier auch nur für Anschluß, geschweige denn Vorsprung zu sorgen, dann ist der Kurswechsel in die privaten Hände überfällig.

Auch das Drama um die Finanzierung der „fortgeschrittenen Reaktorlinien" (Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor) hat in den letzten Jahren gezeigt, wie Forschungspolitik nicht gemacht werden sollte. Die weitgehende Abwälzung der Risiken auf den Staat hat zwangsläufig zu einem schlechten und kostspieligen Projektmanagement geführt – auch wenn zusätzlich die Genehmigungsverfahren dafür verantwortlich sind, daß die beiden Reaktorlinien ihrem Attribut „fortschrittlich" keine Ehre mehr machen.

Die Diagnose war also klar, und auch über die Therapie gab es zwischen Unionsparteien und FDP keinen Streit. Schließlich hatte die FDP noch in der alten Koalition den SPD-Kurs in der Forschungspolitik mindestens ebenso vehement kritisiert wie die damalige Opposition. Wenn dennoch die „Wende" nach allgemeinem Eindruck bisher nicht deutlich genug ausgefallen ist und auch Riesenhuber sich so liebevoll einer lärmarmen Abfüllanlage zuwenden kann, so muß das Gründe haben.

Sie liegen einmal in der Forschungsbürokratie selbst. Der Kurswechsel würde, konsequent vollzogen, einen erheblichen Teil der Beamtenschaft – in Wahrheit: das ganze Ministerium – überflüssig machen. Die verbleibenden Aufgaben ließen sich zum Beispiel im Wirtschaftsministerium, einem Ressort mit mehr Gewicht also, wahrnehmen. Wer aber wird schon an seinem eigenen Stuhl sägen, auch wenn Beamten ersatzweise immer ein anderer Stuhl sicher ist? Dann lieber alles tun, um das bisherige Spiel der tausendundeins Projekte fortzusetzen (allerdings hat sich die Zahl seit der Wende verringert).

Durchgreifende Schnitte sind jedenfalls bisher ausgeblieben, obwohl die durchschnittliche Projektdauer von nur etwa zwei Jahren eine Politik ermöglichen würde, die auf raschen Wandel zielt und dennoch den kostspieligen Abbruch von Forschungsvorhaben vermeidet.



Reformpolitik führt in die Angst vor japanischen Produkten (Beispiel: Mitsubishi-Printer, der Fernsehbilder kopiert) FOTO: YAMAGUCHI/STUDIO X

Die Gründe für das Festhalten an überkommener Politik liegen freilich mindestens ebenso sehr bei den bisherigen Nutznießern. Unter Hinweis auf die Förderungsbemühungen in anderen Ländern wird natürlich jede Forschungssubvention mit Klauen und Zähnen verteidigt. Erstaunlich nur, daß Branchen wie die Chemie, denen öffentlicher Geldsegen bisher kaum zuteil wurde, auch im internationalen Wettbewerb nicht schlecht dastehen.

Paradoxerweise ist es oft so, daß sich der komplizierte Projektablauf sogar innovationsverzögernd auswirkt. Das hat kaum jemand klarer erkannt als Riesenhuber selbst, der auch die Wende überzeugend begründen kann: „Der Unternehmer kämpft am besten für eigenes Geld und für eigene Projekte." Und an seinen Vorgängern kritisiert er, sie hätten angenommen, „daß eine sorgfältige bürokratische Bearbeitung eines Projekts Marktmechanismen ersetzen könnte, daß also das kompetente Urteil eines Beamten voraussehen kann, welche Technik sich im Markt bewähren wird. Das ist ein großer Irrtum. Der Markt ist als Mechanismus in seiner Suchfunktion nicht zu ersetzen."

Gibt es ein besseres Plädoyer für eine Kurskorrektur, für das Abwerfen von Ballast in der Forschungsbürokratie? Dabei schließen auch die Befürworter marktwirtschaftlicher Thesen nicht die Augen vor den massiven Zuwendungen in anderen Industrieländern. Aber die Beispiele, wie Unternehmen und ganze Branchen zu Tode subventioniert werden, sind Legion. Wichtiger ist eine forschungs- und innovationsfreundliche Steuerpolitik; wichtig ist auch eine schlagkräftige Bürokratie, die die Umsetzung von Forschung in Innovation, in marktfähige Produkte fördert und nicht behindert.

Riesenhuber kann der Forschungspolitik keinen besseren Dienst erweisen, als seine eigenen Prinzipien zu befolgen. Macht die Regierung darüber hinaus klare und realistische Vorgaben etwa zum Umweltschutz, so wird die Industrie auch mit geräuscharmen Abfüllanlagen allein fertig, und Riesenhubers Förderprojekt könnte geräuschlos im Orkus verschwinden.

IM GESPRÄCH Cesar Virata

Viele Inseln, mehr Schulden

Von Manfred Neuber

Wenn dem Präsidenten der Philippinen etwas zustoßen sollte, so hat es Ferdinand Marcos unlängst verfügt, wird sein Ministerpräsident Cesar Virata (52) interimistisch die Amtsgeschäfte übernehmen. Marcos leidet an einer unheilbaren Krankheit; die Ärzte geben ihm angeblich nicht mehr viel Zeit.

Indem der Präsident den über allen Clans der philippinischen Politik stehenden Premier und Finanzminister zum Sachwalter in Manila designierte, bis innerhalb von dreißig (nach anderen Angaben 75) Tagen ein Nachfolger gewählt werden soll, hofft Marcos offenbar, Machtkämpfe verhüten zu können. Die Person Viratas bürgt für Ehrlichkeit.

Vor der Anordnung Marcos' leitete der Regierungschef bereits den Exekutivausschuß, der nach einer Verfassungsänderung von 1982 geschaffen wurde, um im Falle des Todes oder der Amtsunfähigkeit des Präsidenten einstweilen die Zügel in die Hand zu nehmen. Der Posten des Vizepräsidenten wurde mit der Verhängung des Kriegsrechtes 1972 aufgehoben und soll, wie Marcos versicherte, nicht wieder eingerichtet werden.

Virata liegt jedes Machtstreben fern. In dem politischen Ambiente Manilas, das von Korruption und Herrschsucht durchzogen wird, wirkt der freundliche, aber scheu und verletzlich wirkende Finanzfachmann wie ein Außenseiter – der er auch insofern ist, als er keiner mächtigen Familie entstammt und keine Hausmacht besitzt.

Seine Stärke ist das große internationale Renommée, das ihn vor Intrigen der Präsidenten-Frau Imelda Marcos schützte und das seinem Lande weiterhin Kredit sichert, obwohl die Philippinen derzeit die mit 20 Milliarden Dollar höchsten Auslandsschulden in Asien haben und infolge der politischen Unruhen als Risiko gelten. Ohne Virata an der Regierungsspitze wäre Manila nicht mehr zahlungsfähig.

Virata studierte in den USA und lehrte anschließend in Manila. Man



Integer unter Bereicherern: Marcos-Nachfolger Virata FOTO: CAMERA PRESS

sagt ihm nach, er habe ein Gedächtnis wie ein Computer. Seine wirtschaftspolitische Karriere begann 1967 mit der Berufung zum Direktor der Nationalbank. Erst 39 Jahre alt, wurde er 1970 Finanzminister. Seit zweieinhalb Jahren fungiert er zugleich als Ministerpräsident. Bei allem Sachverstand geht ihm manchmal das politische Gespür ab.

Der nüchterne Technokrat stammt aus der Provinz Cavite. Seine Frau Joy und er haben zwei Söhne und eine Tochter. Emilio Aguinaldo, ein Großonkel mütterlicherseits, war der erste Präsident der Philippinen, und zwar zwischen der spanischen und der amerikanischen Herrschaft über die siebentausend Inseln. Ein US-Magazin stufte Virata in diesem Jahr unter den zehn besten Finanzministern der Welt ein.

Als Mitglied wichtiger Gremien bemüht sich Virata um eine Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds. Er plädiert bei den Industrienationen dafür, die Dritte Welt mit ihren Problemen nicht im Stich zu lassen, weil die Rückwirkungen die entwickelte Welt erreichten. Doch er zeigt sich stets bemüht, Konfrontationen zwischen Nord und Süd, wie nach dem ersten Ölschock 1973, zu entschärfen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt beleuchtet das Lavieren der Bundesregierung in der Grenada-Frage:

Es ist nun nicht zu leugen: An jenen zwei Tagen nach der amerikanischen Landung in Grenada, in denen die deutschen „Medien" unkorrigiert Empörung orchestrierten, hat der Bundesregierung die einheitliche Linie gefehlt. Der Kanzler und der Außenminister haben keine gute Figur gemacht. Man fragt sich, wer da wen berät oder wer wem nicht zuhört. Daß die Bundesregierung unter der außenpolitischen Führung von Genscher seit Jahren die zentralamerikanische und karibische Lage zum Teil falsch einschätzt, wurde durch die jüngste Revision bei der Botschafterkonferenz in Costa Rica von ihr selbst bestätigt. Aber bei der ersten schlechten Gelegenheit ist der Bundesaußenminister wieder in die alte Gewohnheit zurückgefallen und hat den Tönen des vermeintlichen Volksempfindens – auch aus seiner Partei – die Ohren geöffnet. Dem Bundeskanzler ist es bis jetzt nicht gelungen, die Akzente zu setzen, offenbar weil im Bundeskanzleramt niemand etwas von dem Problem versteht und weil es schon eines auf eigene Faust handelnden Parlamentarischen Staatssekretärs aus dem Innenministerium bedarf, um das zu tun, was im amerikanischen System Senatoren besorgen: an Ort und Stelle nach der Wahrheit zu forschen. Von den vielen Argumenten, die man für eine klarere Haltung Bonns ins Feld hätte führen können, wurde offenbar eines kaum erwogen: Wenn Amerika sich gezwungen sähe, gegen Kuba vorzugehen – was durch die Befreiung Grenadas weiter wegrückt –, käme auch die leidige Interdependenz mit der verletzlichen Lage Berlins ins Spiel. Da wären wir ganz auf die Solidarität der Amerikaner angewiesen. Wir brauchen also Amerika viel mehr als etwa England oder Frankreich.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Zu Genf bemerkt das Heidelberger Blatt:

In zwei Wochen wird die Frist in Genf abgelaufen sein. Was soll ein letzter, zahlenmäßig konkretisierter Vorschlag der USA, der weltweite Obergrenzen für Mittelstreckenraketen skizzieren will, noch bewegen? Es hat von Anfang an am politischen Willen der einen Seite gefehlt, auf eine militärpolitische Option zu verzichten, die Helmut Kohl gestern ziemlich treffend als den Versuch bezeichnet hat, „den politischen Sieg im atomaren Frieden" anzustreben.

HEILBRONNER STIMME

Hier heißt es zu Arbed Saarstahl:

Wer auf Dauer die roten Zahlen in den Büchern der Stahlkonzerne von Vater Staat ausgleichen läßt, der macht den Staat schließlich zum Reparaturbetrieb des Kapitalismus: Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Da wird der Ruf nach Verstaatlichung, wie zuletzt auf dem IG-Metall-Kongreß, lauter. Nur, der gordische Knoten im Stahlseil wäre auch dann noch nicht durchgeschlagen. Eine Gesundung der Arbed kann wohl nur am Verhandlungstisch der europäischen Kommission in Brüssel in die Wege geleitet werden.

Genosse Höpcke möchte uns mehr Bücher verkaufen

Aber die DKP-Produkte vergißt er in der Rechnung / Von Peter Dittmar

Klaus Höpcke, stellvertretender „DDR"-Kulturminister und erster (und darum oft einziger) Leser aller literarischen Erzeugnisse aus Honeckers Reich, hatte wieder einmal sein Leid zu klagen. In den Jahren 1980 bis 1982 habe die Bundesrepublik für etwa sechs Millionen Mark weniger Bücher und Zeitschriften aus der „DDR" bezogen als umgekehrt. Auf die Bevölkerungszahl umgerechnet, wußte Höpcke, müßte aber die Bundesrepublik mindestens dreimal soviel wie die „DDR" kaufen. Erst dann könne von einem Informationsgleichstand gesprochen werden.

Auch über die gegenseitige Lizenznahme bei belletristischen Werken hatte der Oberliterat (und Generalzensor) Betrübliches zu vermelden. Auf eine Lizenz, die die Bundesrepublik nehme, kämen vier der „DDR". Das scheint, wenn man es für bare Münze nimmt, das „DDR"-Eigenlob von der „Republik der Leser" zu bestätigen.

Das berühmte Sprichwort von den Lügen, den schlimmen Lügen und schließlich den Statistiken wird von Höpckes Ausführungen aufs Trefflichste illustriert. Denn der stellvertretende Kulturminister jongliert hier mit dem Begriff „Buch" in einer Weise, die den Eindruck erwecken soll, als handele es sich um Leseware für jedermann. Doch das ist bei den Importen der „DDR" ganz und gar nicht der Fall.

Da stehen Fachbücher ganz obenan. Und was die Zeitungen und Zeitschriften betrifft, so kommen sie dem normalen Leser nie vor die Augen. Während man in der Bundesrepublik allerorten das „Neue Deutschland" zum (hochsubventionierten) Einzelpreis von 15 Pfennigen abonnieren kann, wird niemand in der „DDR" die WELT oder eine andere Zeitung aus der Bundesrepublik erhalten, selbst wenn er bereit wäre, mehr als den Abonnementspreis dafür zu bezahlen.

Nicht viel anders sieht es mit den Lizenzen aus, soweit sie nicht „ausländische" Hausautoren à la Wallraff, Peter Schütte oder Bert Brecht (dessen Rechte bei Suhrkamp liegen und per Lizenz an die „DDR" vergeben werden) betreffen, oder politische Propagandaschriften von „DDR"-Wissenschaftlern, die zuerst im Frankfurter Verlag „Marxistische Blätter" (oder ähnlichen) erscheinen und dann als „Lizenzausgaben" von „BRD-Literatur" in die „DDR" kommen. Kafka, Musil, Böll und mancher andere sind zwar in der „DDR" verlegt worden, aber zu kaufen sind sie kaum, weil die Auflagen ungeachtet der Nachfrage klein gehalten werden.

In der Bundesrepublik mit ihrem – nach Höpcke – erheblichen „Informationsdefizit" sieht es dagegen ganz anders aus. So wie man hier praktisch jede Zeitung oder Zeitschrift aus der „DDR" beziehen kann (was allerdings wegen der geringen Nachfrage unter Umständen nicht einfach ist), erhält man hier auch jedes Buch. Das Angebot verteilt sich dabei auf alle Formen des Buchhandels. Dem Sortimentsbuchhandel ist die „DDR" allerdings nicht so gewogen. Da sieht man nur selten „DDR"-Bücher.

Ganz anders ist es mit den „Modernen Antiquariaten", wo sich die Verlagsprodukte aus Leipzig und Ost-Berlin häufen. Hier kann man den ganzen Marx oder Lenin haben, Wissenschaftliches aus dem Akademie-Verlag, Reprints der „Edition Leipzig" oder Witzbücher des Eulenspiegel-Verlages, die in der „DDR" begehrte Raritäten sind. Auch die Preise scheinen erschwinglich, obwohl sie oft höher als in der „DDR" selbst sind. Dabei spielen das unterschiedliche Preisniveau und das Währungsgefälle der „DDR" eine Rolle. Deshalb ist es Augenwischerei, die Buchpreise und nicht die Stückzahlen im innerdeutschen Handel zu vergleichen.

Aber es gibt nicht nur diesen offiziellen „Kulturaustausch". Es gibt auch noch einen regen Handel an dieser Statistik vorbei. Die zahlreichen DKP-Buchhandlungen in der Bundesrepublik bieten ein reiches Repertoire von Büchern, Schallplatten und Zeitschriften aus der „DDR" an (und in der Weihnachtszeit auch noch die beliebten erzgebirgischen Pyramiden oder Nußknacker, die in der „DDR" Mangelware sind).

Nur, wie Insider wissen, taucht vieles davon nicht in den Vereinbarungen über den innerdeutschen Handel auf. Die Ware nimmt gern den Umweg über Drittländer, weil dann die Erlöse nicht 1:1 verrechnet werden müssen, sondern als Devisen der Parteiarbeit (in West oder Ost) direkt zugute kommen können. Bei einem Kurs von 1:4 bis 1:5 zwischen West- und Ost-Mark ergibt das einen vier- bis fünffachen Gewinn (von den höheren „Auslandspreisen" vieler „DDR"-Bücher einmal abgesehen), noch dazu in einer harten Währung.

Aber von alledem weiß Klaus Höpcke vielleicht nichts, weil dieser Handel nicht in sein Ressort gehört. Da sind wohl die Herren anderer Ministerien (z. B. in der Normannenstraße unter General Mielke) zuständig. Und die sind dann um so besser informiert.

Karriere im AA – auch mit „falschem“ Parteibuch

Sollen Botschafterposten nach der Parteienzugehörigkeit vergeben werden? Die CSU wirft dem Außenminister vor, zu viele SPD-Mitglieder zu befördern. Genscher kontert: „Nur die Qualifikation entscheidet.“ Ein Streit, mit dem sich schon Außenminister von Brentano beschäftigen mußte.

Von GEORG SCHRÖDER

Zeigt her eure Händchen mit dem Parteibuch oder zeigt her eure Köpfchen und eure Leistungen – das ist nicht zum erstenmal die Frage bei einer Diskussion über die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes. Wir alle haben gelesen, daß das Sprachrohr des Ministerpräsidenten Strauß, daß Edmund Stoiber Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher massiv attackiert hat, er betreibe bei der Besetzung deutscher Botschaften im Ausland eine Personalpolitik für die FDP und für Anhänger der früheren Koalition mit der SPD. Genschers Antwort: „Im Auswärtigen Dienst werden auch in Zukunft für Beförderungen und für die Übertragung von Dienstposten allein Qualifikation und Leistungsprinzip gelten, wie das den Grundsätzen des Berufsbeamtentums entspricht.“

Ist dieser von München aus entfachte Streit neu oder haben nicht Parteipolitiker der verschiedensten Couleur schon mehr als einmal versucht, über die Personalpolitik auch das Auswärtige Amt in ihren direkten Machtbereich einzubeziehen? Heute wie schon bei der gleichen Diskussion 1958 muß man sich fragen, ob es bei den Attacken der Parteimänner wirklich um die Personalpolitik, um die Besetzung von Botschafterstühlen geht, oder ob ein Außenminister demontiert werden soll.

Vor 25 Jahren probte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Aufstand gegen ihren Außenminister und früheren Fraktionsvorsitzenden Heinrich von Brentano. Auch damals ging es um ein Revirement im Auswärtigen Amt. Brentano wollte zusätzliche Unterstaatssekretäre im Amt kreieren. Er beabsichtigte auch einen Berufsdiplomaten, den Botschafter von Walther, als Personalchef an die Stelle des aus der Kölner Verwaltung gekommenen Außenseiters Josef Löns zu setzen. Manche CDU-Abgeordnete schrien damals auf, die alte „Wilhelmstraße“ habe dank Brentano die personalpolitische Schlacht im Auswärtigen Amt gewonnen oder sei doch auf dem besten Wege dazu.

Mißtrauen gegen Männer aus der Wilhelmstraße

Das Mißtrauen gegen die Männer aus dem Auswärtigen Amt in der Berliner Wilhelmstraße war bei vielen CDU-Männern, um es genau zu sagen jener katholischer Konfession, 1958 keineswegs überwunden. Hier lebten die Auseinandersetzungen aus der Weimarer Zeit fort, in der das Zentrum sich vergeblich bemüht hatte, ihm angehörende oder nahestehende Männer im diplomatischen Dienst nach vorn zu schieben. Daher kam von ihnen und ursprünglich auch von Heinrich von Brentano die Forderung, den Auswärtigen Dienst zu „demokratisieren“, eben durch Einschleusung von Außenseitern, auch Journalisten, wie man damals dem Verfasser versicherte.

Ein deutscher diplomatischer Dienst nach amerikanischem Rezept, wonach der Präsident die ansehnlichen und wichtigen Botschafterposten an möglichst finanzstarke Parteifreunde verschenkt? Oder ein Auswärtiger Dienst wie in England oder Frankreich, der sich ausschließlich aus Berufsbeamten zusammensetzt, nach deren Parteirichtung zu fragen als grobe Unhöflichkeit gilt? Es hat einige Jahre so geschienen, als sollte Washington auch auf diesem Gebiet die Mustervorlage liefern.

Da kam manches zusammen: nicht nur die Erinnerung daran, daß die Diplomatie lange Zeit nur ein Reservat für den Adel war, auch die Tatsache, daß viele Angehörige der Wilhelmstraße freiwillig oder unfreiwillig das Parteiabzeichen der NSDAP erworben hatten. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß hatte sich 1951 notgedrungen damit befaßt. Wen konnte Bonn als Botschafter ins Ausland schicken, ohne daß er Gefahr lief, als ehemaliger Diplomat Hitlers unglaubwürdig zu werden?

Adenauer entsandte viele Außenseiter

Aus diesem Grund entschloß sich Konrad Adenauer im Einvernehmen mit allen Fraktionen, neben einwandfreien Berufsdiplomaten eine erhebliche Zahl von Außenseitern auf Botschafterposten zu entsenden. Die drängenden Parteien kamen nicht zu kurz. Eine ganze Serie ihrer Abgeordneten wurden zu Botschaftern erhoben: Schlange-Schöningen (CDU) in London, Hans Mühlenfeld (Deutsche Partei) in Den Haag, Heinz Krekeler (FDP) in Washington, Friedrich Holzapfel (CDU) in Bern, Professor Ernst Wilhelm Meyer (SPD) in Neu Delhi, Karl Heinrich Knappstein (CDU) in Madrid, und so weiter und so fort.

Dies war die Zeit, da Professoren wie Hausenstein oder Ophüls nach Paris und Brüssel entsandt wurden, um dort das Eis zu brechen, wo man den Sozialdemokraten Georg Ferdinand Duckwitz als Botschafter nach Kopenhagen entsandte, weil er sich dort in der Nazizeit bleibendes Verdienst um die Rettung der dänischen Juden erworben hatte.

Die Verschmelzung der verschiedenen Elemente des neuen Auswärtigen Dienstes war das Ziel Brentanos. Die Rückkehr zu einem parteipolitisch nicht gesteuerten Berufsbeamtentum schien manchem 1969 in Gefahr, als Willy Brandt Außenminister wurde. Er holte sich Klaus Schütz als Staatssekretär, und als dieser nach Berlin zurückkehrte, Botschafter Duckwitz. Seine Absicht, zum erstenmal einen Außenseiter, einen SPD-Parteifreund, an die Spitze des Pressereferats des AA zu setzen, ließ Brandt auf gutes Zureden fallen. Egon Bahr als Leiter des Planungsstabes und der ehemalige Chefredakteur des „Vorwärts“, von Puttkamer, den Brandt zum Botschafter machte, blieben doch Ausnahmen. Dem Auswärtigen Dienst wuchs trotzdem das zu, was ihn von manchem anderen Ministerium unterscheidet: Berufsbeamten bestimmen sein Bild.



Im Dezember 1982 bildeten 30 000 Frauen eine Kette rund um den 18 Kilometer langen Zaun des RAF-Stützpunktes Greenham Common
FOTO: KEITH BUTLER/STUDIO X

„. . . bis die Dinger wieder abziehen“

Vor zwei Jahren begann der Protest. Frauen sammelten sich in Greenham Common zum inzwischen ältesten Friedenslager der Welt: Rund 50 harren noch vor dem britischen Militärstützpunkt aus, um die erwarteten amerikanischen Marschflugkörper auf der Basis zu blockieren.

Von FRITZ WIRTH

Ein Zaun, ein Tor, Plastikbiwaks, die aussehen wie kleine festverschnürte Müllhalden. Ein halbes Dutzend Polizisten, die nicht hinschauen und doch alles sehen. Dazu zwei Dutzend Frauen. Das ist die Szene. Greenham Common, Nordtor. Das älteste Friedenslager der Welt. Am Morgen kommt der Briefträger, alle halbe Stunde ein Bus. Der Protest ist zur Adresse geworden.

Am Eingang zu ihrem Lager steht – handbeschrieben – eine Tafel: „Willkommen in Greenham Common. Nun, da immer mehr zu uns stoßen, um mit uns zu feiern, denkt daran: dies ist unser Heim und unser Garten. So, don't shit all over the place.“

Das ist der Ton. Rauchiger Landsknechts-Jargon, trotzige Mutter-Courage-Schnauzigkeit, zigeunerhaftes „Laisser-faire“ mit Hausordnung und Hygiene-Anweisung.

Seit zwei Jahren lagern sie nun vor dem Tor, bestaunt und schikaniert, bewundert und belacht. Die zwei Jahre haben sie härter gemacht und mißtrauischer. Bei unserem letzten Besuch nannten sie bereitwillig Namen, Adresse und Beruf. Heute verstecken sie sich hinter phantasievoller Anonymität. „Nenn mich Amanda Freedom“, sagt ein vielleicht 16jähriges Mädchen, das einen rauchgeschwärzten Wasserkessel aufs Lagerfeuer hebt. Andere begehren „Hiroh“ oder schlicht „People“ genannt zu werden.

Ich frage nach Rebecca Johnson, der Veteranin und Sprecherin. „Rebecca ist mit der Klage gegen Reagan beschäftigt“, sagte eine 25jährige ehemalige Bühnenbildnerin, die schlicht „Gaia“ genannt werden möchte. „Sie wissen doch, wir wollen den amerikanischen Präsidenten vor Gericht bringen.“

So in den Schlamm von Greenham Common hineingesprochen, unter streunenden Katzen, ungespülten Tellern und schmutzstarrenden Kleidern klingt das irgendwie naiv. Sie sind es jedoch nicht. Sie behaupten, daß niemand bei ihnen das Sagen hat, doch sie wissen, was sie wollen, und sie haben ein Konzept.

500 von ihnen mußten in diesen zwei Jahren vor dem Magistratsgericht in Newbury erscheinen, wegen Landfriedensbruchs. 130 davon allein in der letzten Woche, als sie hingingen und tausend Meter Drahtzaun durchschnitten. Sie brauchten dazu 120 Drahtscheren. 120 Drahtscheren fallen nicht durch Zufall von einem Lastwagen herab. Hinter der scheinbar so desorganisierten Szene vor dem Nordtor gibt es Logistik, Planung und Regie.

„Zwei Jahre Protest in Kälte und Schlamm. Dennoch werden in 14 Tagen dort hinter dem Drahtzaun Marschflugkörper eintreffen, und niemand wird es verhindern können. Was kommt danach? Ende der Vorstellung?“ – Das Mädchen Gaia überhört lächelnd die Provokation in der Frage. „Wir bleiben“, sagt sie, „wir bleiben, bis sie diese Dinger wieder abziehen. Und wenn es noch Jahre dauert.“ Im übrigen haben sie bereits die Zielrichtung ihres Protestes geändert. Wenn sie schon nicht verhindern können, daß „diese Dinger“ in den Stützpunkt hineinkommen, wollen sie nun dafür sorgen, daß sie nicht mehr herauskommen. Denn Greenham Common soll eher das Lagerhaus, nicht die Abschußrampe der amerikanischen Marschflugkörper werden.

Männer wurden wieder nach Hause geschickt

Montag haben sie eine Busladung mit 30 Männern aus Wales nach Hause geschickt. Sie wollten sich dem Protest der Frauen anschließen. Die Mädchen von Greenham Common hätten sie gebrauchen können. In den letzten Wochen wurden sie nachts wiederholt von Burschen aus Newbury, die sich „Vigilanten“ nennen, mit Steinen beworfen und bedroht.

„Was habt ihr gegen Männer“, frage ich. „Männer“, sagt Gaia, „haben eine geringere Toleranzgrenze als Frauen. Sie wehren sich, wenn sie provoziert werden. Unser Protest aber soll gewaltlos bleiben.“ – „Tausend Meter Draht zu zerschneiden, ist das nicht zumindest der Beginn von Gewalt?“ – „Es ist Gewalt gegen Sachen“, antworten die Mädchen, „und die haben wir nie ausgeschlossen“. „Dieser Zaun“, sagen sie, „ist mehr als eine Barriere. Er ist ein Symbol. Hinter diesem Zaun geschehen Dinge, die die Mehrheit der britischen Bürger nicht will. Außerdem haben wir diesen Zaun nicht durchschnitten, um in diesen Stützpunkt einzudringen“.

Die BBC meldete kürzlich, daß drei Frauen bei Nacht und Nebel direkt bis zu den Rampen vorgestoßen seien und sich dort versteckt hielten. „Gelogen“, antworten sie im Chor. Ihre „Zaun-Aktion“, so beteuern sie, hatte nur ein Ziel. Die Polizei sollte bloßgestellt werden. „Es ist uns gelungen“, sagt Gaia. „Heute bewachen 2000 Polizisten und drei Bataillone Soldaten diesen Zaun. Und wir sind fünfzig.“ Sie lächelt triumphierend.

„Diese Polizisten fehlen zur alltäglichen Verbrechensbekämpfung.“ – „Wir bekämpfen viel größere Verbrechen“, sagen die Frauen. – „Hinter diesem Zaun stehen bewaffnete Soldaten, und diese Soldaten, so hat Verteidigungsminister Heseltine erklärt, werden notfalls schießen. Soll es Märtyrer geben?“ – „Ich kenne niemand in diesem Lager, der für unsere Sache sterben will“, sagt Gaia, „und ich glaube nicht, daß es britische Soldaten gibt, die auf uns schießen werden.“ Tatsächlich reagieren die Frauen in Greenham Common wesentlich gelassener auf die Worte Heseltines, als es britische Abgeordnete und die Presse taten: „Wer uns eine Märtyrerrolle andichten will“, sagen sie, „hat immer noch nicht unsere Botschaft begriffen. Wir wollen Leben erhalten und nicht Leben aufs Spiel setzen.“

18 Kilometer lang ist der Zaun rund um den Stützpunkt. Vor einem Jahr hatten 30 000 Frauen händehaltend den Zaun umspannt und Symbole des Friedens in den Maschen befestigt. Heute steht alle 500 Meter ein Polizist vor diesem Zaun. Innen patrouillieren Soldaten mit Schäferhunden. Alle zehn Minuten scheppert ein Hubschrauber über diese Grenze aus Draht hinweg.

Das Friedenslager scheint zum Kriegsschauplatz geworden zu sein, und den Frauen gefällt es. Sie fühlen sich ernst genommen. Außerdem ist alles gut, was Publicity bringt. Deshalb besetzen sie von Zeit zu Zeit das Tor, um die Polizisten und zugleich das öffentliche Interesse wachzuhalten. Sie haben nichts gegen diese Polizisten. „Die meisten sind ganz in Ordnung“, sagt Gaia. „Im übrigen verdienen die ganz gut an uns. Die kriegen Sonderzulagen und Überstundengelder.“

Gestern abend gab's ein Handgemenge mit den Polizisten. Fünf Mädchen wurden verhaftet. Niemand betrauert und beklagt es. Es reichte für ein paar Schlagzeilen. In der Nacht kam Bruce Kent, der katholische Priester und Generalsekretär der Anti-Nuklear-Kampagne, vorbei. Ihm fiel das Paradoxe dieses Friedenslagers auf: „Seltsam“, sagt er, „erst wurde uns gesagt, daß die Raketen hierherkämen, um die Bürger zu verteidigen. Nun müssen sie diese gleichen Waffen vor den Bürgern verteidigen.“

Sie leben von Geschenken und der Sozialfürsorge

Nicht alle Beobachtungen dieses Gottesmannes sind jedoch so scharf und präzise. Greenham Common, sagte er beispielsweise auch, sei zu einem Konzentrationslager geworden. Er ist zu alt, um nicht zu wissen, daß er hier mit falschen Vokabeln und Begriffen hantiert. Das Mißverständnis scheint kalkuliert. Hier wird der Teufel an den Zaun von Greenham Common gemalt.

Wovon sie denn leben, frage ich die Frauen. Sie weisen auf Eimer, Schüsseln und Töpfe mit Lebensmitteln. „Alles Geschenke.“ Die meisten leben von der Sozialfürsorge, 25 Pfund die Woche. Fünf Pfund davon kommen in die Gemeinschaftskasse.

Zwei Millionen Pfund (rund zehn Millionen Mark) hat der britische Steuerzahler in den letzten zwei Jahren aufbringen müssen, um mit Sondereinsätzen der Polizei und der Armee den Protest von Greenham Common in Schach zu halten. Die Friedensfrauen beeindruckt das nicht. „Wissen Sie, was der Steuerzahler für diese Dinger da zahlt“, und sie weisen zu den Raketenbunkern. „Na also“, sagen sie und schieben etwas Holz ins Feuer einer kaltnassen Nacht nach.

WIE WAR DAS?

Als Carter Tokio und Seoul besuchte

Von DIETER SCHULZ

Präsident Reagan ist auf seiner ersten Asien-Reise in der japanischen Hauptstadt eingetroffen. Außer Tokio steht auch Seoul, die Hauptstadt Südkoreas, auf dem Reiseprogramm. Auch Reagans Vorgänger haben sich bemüht, die Beziehungen zu Japan und Südkorea, die beiden wichtigsten Verbündeten Amerikas in Asien, in besonderer Weise zu pflegen. Der letzte amerikanische Präsident, der in Tokio und Seoul vorsprach, hieß Jimmy Carter. Er nutzte den 5. Wirtschaftsgipfel der großen Industrienationen in Tokio im Juni 1979 auch zu zweitägigen bilateralen Gesprächen mit der japanischen Regierung. Auf dem Rückweg in die Heimat machte er noch einen zweitägigen Abstecher nach Südkorea.

Die Japaner fürchteten danach das Schlimmste. Stadtguerrillas hatten angekündigt, daß sie den amerikanischen Präsidenten mit Gewalttaten „begrüßen“ würden. Höchste Alarmstufe für Japans Sicherheitskräfte: 400 000 Mann waren aufgeboten. Wo immer sich Jimmy Carter auch hinbewegte, ein geradezu erdrückender Kordon von blau-uniformierten Sicherheitsbeamten schirmte ihn ab. Erst als der Präsident seinem Gastgeber, dem japanischen Ministerpräsidenten Ohira, zu verstehen gab, daß man es mit der Sicherheit denn wohl doch etwas übertrieben habe, gewann Jimmy Carter ein wenig Ellbogenfreiheit zurück.

Offizielles Thema der Gespräche zwischen Carter und Ohira war die Erdölknappheit, die Krise von 1979, die später auch die Teilnehmer des Wirtschaftsgipfels beschäftigte. Man einigte sich darauf, Höchstmengen für die Erdöleinfuhren festzulegen. Carter drängte seinen japanischen Gastgeber aber auch, größere Anstrengungen zur eigenen Verteidigung zu unternehmen und einer größeren Zahl von Boot-Flüchtlingen aus Vietnam Asyl zu gewähren.

In Südkorea hatte man andere Sorgen. Staatspräsident Park Chung Hee fürchtete, Jimmy Carter würde seine Ankündigung wahrmachen und die amerikanischen Landstreitkräfte aus Südkorea abziehen. Park (der wenige Monate später, im Oktober 1979, einem Mordanschlag zum Opfer fiel) sorgte sich auch, der US-Präsident würde ihn öffentlich wegen der unbestreitbaren Menschenrechts-Verletzungen in Südkorea tadeln.

Carter freilich hatte etwas ganz anderes im Sinn: Er wollte Spannungen beseitigen. Von Seoul aus erging der Appell an Nordkorea, sich gemeinsam mit den Südkoreanern und den Amerikanern an einen Tisch zu setzen. Ziel sollte es sein, die Beziehungen zu normalisieren.

Einen Monat später ließ dann Präsident Carter bekanntgeben, daß er den Gedanken eines Abzugs der amerikanischen Landstreitkräfte aus Südkorea zunächst fallengelassen habe. Der Besuch an der Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea, im Hauptquartier der 2. US-Division, hatte ihn überzeugt, daß die Spannungen wohl doch größer waren als er angenommen hatte. (SAD)

Folgenreiches Urteil im Fall Schubart?

DW. Karlsruhe

Der 3. (politische) Strafsenat des Bundesgerichtshofes verhandelte gestern mündlich über die Revision des Frankfurter Magistratsdirektors Alexander Schubart gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt wegen versuchter Nötigung der hessischen Landesregierung nach Paragraph 105 Strafgesetzbuch.

Schubart war am 19. Januar als Organisator der Unruhen an der Startbahn West zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden. Die Vollstreckung der Strafe wurde jedoch, entgegen dem Antrag des Generalbundesanwalts, zur Bewährung ausgesetzt. Schubart legte beim *Bundesgerichtshof Revision* ein.

Nach Informationen der WELT gilt es in Karlsruhe als wahrscheinlich, daß der 3. Strafsenat den Paragraphen 105 sehr eng auslegen wird. Das könnte bedeuten, daß die Bundesanwaltschaft in vergleichbaren Fällen keine Kompetenz mehr zur Anklageerhebung hätte.

Zwar könnte der Generalbundesanwalt auch dann noch in Fällen terroristischer Gewalt die Ermittlungsverfahren an sich ziehen und auch nach Paragraph 105 Anklage erheben; aber bei gewaltsamen Massendemonstrationen mit einwandfreiem Nötigungscharakter wäre ihm die juristische Handhabe entzogen.

Wie es heißt, hegt der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes offenbar die Sorge, daß bei zukünftigen Gewaltdemonstrationen nicht nur Personen wie Schubart, sondern alle Teilnehmer sich einer Nötigung von Verfassungsorganen schuldig machen könnten.

Bundesanwalt Reiner Schulte wies in der Verhandlung darauf hin, daß es ein Unterschied sei, ob jemand zu einer Großdemonstration mit Nötigungscharakter aufruft oder ob ein Bürger lediglich an der Gewalt (Landfriedensbruch als Mittel zum Zweck) teilnimmt. Die Teilnahme am Landfriedensbruch sei streng getrennt zu halten von der damit bezweckten *Nötigung und von der Artikulierung dieser Nötigung.*

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Tagesgespräch München: Strauß muß nach Bonn

Von PETER SCHMALZ

Die Positionen sind klar", schreibt der „Bayernkurier" in seiner druckfrischen Ausgabe, die heute auf den Markt kommt, und meint damit die Haltung der CSU im Grenada-Konflikt, zu deren Änderung, wie das Blatt schreibt, keine Ursache bestehe. *Vielmehr würden die CSU-Erklärungen* zu diesem Fall in der Substanz und im Geist den außenpolitischen Positionen entsprechen, „wie sie von der CDU und CSU gemeinsam in dreizehnjähriger Oppositionszeit vertreten worden sind".

Dagegen wird dem Vorsitzenden des Koalitionspartners FDP vorgeworfen, er nutze seine außenpolitischen *Aktivitäten* als ein wichtiges innenpolitisches und parteipolitisches Instrument, das er auch nötig habe, denn: „Profilierungsbedarf hat es für die FDP und Genscher stets gegeben und gibt es angesichts einer noch immer nicht gefundenen ausreichenden Stammwählerschaft zur Zeit im besonderen Maße." Für die CSU aber zähle die Sorge, daß die atlantische Lebenslinie intakt bleibt, mehr als „taktische Überlegungen eines Parteivorsitzenden – auch wenn dieser Außenminister ist".

Bundeskanzler Helmut Kohl muß hinter der Schlagzeile des CSU-Organs aber eine zweite und tiefere Bedeutung erkennen: Die Position der CSU ist klar in der Frage, daß Franz Josef Strauß möglichst bald selbst am Bonner Kabinettstisch sitzen muß, um dort mit seinem politischen Gewicht und seiner Erfahrung Regierungsentscheidungen frühzeitig beeinflussen zu können. „Der Kanzler hat allen Anlaß, darüber nachzudenken, ob er es sich leisten kann, einem Parteivorsitzenden mit dieser politischen Potenz noch länger den Zutritt zum Kabinett zu verwehren", meinte gestern ein hoher CSU-Politiker in München.

An der Isar vermißt man die Wende

Das entspricht der Linie, die der CSU-Fraktionsvorsitzende im bayerischen Landtag, Gerold Tandler, bereits vor Monaten andeutete, als er es einen Fehler nannte, daß Strauß nach dem 6. März kein Ministeramt übernommen hatte. „Und wenn es das Entwicklungsministerium gewesen wäre", hatte Tandler hinzugefügt.

Damals lächelte mancher und meinte, der Fraktionschef habe auf Kosten von Strauß zu scherzen versucht, in Wahrheit ist aber auch der CSU-Chef inzwischen der Überzeugung, in erster Linie komme es nicht auf das Ressort, sondern auf die Möglichkeit an, am Kabinettstisch mitgestalten zu können. Und das wird in München zunehmend notwendiger *empfunden, da man an der Isar die* dem Wähler versprochene Wende vermißt. Ein CSU-Politiker gestern zur WELT: „Den gewünschten Kurs kann man aber nur im Zentrum und nicht vom Außenposten München aus mitbestimmen."

Der Kanzler soll nun einen Platz finden

Strauß hat die bundespolitischen Nachteile seines Fernbleibens von Bonn schon frühzeitig erkannt und suchte sich Mitsprache und Information durch den „Jour fixe" zu sichern, zu dem er am jeweils ersten Montag jeden Monats die fünf CSU-Bundesminister zu sich in die Münchner Staatskanzlei ruft.

Die Nachteile dieses Verfahrens wurden ihm aber am Beispiel Grenadas schmerzhaft deutlich: Strauß, so heißt es in München, hätte in der Kabinettssitzung am 26. Oktober eine klare Haltung der Ministerrunde gefordert und den nachfolgenden Erklärungs-Wirrwarr vermieden. So aber konnte der CSU-Chef am Montag nur die Beteuerungen seiner Bundesminister entgegennehmen, sie hätten sich zwar in dem, was der Kanzler während der Sitzung zu diesem Thema sagte, wiedergefunden, nicht aber in dem, was Genscher anschließend verlautbart hat. Innenminister Friedrich Zimmermann trug die Strauß-Kritik tags darauf im Kabinett zwar vor, konnte den Kanzler aber nicht bewegen, sich von Genscher zu distanzieren.

Die Konsequenz daraus lautet für den Bayern: Weg vom Regieren in München, das in Bonn meist als lästiges Störfeuer interpretiert wird, und hin zum Mitgestalten in Bonn. Es sei Sache des Kanzlers, den Platz dafür zu finden, meint man in Münchner CSU-Kreisen. Aber natürlich ist der Stuhl des Wirtschaftsministers im Visier, der – und das hört man in der Umgebung von Strauß immer wieder – personengebunden an Graf Lambsdorff und nicht parteibezogen an die FDP vergeben sei. Außerdem sei die Wirtschaftspolitik ein traditionelles Geiet der Union.

Weichen für Krause sind gestellt

Vertretertag des Deutschen Beamtenbundes / Kaum Chance für Gegenkandidat Hagedorn

GÜNTHER BADING, Bonn

Neuwahlen der Bundesleitung und die Verabschiedung eines „Karlsruher Programms für den öffentlichen Dienst" sind die Schwerpunkte auf der heute beginnenden Bundesvertreter-Tagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Karlsruhe. In den vergangenen Tagen haben die Führungsgremien des rund 830 000 Mitglieder zählenden Beamtenbundes die personalpolitischen Weichen so gestellt, daß es bei den Wahlen kaum Überraschungen geben dürfte.

Der seit 1959 amtierende Vorsitzende Alfred Krause kandidiert erneut – zum letzten Mal, wie der 61jährige wiederholt erklärt hat. Erstmals wird Krause einen Gegenkandidaten haben. Der Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Werner Hagedorn, bewirbt sich ebenfalls um den DBB-Vorsitz. Zwar hat Hagedorn einen rührigen internen Wahlkampf betrieben und nicht mit Kritik an Krause gespart, dessen Führungsstil er als „zu leise" empfindet und der ihm nicht gewerkschaftlich genug auftritt. Echte Chancen werden ihm allerdings nicht eingeräumt. Zum einen hat sich die Bundesleitung hinter Krause gestellt, zum anderen zeigten auch Probeabstimmungen, daß der von Steuergewerkschaft und Zollbeamten sowie einigen kleineren der insgesamt 50 Verbände im DBB unterstützte Hagedorn kaum mehr als ein Drittel der Stimmen bekommen dürfte.

Das Augenmerk richtet sich denn auch auf die Wahlen der stellvertretenden DBB-Vorsitzenden. Mit den drei amtierenden Stellvertretern ist auch der Parteien-Proporz gewahrt, auf den man im Beamtenbund Wert legt. Ulrich Berger gehört der CDU an, Karl Klein ist SPD-Mitglied und Karl-Heinz Baetge kommt von der FDP. Allerdings werden mindestens zwei weitere Kandidaten für ein Stellvertreteramt auftreten: der CSU-Abgeordnete Otto Regenspurger und als Frauenvertreterin Ursula Holzmüller. Einem Antrag, die Zahl der Stellvertreter zu erweitern, wird in Karlsruhe wenig Erfolgsaussicht eingeräumt.

In der Führungsspitze hat man sich nun darauf geeinigt, dem Vertretertag folgende Konstruktion vorzuschlagen: Der Vertreter des Tarifbereichs im DBB wird von Amts wegen in eine Stellvertreterfunktion im DBB-Vorstand kooptiert. Im konkreten Fall würde das Baetge treffen, der Vorsitzender der Gemeinschaft tariffähiger Verbände (GtV) ist. Baetge würde diese Regelung auch akzeptieren, weil dadurch der Tarifbereich in dem durch die Beamtenschaft dominierten DBB regelmäßig in der Führungsspitze vertreten wäre, man also keineswegs von einer „lex Baetge" sprechen könnte.

Diese Regelung würde, wenn sie von den 435 Teilnehmern des Vertretertags akzeptiert wird, noch weitere Vorteile bringen. Regenspurger, der im Beamtenbund persönlich und wegen seines Einsatzes für die Belange des öffentlichen Dienstes im Parlament großes Ansehen genießt, könnte in den Führungszirkel gewählt werden, ohne daß dadurch der Vertreter einer anderen Partei ausscheiden müßte. Für die Wahl des CSU-Abgeordneten spricht auch sein Einfluß im Innenausschuß des Bundestages, in dem wichtige beamtenpolitische Vorentscheidungen getroffen werden. Der Nachteil dieses Kooptationsmodells wäre, daß voraussichtlich wiederum keine Frau in den engeren Vorstand gewählt würde.

Die Vertreterversammlung, die heute zunächst Grußworte von Spitzenpolitikern der Bundestagsparteien hören wird, befaßt sich auch mit dem Entwurf für ein „Karlsruher Programm". Darin wird der Versuch unternommen, die beamtenpolitischen Forderungen des DBB angesichts der finanziellen Nöte der öffentlichen Hände neu zu ordnen. Allerdings wird auch Grundsätzliches festgehalten." Unter anderem ist in dem Programm ein klares Wort zu den – neben anderen – auch von Kandidat Hagedorn vorgebrachten Argumenten enthalten, daß an der „Basis" gefordert werde, der Streikmöglichkeit im Tarifbereich etwas Ähnliches bei den Beamten entgegenzusetzen. „Wir bekennen uns zum Streikverbot für Beamte", heißt es im Programmentwurf. Und weiter: „Ebenso wie wir für den Arbeitnehmerbereich die Tarifautonomie uneingeschränkt bejahen."

Vier Monate lang 510 Mark für Mütter

„Rechenkunststücke" im Arbeits- und Sozialausschuß des Deutschen Bundestages

GISELA REINERS, Bonn

Mit den Stimmen der Vertreter der Regierungskoalition aus CDU/CSU *und FDP ist gestern im Arbeits-* und Sozialausschuß des Bundestages beschlossen worden, jungen Müttern vier Monate lang ein Mutterschaftsgeld von 510 Mark zu zahlen. Zur Zeit erhalten berufstätige Mütter 750 Mark. Der Regierungsentwurf für den Haushalt 1984 sah eine Kürzung auf 600 Mark für nur drei Monate vor. Die Koalitionsfraktionen hatten sich in der vergangenen *Woche auf die* Erhöhung auf 510 Mark für vier Monate verständigt.

Der Abstimmung voraus ging eine ungewöhnliche Auseinandersetzung. Die Oppositionsmitglieder im Ausschuß hatten Zweifel an der Berechnung der Mehrkosten durch Staatssekretär Heinrich Franke (CDU) vom Arbeitsministerium angemeldet und eine Stellungnahme des Finanzministeriums verlangt, weil sie das Zahlenwerk *des Arbeitsministeriums* nicht für einsehbar hielten. Franke hatte gesagt, die Erhöhung der Gesamtzahlung von 1800 Mark nach dem Regierungsentwurf auf 2040 Mark nach dem Koalitionsentwurf verursache nur Mehrkosten von 10 bis 15 Millionen Mark. Die Einsparungen würden sich also von den geplanten 320 auf 310 bis 305 Millio*nen Mark reduzieren. Die Hinzuzie*hung eines Finanzexperten wurde mit der Stimmenmehrheit der Koalition abgelehnt.

Die Obleute der SPD im Ausschuß, Rudolf Dressler und Egon Lutz, drohten daraufhin mit dem Antrag auf Unterbrechung der ganztägigen Sitzung, um eigene Berechnungen aufstellen zu können. So wurde ein Experte des Finanzministeriums hinzugezogen, der dem Ausschuß ebenfalls eine nur geringfügige Erhöhung der Ausgaben für das Mutterschaftsgeld bestätigte.

Nach dem Grund für die geringen Mehrkosten gefragt erklärte der Beamte, man habe für den Regierungsentwurf unterstellt, daß bei einer Zahlung von 600 Mark drei Monate lang an rund 290 000 berufstätige Mütter diese Leistung von 10 000 bis 15 000 Frauen weniger in Anspruch genommen werde. Bei 510 Mark vier Monate lang sei man davon ausgegangen, daß 25 000 bis 30 000 Frauen weniger Mutterschaftsgeld in Anspruch nähmen. Den Widerspruch, warum weniger Frauen eine verbesserte Leistung beantragen sollten, konnte der Beamte nicht erklären.

Hochschulen mahnen die Politiker

PETER PHILIPPS, Bonn

Der neue Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, hat gestern die verantwortlichen Politiker dazu aufgefordert, „klar zu sagen", was sie in der Hochschulpolitik machen wollen. Derzeit gebe es bei 750 000 zur Verfügung stehenden Plätzen schon mindestens 1,1 Millionen Studierende. Die Tendenz sei weiter steigend.

Aus den Reihen der Kultusministerkonferenz sei ihm bedeutet worden, daß 1,3 Millionen Studierende die „absolute Grenze" seien: Dann müßten die Universitäten entweder mit einem generellen Numerus clausus „dichtgemacht" werden oder mehr Mittel erhalten. Diese Grenze, das sei abzusehen, werde schon in den nächsten zwei Jahren erreicht.

Berchem unterstrich nach der Plenarsitzung der WRK die grundsätzliche Bereitschaft der Hochschulen, für alle Studierwilligen offen zu bleiben. Es gebe allerdings eine „Grenze, an der man die Qualität gefährdet". Regional und lokal grassiere der Numerus clausus schon heute immer weiter. Es klaffe eine große Lücke zwischen der Ankündigung der Ministerpräsidentenkonferenz von 1977 und der heutigen Realität. Diese „Doppelzüngigkeit mag ich mir nicht leisten" gegenüber jungen Leuten.

Es gebe allerdings für das Offenhalten der Universitäten keine Alternative. Wenn man bei 1,3 Millionen Studierenden die Universitäten abschotte und in etwa fünf Jahren 1,5 Millionen Studierwillige vorhanden seien, könne man 200 000 junge Menschen nur auf den übrigen Ausbildungsmarkt strömen lassen. Die Folge würden starke sozialpolitische Probleme sein, da nicht genügend Plätze zur Verfügung stünden. Es sei besser, mit einer Berufsausbildung anschließend temporär arbeitslos zu sein als ohne Berufsausbildung.

Der WRK-Präsident verwies auf seinen eigenen Vorschlag, durch eine stärkere Verbindung von Schule und Hochschule sowie durch eine flexiblere und kürzere Gestaltung der Studiengänge die Anforderung von Quantität und Qualität besser miteinander zu verbinden. Das WRK-Plenum habe „in einer ersten Runde" darüber debattiert und beschlossen, daß sich die beiden ständigen Kommissionen der Rektorenkonferenz in den nächsten Wochen intensiv mit diesem Thema befassen sollten. Seine, Berchems, Idee sei, daß jeder „so viel Bildung in Anspruch nehmen kann, wie er will, aber daraus keinen Anspruch auf einen garantierten Arbeitsplatz ableiten" könne.



„Man leidet dafür, gläubiger Christ zu sein“

SAD, London

Der Erzbischof von Canterbury, Robert Runcie, hat sich von dem Mut der Christen in der „DDR“ beeindruckt gezeigt. Am Vorabend seines Abfluges zu den Luther-Feiern in Mitteldeutschland ging Runcie auf einer Generalsynode der anglikanischen Kirche auf das Luthertum in Vergangenheit und Gegenwart ein. „Wir können von der jüngeren Erfahrung der Lutheraner lernen“, sagte Runcie. „Zuerst haben sie dem totalitären Regime Hitlers Widerstand geleistet. In den Jahren danach haben die Lutheraner in der DDR bis heute mit einem erklärt atheistischen Regime leben müssen. Sie haben eine Feinheit und Reife des politischen Urteils und der kirchlichen Tätigkeit entwickelt, die mich persönlich beflügelt und es verdient, über ihre Grenzen hinaus bekannt und gewürdigt zu werden. Sie haben an ihrer Theologie und für ihren Beitrag zur Friedensschaffung hart arbeiten müssen. Und zwar in einer Umwelt, wo Worte zählen und wo man noch dafür leidet, ein gläubiger Christ zu sein. Die Lutheraner, besonders in der DDR, sind in einer sehr harten Schule gedrillt worden. Wir sollten ihre Erfahrung mit größter Aufmerksamkeit und Hochachtung behandeln.“

Der Erzbischof wird in Ost-Berlin auch mit dem „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammentreffen. Zu seinen weiteren Reisezielen gehören Eisleben, Leipzig und Dresden.

Reiseerleichterung von „DDR“ abgelehnt

F. D. Berlin

Die „DDR“ zeigt nach wie vor keine Bereitschaft, mit dem Berliner Senat Gespräche über Verbesserungen im Einreise- und Besucherverkehr zu führen. Mit diesem Ergebnis ist der Beauftragte des Berliner Senats, Gerhard Kunze, von einer Unterredung mit dem im „DDR“-Außenministerium für West-Berlin zuständigen Abteilungsleiter Walter Müller zurückgekehrt.

Kunze, der bei dem Treffen auch die Einreiseverweigerungen für 471 West-Berliner kritisiert hatte, äußerte nach der Rückkehr die Einschätzung, die „DDR“ habe „keine neue Haltung“ zu den vom Senat gewünschten Reise- und Besuchererleichterungen erkennen lassen.

Honecker nahm an Festakt teil

AP, Berlin

Einen Tag vor dem 500. Geburtstag Martin Luthers hat die „DDR“-Führung gestern den Reformator gewürdigt. An dem Festakt in der Staatsoper in Ost-Berlin nahmen der Staatsratsvorsitzende und Vorsitzende des staatlichen Lutherkomitees Erich Honecker, die Führungsspitze von Partei und Regierung, hohe kirchliche Würdenträger und ausländische Gäste teil. In der Festrede nannte der stellvertretende Staatsratsvorsitzende Gerald Götting den Reformator „einen der größten Söhne unseres Volkes“, der von der friedliebenden Menschheit zu jenen Persönlichkeiten gerechnet werde, die Bedeutendes zur Bereicherung der Weltkultur beigetragen hätten.

Özals Konzept: „Alles hängt vom Geld ab“

Eckdaten der Außenpolitik des türkischen Wahlsiegers

E. ANTONAROS, Ankara

Unter dem künftigen Ministerpräsidenten Turgut Özal wird es keine spürbaren Kursänderungen oder -korrekturen, möglicherweise sogar nicht einmal Akzentverschiebungen in der türkischen Außenpolitik geben. Der Wahlsieger hat bereits ein klares Bekenntnis zum Westen und zur NATO abgelegt. Westliche Diplomaten in Ankara gehen davon aus, daß Özal in wichtigen außenpolitischen Fragen nach Rücksprache mit Staatspräsident Kenan Evren handeln wird.

Die siegreiche „Mutterlandspartei“ hat kein ausgereiftes außenpolitisches Konzept, ihr fehlen die versierten Außenpolitiker. Vermutlich wird Özal deshalb einen Berufsdiplomaten zum Außenminister ernennen.

Vorwiegend aus handelspolitischen Überlegungen wird Özal eine systematische Intensivierung der Beziehungen Ankaras zur islamischen und arabischen Welt vorantreiben. Er verfügt über gute Beziehungen zu Saudi-Arabien und zu Iran. Daß er als frommer Moslem bekannt ist, kommt ihm in diesen Ländern zugute. „Die Türkei kann zu einer Brücke zwischen dem arabischen Raum und Europa werden“, hat er immer wieder verkündet. Daran glaubt er.

Özal ist kein Befürworter einer beschleunigten Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft. In diesem Punkt hat er sich bisher sehr vorsichtig zurückgehalten. Zwar bezeichnete Özal Griechenland als das „verwöhnte und gehätschelte Kind Europas“. Aber dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, der die Türkei als eine ständige Bedrohung für sein Land betrachtet, streckt er die Hand entgegen: „Wir sollten versuchen, Bereiche zu finden, in denen Griechenland und die Türkei kooperieren können, zum Beispiel im Handelsbereich. Bis auf weiteres sollten wir die Erörterung von Themen vertagen, die chronisch geworden sind“, sagte Özal gegenüber der englischsprachigen Zeitung „Turkish Daily News“.

Auch in der Zypern-Frage zeigt sich Özal konziliant. Während die türkische Presse in der letzten Zeit immer wieder die Unabhängigkeit des nördlichen Inselteils mit Leitartikeln befürwortet, scheint Özal von einem solchen Schritt, im Einklang mit dem Ankaraer Außenministerium, so gut wie gar nichts zu halten. Statt einer Proklamation der Unabhängigkeit empfiehlt Özal immer wieder die Schaffung einer „zollfreien Zone“ in dem von den türkischen Truppen besetzten Inselteil, die die „finanzielle Lage der Inseltürken erheblich verbessern“ würde.

Richtig hat der Wirtschaftsexperte Özal erkannt, daß ein unabhängiges Zypern, wie es dem Volksgruppenführer Rauf Denktasch vorschwebt, eine für die Türkei fast untragbare finanzielle Bürde wäre. Ebenfalls ist er sich im klaren darüber, daß die Ausrufung der Unabhängigkeit dem Image der Türkei im westlichen Ausland schaden würde.

„Alles hängt vom Geld ab“, sagte Özal zynisch nach seinem Wahlsieg. Ohne wirtschaftliche Eigenständigkeit seien die außenpolitischen Probleme der Türkei nicht lösbar. (SAD)

Verkündet Reagan Tokio-Doktrin?

Das Weiße Haus verstärkt die Hinwendung Amerikas zur Pazifischen Region

FRED de LA TROBE, Tokio

Der Höhepunkt der Visite des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Japan wird die morgige Rede des Präsidenten vor dem japanischen Parlament sein. Sie wird die globalen Ausstrahlungen der engen Partnerschaft zwischen den beiden größten Wirtschaftsmächten des Westens herausstreichen. In einer Art „Tokio-Doktrin“ will Reagan die verstärkte Hinwendung der USA zur pazifischen Region betonen, zu einem Gebiet, das überwiegend stabil, wirtschaftlich gefestigt und prowestlich ist.

Für Japan, dessen Verteidigung und Wirtschaft auf der Freundschaft mit den USA basiert, sind die guten Beziehungen zum großen Partner jenseits des Pazifik längst die einzig denkbare Option. „Der japanisch-amerikanische Sicherheitspakt ist das Kernstück unserer Außenpolitik“, heißt es im diesjährigen „diplomatischen Blaubuch“ des Außenministeriums in Tokio.

Diese Überlegung ist in den beiden letzten Jahrzehnten immer tiefer ins japanische Unterbewußtsein eingesickert. Ein Indiz dafür ist das fast völlige Fehlen von Demonstrationen gegen den Reagan-Besuch. Nur rund 5000 Menschen demonstrierten bei der Ankunft Reagans. Zwar gab es an der Basis des linksgerichteten größten Gewerkschaftsbundes „Sohyo“ und bei den Sozialisten Stimmen für Anti-Reagan-Kundgebungen – vor allem nach Grenada. Doch der neue Sozialistenführer Ishibashi legte dagegen ein Veto ein: „Wir können nicht immer gegen alles sein.“

Als Präsident Eisenhower 1960 als Staatsgast nach Japan kommen sollte, hatte die Regierung noch angesichts ausgedehnter Massendemonstrationen und Terroraktionen sehr beschämt die Einladung widerrufen müssen. Reagan traf auf dem Flughafen Haneda bei Tokio ein. Ein amerikanischer Militärhubschrauber brachte ihn zum Akasaka Palast, dem offiziellen Gästehaus der japanischen Regierung.

Angesichts der sich mehrenden Bombenanschläge in aller Welt hatte die japanische Polizei zum Schutze des Besuchers eine Truppe von 90 000 Mann aufgeboten. Die Innenstadt Tokios bot das Bild einer belagerten Festung. Reagan wurde vom japanischen Kaiser in Audienz empfangen und traf am Abend zu einer ersten Gesprächsrunde mit Ministerpräsident Nakasone zusammen.

Die persönliche Freundschaft der beiden Regierungschefs, die sich mit ihren Vornamen „Ron“ und „Yasu“ anreden, entspricht dem fast ungetrübten Verhältnis zwischen beiden Ländern. Die Regierung Reagan mißt Japan eine strategisch wichtige Rolle im westlichen Pazifik zu. So stehen Sicherheitsfragen einschließlich der sowjetischen Raketen-Drohung an der Spitze der Gesprächsthemen.

Die von Tokio für 1984 vorgesehene Erhöhung der Militärausgaben von 6,8 Prozent hält Washington allerdings für nicht ausreichend, um eine spürbar größere Kraftentfaltung des ostasiatischen Partners zu gewährleisten. Nakasone bekundet guten Willen, doch sind ihm wegen der finanziellen Engpässe und der Fesseln der Verfassung Japans die Hände gebunden. Angesichts der schwierigen innenpolitischen Lage und bevorstehender Wahlen in Japan will Reagan seinen japanischen Freund diesmal nicht zu sehr unter Druck setzen.

Auch in die Einzelheiten der durch die lawinenhaft angeschwollenen Exportüberschüsse Japans entstandenen Handelsgegensätze werden die beiden Regierungschefs nicht eindringen. Der Präsident wird jedoch auf eine Korrektur des gegenüber dem Dollar unterbewerteten Yen drängen.

Reagans Reisepläne in pazifische Anrainerstaaten hatten anfangs neben Japan und Südkorea auch Besuche in den Philippinen, Indonesien und Thailand vorgesehen. Nach der Ermordung des Oppositionsführers Aquino in Manila und den aufziehenden Schatten über der Regierung Marcos waren aber die drei südostasiatischen Länder aus dem Programm gestrichen worden.

Der zweite Besuchsabschnitt Reagans in Südkorea von Samstag bis Montag steht im Zeichen hoher Spannung auf der geteilten Halbinsel. Nach dem Bombenanschlag von Rangun sind die 600 000-Mann-Armee des Landes und die 39 000 amerikanischen Soldaten in Alarmbereitschaft. Höhepunkt der Präsidenten-Visite wird ein Besuch Reagans bei den Soldaten im Camp Liberty Bell an der entmilitarisierten Zone sein.

Im Mittelpunkt der Gespräche des amerikanischen Staatschefs mit seinem südkoreanischen Amtskollegen Chun Doo Hwan werden die Erhöhung der Verteidigungskraft Südkoreas und neue amerikanische Sicherheitsgarantien stehen. Reagan wird die Machtstellung Chuns durch Lob für dessen wirtschaftlichen und außenpolitischen Erfolge stärken. Politische Beobachter erwarten aber, daß er bei der Aussprache unter vier Augen auf größere demokratische Reformen drängen wird. (SAD)

Regierung setzt Kirche in Polen unter Druck

DW. Warschau

Die polnische Führung hat den katholischen Bischöfen des Landes zu verstehen gegeben, daß sie es als unfreundlichen Akt ansehen würde, wenn die Kirche die für den Friedensnobelpreis ausgesetzte Summe in Höhe von rund 500 000 Mark von Arbeiterführer Lech Walesa entgegennehmen sollte. Walesa hatte nach Bekanntgabe der Nobelpreisverleihung angekündigt, er werde die mit der Auszeichnung verbundene Summe dem Episkopat für das kirchliche Hilfsprogramm zugunsten der privaten Landwirtschaft überweisen. Aus einflußreichen polnischen Kreisen in den USA verlautete jetzt dazu, die Regierung Polens habe offen damit gedroht, daß sie in einem solchen Fall die Gespräche mit der Kirche über das Hilfsprogramm verlassen werde.

Die Kontakte zwischen den Kommissionen von Staat und katholischer Kirche in Polen über das von westeuropäischen Bischofskonferenzen angestrebte Projekt haben bislang kein Ergebnis gebracht. Umstrittenster Punkt ist nach wie vor das Verlangen Warschaus, über ein Stiftungsgesetz Einfluß auf die Verteilung der Spendenmittel zu bekommen. Die kirchliche Seite bemüht sich um weitgehende Autonomie bei der Vergabe der Mittel.

Die Ende Oktober abgelaufene Frist bei der Amnestie für Oppositionelle wird voraussichtlich bis zum Jahresende verlängert. Warschau gab bekannt, entsprechende Vorschläge der Regierung seien von zwei wichtigen Ausschüssen des Sejm beraten worden.

Strauß und Tandler wurden abgehört

lz. München

Ein Telefongespräch zwischen Ministerpräsident Franz Josef Strauß und dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Gerold Tandler ist in München von Unbekannten abgehört und gestern der SPD im Bayerischen Landtag zugespielt worden. Während des Gesprächs hatte Strauß den CSU-Fraktionsvorsitzenden gebeten, von Otto Wiesheu das Amt des CSU-Generalsekretärs kommissarisch zu übernehmen, bis dessen Strafverfahren wegen eines schweren Verkehrsunfalls abgeschlossen ist. Tandler führte das Telefonat am Montagnachmittag von seinem Landtagsbüro aus, Strauß telefonierte in seinem Dienstwagen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Rothemund hat den Tonbandmitschnitt Tandler übergeben. Der CSU-Fraktionsvorsitzende bezeichnete dies als „nicht nur fair, sondern selbstverständlich“. Er selbst hätte im umgekehrten Fall ebenso gehandelt. Im Einvernehmen mit Strauß hat Tandler inzwischen Polizei und Staatsanwaltschaft eingeschaltet und Strafantrag gestellt. Den Landtagspräsidenten bat er, die hauseigene Abhöranlage überprüfen zu lassen.

Tandler, der keine Einzelheiten des Gesprächs mitteilen wollte, schloß gestern nicht aus, daß an dem Band manipuliert worden sei. Vor sieben Jahren war unter nie vollständig aufgeklärten Umständen bereits ein Telefongespräch zwischen Strauß und dem Chefredakteur des „Bayernkuriers“ mitgeschnitten und verfälscht worden.

Einsam kämpft Amerikas vierter Stand gegen Reagan

Von THOMAS KIELINGER

Die Waffen in Grenada mögen schweigen – aber die Reagan-Regierung sieht sich bereits in einen neuen Krieg verwickelt: Mit den Mandarinen der US-Presse, die sich von dem Nachrichtenausschluß während der ersten Tage der Grenada-Intervention düpiert fühlen und einen ominösen Trend zu allgemeiner Geheimhaltung in Ronald Reagans Weißem Haus zu erkennen glauben.

Das Wort von der „credibility gap“ geht wieder um, dieser alte Slogan, der während der Vietnam-Kriegsjahre wie ein Mühlstein um den Hals der Johnson-Regierung hing und schließlich das Ansehen und den Bestand dieser Regierung zu Fall brachte. Die Glaubwürdigkeitslücke: Was hatte die Administration von ungehinderter Presseberichterstattung in den ersten Tagen der Grenada-Operation zu befürchten?

In der Tat setzte das Reagansche Weiße Haus einen Präzedenzfall, indem es zum ersten Mal in der Moderne amerikanische Reporter daran hinderte, ein ausländisches militärisches Unternehmen von US-Streitkräften von Anfang an zu beobachten und darüber zu berichten.

Die Regierung, vor allem das Pentagon, ließ in inoffiziellen Erklärungen mehrfach durchblicken, man habe sich von den Erfahrungen der britischen Falkland-Operation leiten lassen. Auch die britische Kriegsleitung hatte mit dem Mittel der Zensur Eingriffe in die Pressefreiheit vorgenommen.

Der Vergleich ist nicht ganz korrekt. Britische Journalisten an Bord der „Hermes“ und anderer Schlachtschiffe durften zwar nicht nach Belieben während der Kämpfe berichten. Aber sie waren immerhin dabei, sie bildeten ein Korps unabhängiger Augenzeugen, die nach Beendigung des Feldzugs lückenlose Berichte absetzten und somit, wenn auch mit Verspätung, ihren Auftrag als Diener der Öffentlichkeit erfüllen konnten.

Um diesen Auftrag fühlen sich ihre amerikanischen Kollegen durch die Reagansche Presse-Politik während der ersten Tage der Grenada-Intervention nachträglich betrogen. Das wird als besonders anstößig von einer Presse empfunden, die sich seit zehn Jahren als der fast feindselige Gegenpart von allem versteht, was Regierung heißt oder mit Regierung zu tun hat. Es hagelte Protesttelegramme an das Weiße Haus, die Zeitungen sind täglich von Meinungsbeiträgen zu diesem Thema voll. Die wenigsten Pressevertreter wollen der Regierung ihr wichtigstes Argument abnehmen: Daß die Operation unter strengster Geheimhaltung stattfinden mußte und man die Aussichten des Unternehmens nicht noch durch Sorgen um mitverfrachtete Reporter komplizieren wollte.

Wer aber glaubt, der „vierte Stand“, wie die Presse in den USA sich häufig gerne selber beschreibt, würde in ihrem Kreuzzug gegen das Weiße Haus von der Mehrheit der Amerikaner unterstützt – der hat sich sehr geirrt. Der Vierte Stand kämpft hier ganz für sich alleine, die Öffentlichkeit steht nicht auf seiner Seite. Das gibt diesem Konflikt seinen faszinierenden Aspekt, weil er schlagartig das seit langem verdorbene Verhältnis zwischen dem amerikanischen Publikum und den Medien beleuchtet, die vergeben, im Namen dieses Publikums der Origkeit auf die Finger zu klopfen.

DIE ANALYSE

Seit geraumer Zeit stellen Soziologen fest, daß das gleiche Mißtrauen, welches die Presse allen Regierungsorganen gegenüber an den Tag legt, von der Öffentlichkeit selber gebenüber dieser ihrer Presse empfunden wird. Immer häufiger hört man in den USA Beschwerden über die „Arroganz der Medien“, die in ihrem Drang, den Dingen auf den Grund zu kommen, keine Grenzen, keine Regeln, ja, zuweilen selber keine Gesetze achten und das Minimum an Einverständnis, welches zwischen Regierung und Regierten herrschen muß, nur immer wieder neu untergraben.

Das alles war ganz in Ordnung, hatte sogar hohe Saison, als das Vertrauen der Amerikaner in ihre Institutionen durch die Doppelkrise von Vietnam und Watergate aufs Mark erschüttert war. In jenem Jahrzehnt seit der Mitte der 60er Jahre schien nur noch die Presse als der Garant der Wahrheit übrigzubleiben, als alle anderen Übereinkünfte zusammenbrachen. Ja, die Medien selber hatten durch ihre Enthüllungen wesentlichen Anteil am Zusammenbruch der alten Übereinkünfte.

Die Veröffentlichung der „Pentagon Papers“ 1971 in der „New York Times“ leistete für die militärische Führung der USA, was die „Washington Post“ ein Jahr später durch die Bekanntgabe des Watergate-Einbruchs für das Weiße Haus bewirkte: Die höchsten Ämter des Landes gerieten in fatalen Mißkredit. Ein Vertrauensschwund setzte ein, von dem sich das Land erst jetzt allmählich wieder erholt.

Die Medien, ledig ihrer alten Unschuld suchten ihr Heil im sogenannten „investigative reporting“: Damit ist eine Art detektivischer Aufklärung von Mißständen gemeint, verfolgt ins kleinste Detail der untersuchten Story. Hinter jeder Geschichte vermutete man einen neuen Watergate-Skandal, hinter jedem Pentagon-Papier den Versuch, das Land hinters Licht zu führen.

Die amerikanische Öffentlichkeit des Jahres 1983 weiß mit gutem Grund diese Wachhund-Reflexe ihrer Presse nicht mehr zu würdigen. Vor allem die Rolle der Presse im Vietnam-Krieg wird einer breiten Revision unterworfen, jetzt, da man nüchtern Bilanz ziehen kann, was Vietnam nach dem Abzug der Amerikaner hat erleiden müssen.

Es ist offenkundig, daß man im Pentagon seit dem „Medien-Krieg“ von Vietnam ein äußerst abgekühltes Verhältnis zu Vertretern des Vierten Standes unterhält. Bei der Vorbereitung der Operation in Grenada war es den Militärs daher ganz natürlich, die Presse auszuschalten, wo man ihr im tiefsten noch immer nicht verzeiht, Vietnam „verloren zu haben“.

Reagan teilt die Skepsis des Pentagon, er teilt die Skepsis im weiten Land gegenüber einer allzu selbstherrlich gewordenen Presse, und so ging er mit dem Ausschluß-Entscheid konform.

Hoffentlich braucht er diesen Entschluß nicht als taktischen Fehler zu bereuen. Schon jetzt ist spürbar, wie die alten Bastionen des Medienestablishments, die drei kommerziellen nationalen Fernsehkanäle, die Wochenmagazine „Newsweek“ und „Time“, und Zeitungen wie „Washington Post“ und „New York Times“ neue Quellen der Feindseligkeit in sich anzapfen, Quellen, die unter der entwaffnenden Bonhomie Ronald Reagans in den vergangenen drei Jahren zu versiegen schienen.

Von Sell und die Rolle der SPD

Ministerpräsident Rau mußte eingreifen / Suche nach Chefredakteur geht weiter

WILM HERLYN, Köln

Wie mag wohl einem Manne zumute sein, der durch die Partei alles wurde, nun aber erkennen muß, daß er nur noch gelitten ist – um der Partei willen? Das ist die Situation heute des Friedrich Freiherrn von Sell, Herrscher über den größten ARD-Sender, den Westdeutschen Rundfunk. Daß die SPD von ihrem Genossen von Sell langsam abrückte, machte dieser Sommer deutlich. SPD-Landesgeschäftsführer Bodo Hombach grämte sich öffentlich, der WDR sei der CDU-Kampagne vom „Rotfunk" erlegen, der Intendant selbst habe nicht wirkungsvoll dagegen gekämpft, ja sogar sich den Forderungen der Union gebeugt und beispielsweise das umstrittene Magazin „Radiothek" aus dem Programm gestrichen.

Wie ein Paukenschlag aber wirkte im Kölner WDR-Gebäude ein Artikel ausgerechnet der DGB-Zeitung „Welt der Arbeit" Ende September. Unter der Schlagzeile „Unaufhaltsamer Abstieg" registrierte das Blatt: „Von Sell organisiert das Chaos in der größten Rundfunkanstalt der Bundesrepublik." Höhepunkt nun im Streit um den Intenanten war das Begehr von Sells an den WDR-Verwaltungsrat, ihn öffentlich vor dem Vorwurf in Schutz zu nehmen, er habe zu Unrecht auf Kosten der Gebührenzahler den Wert seines Hauses durch umfängliche Sicherheitsmaßnahmen erhöht. Der Vorsitzende des Gremiums, Theodor Schwefer (CDU), antwortete kurz und hart. Der Rat habe „einmütig die Meinung" vertreten, dieser Bitte nicht nachzukommen. Einmütig – das heißt, auch die SPD-Mitglieder verweigerten sich.

„Organisiertes Chaos"

Dieser Affront zwang sogar Ministerpräsident Johannes Rau auf den Plan. In der vergangenen Woche sammelte er „seine Schäfchen" um sich und stauchte sie gehörig zusammen. Dabei nahm er sich besonders Heinz Kühn vor und beschwor ihn, seine Privatfehde mit von Sell im Interesse der Partei hintanzustellen.

Auch Heinz Kühn gelobte „Besserung". Es wird ihn dennoch nicht davon abhalten, aus seinem Groll gegenüber dem einstigen Ziehkind von Sell keinen Hehl zu machen. Denn er sieht sich ganz einfach enttäuscht, und die Hoffnungen, die er in Sell gesetzt hatte, haben ihn getrogen.

Geschickt im Umgang mit Menschen, tat Rau nach dieser Rettungsaktion ein weiteres: Nach monatelanger Gesprächspause mit Willy Weyer, einst Mitbegründer der sozial-liberalen Koalition, knüpft er wieder Kontakt und beschwor den einzigen Freien Demokraten im Verwaltungsrat, jetzt keinen Hauskrach im WDR zu inszenieren und zu unterstützen. Daran ist aber auch Weyer nicht gelegen, stehen für ihn ohnehin die Lösung der Sach- und dringenden Personalprobleme im Vordergrund.

Dabei steht vor allem die Besetzung des Chefredakteurs Fernsehen in der Nachfolge von Theo M. Loch auf der Tagesordnung. Die Hoffnung von Sells, er könne mit nur einem Personalvorschlag, nämlich Günter Siefarth, durchkommen, weil die CDU-Bank diesen schon allein aus Parteilichkeit heraus akzeptieren werde, erwies sich als trügerisch. Mit dem mißglückten Antrag begann sich das Karussel zu drehen. Wer wurde da nicht alles als Loch-Nachfolger benannt? Niemand jedoch fand Gnade vor den Augen der gestrengen Juroren. Denn gerade die Unions-Verwaltungsratsmitglieder – Theo Schwefer, Heinrich Windelen und Bernhard Worms – ließen immer deutlicher erkennen, daß für sie nicht der Parteiproporz im Vordergrund stehe, sondern die Qualifikation. Auf der anderen Seite aber kaprizierte sie sich bei der Suche auf zwei Namen: auf Friedrich Nowottny, WDR-Studioleiter in Bonn, und auf den ZDF-Korrespondenten in Washington, Dieter Kronzucker.

Allmählich schöpften die Verwaltungsratsmitglieder den Verdacht von Sell führe sie hinters Licht. Denn in persönlichen Gesprächen stellte sich bei den Wunschkandidaten Nowottny und Kronzucker gleichermaßen heraus, daß der Intendant betont wenig Überzeugungskraft aufgewendet hatte, sie zu werben. Beiden machte er Vorschläge weit unter den Vertragsbedingungen des Vorgängers Loch. Als Grund nannte er haushaltsrechtliche Zwänge, verschwieg aber, daß der Verwaltungsrat sich verhandlungsbereit zeigen wollte. Dabei wäre gerade die Berufung Nowottnys für beide Seiten geradezu ideal gewesen: Die CDU hätte mit ihm einen der Union geneigten Mann im Sender, die SPD aber könnte sich den langgehegten Traum „ihres" Mannes in Bonn erfüllen. Denn seit Jahren schon wartet Ernst-Dieter Lueg auf diese Chance. Spötter meinen sogar, dies sei auch die einzige Möglichkeit, Luegs Präsenz in der Bundeshauptstadt drastisch zu erhöhen – denn zur Zeit sei er zwischen Montag und Donnerstag nur selten dort zu erreichen wegen mannigfaltiger Referate und Moderationen zwischen Flensburg und Konstanz.

Kronzucker nach Köln?

Nicht weniger verwundert sahen sich die Gremium-Mitglieder an, nachdem sie unabhängig voneinander die Bereitschaft des ZDF-Mannes Kronzucker ausloteten. Seine Antwort klang in ihren Ohren nun ganz anders, als ihnen von Sell Glauben gemacht hatte. Bis Sonnabend, so versprach Kronzucker nun, wolle er sich erklären, er könne es sich durchaus vorstellen in Köln zu arbeiten. Das ist ein erster Schritt, über den der Verwaltungsrat am Montag beraten kann. Und weder CDU- noch SPD-Mitglieder wollen dann die Marktlücke auf die Goldwaage des Vertrages legen. Sie sind sich einig: Hauptsache, es kommt ein guter Mann.

Athener Politiker lehnen Blick auf die Mauer ab

F. D. Berlin

Für einen bisher beispiellosen politischen Eklat hat in Berlin der Besuch einer Delegation griechischer Abgeordneter unter Leitung des Parlamentspräsidenten Yoannis Alevras gesorgt. Die auf Einladung des Deutschen Bundestages nach Berlin gereisten Politiker weigerten sich, an einer vom Senat organisierten Stadtrundfahrt, die unter anderem eine Besichtigung der Mauer vorsah, teilzunehmen. Zugleich hatte es die aus Vertretern der Sozialisten, der „Neuen Demokratie" und der Kommunisten bestehende sechsköpfige Parlamentariergruppe abgelehnt, das Reichstagsgebäude zu besuchen.

Die Griechen begründeten ihre Haltung mit dem Veto des einzigen kommunistischen Teilnehmers, der grundsätzlich weder Reichstag noch Mauer sehen wolle. Erst nach der Intervention von Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU), der den Vorgang als „Affront" bezeichnete und die Delegation aufforderte, dieser Brüskierung nicht weiter zu folgen, entschlossen sich die Griechen gestern zum Reichstagsbesuch. Sie lehnten es allerdings ab, in Räume des Gebäudes geführt zu werden, von denen aus die Mauer zu sehen sei.

Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Peter Rebsch (CDU), nannte den Vorgang wie Barzel „eine Brüskierung der gesamten Berliner Bevölkerung". Rebsch sagte, die Griechen hätten vor dem Hauptproblem der Stadt, der unmenschlichen Mauer, die Augen verschlossen. Dies sei „in der Geschichte Berlins einmalig".

Seite 2: Folgsame Griechen

Galinski: Mehr juristischen Schutz gegen Rechtsradikale

Berlin gedachte der Opfer der „Reichskristallnacht"

F. DIEDERICHS, Berlin

In Berlin ist gestern mit zahlreichen Kranzniederlegungen und Gedenkstunden des 45. Jahrestages der „Reichs-Kristallnacht" gedacht worden. In der Nacht zum 10. November 1938 war im gesamten damaligen Reichsgebiet die Verfolgung der Juden in Terror- und Gewaltakte eskaliert, bei denen 267 jüdische Gotteshäuser sowie unzählige Geschäfte und Wohnungen zerstört worden waren. Mehr als 20 000 jüdische Bürger wurden vom nationalsozialistischen Regime verschleppt, mißhandelt und ermordet. In den meisten Berliner Bezirken legten Bürgermeister und Stadträte Kränze zur Erinnerung an das Progrom nieder.

Der Berliner Parlamentspräsident Peter Rebsch (CDU) rief anläßlich des Jahrestages zu „erhöhter Wachsamkeit gegenüber radikalen Tendenzen" auf. Rebsch warf die Frage auf, ob heute junge Mitbürger ausreichend über die Ereignisse dieses „beschämenden Tages" aufgeklärt werden.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin widmete dem 45. Jahrestag der „Reichs-Kristallnacht" eine Gedenkstunde im Jüdischen Gemeindehaus, das ebenfalls vor 45 Jahren in Flammen aufgegangen war. In Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker (CDU) erinnerte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, an die Opfer der nationalsozialistischen Massenverfolgung. Galinski appellierte in seiner Ansprache „an die Menschen in der Bundesrepublik, dem Radikalismus, dem politischen Terror und der Unfreiheit nie wieder eine Chance zu geben". Galinski betonte weiter, dieses Datum müsse „auch 45 Jahre danach zur Besinnung zwingen". Die Umsetzung der Empörung in bewußtes demokratisches Handeln sei vonnöten, damit nie wieder Menschenverachtung und Krieg, Antisemitismus und Völkerhetze die Menschheit bedrohe.

In diesem Zusammenhang wies Galinski auf die rechtsradikale Szenerie in Deutschland hin, die in den letzten Jahren „immer stärkere Tendenzen zur Gewalttätigkeit" zeige. Galinski bezeichnete es als „unverständlich, wenn eine Organisation wie der SS-Traditionsverband HIAG in den Verfassungsschutzbericht nicht mehr als rechtsextremistisch aufgenommen wird". Diese Organisation habe durch nichts zu erkennen gegeben, daß sie sich von der Vergangenheit distanziere.

Galinski nannte es weiter „beschämend", wenn junge Menschen in Fußballstadien rechtsradikale Parolen gebrauchen. Galinski forderte von der Bundesregierung „eine wesentliche Verbesserung des rechtlichen Instrumentariums", um „eklatante Fälle von Geschichtsfälschung, Lügen und veränderten Darstellungen der historischen Wirklichkeit" bekämpfen zu können. Der demokratische Staat sei „zumindest diesen juristischen Schutz ehemals Verfolgten schuldig", sagte Galinski.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der beste Mann für das Amt

„Die Weichenstellung": WELT vom 2. November

Sehr geehrte Herren,

zur Diskussion über die bald fällige Neuwahl des Bundespräsidenten möchte ich bemerken: Der Respekt vor dem Amt des Staatsoberhauptes gebietet es, den besten verfügbaren Mann zu nominieren. Schon bei der Wahl des Nachfolgers von Theodor Heuss 1959 hat es sich langfristig schwer gerächt, daß die CDU mit Heinrich Lübke einen Verlegenheitskandidaten präsentiert hat, was dem Ansehen des Amtes und damit unseres Staates sehr abträglich war. Nie wieder darf ein Bundespräsident zur Zielscheibe von Kabarettwitzen werden.

Auch Herr Hertz-Eichenrode schreibt, daß Richard von Weizsäcker für dieses Amt „exzellent geeignet ist". Die Gründe gegen seine Wahl können m.E. nicht überzeugen:

● Weizsäcker ist bei den Berlinern nicht für den Rest seines Lebens im Wort. Wenn er nach einer sehr erfolgreichen Amtszeit von drei Jahren in ein höheres Amt berufen wird, werden ihm die Berliner dies nicht übelnehmen, und die CDU hat in Berlin ebenso wie außerhalb eine Reihe von Männern, die ihn ersetzen können.

● Daß die SPD, die ja ohnehin keinen eigenen Mann durchbringen kann, keinen Gegenkandidaten gegen Weizsäcker aufstellen will, kann kein Grund für die CDU sein, von Weizsäcker abzurücken. Daß er dann gegen Teile der FDP gewählt werden müßte, ist ganz und gar unwahrscheinlich, ebenso daß die Berliner FDP gegen einen anderen CDU-Bürgermeister stimmen würde.

● Die nächsten Jahre werden vielleicht deutschlandpolitisch wichtig sein; aber dabei dem Berliner Regierenden Bürgermeister eine maßgebende Rolle zuzuschanzen wäre unter Umständen eine bedenkliche Konzession an die Ostberliner Drei-Staaten-Theorie. Kontrahenten der Deutschland-Politik müssen weiterhin Bonn und Ost-Berlin bleiben.

Ich glaube, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik für subtile Parteitaktik weniger Verständnis haben und die Wahl des persönlich hochangesehenen Berliner Bürgermeisters begrüßen würde.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. W. Duden,
Monheim

Worte der Bibel

„Carstens stellt kritische Fragen an die evangelische Kirche": WELT vom 31. Oktober

Sehr geehrte Herren,

in Zusammenhang mit den Ausführungen des Bundespräsidenten Karl Carstens in Worms verdienen die Verse 21 bis 23 des Lukas-Evangeliums, Kapitel 11 die Beachtung, die ihnen – was den theologischen Aspekt der Nachrüstung anbelangt – bisher erstaunlicherweise nicht geschenkt wurde. In Lukas 11 heißt es in Vers 21: „Wenn ein Starker gewappnet seinen Palast bewacht, so bleibt das Seine in Frieden."

Wenn man anstatt Palast Land sagt, so ist das genau die Situation der Bundeswehr, die den Frieden wahren will.

Vers 22 lautet: „Wenn aber ein Stärkerer über ihn kommt und überwindet ihn, so nimmt er ihm seinen Harnisch, darauf er sich verließ, und teilt den Raub aus."

Dies ist der Friedensbrecher, der weiß, daß er der Stärkere ist. So handelte die Sowjetunion Arm in Arm mit Hitler bei der Überwältigung der baltischen Staaten, beim Einmarsch in Ungarn, gemeinsam mit der „DDR" beim gewaltsamen Ende des Prager Frühlings und bei der Invasion in Afghanistan.

Der folgende Vers 23 schließt den Abschnitt über „Jesu Macht über die bösen Geister" ab, zu dem die voraufgegangenen Verse gehören. Da heißt es: „Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich, und wer nicht mit mir sammelt, der zerstreut."

Marxismus und Glauben sind wie Wasser und Feuer. Der atheistische Marxismus, voran seine Vormacht, die Sowjetunion, will das Feuer des Glaubens auslöschen und hat dies im eigenen Land immer wieder getan oder jedenfalls zu tun versucht. Da gibt es nichts zu deuteln. Wenn dies heute sogar Pastoren leugnen oder auch nur verharmlosen, so gehören sie nicht mehr zu jenen, die sammeln, sondern zu denen, die zerstreuen.

Mit freundlichen Grüße
Alfred M. Stahmer,
Hamburg 55

Höhere Diäten

„Leserbrief: Realitätsfern": WELT vom 21. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Graf Groeben kritisiert die beabsichtigte Anhebung der Diäten der Bundestagsabgeordneten und vergleicht die vorgesehene bescheidene Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung damit, daß hiervon ein Sozialhilfe-Empfänger einen ganzen Monat leben müsse. Das scheint mir ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen zu sein. Einmal ist festzustellen, daß die Bezüge der Abgeordneten seit 1977 nicht erhöht worden sind. Graf Groeben ist zu fragen, ob sich sein Einkommen seit 1977 nicht erhöht hat.

Zum anderen muß darauf hingewiesen werden, daß die Einkommen der höheren Ministerialbürokratie den Grundbetrag der Diäten von 7500,- DM – und nur von diesem kann man billigerweise ausgehen, da die Unkostenpauschale von 4500,- DM in manchen Fällen kaum die entstehenden Unkosten wie Wahlkreisbüro oder Zweitwohnung in Bonn deckt – längst erheblich übersteigt. Man sollte vielleicht auch einmal einen Blick auf die Gehälter der Gewerkschaftsbosse werfen. Schon vor Jahren bezog der Genosse Rosenberg als DGB-Vorsitzender ein Monatsgehalt von 40 000,- DM.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß vor Jahren der damalige Generaldirektor der Karlsruher Lebensversicherung, Alex Möller, finanziell einen sehr schlechten Tausch gemacht hat, als er sich entschloß, Bundesminister der Finanzen zu werden, was zur damaligen Zeit etwa einer Halbierung seiner bisherigen Einkünfte gleichkam. Wenn die Beamten und auch die Angehörigen der freien Wirtschaft an der wirtschaftlichen Entwicklung in angemessener Weise teilnehmen, ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet die Bundestagsabgeordneten, von denen viele eine 80-Stunden-Woche haben, hiervon ausgenommen sein sollen. Wollen wir wirtschaftlich weitgehend unabhängige Abgeordnete, oder wollen wir das nicht?

Mit freundlichen Grüßen
Albrecht von Kalm,
Bonn 1

Parteiverdrossen

„Staatsverdrossen", heißt es oft, wären wir Bürger – aber wieso denn? Vom Staat ist so wenig die Rede, daß man davon nicht verdrossen sein kann! „Parteiverdrossen" sind wir! Denn immer und ewig ist von den Parteien die Rede. Und dabei ist es wohl den meisten von uns ganz gleich, was für eine Partei der Politiker ist, wenn er nur ein ganzer Mann oder eine herzhafte Frau ist und nicht schwätzt, sondern handelt, um gut für den Staat, also für uns alle zu handeln.

Nun aber reden die Parteien doch einmal vom Staat – er soll sie nämlich finanzieren, wenn sie sich vor den Wahlen noch mehr als sonst in den Haaren liegen!

Da ich nicht weiß, wo ich gegen diese Unverschämtheit sonst protestieren könnte, erlaube ich mir, es in „meiner WELT" zu tun, und bitte die Mitleser, die meiner Ansicht sind, also alle, die sich als Staatsbürger fühlen, sich anzuschließen. Es lebe unser Staat!

Herta Genzmer,
Bonn 2

Bar jeder Logik

Bei Lektüre des Artikels „12 Meilen vor Island sank die ‚Kampen'" (WELT vom 3. November) kann man nur mit Entsetzen feststellen, daß ausländische Arbeit (die „Kampen" wurde in Schanghai gebaut) den deutschen Werften nicht nur Arbeit wegnimmt, sondern auch noch Menschenleben kostet.

Gibt es wirklich keine Möglichkeit, diesem Irrsinn – auf unserer Seite zu hohe Löhne und Verlust von Arbeitsplätzen, auf der anderen Seite Pfusch bis zum Verlust von Menschenleben – Einhalt zu gebieten?

Diese Beispiele gibt es massenhaft.

Erich Häusler,
Hessisch Lichtenau

Bayer Ganghofer

„Streit auf dem Friedhof wie zu Ganghofers Zeiten": WELT vom 2. November

Sie nennen Ganghofer einen österreichischen Heimatdichter. Zu Unrecht. Er wurde 1855 in Kaufbeuren geboren und starb 1920 in Tegernsee. Er hatte allerdings respektable persönliche und berufliche Kontakte in Österreich: seine geliebte Jagd lag in Tirol, und in frühen Jahren war er Dramaturg am Ring-Theater in Wien und Feuilletonredakteur des „Neuen Wiener Tagblattes" gewesen. Seine Wohnung hatte er aber in München, seine Jagdgeschichten spielen in Bayern, und er blieb bis zu seinem Lebensende bayerischer Staatsangehöriger.

Dr. Otto Gritschneder,
München 2

Wort des Tages

„Wie ein gut verbrachter Tag einen glücklichen Schlaf, beschert ein gut verbrachtes Leben einen glücklichen Tod."

Leonardo da Vinci (1452–1519)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Ernst Otto Fischer**, Ordinarius für Anorganische Chemie der Technischen Universität München und Nobelpreisträger, wird am Donnerstag 65 Jahre alt.

Der gebürtige Münchener, Schüler des großen anorganischen Chemikers Prof. **Walter Hieber**, wurde nach der Habilitation 1954 Dozent an der TH München und 1957 Extraordinarius an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität. Einen Ruf nach Jena auf den Lehrstuhl von Prof. **Hein** lehnte er ebenso ab wie einen Ruf nach Marburg. Inzwischen ordentlicher Professor an der Universität München, folgte er einem Ruf als Nachfolger seines Lehrers Walter Hieber an die Technische Hochschule München (heute Technische Universität). Dort lehrt er noch heute.

Die Zahl der Veröffentlichungen und Ehrungen Fischers aufzuzählen, ist fast unmöglich. Einen Höhepunkt stellt die Verleihung des Nobelpreises für Chemie zusammen mit G. Wilkinson 1973 dar.

Bei Fischers Tätigkeit in zahlreichen bedeutenden nationalen und internationalen Organisationen, so die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung und die Unesco, liegt ein Hauptakzent seines Interesses auf der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Bereitstellung und dem Schutz des von ihm als unerläßlich empfundenen Freiraumes für die ungehinderte Entfaltung wissenschaftlicher Begabung.

EHRUNG

Staatsminister a. D. **Liselotte Funcke**, Beauftragte der Bundesregierung für die Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, ist vom Deutschen Kinderschutzbund die Auszeichnung „Pro infante für herausragendes Engagement im Interesse des Kindes" verliehen worden. Mit der Auszeichnung wird die Tatsache geehrt, daß die Beauftragte sich für die Interessen der Ausländerkinder und ihre Gleichbehandlung eingesetzt hat und einsetzt.

WERBUNG

Ohne das Wort zu ergreifen, doch allein mit dem Gewicht seiner Anwesenheit betätigte sich der Schweizer Botschafter **Charly Müller** am Dienstag bei einem Empfang mit Workshop, Tonbildschau und abschließendem Gourmet-Menü in Bonns führendem Hotel als erster Sales Promoter seines Landes, insbesondere von Basel. Die Werbegemeinschaft „Basel Promotion Board" unternahm in Essen und Bonn den Versuch, das Image der teuren Schweiz zu korrigieren und durch Zahlen und Fakten zu belegen, daß das südliche Nachbarland sowohl touristisch wie auch bei wirtschaftlicher Zusammenarbeit nach wie vor attraktiv ist. Dr. **Hans Martin Tschudi**, Generalsekretär des Ministeriums für Wirtschaft und Soziales in Basel: „Wir sind überzeugt, daß sich ein Gang nach Basel lohnt." „Basel Promotion Board", ein freiwilliger Zusammenschluß von Vertretern von Regierung, Handelskammer, Schweizer Mustermesse, Sporthalle, Flughafen und Fluggesellschaft, Hotellerie, Schiffahrt und Verkehrsbüro, gastiert heute vor der Rückkehr ins Dreiländereck noch in Stuttgart. Dr. **Robert Sigl**, Geschäftsführer der Baseler Handelskammer, legte den deutschen Gästen bei den Empfängen insbesondere das im Ausbau befindliche Kongreß- und Messezentrum in der zweitgrößten Schweizer Stadt am Rheinknie ans Herz.

Der Jäger ist der Ökologe vom Dienst

Von HANS-ERICH BILGES

Der prächtige Sechser-Bock stand am Maisfeldrand. 120 Meter entfernt saßen zwei Jäger seit drei Stunden in Wind und Regen. „Ein fabelhafter Bock", sagte der Jagdpächter. Sein Gast: „Ich bringe es nicht fertig, diesen Bock zu strecken."

Ein paar Stunden später klingelte das Telefon im Jagdhaus. Der Jagdaufseher: „Könnten Sie bitte zur Polizeistation kommen – ein Stück Wild ist überfahren worden." Die beiden Jäger fuhren hin – dort lag der prächtige Bock mit gebrochenem Rückgrat und zerschlagenen Läufen.

Jagd in Deutschland: Sind die 260 000 deutschen Jäger wirklich so schießwütig, wie ihnen von linken Grünen und ideologisch fixierten Kritikern vorgeworfen wird? Was tun Jäger eigentlich?

Lassen wir Zahlen sprechen: Für Jagd- und Wildschutz geben die Jäger aus ihrer privaten Tasche jährlich rund 700 Millionen Mark aus. Eckhard Schroeter, Präsident des Hamburger Landesjagdverbandes und engagierter Naturschützer, hat ein Revier im Lauenburgischen: „Allein für Jagd- und Wildschutzmaßnahmen gebe ich – neben der Pacht – jährlich viele tausend Mark aus." Schroeter erstattet den Landwirten zudem erhebliche Summen für Wildschäden. Er finanziert das Anlegen von Teichen, Wildäckern, Aufforstungen.

Wache rund um die Uhr

Eckhard Schroeter betreut ein 100-Hektar-Revier: „Es fallen jährlich über 400 Arbeitsstunden an, die ich gemeinsam mit meinem Jagdaufseher und Jagdfreunden leiste. Wir legen Feuchtgebiete und Tümpel an, Wildäcker zur besseren Nahrungsmöglichkeit, forsten Grenzböden auf und bepflanzen sie, um dem Wild Deckung und Ruhe zu geben, bessern Zäune zur Wildschadenverhütung aus oder legen sie an, besorgen die Winterfütterung, legen Salzlekken aus, um dem Wild die dringend notwendigen Spurenelemente und Mineralien zukommen zu lassen. Horste seltener Greifvogelarten werden rund um die Uhr bewacht, Nistkästenaktionen ebenso wie Entrümpelungsaktionen in der Landschaft durchgeführt."

Jäger sein, heißt Heger sein. Recht machen können es aber die Jäger offenbar niemandem. Die einen (wie Horst Stern) behaupten, in Deutschland gebe es zu viel „Wild", weil die Jäger es hochzüchten, um mehr schießen zu können. Andere wiederum behaupten, es gebe zu wenig Wild, weil zuviel geschossen werde. Das eine wie das andere ist falsch.

Unbestreitbar ist: Ohne Jäger geriete der Wildbestand in Deutschland durcheinander. Rehe, Rotwild und Sauen würden verheerende Schäden in der Landwirtschaft anrichten, ganze Flächen kahlfressen. Andere Wildarten würden aussterben, wie Fasanen, Rebhühner, Hasen, viele Singvogelarten.

Allein die Wildseuchen würden schlimme Folgen haben. Trotz intensiver Bejagung des Fuchses – jährlich werden etwa 200 000 Füchse geschossen – gab es 1980 insgesamt 6436 registrierte Tollwutfälle. Fachleute schätzen, daß die Zahl zehnmal so hoch läge, würden die Füchse nicht so intensiv bejagt. Das gleiche gilt für andere Wildseuchen, wie die Schweinepest, die Gamsräude oder die Myxomatose, eine Viruskrankheit bei Kaninchen.

In Deutschland ist der Wildbestand ungleich besser als in anderen Ländern, nicht zuletzt als Folge der strengen Jagdgesetzgebung. „Den Jagdschein in Deutschland zu erwerben ist schwieriger als ein Staatsexamen", sagt der CDU-Schatzmeister und Jäger Walter Leisler Kiep. Die Prüfungen (jagdliches Schießen, schriftliche und mündliche Prüfung) sind „so schwer wie in keinem anderen Land der Erde", urteilt Jagd-Präsident Frank. Im Schnitt fallen 30 Prozent der Prüflinge durch.

„Schießen könnte ich nicht"

Erfreulich: An den Jungjägerkursen nehmen immer mehr junge Menschen von 16 Jahren an teil. Auch Hausfrauen, Sekretärinnen, Lehrerinnen, Handwerker und Arbeiter wollen den Jagdschein machen. Eine Lehrerin: „Schießen könnte ich gar nicht; aber mich haben die Argumente der Jäger überzeugt. Sie sind aktiv tätig und reden nicht nur über Naturschutzmaßnahmen."

Vor allem die ökologischen Leistungen der Jäger werden kaum gewürdigt. In Schleswig-Holstein wurden in den letzten Jahren 2399 Teiche, Tümpel und andere Feuchtgebiete mit einer Wasserfläche von 538 Hektar künstlich geschaffen. Auf eigene Kosten legten die Jäger auch 2559 Deckungsinseln mit einer Gesamtfläche von 1224 Hektar an.

Immer wieder wird die Frage gestellt: Warum wird überhaupt gejagt? Die Antwort ist einfach: weil gerade in industrialisierten Gebieten das freie Spiel der Natur aufgehoben ist; der Mensch muß den Regulator spielen.

Der Wildabschuß macht heute einen verschwindend geringen Teil des Jagdwesens aus. Die Hege ist das Hauptthema. Klaus Ennulat, Geschäftsführer des Deutschen Tierschutzbundes: „Der Jäger in der heutigen Zeit ist in erster Linie ein Heger und Pfleger des Wildes. Sein Ziel ist nicht primär der Abschuß, vielmehr sieht er seine Aufgabe darin, das Wild in seiner natürlichen Umwelt zu erhalten. Der Abschuß dient letztlich der Erhaltung. Der Jäger hat damit die Rolle übernommen, die früher die – durchaus unbarmherzige – Natur innehatte."

Beachtlicher Wildbestand

Josef Ertl, der ehemalige Bonner Landwirtschaftsminister: „Von den Schutz- und Hegemaßnahmen unserer Jäger profitieren viele nichtbejagte Wildarten."

Konstantin Freiherr von Heeremann, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, formulierte lyrisch: „Jäger und Bauern Hand in Hand – sorgen für artenreichen Tierbestand."

Der Wildbestand in Deutschland kann sich durchaus sehen lassen. Es gibt etwa 90 000 Stück Damwild, 1,7 Millionen Stück Rehwild, mindestens 50 000 Stück Schwarzwild, über eine Million Hasen, eine halbe Million Fasanen und weit über 400 000 Enten.

Intensive Hegemaßnahmen des umsichtigen Revierförsters Unger und des Hamburger Landesjagdverbandes haben dafür gesorgt, daß die Rothirsche vor den Stadttoren Hamburgs weltberühmt sind. Aufsehen erregte der Rothirsch „Gigant", der vor einigen Monaten leider verendet im Unterholz gefunden wurde. Er hatte das größte Geweihgewicht eines deutschen Hirsches, 13 Kilogramm.

Um den Saupark Springe im Niedersächsischen Staatsforst kümmert sich Landesvater Ernst Albrecht, ein engagierter Naturschützer und Jäger, persönlich. Im Saupark steht erlesenes Wild, Damwild, Sauen und einige der stärksten Keiler Deutschlands.

Immer häufiger schließen auch Jagdpächter sogenannte Hegegemeinschaften. Zum Beispiel wurde im Raum Bingen unter Führung des Fabrikanten Moller-Racke ein Hegering für Schwarzwild gegründet. Beschluß: Für die nächsten vier Jahre dürfen keine Keiler und großen Bachen geschossen werden. Seitdem hat sich der Schwarzwildbestand erheblich verbessert.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden – Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marya Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheibe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten – Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klára Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tielien; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

STAND PUNKT

Als es in die Endphase des Münchner Sechstage-Rennens ging und als der Schweizer Weltmeister Urs Freuler mit dem Frankfurter Rad-Profi Dietrich Thurau regelrecht Katz' und Maus spielte, rief der Hallensprecher: „Findet sich denn niemand, der Urs Freuler adoptieren will, damit wir endlich einen großen Radrennfahrer bekommen?" Um es vorweg zu nehmen: Selbst, wenn sich jemand gefunden hätte, Freuler hat nicht die geringste Absicht, die Schweizer Staatsbürgerschaft abzulegen.

Der schnauzbärtige Mann aus Bilten trat als Sieger des Münchner Rennens derart vehement in die Pedale, daß man glaubte, er reiße den

Mit Thurau gespielt . . .

Lenker aus dem Rahmen oder verbiege mit seinem kraftvollen Antritt das gesamte Gestänge des Fahrrads. Urs Freuler, 25 Jahre alt, dreimal Weltmeister auf der Bahn, seit 1980 Profi, ist drauf und dran, zum neuen König der Six-Days zu avancieren. Und es gibt in der Tat zur Zeit keinen Rad-Profi, der so vielseitig ist wie Urs Freuler. Bei der Tour de France 1981 hatte ihn zum Beispiel der Holländer Peter Post für sein TI-Raleigh-Team zu dem Zwecke angeheuert, daß er Flachetappen gewinne. Freuler tat das auf dem Wegstück zwischen Pau und Bordeaux im eindrucksvollen Stil. Doch kurz bevor es in die Berge ging, verabschiedete sich der Schweizer. Das war so ausgemacht, denn die Berge hochfahren, das ist nun wirklich das einzige, was dieses Allroundtalent nicht kann.

Dafür hat er andere Interessen. Noch in diesem Winter will er beim weltberühmten Lauberhorn-Abfahrtsrennen der besten Skiläufer als Vorfahrer starten. Es kann ihm also nie schnell genug sein . . .

FRANS VERMEEREN

TURNEN / Die frühere Olympiasiegerin Olga Korbut bereitet eine neue Karriere vor: Als Dressurreiterin will sie an Olympischen Spielen teilnehmen

Nun sucht Olga ihr Glück auf dem Rücken der Pferde

DANIEL HAUSER, Bonn

So mancher dreht sich erstaunt um, wenn die beiden Damen hoch zu Roß zwischen den Silberbirken auftauchen. Das ist doch, na, wie heißt sie denn gleich? Jelena Petuschkowa heißt die eine der beiden Damen, Ehefrau des früheren sowjetischen Hochsprung-Weltrekordlers Valerij Brumel und einst Olympiasiegerin im Dressurreiten. An ihrer Seite reitet Olga Korbut – vor zehn Jahren als der „Spatz von Grodno" ein umjubelter Kunstturn-Star in Ost und West.

Der allmorgendliche Ausritt vor den Toren von Minsk soll Folgen haben: Olga Korbut, die bei den Olympischen Spielen 1972 in München und 1976 in Montreal vier goldene und zwei silberne Medaillen im Kunstturnen gewann, plant ernsthaft ein sportliches Comeback – als Dressurreiterin.

„Mit dem Turnen ist es lange schon zu Ende gegangen. Deshalb gibt es in dieser Sportart für mich keinen Neuanfang mehr", sagte die 28jährige einem Reporter der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass. Aber der Drang, zurück ins Rampenlicht des internationalen Sports zu kehren, habe sie jetzt wieder gepackt. Olga Korbut: „Ich bin noch immer populär, doch ich will dafür auch wieder etwas tun, ich will wieder Leistung bringen. Aber es wird schwer werden, schließlich muß ich vom Null-Punkt aus alles neu beginnen."

Der Schriftsteller Michail Suponjew, der ebenso wie Olga Korbut in Minsk lebt und bereits mehrere Bücher über die einst populärste Kunstturnerin der Welt veröffentlichte, beschrieb einmal jene Monate in den Jahren 1976 und 1977, als „Olga-Darling", wie die Londoner Fleet-Street-Journalisten sie nannten, nicht so recht wußte, was sie tun sollte. Von der Kunstturnbühne hatte sie sich zurückgezogen, nun mußte sie ihr Leben neu einrichten. Michail Suponjew schrieb: „Manche Kollegen empfahlen ihr, sich als Trainerin zu betätigen. Olga aber war gar nicht sicher, ob sie als Pädagogin etwas taugen würde. Es gab eine Zeit, da sie an die Karriere eines Fernseh-Kommentators dachte. Sie träumte heimlich auch davon, zum Theater zu gehen, denn sie wuchs in einer Familie auf, in der man Lieder, insbesondere Volkslieder, gern hatte. Sie besitzt ein absolutes Gehör, eine angenehme Stimme und ist außerordentlich musikalisch."

Doch dann wurde ihr die Entscheidung (vorerst) abgenommen. Olga Korbut lernte 1977 auf dem Flug von Moskau nach New York den Sänger Leonid Brotkewitsch kennen, den Solo-Star des belorussischen Folkloreensembles „Pesnjary". Sie nahm ihren ganzen Mut zusammen, und bat um ein Autogramm. „Mein Gott, ein so berühmter Künstler, was soll der schon mit der kleinen Olga anfangen?" erinnert sie sich heute an diese erste Begegnung. Inzwischen sind die beiden verheiratet, ihr Sohn Ricard ist vier Jahre alt, und Olga Korbut versuchte 1979 sogar noch einmal eine Rückkehr als Kunstturnerin. Damals tauchte sie wieder bei ihrem früheren Trainer Renald Knysch in Minsk auf. Sie quälte sich drei Monate lang vergebens, bis sie endlich auf den Rat ihres Mannes und auf den ihres ehemaligen Trainers hörte. An ein Comeback als Turnerin war nicht mehr zu denken.

Olga Korbut trainierte 10- bis 11jährige Mädchen und als sie 1981 bei einem Turnier in Minsk zusah, stellte sie erstaunt fest, daß jene Kinder die einst weltberühmten Korbut-Elemente kühn und gekonnt als Standard-Teile ausführten. Das war ein Schock für Olga Korbut, und sie hat gut eineinhalb Jahre lang gebraucht, um sich endgültig damit abzufinden, daß ein Comeback als Kunstturnerin in der Tat sinnlos ist.

Seit einem halben Jahr nun reitet sie. Nicht, um einem Hobby zu fröhnen, sondern um in die Arenen der Welt zurückzukehren: „Ich habe alles dem Turnen gegeben. Mehr konnte ich nicht tun. Jetzt ist es besser, etwas völlig Neues zu beginnen." Und nur noch die Ehefrau des berühmten Folklore-Stars Leonid Brotkewitsch zu sein – so etwas nagt freilich am Selbstbewußtsein einer jungen Dame, die einst jahrelang im Rampenlicht stand, und der man schon vor zehn Jahren konstatierte, sie sei ein Teil der Turngeschichte. Also zurück in die Arena – die Reiterin Olga Korbut arbeitet daran.



So kannte sie jedermann – die Turnerin Olga Korbut.
FOTO: SVEN SIMON

„Reginas Reifenkür – das ist wie ein Abendgebet"

K. Bl. Bonn

Bundestrainerin Livia Medilanski befindet sich in Hochstimmung. Nicht etwa, weil die 18malige deutsche Gymnastik-Meisterin Regina Weber eine kurzzeitige harmlose Magenverstimmung überwunden hat, sondern weil sich das Abschlußtraining für die heute in Straßburg beginnenden Gymnastik-Weltmeisterschaften äußerst zufriedenstellend entwickelte. Nachdem die internationalen Kampfrichterinnen und die renommiertesten Trainerinnen dieser Branche die neuen Kür-Darbietungen der Top-Stars sahen, hieß es in der Straßburger Kongreßhalle, es gebe für den Mehrkampf nur noch drei Favoritinnen: die sowjetische Europameisterin Kutkaite, die bulgarische Weltmeisterin Ralenkowa – und Regina Weber. Eine finnische Kampfrichterin zu Livia Medilanski: „Regina Webers Reifenkür – das war wie ein Abendgebet."

Livia Medilanski zur WELT: „Mir klopft das Herz, ich bin ganz aufgeregt, und Regina darf davon nichts spüren. Aber ich glaube, sie spürt schon etwas, weil das Interesse an ihr hier in Straßburg sehr groß ist."

Vorschußlorbeeren also für Regina Weber, und kein Trainingsverbot wegen einer angeblichen Darmgrippe, wie eine Nachrichtenagentur meldete – das war der Stand am Vorabend der Weltmeisterschaften.

Bayern München: Krach zwischen Lattek und Lerby

sid, München

Ausgerechnet vor dem Spitzenspiel der Fußball-Bundesliga am Samstag zwischen Bayern München und dem Hamburger SV kam es im Bayern-Lager zu einem handfesten Krach zwischem dem Dänen Sören Lerby und dem Trainer Udo Lattek.

Der Däne vermißt im Team des Bundesliga-Rekordmeisters einen Chef, wie er ihn bei Ajax Amsterdam in Johan Cruyff zur Seite hatte und es bei den Bayern einst Paul Breitner war, und warf dem Trainer eine verfehlte Taktik vor. „Wir spielen zu offensiv. Das ist tödlich für uns. Und wer der Chef ist, weiß ich nicht", klagte Lerby.

Latek konterte. „Lerby sollte die Schuld nicht bei anderen suchen, sondern selbst mehr bringen, sonst sitzt er bald auf der Bank", sagte der Trainer und fügte auf Lerbys Frage nach dem Chef hinzu: „Er ist es jedenfalls nicht, obwohl er das Talent besitzt, der Chef zu werden."

Sören Lerby, als Wunsch-Verstärkung von Lattek-Vorgänger Pal Csernai an die Isar geholt, weiß selbst, daß er die hohen Erwartungen bislang nicht erfüllt hat. „Ich hatte mir etwas anderes in München vorgestellt. Wir sind über das Mittelmaß bislang nicht hinausgekommen", sagte der Däne und schloß sich selbst in diese Kritik ein. Das ehrt ihn wiederum.

Fernseher abgestellt – da drehte Fußball-Fan durch

SAD, Nottingham

Auch der stillste Fußballanhänger wird unberechenbar, wenn es um ein Endspiel um den englischen Vereinspokal geht. Das hat sich jetzt vor dem Landgericht Nottingham herausgestellt, wo der arbeitslose Stanley Dingley (43) zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Dingley gab zu, mit sieben Messerstichen seine Freundin Christine Worley (43) erstochen zu haben. Grund: Die Freundin hatte nach 30 Minuten die Fernsehübertragung des englischen Pokalendspiels ausgeschaltet.

Stanley Dingley hatte zu Hause keinen eigenen Fernseher. Deshalb war er zu seiner Freundin gegangen. Sie hatte am voraufgegangenen Wochenende schon einen halben Tag lang die erste Endspielübertragung geduldet. 30 Minuten nach dem Anpfiff des Wiederholungsspiels hatte sie genug. Sie schaltete ab und sagte laut: „Ich habe Fußball noch nie leiden können."

Was danach geschah, schilderte Stanley Dingley so: „Ich habe noch nie in meinem Leben die Geduld verloren. Aber in diesem Moment sah ich rot." Er holte ein Messer aus der Küche und stach seiner Freundin siebenmal in den Hals. Obwohl Dingley erklärte, er habe seine Freundin immer noch geliebt, waren sich die zwölf Geschworenen einig: Es war ein kaltblütiger Mord.

MOTORSPORT / Vierradangetriebener Porsche



Jacky Ickx und zweimal Porsche: links der gewöhnliche 911 und rechts der neue vierradangetriebene, mit dem er durch die Wüste fahren will.
FOTO: AP

Jacky Ickx gab gleich drei Wagen in Auftrag

KLAUS BLUME, Bonn

Bei Porsche stapeln sie mal wieder tief. Understatement gehört aber wohl stets zur Haus-Politik der Stuttgarter Sportwagenbauer, wenn ein besonderer Knüller geplant ist. So war es bei der Entwicklung und dem Bau des Formel-1-Turbo-Aggregates für Niki Lauda und so ist es nun auch wieder vor dem Rallye-Einsatz eines vierradangetriebenen (!) Porsche 911. „Das ist kein Werkeinsatz und es ist auch keineswegs an eine Rückkehr des Hauses Porsche in die Rallye-Weltmeisterschaft gedacht", sagt denn Porsche-Sprecher Klaus Reichert im Gespräch mit der WELT.

Was sicher so stimmt, aber gerade deshalb nicht nur die Fachwelt neugierig macht. Denn der Einsatz des 225 PS starken Sechszylinders wird nämlich bei einem regelrechten Rallye-Spektakel erfolgen, bei der 17 Tage langen Fahrt von Paris nach Dakar, wobei rund 10 000 Kilometer durch die afrikanische Wüste führen. Das Auto wird von dem Belgier Jakky Ickx (38) gefahren, der an seinem Geburtstag, dem 1. Januar 1984, auf der Place Concorde in Paris ins Rennen gehen wird.

Ickx, eine der wichtigsten Persönlichkeiten des internationalen Motorsports, bestreitet für Porsche zur Zeit die Langstrecken-Weltmeisterschaft, die er bereits im vorigen Jahr gewann. Auch diesmal gilt der Belgier vor dem letzten WM-Rennen am 10. Dezember in Kyalami (Südafrika) als WM-Favorit. Schon 1970 war Jacky Ickx auf einem Ferrari Vize-Weltmeister in der Formel 1 und daheim in Brüssel bezeichnet ihn sogar der berühmte Radrennfahrer Eddy Merckx als „eine neue Dimension im belgischen Sport".

Jener Jacky Ickx also, der im vorigen Jahr die Rallye Paris–Dakar auf einem eher sperrigen Mercedes-Benz 280 GE gemeinsam mit dem französischen Schauspieler Pierre Brasseur gewann, gab nun bei Porsche den Bau von drei vierradangetriebenen Rallye-Fahrzeugen in Auftrag. Der englische Tabakkonzern Rothmans, vor allem in Großbritannien stark in der Rallye-Szene engagiert und auch bei der Langstrecken-Weltmeisterschaft Partner von Porsche, ist ebenso an dem Ickx-Projekt beteiligt wie die Porsche-Importeure in Paris und Brüssel.

In der Sahara wurde der Ralley-Porsche von Jacky Ickx bereits getestet, wobei es sich um jenes Fahrzeug handelt, das nun in Paris und Brüssel zu Präsentationszwecken vorgeführt wurde. Die Wettbewerbsfahrzeuge sollen in etwa vier Wochen parat stehen.

Klaus Reichert sagt, es ist nicht an eine Rückkehr des Hauses Porsche in die Weltmeisterschaftsserie gedacht. Sicher nicht kurzfristig, aber vielleicht macht man sich in Zuffenhausen doch darüber Gedanken. Denn erstens wird der Einsatz des vierradangetriebenen Rallye-Fahrzeuges bei Paris–Dakar mit einem so erfahrenen und prominenten Piloten wie Jacky Ickx mit Sicherheit eine ganze Menge an Werbung bringen und zweitens werden derzeit in Weissach 20 Fahrzeuge der herkömmlichen 911er Reihe für private nationale Rallyeeinsätze gebaut. Die Firma Rothmans bestellte davon gleich sechs Stück, und eines dieser mit traditionellen Saugmotoren ausgerüsteten Rallye-Autos wird immerhin ein Rallye-Weltstar steuern: Der Finne Henri Toivonen.

Zurück zum Ickx-Projekt für die Rallye Paris–Dakar: Das Fahrzeug wird Tanks für 260 Liter Treibstoff an Bord haben, wobei übrigens Normalbenzin getankt wird. Porsche-Sprecher Reichert: „Mit Ickx am Steuer haben wir ein sehr gutes Gefühl."

NACHRICHTEN

„Tour de France" für Frauen

Paris (sid) – Erstmals in der Radsportgeschichte wird im nächsten Jahr parallel zur Rundfahrt der Männer auch eine „Tour de France" für Frauen ausgetragen. Vorgesehen sind insgesamt 800 Kilometer.

Navratilovas großer Gewinn

New York (sid) – Mit 3 131 742 Mark führt die Amerikanerin Martina Navratilova in diesem Jahr die Preisgelderliste an. Ihre Landsmännin Chris Evert-Loyd verdiente im gleichen Zeitraum (896 090 Mark) nicht mal ein Drittel soviel wie die beste Tennisspielerin der Welt. Beste Deutsche auf Rang acht ist Sylvia Hanika (358 487).

Palotai pfeift in Hamburg

Düsseldorf (sid) – Der ungarische Schiedsrichter Karoly Palotai leitet am nächsten Mittwoch (15.30 Uhr) in Hamburg das Europameisterschafts-Qualifikationsspiel zwischen Deutschland und Nordirland.

Turek erlitt Herzinfarkt

Düsseldorf (sid) – Toni Turek, Torwart der deutschen Fußball-Weltmeistermannschaft von 1954, wurde mit einem schweren Herzinfarkt in ein Neusser Krankenhaus gebracht. Er erlitt den Infarkt bei der Gartenarbeit.

Fast alles verkauft

Los Angeles (dpa) – Achteinhalb Monate vor Beginn der Olympischen Spiele am 28. Juli 1984 in Los Angeles sind 2,1 Millionen von insgesamt drei Millionen Eintrittskarten verkauft. Ausverkauft sind die Eröffnungs- und Schlußfeier.

ZAHLEN

FUSSBALL

Junioren-Länderspiel „unter 18 Jahren" in Mainz: Deutschland – Schottland 1:1 (1:1)

EISHOCKEY

Bundesliga, vorgezogenes Spiel vom 23. Spieltag: Landshut – Rießersee 3:0.

HANDBALL

Wunderhorn-Pokal: Deutschland – China 34:20, Polen – CSSR 20:18.

Freundschaftsspiel, Herren: Düsseldorf – Nationalmannschaft Rumänien 28:33.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in London (315 000 Dollar), erste Runde: Van Patten (USA) – S. Mayer (USA) 6:2, 6:4, Pfister (USA) – Purcell (USA) 5:7, 6:3, 6:2, Denton (USA) – Roger-Vasselin (Frankreich) 6:1, 6:7, 6:3, G. Mayer (USA) – Hocevar (Brasilien) 6:3, 6:1, Gomez (Ekuador) – Günthardt (Schweiz) 6:2, 4:6, 6:2, Gerulaitis (USA) – Dowdeswell (England) 3:6, 6:3, 6:3, Fibak (Polen) – Slozil (CSSR) 7:5, 6:4. Simonsson (Schweden) – Leconte (Frankreich) 6:4, 1:6, 12:10, Glickstein (Israel) – Barazzutti (Italien) 6:4, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Taipeh, erste Runde: Andrews (USA) – Edmondson (Australien) 7:6, 6:4.

Damen-Turnier in Deerfield Beach/Florida (125 000 Dollar), erste Runde: Evert-Lloyd (USA) – Kim (USA) 6:4, 6:1, Rinaldi (USA) – Klitch (USA) 6:2, 6:0, Casale (USA) – Beggs (USA) 6:0, 6:1.

RADSPORT

20. Münchner Sechstage-Rennen, Endstand (1351,8 km): 1. Freuler/Pijnen (Schweiz/Holland) 488 Punkte, 2. Thurau/Frank (Frankfurt/Dänemark) 452, drei Rd. zur.; 3. Kristen/Schütz (Köln/Stuttgart) 332, vier Rd. zur.: 4. Wiggins/Doyle (Australien/England) 277, 16 Rd. zur.; 5. Rinklin/Fritz (Singen/Jestetten) 264.

Fernsehgerecht zur Legende aufgearbeitet – Das Leben John F. Kennedys und seiner Familie

Ein reicher Clan, verfolgt von einem Fluch

Kaum ein Fernsehabend vergeht in diesem November, an dem nicht Bilder des jugendlichen Präsidenten John F. Kennedy, seiner Frau Jacqueline und seiner Kinder über den amerikanischen Bildschirm flimmern. Wie eine Welle der Nostalgie, einer Erinnerung an vermeintlich bessere Zeiten, brandet die Kennedy-Gedächtnis-Show an die Gemüter der amerikanischen Zuschauer. Sie wird verstärkt durch die Print-Medien, die vom seriösesten Magazin bis zum Klatsch-Blatt auf dieser Woge mitschwimmen.

Das Angebot der elektronischen Medien reicht von dem nun schon Tradition gewordenen „Doku-Drama" mit Schauspielern als Ersatz für die historischen Figuren über wirkliche Dokumentation bis hin zur Wiederbelebung obskurster Filme über die angeblichen Verschwörungen um die Ermordung des Präsidenten vor zwanzig Jahren. Es macht sich bezahlt, daß Kennedy der erste „Fernsehpräsident" war. Sein Leben ist in filmischen Aufzeichnungen erhalten – von der wahlentscheidenden Debatte mit Richard Nixon im Kampagne-Jahr 1960 angefangen bis hin zum Attentat und schließlich den herzbewegenden Bildern von seiner Beerdigung, dem militärisch grüßenden Söhnchen John, der schönen Witwe in antik-stolzer Haltung, den schmerzgezeichneten Gesichtern der Großen dieser Erde, unter ihnen noch de Gaulle.

Wie stark im Fernsehzeitalter die telegene Persönlichkeit den Ausschlag geben kann, zeigt eine 1960 nach der TV-Debatte angestellte Umfrage. Radio-Zuhörer meinten, Richard Nixon sei besser gewesen. Fernsehzuschauer sprachen Kennedy den Sieg zu. Der vor der Kamera selbstsichere, lockere Millionärssohn machte sich in bewegten Bildern besser als der zeitlebens von der Kamera verunsicherte, verkrampft wirkende Richard Nixon mit seinem gekünstelten Lächeln.



Der erste „Fernsehpräsident" der USA: John F. Kennedy FOTO: SVEN SIMON

Der Zuschauer wird traktiert mit einer siebenstündigen, in drei Teilen von NBC ausgestrahlten Mini-Serie „Kennedy" mit Martin Sheen als Kennedy, Blair Brown als seine Frau. In 40 Ländern wird die Show zu sehen sein. ABC präsentiert eine zweistündige Dokumentation „JFK", CBS hat bereits mit in seine Abendnachrichten eingearbeiteten Dokumentationssegmenten begonnen. Der öffentliche Kanal bringt am Gedächtnistag selbst eine interessante Rückblende auf einige der stärksten öffentlichen Auftritte JFKs: seine Pressekonferenzen. Ein bisher vorwiegend im Ausland bekannter, weil von der Informations-Behörde gedrehter Film, „Years of Lightning, Day of Drums", folgt am nächsten Tag. NBC folgt noch einmal mit „Moment of Crisis", den Tagen unmittelbar nach der Ermordung des Präsidenten.

Mehr als die kritischen Untersuchungen in „Time", in der „New Republic" oder dem Vorabdruck des Buches von Ralph Martin „A Hero for our Time" in der „New York Post" folgen die Fernsehsendungen der Legendenbildung von „Camelot", der dem König Artus nachgebildeten Hofhaltung der Kennedys in Washington. Eine reiche Familie mit schönen Söhnen und Töchtern, jedoch von einem tragischen Fluch verfolgt – das ist Stoff für den Bildschirm.

„Wenn wir uns dem Kennedy-Mythos versagen", schreibt die „New York Times", „hieße das, daß alles, was in diesem Land seit dem 22. November 1963 geschehen ist – Vietnam, Watergate, Rassenkämpfe, unser beflecktes nationales Image – unsere eigene Schuld ist. Akzeptieren wir die Legende, heißt das, daß Vietnam oder, sagen wir, Watergate, Verirrungen waren. Sie wären nicht geschehen, wenn Mr. Kennedy oder seine wahren Erben im Amt geblieben wären."

Robert Kennedy, der noch von seinem Bruder legitimierte Träger der Standarte, hatte nicht ausreichend Zeit, die Legende der Kennedys und des nationalen Konsensus fernsehgerecht fortzusetzen. Für den letzten der Brüder der Dynastie, Senator Edward Kennedy, wurde der Bildschirm zum Verhängnis. Im Wahlkampf 1980 kostete ihn ein CBS-Interview, durchaus sachlich geführt von dem damaligen Washingtoner Korrespondenten Roger Mudd, die Nominierung durch die Demokraten. Im JFK-Jahr 1983 ist dann auch von ihm nicht mehr die Rede.

GITTA BAUER

KRITIK

Goethes Gaunereien

Die sich für Dramatik und Schauspielkunst interessieren, werden von unseren Fernsehanstalten offensichtlich für Nachtvögel gehalten. Anders ist kaum zu erklären, daß das ZDF Goethes Lustspiel **Der Groß-Cophta** von 1791, unlängst vom Deutschen Schauspielhaus Hamburg unverdienter Vergessenheit entrissen, zur tiefen Nacht ausstrahlt, bis in den neuen Tag hinein.

Das ist ja ein wichtiges Stück. Nicht nur, weil es – wie schon die frühe Komödie aus Leipzig – mehrere „Mitschuldige" zu einem schier unglaublichen Gaunerspiel vereint oder weil es den Verfall von Sitten und großer Gesellschaft vor der Französischen Revolution scharfäugig diagnostiziert: Es belegt zugleich, daß sich Goethe auch in seiner klassischen Stilperiode auf das Theater und dessen Wirkungen durchaus verstand. Daß das Werk dennoch alles andere als komisch ist, daran ließ die Inszenierung von Augusto Fernandes zu Recht keinen Zweifel.

Nur: hätte man auf die Aufzeichnung der Hamburger Produktion nicht besser verzichtet – zugunsten einer fernsehgerechteren Studio-Inszenierung? Was im weiten Raum der Bühne, vom Parkett aus in der Totale betrachtet, selbstverständlich und sinnfällig ist, wird im kleinen Format des Bildschirms unübersichtlich. Um so mehr, wenn die Kamera die grandiosen Leistungen der Schauspieler in Großaufnahmen herauspickt. Der Zusammenhang des Stücks freilich und dieser faszinierenden Aufführung wird dadurch gefährdet.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Das hätte, aus der Sicht eines Mannes, der von Anfang an dabeigewesen ist, eine fundierte und amüsante Geschichte des Rundfunks werden können. Statt dessen wurden Geschichten um den Rundfunk daraus. Wie ein hastig zum Buch zusammengeschriebener Zettelkasten wirken die Erinnerungen Oskar Haafs, Redakteur beim Süddeutschen Rundfunk und – nach dem Krieg – beim Südwestfunk (**Beim Gongschlag ... – Meine Leidenschaft war der Rundfunk**, Olzog-Verlag, München, 36 Mark).

„Während meiner Lazarettzeit geschah dieses und jenes", spricht der des Plauderns gewiß kundige Autor unbekümmert vor sich hin. Und genauso werden die Ereignisse aneinandergereiht. Da ziehen, wie in einem wirren Traum, Namen – von Peter Altenberg bis Carl Zuckmayer – und Ereignisse – von Hindenburgs Tod bis zur Kriegsgefangenschaft des Autors – vorbei. Der Leser erfährt, daß 1933 der Service bei der Swissair besser war als bei der Lufthansa und außerdem die interessante Neuigkeit, daß die Geschwister Scholl, „die beiden Schwaben", hingerichtet wurden. Hinzu kommen viele Anekdoten, deren Unterhaltungswert kaum über den privaten Kreis ihres Verfassers hinausgeht und der Leser fühlt sich wie ein ungebetener Gast auf einer Party.

Hört man's draußen an den Lautsprechern, so entbehrt das „Prima-vista-Lesen" bestimmt nicht eines gewissen Charmes. Aber das ist, alles in allem, zu wenig, um 333 Seiten eines Buches zu füllen. Hinter das „Rätsel Rundfunk" ist Haaf nicht gekommen. Doch er versucht's weiter. Band Nr. 2 seiner Erinnerungen ist für 1984 avisiert ...

no





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Bruder Martin
11.25 Tischtennis-Europaliga
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Kraut & Zauber
Lili Fischer und ihre Kräuter-Aktionen
Film von Rotraut Kühn und Marina Schneede
17.00 Matt und Jenny
Abenteuer im Ahornland
19. Fiddler Joe und der Leibhaftige
17.25 Wie geht's?
Spaß für Mitdenker
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Von der Freiheit eines Christenmenschen
2. Martin Luther – Der Reformator, die Bauern und die Obrigkeit
Film von Andrej Bockelmann
21.15 Goldene Europa
Gala-Show der Preisträger 1983
Moderation: Max Schautzer
22.45 Tagesthemen
23.15 Die Rache des Kapitän Mitchell
„DDR"-Fernsehfilm von Christa Müller und Werner Hecht nach der Erzählung „Safety first" von Bertolt Brecht
Mit Dieter Mann und Swetlana Schönfeld u. a.
Regie: Christa Mühl
Mitchell, Kapitän eines Luxuspassagierschiffes, Liebling der oberen Zehntausend, umschwärmt von schönen Frauen, beneidet von Kollegen, verliert nie die Nerven, ist auch in kritischer Situation immer Herr der Lage. So auch, als sein Schiff mit einem anderen kollidiert und in kürzester Zeit sinken wird.
00.45 Tagesschau
04.30 ARD-Sport extra – aus Las Vegas
Box-WM im Mittelgewicht
Marvin Hagler – Roberto Duran

ZDF

16.00 heute
16.04 Es begann vor zwei Millionen Jahren
6. Von Feldern und Frequenzen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute
17.10 Martin Luther zum 500. Geburtstag
Übertragung von der ökumenischen Feier auf dem Marktplatz in Eisleben/„DDR"
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mann, halt die Luft an!
19.00 heute
19.30 Die Super-Hitparade
der Volksmusik –
präsentiert von Carolin Reiber und Elmar Gunsch
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Wiedervorlage: Die Akten des „Falles" Helene „Sarah" Horn: Das Schicksal einer alleinstehenden jüdischen Mutter / Ermittlungsverfahren: Seit der spektakulären „Greenpeace"-Aktion im August gegen Dünnsäureverklappung in der Nordsee ist es still um dieses Thema geworden. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft nicht gegen die Umweltsünder, sondern gegen „Greenpeace", die Organisation, die vor den Gefahren für die Nordsee warnen wollte / Genosse Luther? Der 500. Geburtstag des Reformators in der „DDR" / Selbsthilfe? Die Rehabilitation Behinderter soll, wenn es nach den Sparbeschlüssen der Bonner Regierung geht, wieder vordringlich von den betroffenen Familien selbst geleistet werden.
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Pankow '95
23.25 heute
Anschl. zum Programmausklang:
Veronica Carstens
Mein Test aus dem Buch der Bücher



Mitchell (Dieter Mann), Kapitän eines Luxusdampfers, wälzt Probleme. (Die Rache des Kapitän Mitchell – ARD, 23.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Luzie, der Schrecken der Straße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Schrecken vom Amazonas
Amerik. Spielfilm, 1954
Regie: Jack Arnold
21.35 Jack Arnold erzählt (3)
21.45 Den letzten beißen die Hunde
Anatomie einer Pleite.
22.15 Deutsche Denkmäler
Martin Luther
23.30 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Briefmarken – nicht nur für Sammler
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Der Champion
US-Spielfilm, 1977
21.45 Kultur kontrovers
22.30 Modern Jazz Quartett (1)
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Urmel spielt im Schloß
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Winnetou-Film
Schnüfflerfehlernonsensgeschichten
19.15 Teletechnikum
20.00 Tagesschau
20.15 Enthüllung um Mitternacht
US-Spielfilm, 1939
21.45 Drei aktuell
22.00 Kulturkalender
22.30 Aubrey Beardsley
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Luzie, der Schrecken der Straße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Das Lächeln der Vernunft (1)
Stücke von George Bernard Shaw
Die Häuser des Herrn Sartorius
21.00 Notenschlüssel
Nur für Baden-Württemberg
21.45 „Es ist das Heil uns kommen her ..."
Die Reformation in Württemberg und Baden
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti! (8)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Der arme Mann Luther
21.00 Rundschau
21.15 Pop Stop
22.00 Talentprobe
22.45 Arafats letztes Gefecht
23.30 Rundschau

Barzel fordert neuen Impuls für Europa

„Noch engeres Zusammenrücken Frankreich – Deutschland"

BERNT CONRAD, Bonn

Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) hat sich gestern dafür ausgesprochen, „mit Hilfe der deutsch-französischen Beziehungen Europa einen neuen Impuls" zu geben. Beide Länder seien berufen, gemeinsam „die Geschäftsgrundlage der Europäischen Gemeinschaft zu erneuern; Europa wieder ein Ziel zu geben, für das auch materielle Opfer lohnen; Europa eine Perspektive nach Westen über den Atlantik zu eröffnen und dem ganzen Europa seine friedfertige Gestalt vorzuschlagen", sagte Barzel in einem Vortrag des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Eine solche Aktion setzt nach seinen Worten voraus, „daß Frankreich und Deutschland noch enger zusammenrücken, auch im geistigen und künstlerischen Austausch, im historischen Einander-Begreifen, im Lernen an- und mit- und füreinander".

Die EG beruhe auf einem deutsch-französischen Akkord, erklärte Barzel weiter. Dieser Akkord umfasse auch den gemeinsamen Agrarmarkt, den niemand in Frage stellen sollte. Zugleich hätten sich aber die außenwirtschaftlichen Strukturen beider Länder geändert. „So muß man die Köpfe zusammenstecken, um die Geschäftsgrundlage aufgrund veränderter Bedingungen zu erneuern."

Nur von der Basis her wird die EG nach Ansicht des Bundestagspräsidenten neue Kraft gewinnen. „Von den Rändern her wird es nicht kommen. Nicht die größere Zahl, die substantielle Qualität bringt den Fortschritt. Dann lohnen auch wieder Kompromisse. Dann kommen sie auch wieder zustande."

Mehr Gemeinsamkeit mit USA

Warnend wies Barzel darauf hin, daß sich zwischen der EG und den USA „gewitterschwere Wolken über dem Atlantik" zusammenballten. Schon aus Gründen der Sicherheitspolitik sei es Sache der Europäer, die Vereinigten Staaten zu mehr Gemeinsamkeit einzuladen, „statt ihre eher kindischen West-West-Streitigkeiten zu pflegen und auszufechten".

Konkret regte der CDU-Politiker an: „Wir brauchen mehr als Botschafter hüben und drüben: eine organisierte Zusammenarbeit in der Perspektive einer Freihandelszone. Wir sind doch hin und her aufeinander angewiesen. Wir brauchen einen ständigen runden Tisch, an dem die aufkommenden Fragen erörtert werden, bevor sie zu Problemen werden."

Als ein Schritt zur Überwindung der Teilung Europas schlug Barzel vor, „daß die Europäer im Westen denen in der Mitte und im Osten eine Einrichtung zum multinationalen Zahlungsausgleich vorschlagen. Noch besser wäre es, wenn sie den Faden von George Marshall aus dem Jahre 1947 wieder aufnehmen, den damals Molotow zerschnitt – den Faden für Hilfe und Anstrengung aller Europäer."

Krieg unmöglich geworden

Der Bundestagspräsident betonte: „Die Zerteilung Europas ist künstlich und war keine westliche Erfindung. Sie wird nicht bleiben. Wir gehören mit den Polen zusammen wie mit den Franzosen. Wir müssen die europäische Teilung überwinden. Dazu gehört, nicht nur als deutsche, sondern auch als europäische Aufgabe: Berlin stärken!"

Als besonders wichtig bezeichnete es Barzel, „im Gerede von der Krise – einer Untugend der Demokraten – nicht die positive Bilanz der bisherigen Bemühungen um Europa zu vergessen". Im freien Europa sei zum erstenmal in der Geschichte ein Krieg unmöglich geworden. „Ein erstes Stück der erstrebten europäischen Friedensordnung ist bereits Wirklichkeit." Der gemeinsame Markt bringe allen Beteiligten auch materielle und soziale Vorteile. Keine Gemeinschaft sei „nach Brutto-Zahlern und Netto-Transfers" allein zu bewerten.

Seit 1945 habe in Europa die glaubhafte Abschreckung den Frieden gesichert. „Die Lage in Ost- und Mitteleuropa erlaubt der Sowjetunion – rationalerweise – keinen europäischen Angriffskrieg. Sie braucht die Nutzung unzerstörter westlicher Ressourcen." Sollte es anhand der Akte von Helsinki gelingen, in Europa Krieg so unmöglich zu machen, und die Spannungen im materiellen Bereich abzubauen, dann werde Europa endlich wieder mehr Kräfte des Geistes und des Materiellen freisetzen.

Friedensbewegung in der „DDR": Drei Festnahmen

AP/dpa, Frankfurt

Drei Mitglieder der kirchlichen Friedensbewegung der „DDR" sind nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am vergangenen Samstag in Riesa verhaftet worden. Der 23jährige Heizungsmonteur Uwe Fehre, der 22jährige Schlosser Heiko Beutler und dessen Ehefrau, die 21jährige kaufmännische Angestellte Heike Beutler, seien nach ihrer Festnahme in die Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in Dresden gebracht worden. Die Ehefrau Fehres wurde nach den Angaben der Organisation nicht verhaftet, weil sie im siebten Monat schwanger war.

Was den Verhafteten vorgeworfen wird, sei bisher nicht offiziell mitgeteilt worden. Nach Informationen aus dem Freundeskreis der Ehepaare hätten die Festgenommenen am Sonntag an der „Friedensdekade" in der Riesaer Klosterkirche teilnehmen wollen und für dieses Ereignis auch bereits Plakate hergestellt.

Zwangsarbeit für Moskaus Exporte?

AP, Washington

Die Sowjetunion setzt nach Erkenntnissen des stellvertretenden Leiters der Europaabteilung im US-Außenministerium, Mark Palmer, mehr als vier Millionen Zwangsarbeiter in der Produktion ein, das sind etwa 1,5 Prozent der sowjetischen Bevölkerung. Vor dem KSZE-Beobachtungsausschuß des amerikanischen Kongresses sagte Palmer ferner, 10 000 davon seien politische Häftlinge.

„Zwangsarbeit ist eines der Schlüsselinstrumente, mit denen der sowjetische Staat Abweichler unterdrückt und seinen Status quo aufrechterhält", erklärte der Diplomat. Weder der genaue Umfang noch die Typen der von Zwangsarbeitern produzierten Waren seien jedoch festgestellt worden. Es sei aber „klar, daß einige sowjetische Unternehmen Zwangsarbeit zur Produktion von Exportgütern" einsetzen. Im Interesse einer „Koordinierung des Osthandels" mit den anderen westlichen Staaten sprach sich Palmer jedoch dagegen aus, von Zwangsarbeitern hergestellte sowjetische Waren zu boykottieren. Die amerikanischen Zollbehörden hatten kürzlich eine entsprechende Empfehlung gegeben.

Kohl: Keine Stationierungs-Pause

Klarstellung des Kanzlers in Bonn begrüßt / Thatcher: Zwischenlösung in Genf denkbar

BERNT CONRAD, Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und Bundeskanzler Helmut Kohl haben gestern noch einmal an die Sowjetunion appelliert, konstruktiv auf die jüngsten amerikanischen Vorschläge für die Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) einzugehen und durch Aufgabe ihrer Maximalforderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Systeme den Weg zu einem fairen Abkommen freizumachen. Sie bekräftigten gleichzeitig ihre Entschlossenheit, den NATO-Doppelbeschluß, wie Kohl formulierte, „in allen seinen Teilen buchstabengetreu durchzuführen".

Sollten die Verhandlungsbemühungen in Genf nicht zu einem Erfolg führen, werde „nach dem vorgesehenen Zeitplan stationiert und bis Ende des Jahres die erste Einsatzbereitschaft" der neuen Mittelstreckenraketen festgestellt werden, betonte der Kanzler. Er fügte hinzu: „Alle darüber hinausgehenden Äußerungen sind spekulativ und falsch."

Damit bezog sich Kohl offensichtlich auf einen Zeitungsbericht, in dem es geheißen hatte, der Bonner Abrüstungsbeauftragte Friedrich Ruth und der amerikanische INF-Unterhändler Paul Nitze hätten bei einem Treffen am 29. Oktober die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die westliche Nachrüstung zwar zu beginnen, sie aber unter bestimmten Voraussetzungen nach einiger Zeit wieder zu unterbrechen.

Nach vorliegenden Informationen hat die Begegnung am 29. 10. tatsächlich stattgefunden. Dabei ist jedoch – ungeachtet zahlreicher fortlaufend angestellter theoretischer Überlegungen – kein Vorschlag für eine Stationierungspause entworfen worden.

Das Auswärtige Amt erklärte dazu gestern ausdrücklich: „Es gibt keinerlei Absichten der Bundesregierung, den INF-Stationierungsplan zu verändern. Da die Bundesregierung solche Absichten nicht hegt, hat sie sie auch nicht an die amerikanische Regierung herangetragen. Anderslautende Meldungen in deutschen Tageszeitungen sind unzutreffend. Bei Nichtvorliegen eines Verhandlungsergebnisses wird die Stationierung, wie im Doppelbeschluß festgelegt, begonnen und durchgeführt." Bonner Experten bezeichneten diese Aussage als eine begrüßenswerte Festlegung.

Bei den deutsch-britischen Konsultationen gab es über die realen Aussichten eines INF-Kompromisses noch vor dem geplanten Nachrüstungstermin unterschiedliche Grade des Optimismus. Bundeskanzler Kohl meinte, die Verhandlungslage in Genf, die Gespräche mit dem stellvertretenden US-Außenminister Dam und die jüngste Botschaft des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu hätten ihn in der Überzeugung bestärkt, daß die Verhandlungssubstanz in Genf noch nicht ausgeschöpft sei. Frau Thatcher sagte, sie sei wohl ein bißchen weniger optimistisch, daß noch eine Null-Lösung in Genf möglich sein könnte. Denkbar sei immerhin eine Zwischenlösung.

Die beiden Verteidigungsminister Wörner und Heseltine stimmten darin überein, daß ein Verhandlungsergebnis, das eine Stationierung im Westen überflüssig machen würde, nicht zu erwarten sei. Kohl kündigte noch einmal eine „zahlenmäßige Präzisierung" der amerikanischen Verhandlungsvorschläge an.

Senat billigt Produktion von Nervengas

Knappe Vorentscheidung / 253 Milliarden für Finanzierung von Verteidigungsvorhaben

AP/dpa, Washington

Mit 86 gegen sechs Stimmen hat der amerikanische Senat einer Gesetzesvorlage zur Finanzierung der wichtigsten Verteidigungsprojekte der Regierung von Präsident Ronald Reagan zugestimmt. Damit bewilligte der Senat Mittel im Umfang von 253 Milliarden Dollar zur Finanzierung der größten Verteidigungsvorhaben, einschließlich der Produktion und Aufstellung der MX-Interkontinentalraketen, der Mittelstreckenraketen Pershing 2 und der Langstrekkenbomber vom Typ R-1.

Kurz zuvor hatte der Senat mit 47 gegen 46 Stimmen eines Gesetzesvorlage über die Finanzierung der Produktion von Nervengas gebilligt. Dabei kam die ausschlaggebende Stimme von Vizepräsident George Bush, der auch Präsident des Senats ist. Die von den beiden republikanischen Senatoren Ted Stevens und John Tower eingebrachte Vorlage sieht vor, den Verteidigungshaushalt um 124,4 Millionen Dollar für die Produktion chemischer Waffen aufzustocken.

Der Haushaltsausschuß des Senats war dem Beispiel des Etatausschusses des Repräsentantenhauses gefolgt und hatte die Mittel für die Produktion von Nervengas aus dem Budget gestrichen. Ein Vermittlungsausschuß beider Häuser wird nun versuchen, eine Kompromißvorlage auszuarbeiten, die im Kongreß eine Mehrheit finden kann.

In den USA sind seit 1969 keine neuen chemischen Waffen mehr produziert worden. Jedoch verfügen die amerikanischen Streitkräfte über mehrere zehntausend solcher Waffen aus alten Beständen. Einige davon sollen auch in der Bundesrepublik Deutschland gelagert sein.

Washington argumentiert für die erneute Aufnahme der Nervengas-Produktion, da auch die UdSSR seit 1969 zahlreiche neue chemische Waffen hergestellt habe. Moskau werde daher für ein Abkommen über ein Verbot solcher Waffen nur dann einen Anreiz haben, wenn auch die USA neue chemische Waffen produzierten.

Am Mittwoch nächster Woche wollen die USA in einer Fabrik der Armee bei Salt Lake City (Bundesstaat Utah) Experten aus rund 30 Ländern die Vernichtung alter chemischer Waffen demonstrieren. Über einen Abbau dieser Waffen wird im UNO-Ausschuß für Abrüstung in Genf verhandelt.

Bei der Demonstration in Utah geht es Washington darum, Mitgliedern des Genfer Komitees zu zeigen, wie wichtig bei einem Vertrag über ein Verbot chemischer Waffen Inspektionen vor Ort wären, um sicherzustellen, daß Nervengas auch tatsächlich vernichtet wird. Die UdSSR hat sich nach amerikanischen Angaben bisher geweigert, die Durchführung solcher Inspektionen in Betracht zu ziehen.

US-Finanzhilfe für Israel nahm erste Hürde

AP, Washington

Mit 262 gegen 150 Stimmen hat das amerikanische Repräsentantenhaus in Washington einem Auslandshilfepaket in Höhe von 7,1 Milliarden Dollar zugestimmt. Das Haus billigte auch einen Zusatz, nach dem Israel 250 Millionen Dollar zur Entwicklung von Geräten für das neue israelische Kampfflugzeug „Levi" in Israel zugesichert werden. Weitere 300 Millionen Dollar erhält Israel für die Entwicklung von hochmoderner Technologie für das Flugzeug in den Vereinigten Staaten.

In dem Hilfsprogramm ist für Israel weiter eine Steigerung der amerikanischen Wirtschaftshilfe von derzeit 785 Millionen Dollar auf 910 Millionen Dollar und der Waffenhilfe von 750 auf 850 Millionen Dollar vorgesehen. Gleichzeitig strich das Haus eine bereits zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Finanzhilfe an Syrien in Höhe von 125 Millionen Dollar. Begründet wurde dies mit der syrischen Politik in Libanon.

Der mittelamerikanische Staat El Salvador erhält 64,8 Millionen Dollar, wovon allerdings 30 Prozent so lange zurückgehalten werden, bis die Mörder von vier amerikanischen Missionaren verurteilt sind. Weitere zehn Prozent werden erst dann ausgezahlt, wenn Präsident Ronald Reagan dem Kongreß ein Gutachten über die Fortführung des Landreformprogramms in dem mittelamerikanischen Staat vorlegt.

Bremen: Präsident Klink wiedergewählt

W. W. Bremen

Die bremische Bürgerschaft hat gestern mit großer Mehrheit Dieter Klink (SPD) zum Präsidenten in der 11. Legislaturperiode gewählt. Der 52jährige promovierte Volkswirtschaftler hat dieses Amt seit dem 20. Januar 1971 inne. Er ist damit der dienstälteste Präsident des Landtages. Zu Klinks Stellvertretern wurden Helene Knorr (SPD) und Wedige von der Schulenburg (CDU) gewählt. In geheimer Wahl erhielt Klink von 97 abgegebenen Stimmen 86 Ja- und acht Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen. Die Bürgerschaft setzt sich aus 100 Abgeordneten zusammen, 58 davon stellt die SPD, 37 die CDU und fünf die Bundesgrünen.

Die Sorgen der Reeder

Mk. – Bei den deutschen Reedern gehört es seit Jahren zum Ritual, über die Wettbewerbsverzerrungen zu klagen, die ihnen das Geschäft erschweren, den Zugang zur Ladung teilweise sogar unmöglich machen. Jahrelang wurde das Problem auf das der Roten Flotten reduziert. Jetzt rücken auch die Entwicklungsländer stärker in den Vordergrund. Die Bundesregierung hat sich in die Pflicht nehmen lassen, noch in diesem Jahr entsprechende Vorschläge auf den Tisch zu legen. Konkret geht es um die Änderung der Außenwirtschaftsverordnung, über die gestern wieder ein interministerieller Ausschuß in Bonn gebrütet hat.

Daß eine Lösung nicht einfach ist, zeigt allein schon der Fall Indonesien. Hier wurde zum 1. November die Einzelgenehmigung eingeführt. Seitdem klagen die anderen, die Häfen über mögliche Verkehrsverlagerungen und die Verlader über Einbußen.

Die Einsicht ist gewachsen, daß dieses Problem nur gemeinsam angepackt werden kann. Die EG ist zwar auch in der Verkehrspolitik handlungsunfähig. Dafür ist die Zusammenarbeit mit den Holländern, Belgiern, Franzosen und Briten erfolgversprechender. Mit den Sowjets wurden schon erste Ergebnisse über Quotierungen im Mittelamerikaverkehr erzielt. Und in der Linienschiffahrt soll die verabredete Ladungsaufteilung gegenüber den Entwicklungsländern durchgesetzt werden. Dazu soll die Außenwirtschaftsverordnung entsprechend verändert werden, damit alle Transportvorgänge erfaßt werden können, was in den anderen Ländern schon möglich ist. Mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein ist dies für die deutschen Reeder nicht.

Bio-Würmer

hdt. – Pecunia non olet – Geld stinkt nicht, sagten schon die alten Römer, und ähnlich denken sicher auch die etwa 60 bundesdeutschen Wurmzüchter, die sich kürzlich im „Förderverband zur Nutzbarmachung von Wurmkulturen" mit dem Sitz in Wiesbaden zusammenschlossen. Er soll seine Mitglieder vor allem auf wissenschaftlichem Gebiet beraten und sie bei der Züchtung und dem Vertrieb ihrer Produkte unterstützen. Diese sind in erster Linie die heimischen Kompostwürmer, in der lateinischen Fachsprache Eisenia Foetida genannt. Rund 30 Millionen Stück konnten davon im Vorjahr abgesetzt werden, zum beachtlichen Kilopreis von 240 Mark. Konkurrenz haben die deutschen Züchter nur von den Wurmimporten aus Südamerika zu erwarten. Abnehmer der kleinen Tierchen sind durchweg Hobby-Gärtner, vorwiegend aus der sogenannten Bio-Szene stammend. Sie wollen damit den natürlichen Komposthoden in ihren Gärten auflockern und durchlüften. Womit bewiesen ist, daß auch alternative Lebensformen neue Nachfrage und Verdienstmöglichkeiten schaffen können.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT / 1983 rund sieben Prozent mehr an Prämien

Stark wachsender Schadenszugang für Feuer- und Automobilunfälle

HARALD POSNY, Bonn

Die bisher sichtbaren konjunkturellen Belebungstendenzen haben wegen ungünstiger Einkommensentwicklung und vorsichtiger Investitionstätigkeit insgesamt noch keine wesentlichen Anstöße für das Neugeschäft der Assekuranz gebracht. Jüngste Entwicklungen zeigen nach Ansicht des Präsidenten des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Georg Büchner, jedoch, daß die negative Tendenz des Beitragszuwachses beendet ist: „An einer Festigung der gesamtwirtschaftlichen Erholung 1983/84 wird auch die Assekuranz teilhaben."

Obwohl trotz der sich in Grenzen haltenden Beitragsanpassungen nicht mit einem merklich zu Buch schlagenden Prämienzuwachs gerechnet wird, kann sich die Branche sehen lassen. Der GDV sagt für 1983 in seinem Jahresbericht einen Beitragszuwachs von knapp sieben (1982: 6,8) Prozent auf etwa 98,6 Mrd. DM voraus. Sie entstammen aus insgesamt 370 Mill. in Privathaushalten und Unternehmen bestehenden Versicherungsverträgen. Statistisch gesehen hat jeder Bundesbürger sechs Versicherungsverträge, für die er in diesem Jahr rund 1600 (1982: 1505) DM aufbringt. Fast 60 Prozent davon entfallen auf Lebens- und Krankenversicherungen.

Hohes Lob zollte der GDV-Präsident anläßlich der Mitgliederversammlung in Bonn den privaten Versicherungskunden und deren ungebrochener Eigenverantwortung und Eigenvorsorge. Büchner: „Die Bürger setzen auf Vorsorge und nicht nur auf Versorgung." Ein leistungsgerechtes, sauber kalkuliertes und solide finanziertes Vorsorgeangebot komme nach wie vor an. Trotzdem verhehlt auch Büchner die Herausforderungen nicht, die die Ertragsmisere der Sachversicherung, die Reform der Hausratversicherung, die Bekämpfung des Versicherungsmißbrauchs und das Informationsdefizit der Kunden für die Assekuranz darstellen: „Aber wir haben auch im Krisenjahr 1983 das Fürchten nicht gelernt."

Als stärkster Wachstumsmotor hat sich nach Darstellung des Jahresberichts nach einem schwächeren Vorjahr die Lebensversicherung erwiesen, die es 1983 auf über fünf Millionen neue Verträge über eine Summe von 140 Mrd. DM bringen dürfte. Sie stellt auch knapp 40 der knapp 99 Mrd. DM (plus neun Prozent) Beitragsaufkommen. Insgesamt verwalten die 100 Lebensversicherer Ende 1983 reichlich 384 Mrd. DM Versicherungssumme. Dieser Aufwärtstrend erklärt sich aus der starken Wiederanlage in diesem Jahr fällig gewordener Vertragssummen.

Das Branchenplus bei den Beiträgen übertrifft in diesem Jahr auch die Kranken-, Unfall- und Hausratversicherungen sowie die Kfz-Kasko- und die Kreditversicherung. Mit bescheideneren Zuwachsraten müssen sich dagegen die Wohngebäude-, die Einbruch/Diebstahl- und die Allgemeine Haftpflichtversicherung, vor allem aber die Feuer- und Autohaftpflichtversicherung zufriedengeben. Letztere verbucht trotz höherer Zulassungszahlen nur ein Prämienplus von ein bis zwei Prozent, eine Folge unveränderter Tarife und der Einstufung der meisten Autofahrer in günstigere Schadenfreiheits(Rabatt)-Klassen. Die Vollkasko-Beitragsanpassung seit Oktober dürfte hier etwa acht (1982: minus 2,2) Prozent mehr in die Kassen bringen.

Sorge bereitet den Versicherern die wieder deutlich gestiegenen Unfälle mit Personenschäden. Der Schadendurchschnitt erhöhte sich viel stärker als im Jahr zuvor. Er wird über 3700 (1982: 3485) DM je Schaden liegen. Dennoch: Die Tarife werden 1984 stabil bleiben.

Der Jahresbericht weist neben der positiven Beitragsentwicklung auf „dunkle Flecken" im Schadenbild hin. Das gelte insbesondere für die Wohngebäude-, Einbruch/Diebstahl- und Sturmversicherung sowie für den Anstieg von Häufigkeit und Ausmaß der Großbrände.

Die versicherungstechnischen Verluste der Schadenversicherer werden auch 1983 wieder durch die stark gestiegenen Erträge aus Kapitalanlagen ausgeglichen. Rund 390 (351) Mrd. DM an Vermögensanlagen der Versicherer, zumeist der Lebensversicherer machen's möglich.

KREDITWESEN

Banken warnen Gesetzgeber vor „Überreaktionen"

PETER GILLIES, Bonn

„Wir können nicht hinter jeden Kreditsachbearbeiter einen staatlichen Kontrolleur stellen." Mit dieser Bemerkung machte Bankenpräsident Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth gestern deutlich, daß die privaten Banken einer verschärften Gesetzgebung als Folge des SMH-Debakels ablehnend gegenüberstehen. Auch durch Begrenzung von Großkrediten sei das volle wirtschaftliche Wagnis von Risikopyramiden wie bei der SMH-Bank nicht deutlich zu machen.

Schon heute sei „nahezu wahrscheinlich", daß der faktische Zusammenbruch des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. nicht durch Gesetzesübertretungen, sondern nur durch falsches Bankmanagement ausgelöst worden sei, meinte Schroeder-Hohenwarth. So bleibe es auch künftig die Aufgabe von Bankiers, dieses wirtschaftliche Risiko einzuschätzen. Hier sei das Gesetz der weiteste Rahmen.

Der Bankenverband warnte davor, sich durch den Fall der SMH-Bank zu gesetzlichen „Überreaktionen" verleiten zu lassen. Die geltende Grenze für Großkredite (die für einen Kunden auf 75 Prozent des Kapitals beschränkt sind) solle weder auf 60 noch auf 50 oder andere Prozentsätze begrenzt werden, denn derartige Gesetze vermögen Pleiten nicht zu verhindern. Schroeder-Hohenwarth rühmte die „Blitzaktion" des Bankgewerbes, die gezeigt habe, daß seit der Herstatt-Pleite das System der Krisensicherung habe ausgebaut werden können. Ein offener Zusammenbruch der SMH-Bank hätte Folgen für das In- und Auslandsgeschäft der Banken, der Kapitalmärkte und des Zinsniveaus gehabt.

Die Banken hätten ein Deckungsloch von mehr als 600 Millionen Mark gestopft, davon allein 165 Millionen Mark aus dem Feuerwehrfonds ihrer Einlagensicherung. Die SMH-Bank solle fortgeführt werden, könne ihren Charakter durchaus ändern, die stützenden Institute wollten jedoch die gewachsenen Beziehungen des einst angesehenen Hauses erhalten. Ein potentieller Erwerber sei nicht erkennbar, der müsse sich wohl auch erst umfassend informieren, meinte Schroeder-Hohenwarth.

Der Bankenpräsident wies den Vorwurf zurück, die SMH-Bank habe den Maschinenkonzern IHB in den Strudel gerissen. Die Bank werde zu ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der im Vergleichsverfahren befindlichen Esch-Gruppe stehen, vermag aber derzeit keinen rechtlichen Zwang zu Kapitalerhöhungen zu erkennen.

Konjunkturell blicken die Banken „mit einiger Zuversicht" in das nächste Jahr. Hauptsorge bleibe die Arbeitslosigkeit. Arbeitszeitverkürzungen lösten das Problem jedoch nicht, sondern erschweren es eher. Die ersten Erfolge der Bonner Finanzpolitik nennen die Banken „sehr beachtlich", für größere Zinssenkungen sind sie jedoch „leider nicht zuversichtlich".

Özal verlangt Opfer

Von EVANGELOS ANTONAROS, Ankara

Als am vergangenen Montagmittag der Wahlsieg der konservativen „Mutterlandspartei" feststand, machte der Kurs der türkischen Lira gegenüber den westlichen Währungen einen kleinen Sprung nach oben. Kurz darauf brachten Industrievertreter in Istanbul und Ankara ihren verhaltenen Optimismus zum Ausdruck. Millionen Türken sind über Nacht zuversichtlicher geworden. Dieser Stimmungswandel kommt nicht von ungefähr: Turgut Özal, der demnächst die neue türkische Regierung bilden soll, gilt als der Mann, dem in den Jahren 1980 bis 1982 die beeindruckende Stabilisierung der fast bankrotten Türkei gelungen ist.

Im Wahlkampf und unmittelbar nach seinem Wahlsieg hat Özal deutlich zu erkennen gegeben, daß er seinen wirtschaftspolitischen Prinzipien auch während seiner zweiten Karriere als Politiker treu bleiben will. Er gilt als ein überzeugter Verfechter der freien Marktwirtschaft und will mit Hilfe eines monetaristischen Modells die schon wieder von Krisensymptomen befallene türkische Wirtschaft auf den richtigen Weg bringen.

Für Özal haben die Inflationsbekämpfung und die Ankurbelung der Exportwirtschaft absolute Priorität. Er ist bereit, zumindest kurzfristig, Arbeitslosigkeit – inoffiziellen Angaben zufolge hat jeder vierte Türke keine Arbeit – in Kauf zu nehmen. Die Bewältigung des Arbeitslosenproblems ist seiner Ansicht nach nur im Rahmen einer vorsichtig geplanten langfristigen Wachstumspolitik möglich.

Populär wird Özal mit seiner restriktiven Einkommenspolitik nicht werden: Zwar wird er erwartungsgemäß unmittelbar nach seiner Regierungsbildung den Arbeitnehmern maßvolle Lohnerhöhungen einräumen. Erheblich mehr Zugeständnisse darf der Durchschnittstürke allerdingss nicht erwarten. Er geht davon aus, daß der soziale Friede auch ohne Lohnerhöhungen sichergestellt werden kann, wenn die Teuerungsrate „normale Grenzen" erreicht. Dies war Özal teilweise in den Jahren 1980 bis 1982 gelungen, als er die Inflation von jährlich 120 auf 30 Prozent drückte. Zur Zeit liegt die jährliche Inflationsrate bei 35 Prozent.

Diesmal wird die Krisenbewältigung schwieriger sein. Einmal ist die Geduld der türkischen Bevölkerung kleiner geworden. Viele Türken könnten daher in Versuchung geraten, im halbwegs demokratischen Rahmen ihre Forderungen mit Vehemenz vorzutragen. Andererseits sind die Rahmenbedingungen nicht so günstig: Der internationale wirtschaftliche Aufschwung ist bisher ausgeblieben, einige Absatzmärkte für die türkischen Exportgüter, die Özal während seiner Amtszeit als Vizepremier erschlossen hatte – vor allem im arabischen Raum – werden immer weniger attraktiv.

Die türkischen Exporte sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stabil geblieben, während die Importe um etwa 1,1 Milliarden Dollar zugenommen haben. Wichtige Außenhandelspartner wie beispielsweise Libyen sind teilweise zahlungsunfähig geworden. Durch den andauernden Krieg zwischen Irak und Iran wurde der Warenverkehr mit diesen beiden Ländern weitgehend gebremst. Das Exportziel von sieben Milliarden Dollar in 1983 wird nicht erreicht.

Bis zum Jahresende könnte das Handelsbilanzdefizit 3,5 Milliarden Dollar betragen. Weil die Devisenüberweisungen der Gastarbeiter in der Siebenmonatsperiode von 1,15 auf 0,85 Milliarden Dollar gesunken sind, wird das Loch in der Leistungsbilanz größer als im Vorjahr sein. Auch die Devisenreserven haben sich seit Jahresbeginn um 115 Millionen auf 1,07 Milliarden Dollar reduziert.

Özal, der ausgezeichnete Beziehungen zu den Großunternehmerkreisen von Istanbul unterhält, will Investitionen im privatwirtschaftlichen Bereich fördern. Öffentlich tritt er auch für ausländische Investitionen ein, was in einem Land wie der Türkei, wo der Dirigismus Tradition hat, nicht selbstverständlich ist.

Durch die Investitionen im privaten Sektor will er neue Arbeitsplätze schaffen und eine Palette von auch auf westeuropäischen Märkten wettbewerbsfähigen Produkten fördern. Özal will die Importe erleichtern und günstige Amlagemöglichkeiten für den Kleinsparer schaffen: Sein spektakulärster Plan ist der Verkauf von Anteilen an der Bosporus-Brücke und dem Keban-Staudamm.

AUF EIN WORT



„Mit ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche wollen die Gewerkschaften davon ablenken, daß sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems nichts Brauchbares beizutragen haben. Völlig weltfremd ist die Vorstellung, daß die Verteuerung von Arbeit zu größerer Nachfrage nach Arbeit führt."

Prof. Dr. Rudolf Scheid, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie, Frankfurt FOTO: MUCKE

Kritik an Abgabenordnung

AP, Bonn

Auf scharfe Kritik aus der Wirtschaft ist der Entwurf des Bonner Finanzministeriums für eine neue Abgabenordnung gestoßen. In einer Eingabe, die der Deutsche Industrie- und Handelstag in Bonn veröffentlichte, nehmen die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vor allem daran Anstoß, daß in Steuersachen die Auskunftspflicht von unbeteiligten Personen und Gerichten, Behörden und öffentlich-rechtlichen Unternehmen gegenüber dem Finanzamt ausgedehnt werden soll. Damit würden Aufgaben der Steuerfahndung in das Besteuerungsverfahren verlagert. Dadurch werde Rechtsunsicherheit geschaffen und den Finanzämtern die Tür für Ermittlungen „ins Blaue hinein" geöffnet.

SCHIFFAHRTSPOLITIK

Deutsche Reeder werfen Bonn ein Handlungsdefizit vor

HANS-J. MAHNKE, Bonn

In der Bonner Schiffahrtspolitik besteht ein erhebliches Handlungsdefizit. Dies konstatierte gestern der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), John Henry de La Trobe, vor der Presse in Bonn. Dies gelte für alle vier Bereiche, in denen der Bundestag einstimmig schiffahrtspolitische Zielvorgaben verabschiedet hat: Eine zukunftsweisende Schiffsbesetzungsordnung sei bisher noch nicht verwirklicht worden.

Griffige Maßnahmen über Veränderungen des Außenwirtschaftsrechts, die deutschen Reedereien oft erst den gleichberechtigten Zugang zur Ladung gewährleisten könnten, stehen noch aus. Dies gelte auch für die Wiedereinführung der Finanzbeiträge. Im steuerlichen Bereich bedürfe es noch der Gleichstellung mit den Bedingungen, unter denen die Flotten der Konkurrenzländer fahren.

In erster Linie geht es dem Reeder-Verband um die Wiedereinführung der Finanzbeiträge. Dabei handelt es sich um zinslose Darlehen, also einen Betriebskostenzuschuß, der beim späteren Einsatz für Investitionen nicht zurückgezahlt werden muß. Diese Beiträge gab es zwischen 1979 und 1981. Sie führten nach Angaben de La Trobes zum Neubau von 130 Schiffen auf deutschen Werften.

Die Wiedereinführung noch für das Haushaltsjahr 1984 würde die Investitionsfähigkeit der deutschen Reedereien stärken und ihre Liquiditätslage verbessern. Notwendig sei dies vor dem Hintergrund, daß die Tonnage unter deutscher Flagge mit rund 5,5 Millionen Bruttoregistertonnen auf den Stand von 1967 zurückgefallen ist.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Unterschiedliches Wachstum in einzelnen Mitgliedsstaaten

WILHELM HADLER, Brüssel

Das Wirtschaftswachstum läßt in manchen EG-Ländern noch immer auf sich warten. Dies zeigt die jüngste Konjunkturübersicht der EG-Kommission. Nach den bisher vorliegenden Zahlen wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Gemeinschaft daher im zweiten Quartal 1983 (saisonbereinigt und aufs Jahr berechnet) nur um 0,2 Prozent erhöhen. Im ersten Vierteljahr wurde dagegen ein Wachstum von 2,1 Prozent registriert.

Die Quasi-Stagnation der Produktion verdeckt allerdings eine recht unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. In der Bundesrepublik stieg das BIP auf Jahresbasis um 4,3 Prozent, etwa zwei Punkte mehr als im vorausgegangenen Quartal. In Frankreich nahm es (nach einem Rückgang um 0,6 Prozent) nur zwei Prozent zu. Weit weniger günstig waren die Ergebnisse noch in anderen EG-Staaten, so verzeichnete Italien einen Rückgang um 6,5 Prozent, aus Großbritannien wurde mit minus sechs Prozent der erste Rückschlag seit Mitte 1981 gemeldet.

Entsprechend sagt die Kommission nunmehr für fünf der zehn Mitgliedsstaaten für das gesamte Jahr 1983 einen Rückgang des Bruttoinlandproduktes voraus. Mit Ausnahme von Luxemburg und Holland könnten jedoch alle EG-Länder im kommenden Jahr wieder mit einem positiven Wachstum rechnen.

Schlecht bleiben überall die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Ohne Griechenland schätzt die Kommission die Zunahme der Arbeitslosigkeit 1984 auf 12,3 Millionen. Die Beschäftigung wird damit in der EG im Laufe des Jahres um 0,9 und im kommenden Jahr nochmals um 0,2 Prozent zurückgehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

VW do Brasil plant neue Investitionen

Wolfsburg (dpa/VWD) – Die Volkswagen do Brasil will in den nächsten vier Jahren Investitionen in einer Größenordnung von 800 Millionen Dollar (gut zwei Milliarden Mark) tätigen. Dies war aus Wolfsburg zu erfahren, nachdem entsprechende Überlegungen des Chefs der VW do Brasil, Wolfgang Sauer, kürzlich bekannt wurden. Die VW-Tochtergesellschaft, zur Zeit durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des südamerikanischen Landes in Mitleidenschaft gezogen, will damit ihre Marktposition festigen und ausbauen. Nach Angaben eines VW-Sprechers wird die Verwirklichung der Investitionsabsichten maßgeblich von der Entwicklung der Finanzkraft der brasilianischen VW-Tochter in den nächsten Jahren abhängen. VW do Brasil stellt auch verstärkt Überlegungen an, wie zusätzliche Märkte erschlossen werden könnten. Dies gelte nicht nur für Südamerika.

Faire Voraussetzungen

Hamburg (JB.) – Faire Voraussetzungen für ein Engagement der Zeitschriftenverleger bei den neuen Kommunikationstechniken hat der Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (DVZ), Heiko Klinge, in Hamburg gefordert. Politiker, die private Alternativen zu den öffentlich-rechtlichen Anbietern verlangten, seien jetzt aufgerufen, für ausreichende Finanzierungsgrundlagen zukünftiger privater Anbieter zu sorgen. Immerhin sei der Einstieg in Kabel- und Satellitenrundfunk für die Verlage mit hohem finanziellen Aufwand verbunden, der dem unternehmerischen Risiko unterliege. Unter den gegebenen Voraussetzungen, die es den öffentlich-rechtlichen Anstalten erlaubten, den Einstieg in neue Medien aus zwei Quellen, Gebühren und Werbung, zu finanzieren, hätten Verlage so gut wie keine Chancen, die neuen Techniken mit Erfolg anzuwenden.

BMW in Südafrika

Pretoria (dpa/VWD) – Die Bayerische Motoren Werke AG (BMW) hat eine neue Fabrik im Norden der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria eröffnet. Die Anlage, die im Rahmen eines dreijährigen BMW-Investitionsprogramms im Wert von 100 Millionen Rand (etwa 240 Millionen Mark) gebaut wurde, ist durch Südafrikas Ministerpräsident Pieter Botha feierlich in Betrieb genommen worden. An der Eröffnung nahm auch Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß teil. BMW unterhält in Südafrika die einzige Auto-Fertigung des Unternehmens außerhalb der Bundesrepublik und exportiert von dort auch Fahrzeuge nach Europa.

Prebisch hilft Alfonsin

Buenos Aires (dpa/VWD) – Der international angesehene argentinische Wirtschaftswissenschaftler Raul Prebisch ist vom künftigen argentinischen Präsidenten Raul Alfonsin gebeten worden, als „fliegender Botschafter" für die neuen Verhandlungen über die Auslandsschulden Argentiniens in Höhe von 40 Milliarden Dollar (104 Milliarden Mark) zur Verfügung zu stehen. Prebisch erklärte in Buenos Aires, er sei bereit, Alfonsin zu unterstützen, wo immer dieser das für nützlich halte. Alfonsin hatte vor seiner Wahl angekündigt, seine Regierung wolle die gesamten Auslandsschulden neu verhandeln, weil die Zinsen zu hoch und die Laufzeiten zu kurz seien. Es müsse ein Modus gefunden werden, der den geplanten Neuaufbau der Wirtschaft nicht gefährde.

Gespräche mit Japan

Tokio (AFP) – Eine japanische Delegation wird anläßlich eines fast zweiwöchigen Aufenthalts in Europa in fünf Ländern Verhandlungen über die Erhöhung europäischer Exporte nach Japan führen. Wie aus offiziellen Kreisen in Tokio verlautete, werden hohe Funktionäre aus mehreren Ministerien und Geschäftsleute vom kommenden Sonntag an mit Politikern in Großbritannien, Belgien, Frankreich, der Bundesrepublik und Schweden über die Erhöhung der Ausfuhren nach Japan sprechen. Die japanischen Botschafter der zehn EG-Staaten hatten sich am Dienstag für eine Erhöhung der Ausfuhren von Fertigwaren aus Europa nach Japan ausgesprochen, um so die positive Handelsbilanz Japans im Handel mit der EG auszugleichen.

BAUGEWERBE

Die Investitionsneigung ist etwas angestiegen

GISELA REINERS, Bonn

Obwohl der Auslastungsgrad im Baugewerbe nur 63 Prozent im Hochbau und 51 Prozent im Tiefbau beträgt, hat sich die Investitionsneigung der Bauunternehmen im allgemeinen leicht verbessert. Nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB) in Bonn spielten im Oktober die Bemühungen um weitere Rationalisierungen des Bauablaufs neben den Ersatzbeschaffungen von Maschinen und Geräten wieder eine größere Rolle.

Die Unternehmen bezeichneten jedoch auch im Oktober ihre Geschäftslage als unbefriedigend, wenn sich auch von neuem die Lage des Baugewerbes im Süden der Bundesrepublik besser darstellte als im Norden. Allerdings bietet der Wohnungsbau eine Ausnahme. In einigen Regionen werden die Auftragsbestände in diesem Sektor sogar als gut bewertet, ansonsten als ausreichend. Im Durchschnitt stufen die Betriebe ihre Auftragsbestände als „zu klein" ein. Über Zuwächse wurde jedoch nur noch vereinzelt berichtet.

Bei den Baupreisen rechnen laut ZDB die Unternehmen in den kommenden Monaten aufgrund des harten Wettbewerbs weiter nur mit geringen Erhöhungsspielräumen. Im Oktober seien im Wohnungsbau die Preise für Bauleistungen vereinzelt stärker gestiegen. Dagegen wurde im öffentlichen Hoch- sowie im Tief- und Straßenbau vielfach von der Notwendigkeit weiterer Preisnachlässe gesprochen. Die Geschäftserwartungen haben sich im Durchschnitt wieder leicht verschlechtert – nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Wintermonate. Man geht davon aus, daß die Bauaufträge weiter schrumpfen werden. Manchen Firmen mangelt es an Fachpersonal und Lehrlingen.

USA / Lieferanten von Grobblechen aus der EG wird Preisdumping vorgeworfen

Neuer Streit bedroht den Stahlpakt

H.-A. SIEBERT, Washington

Der vor einem Jahr nach monatelangem Gerangel mühsam erreichte Stahlpakt zwischen den USA und der EG ist in Gefahr, nachdem die International Trade Commission (ITC) in Washington in einer vorläufigen Entscheidung deutschen und belgischen Grobblechlieferanten Preisdumping auf dem US-Markt vorgeworfen hat. Bis Januar muß nun das amerikanische Handelsministerium die Verstöße gegen den „fairen Wert" quantifizieren; danach stellt die ITC den „entstandenen Schaden" fest, woraufhin das Ministerium Ausgleichszölle verfügt.

Bisher hat dieses inzwischen sattsam bekannte Prozedere immer zu „freiwilligen" Export-Selbstbeschränkungensabkommen geführt. In diesem Fall droht aber auch die Zerstörung des innerhalb der EG geknüpften Quotennetzes. Schlimmstenfalls muß das gesamte Paket im Bereich des Kohlenstoffstahls mit Amerika neu verhandelt werden. Das kann leicht in eine Krise ausufern, zumal die Administration Brüssels Kompensationswünsche für die im Sommer aufgestellten Importbarrieren für Edelstahl in Frage stellt.

Erneut angefacht hat den Stahlstreit die Gilmore Steel Corp., ein kleines Unternehmen in Portland, Oregon. Sie fühlt sich nicht an die im vergangenen Herbst mit der EG erreichten Lieferabsprachen gebunden, weil sie nicht zu der Gruppe der 15 Kläger gehörte, die im Gegenzug ihre Einfuhrbeschwerden zurückzogen. Gilmore will festgestellt haben, daß deutsche und belgische Grobbleche im Nordwesten der USA unter den Produktionskosten verkauft werden.

Brüssel hatte das US-Handelsministerium mehrfach vor der Annahme der Gilmore-Beschwerde gewarnt. Daß die Behörde die Klage akzeptierte, stützt die in Amerika weitverbreitete These, wonach die Baldrige-Mannschaft vorzugsweise die Interessen der eigenen Industrie unterstützt. Das Verhalten des Ministeriums wird durch die Stahlmenge nicht gerechtfertigt.

So schlugen die deutschen Grobblech-Exporte in die USA im vergangenen Jahr mit 55 Millionen Dollar zu Buch; aufgrund der vereinbarten Quoten sank ihr Wert in den ersten acht Monaten 1983 auf 11,8 Millionen Dollar. Die belgischen Lieferungen verringerten sich von 69 auf rund 22 Millionen Dollar. Hinzu kommt, daß der Anteil der EG am US-Gesamtstahlmarkt seit dem Inkrafttreten des Beschränkungsabkommens von 6,31 auf 4,64 Prozent geschrumpft ist.

Noch in dieser Woche will Washington mit Brüssel wegen der Gilmore-Klage Verhandlungen aufnehmen. Die EG kann den USA einen Bruch des Stahlpaktes vorwerfen.

FRANKREICH / Devisenheft wird begraben

Fragwürdiges Experiment

Mit einem Seufzer der Erleichterung haben die Franzosen dieser Tage die Botschaft vernommen, daß das berüchtigte „Carnet de Change" am 20. Dezember begraben wird. Diese *gebührenpflichtige, mit einem Paßfoto* versehene Devisenheft war von Wirtschafts- und Finanzminister Delors am 28. März im Rahmen seines Austerity-Plans aus der Taufe gehoben worden.

Der Akt hatte eine Welle der Entrüstung ausgelöst, denn dadurch wurde zum erstenmal für Auslandsreisen eine direkte Devisenkontrolle eingeführt, die gleichzeitig beträchtlich verschärft worden ist. Nur noch 2000 Franc pro Person (1000 Franc für Kinder unter 10 Jahren) sollten im ganzen Kalenderjahr gegen Eintragung in das Carnet in Devisen umgetauscht werden dürfen.

Zwar hatte die Regierung dann unter dem massiven Protest der Reiseveranstalter gewisse Ausnahmen von diesem strengen Regime zugelassen. Insbesondere wurden Pauschalreisen ins Ausland unabhängig von ihrem Preis zu nur 1750 Franc bei Vollpension und 1150 Franc bei Halbpension auf das Devisenkontingent angerechnet. Aber auch die privilegierten Franzosen mußten zunächst einmal an den Bankschaltern Schlange stehen, um sich das Carnet zu beschaffen.

Darüber hinaus wurde der Höchstbetrag, den jeder Franzose je Reise an nationalen Zahlungsmitteln mit sich führen darf, von 5000 auf 1000 Franc reduziert. Auch insoweit wird am 20. Dezember der frühere Zustand wiederhergestellt. Dagegen bleibt die am 28. März getroffene Verfügung bestehen, wonach *Kreditkarten von Privatpersonen* im Ausland nicht mehr benutzt werden dürfen.

Außerdem ist es Geschäftsreisenden nur gestattet, auf den Namen ihrer Firma ausgestellte Kreditkarten im Ausland zu benutzen. Darüber hinaus dürfen sie – wie bisher – für jeden Reisetag 1000 Franc an in- wie ausländischen Zahlungsmitteln mitnehmen. Die Banque de France kann auf Antrag dieses Limit erhöhen.

Der französische Geschäftsverkehr wird also – im Interesse der Exportförderung – verhältnismäßig liberal gehandhabt. Was den privaten Reiseverkehr betrifft, so hängt seine Entwicklung von der Intensität der künftigen Grenzkontrollen ab.

Wichtiges Kriterium für die Handhabung der Devisenkontrolle dürfte die Entwicklung der französischen Leistungsbilanz sein. In letzter Zeit hat sie sich erheblich verbessert. Dies lag nicht zuletzt an der starken Zunahme des Aktivsaldos im Tourismus. Bereits in den ersten sieben Monaten 1983 erreichte er 11,9 Milliarden Franc gegenüber erst 7,6 Milliarden in der entsprechenden Vorjahreszeit und 12,1 Milliarden Franc im Gesamtjahr 1982.

Jedoch ist dieses günstige Zwischenergebnis nicht allein der verschärften Devisenbeschränkung zuzuschreiben. Zwar sind in diesem Sommer nur noch 21 Prozent aller französischen Urlauber ins Ausland gereist gegenüber 28 Prozent ein Jahr zuvor. Aber das war wohl vor allem auf die kaufkraftabschöpfenden Maßnahmen des Austerity-Plans zurückzuführen. So schrumpfte aus Geldmangel die Zahl der insgesamt verreisten Franzosen um immerhin 17,4 Prozent.

Andererseits kamen mehr Ausländer, insbesondere mehr Amerikaner (dank der Dollarhausse), nach Frankreich. Es wären aber wahrscheinlich noch mehr gewesen, wenn nicht manche ausländische Touristen, darunter auch deutsche, aus Angst vor Überfüllung der Ferienorte durch die im Lande zurückgehaltenen Franzosen auf ihren Frankreich-Urlaub verzichtet hätten.

Ob das Carnet de Change letztlich für Frankreich von Nutzen gewesen ist, läßt sich schwer beurteilen. Fest steht, daß es einen sehr kostspieligen Papierkrieg mit sich brachte und dem Ansehen der sozialistischen Regierung geschadet hat; dies vor allem beim „Mann auf der Straße". Er wird möglicherweise Delors nicht vergessen, daß er ihm seine Spanienreise mit Wohnwagen verübelt hat, während die besser betuchten Franzosen wie gehabt ihre Flugreise in ferne Länder anketten konnten.

Gewiß haben in Frankreich alle Regierungen den Devisenverkehr beschränkt. Aber was den Reiseverkehr betrifft, so blieben sie doch mit ihren Kontrollen sehr maßvoll. Das kann man von der derzeitigen Regelung nicht behaupten.

JOACHIM SCHAUFUSS

ERMETO ARMATUREN / Im Markt führend

Know-how aus Amerika

HEINZ HILDEBRANDT, Bielefeld

Das 1932 erteilte Patent für eine Schneidring-Verschraubung war für das Metallwerk Zöplitz im Erzgebirge der erste Schritt auf dem Wege vom kleinen sächsischen Familienbetrieb zum bedeutendsten Hersteller von Rohrverbindungssystemen in Europa. Am Fertigungsprogramm hat sich wenig geändert; damals wie heute standen und stehen solche Verbindungssysteme vor allem für den Hydraulik-Rohrleitungsbereich im Mittelpunkt. Voraussetzungen, Anforderungen und Leistungen haben allerdings beträchtlich zugenommen. Aus den wenigen Produkten des ursprünglichen Angebots ist daher eine breite Palette von derzeit rund 13 000 Artikeln geworden.

1980 ging das Unternehmen, inzwischen umfirmiert in Ermeto Armaturen GmbH, an dem bereits seit geraumer Zeit eine amerikanische Gruppe beteiligt war, in den Besitz der Parker Hannifin Corporation, Cleveland/Ohio, USA, über – des weltweit führenden Anbieters von Verbindungsteilen für hydraulische und pneumatische Systeme, mit einem Umsatz im Geschäftsjahr 1982/83 von 1,15 Mrd. Dollar. Eingebunden in die europäische Connectors Group der amerikanischen Mutter steuerte die Bielefelder Tochter mehr als 100 Mill. DM zum Konzernumsatz bei, erarbeitet von rund 1000 Mitarbeitern. Ermeto, größtes Einzelunternehmen von Parker in Europa, profitiert dabei von dem amerikanischen Know-how. Dies hat den neuen Besitzern auch in Europa die gleiche Marktführerschaft ermöglicht, die in anderen Regionen wie USA, Kanada, Australien und Südostasien schon bestand.

Franz Kaspar (47), bisher verantwortlich für Parkers Vertriebsgesellschaften in Europa und seit kurzem Geschäftsführer bei Ermeto, gibt sich im Hinblick auf die weitere Entwicklung durchaus optimistisch. Rationalisierungs-Investitionen sollen dazu beitragen, die Wirtschaftlichkeit der Fertigung zu verbessern, neue Produkte sollen die Angebotspalette erweitern.

BRASILIEN / Gläubigerbanken und IWF werden zu neuen Krediten ermutigt

Parlament verabschiedet Lohngesetz

rtr/dpa/VWD, Brasilien

Das brasilianische Parlament hat am Mittwoch früh das umstrittene Gesetz zur Begrenzung von Lohnerhöhungen verabschiedet. Das „Gesetz 2065" wird von den Gläubigerbanken des mit über 90 Milliarden Dollar verschuldeten und unter einer Inflationsrate von fast 200 Prozent leidenden südamerikanischen Landes als Voraussetzung für die Freigabe von Geldern angesehen, die Brasilien dringend benötigt, um seinen Schuldendienst erfüllen zu können. Die Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament ist auch ein wesentliches Element des mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarten Anpassungsprogramms für Brasiliens Wirtschaft.

Für Arbeiter, die höchstens das Dreifache des Mindestlohns verdienen, werden nach dem jetzt beschlossenen Gesetz Lohnerhöhungen im Ausmaß der amtlichen Inflationsrate gewährt. Für Beschäftigte mit einem höheren Einkommen werden die Lohnerhöhungen nach einem abgestuften System begrenzt. Wer mehr als das Fünfzehnfache des Mindeslohnes verdient, erhält nur einen Ausgleich in Höhe von 50 Prozent des Anstiegs der Lebenshaltungskosten.

Nachdem oppositionelle Abgeordnete versucht hatten, die Abstimmung zu verhindern, indem sie zehn Stunden über die Vorlage debattierten, wurde das Gesetz schließlich mit 245 Ja-Stimmen bei drei Gegenstimmen beschlossen. Die regierende Sozialdemokratische Partei mit 235 Stimmen wurde dabei von zehn Abgeordneten der Brasilianischen Arbeiterpartei unterstützt. Die Mehrheit der Opposition hatte zu diesem Zeitpunkt die Kammer verlassen. Anschließend wurde das Gesetz mit großer Mehrheit auch von der zweiten Kammer, dem Senat, gebilligt. Es war die sechste Vorlage zur Begrenzung der Lohn-Preis-Spirale, die Brasiliens Präsident Joao Figueiredo seit März 1983 in das Parlament eingebracht hat. Die Bemühungen zur Überwindung der Schuldenkrise Brasiliens sind damit in ihre entscheidende Phase getreten. Bereits am Dienstag haben vier britische Großbanken signalisiert, daß sie Brasilien Neukredite in Höhe von 500 Millionen Dollar gewähren wollen.

Die Parlamentsentscheidung wird den 830 ausländischen Gläubigerbanken Brasiliens voraussichtlich das notwendige Vertrauen geben, um bis zum 11. November ihre Beteiligung an einem Kredit von 6,5 Milliarden Dollar zuzusichern. Mit den Mitteln soll der Ausgleich der Zahlungsbilanz Brasiliens bis Ende 1984 unterstützt werden. Der Kredit ist Teil eines Rettungspaktes über elf Milliarden Dollar, das der IWF, Regierungen und Banken im September geschnürt hatten. Darüber hinaus erwartet die brasilianische Regierung die Freigabe von bereits früher zugesagten IWF-Krediten. Mit diesen Mitteln soll noch *in diesem Monat ein Überbrükkungsdarlehen* in Höhe von 1,05 Milliarden Dollar zurückgezahlt werden.

Bundesrat gegen Sanierungs-Gesetz

W. F. Wien

Die konservative Mehrheit im Bundesrat hat in Wien den Gesetzentwurf der sozial-liberalen Regierung mit Sanierungsmaßnahmen für die verstaatlichte Industrie abgelehnt. Um nun den zum Teil stark defizitären acht Konzernen im Staatseigentum dennoch die dringend notwendigen Finanzmittel im Ausmaß von 16,6 Milliarden Schilling zuführen zu können, wird die Regierungsmehrheit im Parlament am 29. November einen Beharrungsbeschluß fassen, mit dem das Gesetz dann doch noch in Kraft treten kann.

Die Ablehnung der oppositionellen Volkspartei richtet sich nicht gegen die Finanzzuschüsse an sich, sondern gegen die ihrer Meinung nach unzureichenden Konzepte. Deshalb macht die ÖVP auch von der seit den kürzlichen Landtagswahlen in Niederösterreich nunmehr erreichten Mehrheit im Bundesrat Gebrauch, um ihrerseits einen Gesetzesantrag zu beschließen. Dieser sieht zwar denselben Milliardenzuschuß für die Staatsindustrie vor, darüber hinaus aber ein umfassendes Sanierungskonzept, das auch Unterstützungen für die private Industrie und eine Regionalförderung beinhaltet.

Unterdessen hat Bundeskanzler Fred Sinowatz durchblicken lassen, daß auch die Regierung – offenbar aus politischen Überlegungen – nicht vorbehaltlos mit dem von der Staatsholding ÖIAG vorgelegten Sanierungskonzept übereinstimme. Die Sozialisten billigen sichtlich ebensowenig wie die Konservativen die vorgesehenen Betriebsschließungen und Massenentlassungen, von denen bis zu 10 000 Arbeitnehmer betroffen sind.

DIW: Bauwirtschaft erst 1984 erholt

PETER WEERTZ, Berlin

Die Bauwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist nach der Rezession wieder in einer konjunkturellen Erholungsphase. Allerdings profitierten von dieser Belebung nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor allem der Wohnungs- und der gewerbliche Bau, weniger hingegen der öffentliche und der Tiefbau. Infolge der erheblichen *Verringerung der öffentlichen Aufträge* wegen der schwierigen Haushaltslage der Länder und Gemeinden wirkt sich die Rezession nach wie vor im Tiefbau besonders negativ aus.

Erst von 1984 an rechnet das Berliner Institut bei einer realen Zunahme des Bauvolumens um 4,5 Prozent mit der Einstellung von etwa 50 000 neuen Arbeitskräften im Baugewerbe. „In diesem Jahr sind vorrangig die Auftragsbestände aufgestockt worden", meinen die Berliner Konjunkturforscher. Trotz des höheren Bauvolumens – plus zwei Prozent – wird daher die Zahl der Beschäftigten 1983 nochmals um etwa 50 000 abnehmen. Damit habe die Bauwirtschaft in ihrer dritten Rezession rund 200 000 Beschäftigte verloren, hat das Berliner Institut errechnet.

Zur Zeit wird die Baukonjunktur begünstigt durch das vergleichsweise niedrige Zinsniveau, geringe Preissteigerungen und die Bündelung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Die Hypothekenzinsen sind zwar wieder um einen Prozentpunkt gestiegen, liegen aber noch um drei Prozentpunkte unter dem Höchststand von September 1981. Vom Zinsniveau und wieder steigenden Baupreisen wird vorerst kein dämpfender Effekt auf die Entwicklung des Wohnungs- und gewerblichen Baus erwartet.

Rechtsangleichung in kleinen Schritten

D. SCHMIDT, Hannover

Anders als ursprünglich geplant vollzieht sich die Harmonisierung des Gesellschaftsrechts in der Europäischen Gemeinschaft nur sehr zögernd. Eine wesentliche Ursache dafür ist nach Ansicht von Bundesjustizminister Hans A. Engelhard der Beitritt neuer Mitglieder. Dadurch werde die „Einhaltung der Zeitordnung" erheblich erschwert. Die Bundesregierung werde aber entschlossen die in den EG-Verträgen verankerte Rechtsangleichung forcieren, wenngleich sich erwiesen habe, daß dies nur mit einer „Politik der kleinen Schritte" möglich sei.

Schwierigkeiten bereite die Tatsache, daß Harmonisierung nicht gleichbedeutend sei mit Rechtsvereinheitlichung. Immerhin bestünden in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Gesellschaftsformen weiter. Engelhard verwies vor Vertretern der Wirtschaft in Hannover auf das Beispiel der Aktiengesellschaft. In der Bundesrepublik sei diese Rechtsform etwa gegenüber der GmbH deutlich unterrepräsentiert. Knüpfe nun eine Richtlinie an die Rechtsform der AG an, *so liege es auf der Hand, daß sie in* den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Auswirkungen haben müsse. Immerhin sei es als Erfolg zu werten, daß die „Publizitätspflicht" (Welt-Abschluß) nun als Richtlinie bald verabschiedet werde.

Keine Stellungnahme bezog der Minister zum Steuerrecht. Helmut Werner, Vorstandsvorsitzender der Continental Gummi-Werke AG, bemängelte in diesem Zusammenhang die Wettbewerbsnachteile, die europäisch agierenden Unternehmen erwachsen.

ISRAEL / Öffentliche Bauvorhaben werden gestrichen – Subventionen gekürzt

Bürger müssen weitere Opfer bringen

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Einfuhrgüter im Wert von fast 12 Millionen Dollar (Farbfernseher, Videogeräte und ähnliches) wurden vorige Woche an die Fabriken in Europa zurückgeschickt, oft noch in den Schiffscontainern, manche Schiffsladungen wurden noch auf hoher See umdirigiert. Die israelischen Importeure nahmen Verluste in Kauf, um nicht mit schwerverkäuflichen Waren sitzenzubleiben.

Dies stand in krassem Gegensatz zu dem Bild, das sich vor fast drei Jahren bot, als der vor kurzem zurückgetretene Finanzminister Yoram Aridor seine zur Bekämpfung der Inflation gedachte Politik einführte: Ganze Sendungen von elektronischem Gerät wurden als Luftfracht importiert, um die Nachfrage zu befriedigen. Die Inflation meisterte er nicht, aber das Zahlungsdefizit ging mittlerweile in die Höhe.

Der neue Finanzminister Yigal Cohen-Orgad rückt die Bekämpfung der Inflation an die zweite Stelle seiner Politik. An die erste stellt er die Verringerung der Zahlungsbilanz. Dazu hat er nach heftigen Diskussionen die Regierung bewogen, ein Sparprogramm zu erlassen, mit dem er als erstes die 27 Milliarden Dollar des Staatshaushaltes um zwei Milliarden kürzen will.

Die wichtigsten Maßnahmen sind:

Die Ist-Stärke des Personals im Staatsdienst und bei staatseigenen Betrieben darf bis Ende des Haushaltsjahres nicht vergrößert werden. Bis Oktober 1984 darf der staatliche Wagenpark nicht anwachsen. Das Kilometergeld für Staatsbedienstete, die einen Fahrtenzuschuß erhalten, soll um 15 Prozent gekürzt und als steuerpflichtiges Einkommen angerechnet werden.

Der Grenzsteuersatz soll von den jetzigen 60 Prozent auf 66 Prozent für Einkommen über 7700 Mark im Monat erhöht werden, Kinderzulagen für die ersten zwei Kinder werden besteuert, und Pensionäre, die ein zusätzliches Einkommen beziehen, werden nicht mehr steuerfrei sein. Das Steuerschlupfloch der Westbank – wo sich manche Israelis formell als wohnhaft meldeten, um den hohen israelischen Steuersätzen zu entgehen – wird abgeschafft. Staatliche Zuwendungen an die Krankenkassen werden gekürzt. Jede Familie mit einem Kind in der Schule muß eine jährliche Gebühr von 216 Mark entrichten. Wer eine angebotene Arbeit ausschlägt, wird der Arbeitslosenunterstützung verlustig.

Den Hauptanteil an den zwei Sparmilliarden soll die Streichung von öffentlichen Bauvorhaben und anderen Projekten sowie die allmähliche Reduzierung staatlicher Verbrauchersubventionen bilden. Das Ganze soll einen Zustand schaffen, den die Israelis „Mitunn" (Mäßigung) nennen. In den Taschen der Bürger soll weniger Geld verbleiben, damit die Hersteller von Verbrauchsgütern sich mehr um Exportmärkte bemühen. Die Importe sind im Monat Oktober bereits um fünf Prozent zurückgegangen, obwohl die Exporte noch nicht zugenommen haben. Es scheint, daß der Verbraucher eine Geldknappheit voraussieht und deshalb vorsichtiger mit seinem Geld umgeht. Die Zeitung „Jerusalem Post" hat dem Finanzminister bereits vorgeworfen, sein neues „Sparprogramm" sei nicht mehr, als sich eben aus seinem Namen ergebe – ein Sparprogramm, aber keine neue Wirtschaftspolitik. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Wenig Aussicht auf Zinssenkung

Geldmenge stark gestiegen

WILHELM FURLER, London

Die Hoffnungen in Großbritannien auf eine baldige Senkung des Zinsniveaus haben vorerst einen empfindlichen Rückschlag erfahren müssen. Den jüngsten Veröffentlichungen der Bank von England zufolge ist die Geldmenge in Großbritannien in den vier Wochen bis Mitte Oktober erheblich stärker gestiegen als allgemein erwartet wurde.

Sowohl die enggefaßte Geldmenge M 1 als auch die von der Notenbank zur Beurteilung der monetären Entwicklung bevorzugte und am weitesten gefaßte Geldmengen-Definition Sterling M 3 (letztere umfaßt Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen) haben sich im Oktober um 1,5 Prozent ausgeweitet. Das entspricht einer Geldmengen-Ausweitung von Sterling M 3 aufs Jahr gerechnet von nahezu 20 Prozent.

Die von der Regierung festgelegte Bandbreite für das Geldmengenwachstum liegt zwischen sieben und elf Prozent für die zwölf Monate zwischen Februar dieses und Ende Januar nächsten Jahres.

Noch im September war die Geldmenge zum ersten Mal seit viereinhalb Jahren gefallen, und zwar bei Sterling M 3 um 0,5 Prozent. Dies hatte Hoffnungen geweckt, die Regierung Thatcher habe die Geldmengenentwicklung in den Griff bekommen, und die Ausweitung würde sich bis Ende Januar 1984 innerhalb der Bandbreite halten lassen.

Einschließlich der jüngsten Oktober-Schätzung der Bank von England hat sich die Geldmenge M 3 seit Februar auf zwölf Monate umgerechnet um 10,75 Prozent ausgeweitet, verglichen mit 9,7 Prozent im September. Als Hauptgrund für die Ausweitung wird in der Londoner City ein scharfer Anstieg der Bankausleihungen an den Privatsektor genannt. Hinzu kommt eine Erhöhung der Regierungsvorhaben, verbunden mit einer Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme im Oktober.

SPANIEN / Die Werftindustrie soll schrumpfen

Auftragseingänge fehlen

ELISABETH GUTH, Madrid

Zehntausende von Werftarbeitern gingen zu Beginn dieser Woche entlang der gesamten Nordküste Spaniens auf die Straße. Es war der Auftakt zu Demonstrationen und Streiks aus Protest gegen die Bedrohung ihrer Arbeitsplätze. In einer seit Monaten durch Regierungspläne zur Sanierung wichtiger Industrien aufgeladenen Atmosphäre genügte ein Funke, um die Protestaktionen auszulösen. Für diesen Funken sorgte der für Schiffbau im Industrieministerium zuständige Pedro Sancho, der im Gespräch mit Journalisten erklärte, daß 17 000 im Schiffbau tätige Arbeiter „überzählig" seien. Die Staatswerft Astano im galicischen El Ferrol mit ihren 6000 Beschäftigten und die baskische Werft Olaveaga mit 3000 Arbeitern sollten am besten ganz geschlossen werden.

Industrieminister Carlos Solchaga mußte korrigieren. Man sei noch dabei, die Lage der Werften zu studieren und werde nach Konsultationen zu gegebener Zeit Gesetzesvorschläge vorlegen. *Die Protestwelle ließ* sich aber nicht mehr aufhalten. Ganze Ortschaften der Nordwest-Region Galicien schlossen sich in El Ferrol den Demonstrationen der Werftarbeiter an. 2500 Schiffbauer aus Vigo trugen ihren Protest in die Provinzhauptstadt Pontevedra. Im asturischen Gijon legten die Arbeiter von vier Werften einen eintägigen Proteststreik ein, und auch die Baskenprovinz Vizcaya protestierte mit.

Die Arbeiter lassen sich nicht leicht beruhigen und setzten ihre Aktionen fort, denn wenn es der Regierung um die allgemein in Wirtschaftskreisen anerkannte Notwendigkeit eines Gesundschrumpfens im Schiffbau geht, so steht für sie die eigene wirtschaftliche Existenz auf dem Spiel.

Aber es ist gerade die Neubaukapazität von insgesamt annähernd einer Million Bruttoregistertonnen jährlich, die nach Ansicht von Experten einer Korrektur bedarf. Sie ist durch fehlende Auftragseingänge *längst* zur Überkapazität geworden. Inoffiziell wird eine künftig auf 600 000 Tonnen gesenkte Produktionskapazität ins Auge gefaßt.

Dabei würde sicher auch die Zahl von gegenwärtig 43 000 Beschäftigten verringert werden, von denen 26 000 allein bei den beiden großen Staatswerften Astano und Astilleros Españoles arbeiten. Bei ihnen, also im eigenen Haus, würde die Regierung wohl zuerst den Hebel ansetzen, zumal dort bis Jahresende mit der Abwicklung fast aller noch vorliegenden Produktionsaufträge gerechnet wurde. Fusionen und Spezialisierungen sollen im privaten Werftensektor, der 34 kleine und mittlere, meist in Familienbesitz befindliche Unternehmen umfaßt, Abhilfe schaffen. Sie erfordern vielseitige Konsultationen, die ebenso schwierig wie langwierig zu werden versprechen.

Aber bevor Industrieminister Solchaga den Schiffbau als weiteres heißes Eisen anpackt, ist wohl eine „Abkühlung" auf dem Schwerindustriesektor nötig. Seine Sanierungspläne für die Eisenhütten- und Stahlindustrie stoßen jedoch nach wie vor auf erbitterten Widerstand. (dpa/VWD)

MOTOROLA / Kritik an deutscher Halbleiter-Industrie

Illusionen über die Zukunft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

„Die elektronische Industrie der Bundesrepublik ist weniger gut als ihr Ruf. Speziell auf dem zukunftsträchtigen Sektor der Halbleiter hat sie in den letzten Jahren an internationalem Gewicht verloren." Dieses ernüchternde Urteil äußerte der Europa-Direktor der amerikanischen Motorola, André Borrel, der nach Phillips und Texas Instruments drittgrößten Halbleiterproduzentin der Welt, in einem Pressegespräch.

Nach André Borrel stützt sich die deutsche Industrie immer noch zu sehr auf ihre traditionellen Produktionsbereiche. Die Elektronik würde von ihr zwar gut verwendet, aber es fehle an eigenen Entwicklungen. Dies habe seinen Grund wohl unter anderem darin, daß sie sich nicht auf große Militäraufträge und staatliche Subventionen stützen könne. Großbritannien und Frankreich hätten es in dieser Beziehung besser. Aber sie seien schlechtere Verkäufer. Für alle drei Länder gelte grundsätzlich, daß hier weniger als in den USA und als in Japan gearbeitet werde. Trotz ihrer größeren Lohndisziplin würden die Deutschen sozial über ihre Verhältnisse leben und sich über ihre technologische Zukunft zu große Illusionen machen.

Früher entsprach der deutsche Halbleitermarkt dem britischen und dem französischen zusammengenommen. Inzwischen hat Großbritannien stark aufgeholt. Motorola selbst betreibt in Schottland ein eigenes Werk mit 1600 Beschäftigten, das inzwischen 100 Millionen Dollar umsetzt. Die deutsche Niederlassung in München, die hauptsächlich als Handelsfiliale tätig ist, erzielte einen Umsatz von 80 Millionen Dollar.

Am stärksten vertreten ist Motorola in Frankreich. Ihr Werk in Toulouse erzielt mit 1800 Mitarbeitern einen Umsatz von 1,5 Milliarden Franc. Es besteht ein Kooperationsvertrag mit dem verstaatlichten Thomson-Konzern, der demnächst erweitert werden könnte. Insgesamt beschäftigt Motorola in Europa 4000 Personen.

Nachdem ihr Europa-Geschäft bis Mitte dieses Jahres unter der Konjunkturschwäche und der Dollar-Hausse gelitten hatte, verbuchte Motorola im dritten Quartal einen Zuwachs der Verkäufe von 29 Prozent und der Aufträge von 88 Prozent im Jahresvergleich.

IHB-HOLDING / Hoffen auf das Auffang-Konsortium

Wibau-Aktie ausgesetzt

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die Kursnotierung der Aktien der Wibau AG, Gelnhausen, wurde gestern überraschend ausgesetzt. Der Frankfurter Börsenvorstand begründete die Maßnahme mit einer bevorstehenden wichtigen Mitteilung des Unternehmens. In Börsenkreisen wurde nicht ausgeschlossen, daß es sich dabei um die Vergleichsanmeldung handeln könnte. Eine Vorstandssitzung des Baumaschinenunternehmens, an dem sowohl die SMH-Bank als auch der IBH-Konzern beteiligt sind, dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

Bei der IBH-Holding AG, Mainz, die Ende vergangener Woche den Vergleich angemeldet hatte, beschlossen Vorstand und Aufsichtsrat in einer Sitzung am Dienstagabend, zum nächstmöglichen Termin – wahrscheinlich Mitte Dezember – eine Hauptversammlung einzuberufen. Nach der Vergleichsanmeldung waren die ausländischen Großaktionäre – General Motors (USA) und Dallah Est (Saudi-Arabien) mit je 19,6 Prozent sowie die beiden britischen Unternehmen Powell Duffryn (13,2 Prozent) und Babcock International (10,1 Prozent) – teilweise zunächst auf Distanz gegangen.

General Motors hatte umgehend verlauten lassen, daß man zwar seinen Verpflichtungen als Aktionär nachkommen, aber keine darüber hinausgehenden Engagements eingehen werde. Powell Duffryn hat zudem, wie aus England zu hören ist, alle Geschäftsbeziehungen zu den Unternehmen der IBH-Gruppe bis zur endgültigen Klärung der Sachlage eingestellt.

Damit scheint eine Kapitalerhöhung um 100 Mill. DM, die IBH-Gründer und -Vorstandschef Horst-Dieter Esch schon seit geraumer Zeit angekündigt hat, sehr in Frage gestellt. Die beiden britischen Aktionäre hatten ohnehin bislang keine Neigung gezeigt, sich daran zu beteiligen.

Gleichwohl hat Esch seinem Aufsichtsrat ein Grob-Konzept zur Fortführung des Baumaschinen-Konzerns vorgelegt, dem auch grundsätzlich zugestimmt wurde. Das Konzept, das dem Vernehmen nach auch die Abtrennung der Verlustbeteiligungen in Frankreich (minus 100 Mill. Franc in 1982) und Brasilien vorsieht, wurde zur Detailplanung an den Vorstand zurückverwiesen.

Da von den eigenen Aktionären vorerst wenig zu erwarten ist, richten sich Eschs Hoffnungen zunächst einmal auf das Auffang-Konsortium der SMH-Bank (20 Banken), die wegen ihres überhöhten IBH-Engagements selbst in Schwierigkeiten geraten ist.

UNION INVESTMENT / Absatz besserte sich, blieb aber noch weit hinter den Erwartungen zurück

Weiter optimistisch für deutsche Spitzenwerte

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Mit einer bis mindestens Ende nächsten Jahres anhaltenden, von einer Verstetigung der Konjunktur und steigenden Unternehmensgewinnen getragenen positiven Entwicklung an der deutschen Aktienbörse rechnet die Union-Investment-Gesellschaft. Nach dem liquiditätsinduzierten Kursaufschwung, der vor einem Jahr in Gang gekommen sei, befinde sich die Börse jetzt in einer zweiten Haussephase, in der, so riet Geschäftsführer Wolfgang Reuter, Aktien bevorzugt werden sollten, deren Chancen durch fundamentale Daten wie Geschäfts- und Gewinnaussichten sowie Bilanzrelationen weitgehend abgesichert sind.

Auch für Wall Street ist die Union zuversichtlich gestimmt. Reuter würde sich sehr wundern, wenn es nicht einen 20prozentigen Kursanstieg gäbe. Vorsichtig sind die Union-Manager noch in ihrem Urteil über die japanische Börse. Aus dieser Einschätzung resultiert die Union-Empfehlung zum Kauf von Anteilen des Unifonds, der 89 Prozent seines Vermögens in deutschen Aktien angelegt hat, sowie des Uniglobal, der zu fast 67 Prozent in US-Aktien investiert. Mit den beiden Fonds, meint die Union mit einiger Sicherheit voraussagen zu können, seien in den nächsten zwölf Monaten die besten Wertentwicklungsergebnisse zu erzielen.

Auch im Geschäftsjahr 1982/83 waren diese beiden Fonds schon die Spitzenreiter in puncto Wertsteigerung. Doch die Empfehlung des Fondsmanagements, vor allem Unifonds-Anteile zu kaufen, kam beim Publikum nicht so recht an. Viel mehr Sparer, vor allem Ausländer, nutzten statt dessen die Chance, sich beim Wiedererreichen der Einstandskurse von ihren Zertifikaten zu trennen, so daß die Union per saldo sogar noch Geld aus diesen Fonds zurückzahlen mußte, eine Entwicklung, über die auch andere Investmentgesellschaften klagen. Nettozuflüsse hatten jedoch trotz geringerer Wertsteigerungschancen der Rentenfonds Unirenta sowie der für aggressive Anleger konzipierte Unispecial I, so daß die Union erstmals seit Jahren wieder über einen positiven Gesamtabsatz (37 Mill. DM) berichten konnte, nachdem sich der Mittelabfluß im Vorjahr bereits auf 300 Mill. DM halbiert hatte.

Auf die von ihr erwartete günstige Entwicklung der deutschen Börse hat sich die Union bei ihrem Unifonds mit dem Zukauf von Chemie-, Pharma- und Hypothekenbankaktien eingestellt. Gleichzeitig hat sie die als weniger chancenreich eingeschätzten Bestände an Maschinenbau-, Versorgungs- und Bankaktien vermindert. Innerhalb einzelner Branchen wurden zum Teil stocksolide blue chips gegen andere Titel getauscht, die mehr Kurssteigerungspotential versprachen.

An den Rentenmärkten, wo Unirenta zu gut 52 Prozent in deutschen und zu gut 35 Prozent in US-Titeln engagiert ist, erwartet die Union nur eine mäßige Zinssenkung, die in den USA mit einem Renditerückgang von 12 auf 10½ Prozent im nächsten halben Jahr stärker ausfallen könnte als bei uns.

Weiterhin gute Chancen sieht Unionchef Reuter in Aktien von Gold-, Silber- und Platinminen, auf die sich der Unispecial konzentriert. Der Bestand südafrikanischer Platinaktien wurde fast verdoppelt. Am Goldmarkt erwartet Reuter bald einen Dreh, und er glaubt, daß sich der Goldpreis in zwei bis drei Jahren verdoppeln wird.

Die Auflegung neuer Fonds ist bei der Union derzeit nicht geplant. Die „Gründungswelle" habe ihren Scheitelpunkt bereits hinter sich.

	Unifonds 1983 (30. 9.)	Unifonds 1982	Unirente 1983 (30. 9.)	Unirente 1982	Uniglobal 1983 (30. 9.)	Uniglobal 1982	Unirak* 1983	Unirak* 1982	Unispezial* 1983	Unispezial* 1982
Fondsvermögen (Mill. DM)	1622	1445	2497	2406	149	118	50	55	67	68
Netto-Mittelfluß (Mill. DM)	– 112	– 169	102	– 133	– 10	– 7	5	5	15	0
Anteilwert (DM je Anteil)	19,07	15,89	39,02	39,31	92,46	68,50	63,39	51,73	96,71	75,37
Gesamtausschüttung (DM je Anteil)	1,23	1,26	3,40	3,65	6,10	4,70	3,58	3,48	3,14	2,14
Wertveränderung in % einschl. letzte Aussch.	+ 30,3	+ 8,2	+ 9,0	+ 25,0	+ 43,5	+ 3,4	+ 12,5	+ 11,4	+ 19,6	+ 8,5

* Angaben nur für die Zeit vom 1. 4. bis 30. 9.; Ausschüttung am 13. 5.

DEUTSCHE HYPO

Der gestiegene Aufwand belastet

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft), Hannover, geht davon aus, daß 1983 das „gute Vorjahresergebnis" (12 Mill. DM Überschuß) nicht wieder erreicht wird. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, hat sich der Zinsüberschuß in den ersten neun Monaten 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 6 Mill. DM auf 33,7 Mill. DM erhöht. Gestiegene Verwaltungskosten sowie erhöhte Aufwendungen durch Wertberichtigungen von Zinsforderungen und zur Verwertung übernommene Grundstücke würden aber die Erträge belasten. Für 1982 hatte die Bank eine Dividende von 18 Prozent und einen Bonus von 2 Prozent auf 30 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

Die Darlehenszusagen der Deutschen Hypo erreichten im Berichtszeitraum 730 (i. V. 689) Mill. DM. Davon entfielen 318 (277) Mill. DM auf Hypothekendarlehen und unverändert 412 Mill. DM auf Kommunaldarlehen. Die Auszahlungen erhöhten sich auf 670 (631) Mill. DM. Der Darlehensbestand per Ende September nahm um 121 Mill. DM auf 7,32 Mrd. DM zu.

Die günstige Entwicklung des Hypothekengeschäfts, das vor allem Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen betraf, führt der Vorstand auf die „Furcht vor wieder steigenden Zinsen" und die allgemeine Belebung der Bautätigkeit zurück. Im Kommunalgeschäft habe man sich Zurückhaltung auferlegt, weil nur selten vertretbare Margen zu erzielen waren. Zudem erschwerte der leicht steigende Zins das Geschäft.

Die Kapitalbeschaffungskosten für die im Realkreditgeschäft üblichen Laufzeiten lagen Ende September zwischen 8 und 8,5 Prozent. Der Vorstand sieht wenig Chancen dafür, daß der Zins in absehbarer Zeit auf „sein diesjähriges Minimum zurückgehen wird". Insgesamt hat die Deutsche Hypo Schuldverschreibungen in Höhe von 1,33 (0,97) Mrd. DM abgesetzt. Die aufgenommenen Darlehen erhöhten sich auf 159 (71) Mill. DM.

HANOMAG / Stadt Hannover appelliert an Bonn

Noch nichts entschieden

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Einen dringenden Appell, „aktiv an einer Auffanglösung für Hanomag mitzuarbeiten", hat die Stadt Hannover an Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gerichtet. Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg verweist in seinem Schreiben an Lambsdorff auf die ohnehin schwierige Situation des hannoverschen Arbeitsmarktes. Die Stadt und das Land Niedersachsen hätten „unter Inkaufnahme erheblicher wirtschaftlicher Belastungen" ein Umstrukturierungskonzept ausgehandelt, das durch die Vergleichsanträge von IBH und Hanomag aufs äußerste gefährdet sei, wenn nicht unverzüglich eine Auffanglösung gefunden werde. Eine Liquidation der Hanomag infolge des drohenden Zusammenbruchs der IBH-Gruppe sei nicht zu verantworten.

Auch der Niedersächsische Landtag beschäftigte sich gestern mit dem Thema Hanomag. Ministerpräsident Ernst Albrecht erklärte, eine schnelle Entscheidung über kurzfristige „Zwischenhilfen" sei dringend erforderlich, um die Produktion bis zur weiteren Klärung aufrechtzuerhalten. Voraussetzung für ein Engagement des Landes sei, daß Hanomag eine vernünftige Überlebenschance habe. In diesem Zusammenhang müsse „abgetastet" werden, ob es Interessenten für eine Übernahme von Hanomag gebe.

Vergleichsverwalter Egon Kretschmer rechnet für Anfang nächster Woche mit der Vorlage eines Rohkonzepts. Ob die gestrige Aufsichtsratssitzung der Hanomag Vorentscheidungen über die Herauslösung aus der IBH-Gruppe gebracht hat, war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Für den heutigen Donnerstag ist eine Sitzung des Gläubiger-Beirats vorgesehen. Um die „Bonner Schiene" zu aktivieren, sollen am Freitag Gespräche mit Bundestagsabgeordneten geführt werden.

Höhere Dividende bei Dresdner Bank?

nl. **Stuttgart**

Der positive Ergebnistrend habe bei der Dresdner Bank AG auch im dritten Quartal dieses Jahres angehalten. Nach den Angaben von Vorstandssprecher Hans Friderichs vor Journalisten in Stuttgart ist die Bilanzsumme per Ende September gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 5 Prozent angewachsen. Kurz- und mittelfristige Kredite lagen dabei um 6,8 Prozent höher, während langfristige Ausleihungen um 5,3 Prozent zurückgingen. Kundeneinlagen ermäßigten sich um 3 Prozent. Die Sichteinlagen wiesen ein Plus von 6,6 Prozent auf. Bei der Zinsmarge, die im ersten Halbjahr bei 2,9 Prozent lag, bewege man sich jetzt leicht darunter. Trotz eines wiederum beträchtlichen Wertberichtigungsbedarfs werde in diesem Jahr das Ergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen werden, was eine höhere Dividendenzahlung ermögliche.

Zu den Vorgängen um die SMH-Bank meinte Friderichs, daß man „gegen bestimmte Dinge auch nicht mit der Konsolidierung vorgehen kann". Die Dresdner Bank sei bei der IBH nicht engagiert, wohl aber bei Töchtern „in mittlerer einstelliger Millionenhöhe".

Opel: Keine Entlassungspläne

Wb. **Rüsselsheim**

Die Adam Opel AG, Rüsselsheim, plant keineswegs, wie vom Betriebsrat öffentlich verlautbart, die Entlassung von jeweils vier Prozent der Belegschaft in den Jahren bis 1988. Zwar seien entsprechende „Zieldaten" zur Überprüfung an die Unternehmensbereiche weitergegeben worden, bestätigt der Vorstand. Doch dabei gehe es um immer noch kompromißfähige Wunschgrößen, aber auch um das unternehmerische Ziel, mit verbesserter Wettbewerbsfähigkeit zu stärkerem Wachstum zu gelangen. Von 12 000 Entlassungen könne darum unter keinen Umständen die Rede sein.

Barmer Ersatzkasse senkt Beitragssatz

Stw. **Hamburg**

Die Barmer Ersatzkasse (BEK), Wuppertal, senkt zum neuen Jahr den Beitragssatz für die 6,4 Millionen Versicherten von 12,1 auf 11,6 Prozent. Das hat die Vertreterversammlung in Hamburg beschlossen. Außerdem genehmigte sie eine Erhöhung der Zuschüsse zu den Kosten von Kuren. Die BEK erwartet für 1983 einen Einnahmenüberschuß von 524,2 Mill. DM. Hauptursache ist die nur geringe Zunahme der Leistungsausgaben um voraussichtlich 2 Prozent. Dem Haushaltsplan für 1984 mit einem Volumen von 13,4 Mrd. DM liegt eine erwartete Steigerung der Leistungsausgaben um 4,2 Prozent zugrunde.

NAMEN

Dr. **Horst Girke** wird vom 1. Januar 1984 an Vorstandsmitglied und Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telephonwerke und Kabelindustrie AG (DeTeWe), Berlin. Als Nachfolger von **Karl Kirn**, der in den Ruhestand tritt, übernimmt er den Unternehmensbereich Entwicklung und Vertrieb.

Klaus D. Schmidt, bisher Geschäftsführer der Apple Computer GmbH, München, ist per 31. Oktober 1983 ausgeschieden.

Dr. **Wilhelm Neuschäfer,** Vorstandsmitglied der Centralgenossenschaft für Viehverwertung eG, Hannover, wird am 11. November 60 Jahre.

INTERKAMA / Automatisierung im Vordergrund

Wachstum mit neuer Technik

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Das lange Zeit stürmische Wachstum der Meß- und Automatisierungstechnik habe sich zwar in den letzten Jahren der weltweiten Investitionsschwäche deutlich verlangsamt. Doch biete der heute bei gut 120 Mrd. DM pro Jahr angelangte Weltmarkt des Messens, Steuerns und Regelns noch reichlich positive Aspekte. Hans Habermann als Präsident der „Interkama '83" kann es zum Auftakt dieser größten internationalen Fachmesse ihrer Art (9. bis 15. November in Düsseldorf) mit vielerlei belegen.

Zunächst schon mit dem Resultat, daß gegenüber der letzten Interkama (1980) die Ausstellerzahl um 17 Prozent auf 1246 mit 230 (213) Ausländern gestiegen ist. Denn der Zuwachs kam von jungen Firmen, die sich mittlerweile in Gebieten wie Sensortechnik, Mikrobereichsanalyse, Werkstoffprüfung und Wägetechnik etabliert haben.

Wachsende Einsatzgebiete der Meß- und Automatisierungstechnik sieht Habermann im sparsameren Verbrauch von Energie und Rohstoffen in allen Produktionsprozessen, dazu in der Umstrukturierung der Energiequellen. Ferner im Ausbau rationellerer Verfahren zur Abfallrückgewinnung im Rohstoffkreislauf und aus steigenden Umweltschutz-Anforderungen. Schließlich und vor allem im generellen Zwang zu größeren Investitionen zwecks Steigerung von Produktivität und Effektivität.

Wird dabei der bislang nur für Einfaches wie Schweißen und Lackieren taugliche Industrieroboter mit Fortentwicklung der Sensortechnik zum echten Jobkiller für industrielle Arbeitsplätze? Nicht nur Habermann hält auf der „Interkama '83" dieser Sorge die Erfahrung entgegen, daß es allemal einfacher ist, „Beschäftigung zu erzeugen, wenn der technische Fortschritt rapide wächst".

Prof. Gerhard Fels (Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln) sekundierte mit der Feststellung, daß Rationalisierungsfortschritt, soweit nicht durch überhöhten Lohnkostendruck forciert, per saldo Arbeitsplätze nur verlagert und nicht vernichtet. So könne auch bei nur 3 Prozent realem Wirtschaftswachstums pro Jahr die deutsche Arbeitslosigkeit allmählich abgebaut werden.

Braune Hanne ist sehr zufrieden

dos. **Hannover**

Überaus günstig verläuft das Geschäft der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank AG, Hannover. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, sind in den ersten neun Monaten 1983 die Darlehenszusagen auf 1,24 (1,02) Mrd. DM gestiegen. Davon entfallen auf Finanzierungen für den Wohnungsbau 440 (301) Mill. DM, für den gewerblichen Bereich 102 (68) Mill. DM und auf Kommunaldarlehen 698 (648) Mill. DM. Die Auszahlungen nahmen gleichzeitig auf 1,12 (1,02) Mrd. DM zu.

Der Bestand an langfristigen Ausleihungen nahm um 512 Mill. DM zu: Ausleihungen von 973 Mill. DM standen Tilgungen von 444 Mill. DM gegenüber. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 400 Mill. DM auf 8,354 Mrd. DM. Mit 46,1 Mill. DM lag der Zinsüberschuß im Berichtszeitraum deutlich über dem Vorjahresniveau (32,3 Mill. DM). Weil auch das Einmalergebnis sich positiv entwickelte, rechnet der Vorstand für 1983 mit einem insgesamten guten Abschluß.

MARSALA / Der größte Teil des Exports wird von den USA abgenommen

Ein Brite machte ihn zum Likörwein

HARALD POSNY, **Marsala**

Siziliens berühmtester Wein, der Marsala aus der westlichsten Ecke der Insel, ist Legende. Der aus der Cartaratto- und Grillotraube gewonnene Wein aus einer der von der Sonne am meisten verwöhnten Hügellandschaften der Provinzen Palermo und Trappani, hat Geschichte gemacht, nicht als recht guter Tafelwein, am wenigsten als Most oder als Verschnittwein im Norden Italiens. Es ist der warenkundlich eher zu den Likörweinen gehörende Marsala, der in verschiedenen Grundtypen jedoch nur einen ganz geringen Teil der rund 200 000 hl Produktionsmenge aufnimmt.

Das Geburtsjahr des Marsala läßt sich auf das Jahr 1773 datieren, und es war kein Sizilianer, sondern der britische Weinhändler John Woodhouse, der ihn – mehr aus Zufall – „entdeckte". Dem Engländer schmeckten die Weine aus der Gegend um Marsala so gut, daß er davon einige Fässer mit nach Hause nehmen wollte. Um sie aber auf dem langen Seeweg haltbar und bei Geschmack zu halten, fügte er jedem der Fässer zwei Gallonen Alkohol hinzu, das entsprach einem Alkoholanteil von 2 Litern je Hektoliter Wein. Die wundersame Verwandlung in einen Dessertwein hatte auf der Britischen Insel einen großen Erfolg. Woodhouse wurde einer der reichsten Marsalahändler, der sich selbst in die Produktion der Grundweine einschaltete.

Später folgten auch andere Briten, Benjamin Ingham, John Whitaker und James Hops. Erst 1832, also vor 150 Jahren, machte sich der Sizilianer Vincenzo Florio als heimischer Wettbewerber ans Werk. Seit den 20er Jahren im Besitz der Cinzano-Gruppe, ist Florio heute der bedeutendste Hersteller, der etwa 70 Prozent des Exports bestreitet.

Marsala ist seit 1969 mit dem Gütesiegel eines D. C. C.-Weins, einer kontrollierten Herkunftsbezeichnung ähnlich dem deutschen „Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete" (Q. b. A.) gekrönt. Der Bodenertrag darf 100 Doppelzentner pro Hektar nicht überschreiten. Das gilt für den Basiswein ebenso wie für den eingekochten oder eingedickten Most und Mistealla, ein Mostprodukt mit einem natürlichen Alkoholgehalt von mindestens 12 Grad, dem zur Unterbrechung der Gärung Weinbrand oder Alkohol zugegeben wird.

Die „Königin" unter den Marsala-Weinen ist der trockene, hochwertige Marsala Vergine mit einem Mindestalkoholgehalt von 18 Grad. Er ersteht aus der ersten Traubenpressung ohne jede weitere Zutat. Er muß mindestens 5 Jahre in Eichenfässern lagern. Er hat den größten Teil seiner Liebhaber in den USA, die mit jährlich 4300 hl (von 12 400 hl Gesamtexport) die bedeutendsten Abnehmer sind vor Frankreich (2200) und der Bundesrepublik (2150 hl), die jedoch aber die süßen Sorten Superiore (Mindestlagerzeit 2 Jahre, mindestens 10 Prozent Zuckergehalt), den Marsala Fine (vier Monate Lagerung) und die vielen aromatisierten Varianten (Mandel, Kaffee, Orangengeschmack) bevorzugen. Angesichts des geringen Interesses an süßen Weinen verwundert der geringe Absatz des trockenen Marsala bei gleichzeitig hohem Anteil anderer Likörweinsorten. In der Bundesrepublik hat er als süßes Billigerzeugnis wohl längst Einzug in die (italienische) Küche, nicht aber als Aperitif oder Dessertwein in die Hausbar gehalten.

Lebensversicherung

Py. – Kein Grund zur Klage für die deutschen Lebensversicherer. Der durchaus doppeldeutig gemeinte Satz betrifft in erster Linie die Geschäftsentwicklung der rund 100 Unternehmen. Nach zweijähriger Flaute, die bei manchen Vorständen bereits am Selbstbewußtsein zu nagen begann, ist die Branche wieder voll im Aufwind. Für 1983 wird ein Prämienaufkommen von 37 (33,7) Milliarden Mark erwartet, fünf Millionen neue Verträge über eine Summe von 140 Milliarden Mark dürften abgeschlossen werden, der Gesamtbestand etwa 67,5 Millionen Verträge über eine Summe von annähernd 1000 Milliarden Mark erreichen.

Dabei mag das Wachstum angesichts von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit vielleicht überraschen. Dennoch ist es leicht zu erklären: Geschärftes Vorsorgebewußtsein und hoher Vorsorgebedarf, aber auch die guten Erfahrungen mit den Ablaufleistungen aus fällig gewordenen Verträgen haben allen Unkenrufen zum Trotz zu einer Wiederanlage eines Teils des Geldes in neuen langfristigen Verträgen geführt.

Die 1984 einsetzende zeitnähere Überschußbeteiligung (Direktgutschrift) sowie die schon zugesagte zusätzliche Ausschüttung von Überschußanteilen, beide eine deutliche Verbesserung der Versicherungsleistung, dürften ihre Wirkung auf den neuen Kunden ebenfalls nicht verfehlt haben.

Angesichts dieser positiven Entwicklung ist es eine durchaus kluge Entscheidung gewesen, daß die Lebensversicherer ihren Rechtsstreit mit dem „Bund der Versicherten" nicht weiter verfolgen. Dessen abstruse Behauptungen haben sich nicht als geschäftsschädigend erwiesen. Gegen objektiv falsche Thesen vorzugehen, hätte nach dem unglücklichen Hamburger Urteilsspruch nur bedeuten können, am Recht auf freie Meinungsäußerung vor den höchsten Gerichten zu kratzen. Nach dem Motto „Wahrheit ist nicht einklagbar" wird die Branche mit Schmähkritik leben. Der Hund bellt, aber die Karawane zieht weiter. Also auch hier kein Grund zur Klage.

LEBENSVERSICHERUNG / Risikoschutz und Kapitalanlage aus einer Hand

Günstige Rendite ohne Spekulation

ROBERT SCHWEBLER, **Karlsruhe**

Die Angebote der Lebensversicherungsunternehmen in der Bundesrepublik sind vielseitig, aber im wesentlichen dient die Lebensversicherung von jeher der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge. Sie verbindet also Risikoschutz mit langfristiger Vermögensbildung, was ganz offensichtlich dem Bedarf breiter Bevölkerungsschichten am besten gerecht wird. Die Geschäftszahlen der Branche lassen daran keinen Zweifel. Seit über drei Jahrzehnten spielt diese Form der Lebensversicherung mit Abstand die größte Rolle in der deutschen Versicherungswirtschaft.

Hohe Gewinnbeteiligung

Betrachtet man diese sogenannte „gemischte Kapitalversicherung" unter dem Gesichtspunkt der Rendite, womit man ihr allerdings nur zum Teil gerecht wird, so braucht sie den Vergleich mit anderen langfristigen Sparformen nicht zu scheuen.

Die Rendite ist das Verhältnis von Einzahlung zu Auszahlung. Angenommen, eine gemischte Kapitalversicherung wird im Alter von 30 Jahren abgeschlossen, der Vertrag soll 25 Jahre laufen, und die Versicherungssumme beträgt 100 000 Mark, dann wird die voraussichtliche Gewinnbeteiligung nach Ablauf der Vertragszeit ebenfalls etwa 100 000 Mark betragen, wie Beispielrechnungen der verschiedenen Unternehmen zu entnehmen ist. Rechnet man mit einem Jahresbeitrag von etwa 3400 Mark, dann ergibt sich daraus rechnerisch eine Rendite von sechs Prozent.

Diese sechs Prozent Rendite im Jahr sind auf den gesamten Beitrag berechnet. Mit den Beiträgen aber wird nicht nur Vermögen gebildet. Die Versicherungsunternehmen gewähren dafür auch noch vollen Schutz vor dem Todesfallrisiko in Höhe der vereinbarten Versicherungssumme während der gesamten Laufzeit des Versicherungsvertrages.

Die Rendite einer gemischten Lebensversicherung unter Berücksichtigung des Todesfallschutzes war in jüngster Zeit Gegenstand einer an der Universität Köln durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchung. Verglichen wurden dabei über den heute üblichen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren hinweg die Rendite einer Lebensversicherung mit den Renditen eines Portefeuilles festverzinslicher Wertpapiere (6,8 Prozent), eines Sparbuchs mit einjähriger Kündigungsfrist (5,2 Prozent), eines Aktienportefeuilles (5,1 Prozent) und eines Aktieninvestmentfonds (5,0 Prozent). Darin wies die Lebensversicherung ohne Berücksichtigung der Steuerersparnis mit 6,3 Prozent die zweitbeste Rendite auf, wobei die Todesfalleistung mit der *Wahrscheinlichkeit ihres Eintritts* mitberücksichtigt wurde.

Sichere Anlage

Noch besser schneidet die Lebensversicherung in diesem Vergleich ab, wenn steuerliche Vergünstigungen miteinbezogen werden. Bei hälftigem Ansatz der Sonderausgabenvergünstigung für Versicherungsbeiträge und mit Blick auf die Steuerfreiheit der Versicherungsleistung wächst die Rendite einer Lebensversicherung bei einer steuerlichen Belastung innerhalb der Proportionalzone (= 22 Prozent) auf 8,9 Prozent an.

Im übrigen verweist die Untersuchung bei einem Vergleich der gemischten Lebensversicherung mit anderen Sparformen auf folgende besonderen Vorteile eines Lebensversicherungsvertrages:

1. flexible Anpassungsfähigkeit an den jeweiligen Versorgungsbedarf,
2. Erhaltung des Kapitals bei einer stabilen, laufenden Verzinsung,
2. sichere Liquidierbarkeit ohne jedes Kursrisiko und
3. leichte und kostengünstige Verwaltung durch die Versicherungsgesellschaften.

Die gemischte Lebensversicherung ist für den Kunden leicht zu handhaben. Er muß kein Spekulant sein, um eine günstige Rendite zu erzielen. Erfahrene Geldanlagefachleute in den Lebensversicherungsunternehmen und die Versicherungsaufsicht bieten die Gewähr für eine erfolgreiche und sichere Anlage der Versicherungsbeiträge.

Prof. Dr. Robert Schwebler ist Vorsitzender des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen.

NACHRICHTEN

Mit Milliarden vorgesorgt

Bestandszahlen der deutschen Lebensversicherungs-Unternehmen am Jahresende

Versicherungssumme in Milliarden DM: 1962: 87; 1972: 326; 1982: 920 Mrd DM

Zahl der Verträge in Millionen: 1962: 43,8; 1972: 57,1; 1982: 67,0

Die deutschen Lebensversicherer haben einen eindrucksvollen Rekord im Visier: Am Jahresende können sie eine Versicherungssumme von insgesamt einer Billion Mark oder 1000 Milliarden Mark erreicht haben. Vor einem Jahr noch lag sie bei 920 Milliarden elfmal so hoch wie 1962. Diese Expansion hat zwei Gründe: einmal wuchs der Vertragsbestand in 20 Jahren um die Hälfte auf 67 Millionen, zum anderen werden von Jahr zu Jahr höhere Summen abgeschlossen oder sie erhöhen sich automatisch im Wege der Dynamisierung von Beiträgen und Vertragssummen.

Grafik: Globus

Jumbo-Abschuß

Düsseldorf (DW) – Der Abschuß der südkoreanischen Boeing 747 durch sowjetische Abfangjäger am 31. August 1983 ist für die international tätigen Rück- und Luftfahrtversicherer noch nicht ausgestanden. Für die Kaskoschäden erhielt die Fluggesellschaft *35 Millionen Dollar ausgezahlt.* Mit welcher Entschädigung die Angehörigen der 269 Todesopfer rechnen können, steht noch nicht fest. Dies hängt weitgehend vom Verschuldensgrad des Piloten ab. Bei gewöhnlichem Verschulden kommt eine Höchstentschädigung von 75 000 US-Dollar pro Person, insgesamt also im Jumbo-Fall 20 Millionen Dollar in Betracht.

Schadenfreiheits-Rabatt

Düsseldorf (Py.) – In diesem Jahr hat erneut die Zahl der Autofahrer zugenommen, die in der Autohaftpflichtversicherung für ihren Pkw den höchsten Schadenfreiheitsrabatt erreicht haben. Knapp zehn Millionen oder 47 (1981: 45,7) Prozent der Autofahrer haben nach mehr schadenfreien Jahren die höchste Rabattklasse (40 Prozent der Tarif-Beiträge) erreicht. Mehr als fünf Millionen Autofahrer sind schon 13 und mehr Jahre schadenfrei; in der Vollkaskoversicherung ist ihr Anteil am Höchstrabatt noch größer (56,5 Prozent).

Gefährliche Stunden

Düsseldorf (KHS) – Unter den Wochentagen sind in Frankreich Freitage, Donnerstage und Montage für Einbrüche die gefährlichsten. Untersuchungen haben ergeben, daß mit geringen Unterschieden auf diese Tage 45 Prozent aller Einbrüche entfallen. Die dazu am meisten genutzten Stunden des Tages sind zwischen 14 und 16 Uhr (31 Prozent) und zwischen 12 und 14 Uhr (11 Prozent). Die „ruhigsten" Stunden sind von 6 bis 8 Uhr morgens (1,1 Prozent).

Wertvolle Violine

Düsseldorf (DW) Die Versicherungssumme von 45 000 DM für eine etwa 250 Jahre alte Violine wurde für einen Musiker fällig, der eine Musikinstrumentenversicherung abgeschlossen hatte. Er war auf der Treppe seines Hauses gestürzt. Dabei „explodierte" das Instrument durch den Aufschlag geradezu. Die Musikinstrumentenversicherung kommt u. a. auch bei Schäden durch Raub, Liegenlassen und Vertauschen auf.

Redaktion: Harald Posny, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452

DIREKTVERTRIEB / Kunden verzichten auf Vertreter

Ohne Außendienst ist die Prämie niedriger

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Zweistellige Zuwachsraten beim Neugeschäft sind für die Hannoversche Lebensversicherung AG nichts Ungewöhnliches. Selbst 1982, als die Branche gegenüber 1981 insgesamt deutlich geringere Neuabschlüsse melden mußte, erzielte der Außenseiter unter den deutschen Lebensversicherern überdurchschnittliche Ergebnisse.

Das eingelöste Neugeschäft nahm in der Stückzahl um 9,2 Prozent, in der versicherten Summe um 8,7 Prozent zu. Erstmals wurde im Neugeschäft die Grenze von einer Milliarde Mark Versicherungssumme überschritten, der Versicherungsbestand erhöhte sich um 12,1 Prozent auf 7,5 Milliarden Mark; davon zwei Drittel gemeinhin als erläuterungsbedürftig geltender Kapitallebensversicherungen.

Für das Jahr 1983 signalisieren die bisherigen Ergebnisse wieder kräftige Zuwachsraten: Ende Oktober ein Plus von 2,6 in der Stückzahl und 21 Prozent der Summe nach.

Das „Erfolgsgeheimnis" der Hannoverschen Leben liegt eindeutig im Vertriebssystem begründet. Die einstmals unter „Preußischer Beamten-Verein" firmierende Gesellschaft gilt als der Erfinder des Direktvertriebs. Das heißt, daß auf den üblichen Außendienst verzichtet wird. Der Vorteil liegt auf der Hand: Die dadurch möglichen Einsparungen im personellen Bereich vermindern die Abschlußkosten drastisch.

Während im Normalfall die Abschlußkosten 3,5 Prozent des Neuzugangs aus eingelösten Versicherungsscheinen und Anpassungsversicherungen ausmachen, ergab sich bei der Hannoverschen Leben im Jahresdurchschnitt 1982 ein Satz von 1,31 Prozent. Auch die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (3,11 Prozent) bewegen sich auf niedrigem Niveau.

Das werbliche Argument der Hannoverschen Leben – die niedrigeren Abschluß- und Verwaltungskosten kommen den Kunden zugute – machen sich zum Leidwesen der Gesellschaft mittlerweile auch konkurrierende Unternehmen zunutze. Mit der HUK Coburg, der Cosmos Lebensversicherungs-AG, Saarbrücken, eine Tochter der Aachen und Münchener Versicherung und der zur Continentale Gruppe gehörende Europa Leben haben sich drei weitere Gesellschaften dem Direktvertrieb verschrieben.

Nach den günstigeren Prämien, die der Verkauf von Lebensversicherungen per Post ermöglicht, honoriert die von den Direktversicherern angesprochene Klientel offenbar weitere Vorzüge. Hierzu gehört vor allem die Tatsache, daß der potentielle Kunde unbeeinflußt von einem direkten Gegenüber seine Entscheidung nach reiflicher Überlegung treffen kann. Der Überredungs- oder Überrumpelungseffekt entfällt. Folgerichtig stehen die Versicherungsnehmer, die ihre Police einmal unterschrieben haben, zu ihrer Entscheidung. Diese Erkenntnis schlägt sich in den vorzeitigen Abgängen nieder: Die Hannoversche Leben weist für 1982 lediglich eine Stornoquote von knapp 1,5 Prozent des gesamten Versicherungsgeschäfts aus, eine Zahl, die deutlich unter dem Branchendurchschnitt von derzeit mehr als fünf Prozent liegt.

Erhebliche Bedeutung kommt neben der Werbung per Post der Mundpropaganda zu. Die Hannoversche Leben schätzt, daß gut die Hälfte aller Neuabschlüsse auf die Weiterempfehlung bereits Versicherter zurückzuführen ist. Neue Kunden werden zudem über den Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI) als Kooperationspartner gewonnen.

Das Problem des Direktgeschäfts ist die zahlenmäßige Begrenzung des potentiellen Kundenkreises. Nach übereinstimmender Meinung kann auf diese Weise nur etwa jeder vierte Bundesbürger mit Aussicht auf Erfolg angesprochen werden. Der weitaus größere Teil der Bevölkerung fühlt sich nach wie vor den komplizierten Vertragstexten nicht gewachsen und wünscht die persönliche Beratung eines Vertreters.

Darauf allerdings muß auch der Interessent eines Direktversicherers nicht unbedingt verzichten. Er findet durchaus einen Ansprechpartner. Ebenso wie die Mitbewerber verweist die Hannoversche Leben im Rahmen ihrer Werbeaktionen bewußt auf diese Möglichkeit, um die zumeist kritischen Verbraucher bis zum Vertragsabschluß zu begleiten.

WEHRPFLICHTIGE

Der Bund zahlt Prämien weiter

Py. **Düsseldorf**

Wehrpflichtige haben Anspruch auf Zahlung von Lebensversicherungsprämien bis zu 360 Mark monatlich, wenn sie eine entsprechend hohe Lebensversicherung besitzen. Sie muß jedoch noch mindestens drei Jahre nach Ende des Grundwehrdienstes weitergeführt werden. Für diese Zeit läßt sich der Bund den Rückkaufswert der Versicherung abtreten. Nach Mitteilung der Hanse-Merkur-Versicherung ist bei einrückenden Arbeitnehmern notwendig, daß der Vertrag schon ein Jahr läuft, weil die Durchschnittsprämie des Jahres vor dem Wehrdienst gezahlt wird.

Fluggast-Risiko

DW. **Düsseldorf**

Auch die deutschen Versicherer erwägen, die in der Allgemeinen Unfallversicherung für Fluggastrisiken bestehenden Höchstversicherungssummen zum 1. 1. 1984 aufzuheben. Bisher war die Versicherungssumme für den Todesfall je versicherte Person auf 500 000 Mark begrenzt.

BEITRAGSVERZUG

Kündigung ist immer teurer

Py. **Düsseldorf**

Wer vorübergehend oder für längere *Zeit seine Beiträge zur Kapital-*Lebensversicherung nicht zahlen kann, sollte auf keinen Fall seinen Vertrag kündigen. Vor allem bei noch kurzer Laufzeit sind die Rückkaufwerte gering, weil verbrauchte Beitrags-Risikoteile aufgebraucht und die Kosten der Versicherung abgezogen werden.

Die Versicherungsunternehmen haben jedoch eine ganze Palette von Möglichkeiten bereit, momentane Zahlungsschwierigkeiten zu überbrücken. So können die Beiträge gestundet, die Vertragsdauer verlängert oder die Versicherungssumme herabgesetzt werden. Für maximal ein Jahr kann auch der Vertrag ruhen, er kann auch von der Zahlung der Beiträge freigestellt werden. Für maximal zwei Jahre kann die Versicherung auf eine Risikolebensversicherung umgestellt oder zur Zahlung der Beiträge ein Policendarlehen aufgenommen werden. In vielen Fällen bleibt der Versicherungsschutz erhalten, *die Höhe der Versicherungssumme* wird jedoch sinken.

Alte Verträge jetzt verlängern

Die Hausratversicherung wird vom 1. Januar 1984 an nur noch einen verminderten Versicherungsschutz geben. Fahrraddiebstähle werden nur noch gegen Aufschläge versichert, Glasschäden und Diebstahl aus Autos ausgegliedert. Bestehende langfristige Versicherungsverträge werden jedoch zu den alten (besseren und preiswerteren) Bedingungen weitergeführt. Da für Verträge, die sich jährlich verlängern, von 1984 an die neuen Bedingungen gelten, ist es ratsam, den alten Vertrag rechtzeitig zu verlängern.

Für die zerbrochene Scheibe gibt es von der Hausratversicherung vollen Ersatz. Die Regeln der Unterversicherung – weniger Geld, wenn der Hausrat nicht voll versichert war – werden dabei nicht angewendet. Allerdings muß der Versicherte dem Unternehmen die Möglichkeit geben, bei dem „Naturalersatz" die versicherte Glassorte und den Glaser mitzubestimmen. Wird der Glaser voreilig bestellt und besteht der Versicherte auf Geldentschädigung, darf die *Versicherung Geld abziehen.*

AUTOKASKO

Beim Kauf auf Typklasse achten

Py. **Düsseldorf**

Beim Autokauf auch auf die Typenklassen des Traumwagens in der Teil- und Vollkaskoversicherung zu achten ist empfehlenswert im Hinblick auf die Versicherungskosten. Die Versicherer erfassen Schadenhäufigkeit und Schadenshöhen genau nach Marken und Modellen getrennt und lassen sie in die Beitragskalkulation einfließen. Neben der Reparaturfreundlichkeit und der „Beliebtheit" bei Dieben spielt auch die Risikofreudigkeit bestimmter Marken-Anhänger eine Rolle. Der VW-Käfer (40 PS) kostet 44,10 DM Teilkaskoversicherung, als Cabrio aber 213,20 DM pro Jahr. Der Lancia Beta Spider (100 PS) kostet 346,50 DM, der Beta 1600 „nur" 178,50.

Besondere Fahrzeugausstattungen sind nicht mitversichert, wenn der Neuwert 500 (bei Phonoanlagen 1000) DM übersteigt. Dann muß etwa ein halbes Prozent vom Wert der Extras (u. a. Funkanlagen mit Antenne, Autotelefon) als Zuschlag zur Teilkaskoprämie – das sind für einen Mittel*klassewagen 50 bis 70 DM pro Jahr* – zusätzlich bezahlt werden.

VERMÖGENSBILDUNG / Wachsender Anteil am Kuchen der privaten Geldanlagen

Rentenmisere zwingt zu mehr Privatvorsorge

VOLKER WEISS, **Oberursel**

Viele Institutionen wetteifern zur Zeit um die Spargelder der privaten Haushalte: Banken, Bausparkassen, Immobilienfonds, Versicherungen. Im 1. Halbjahr 1983 hatten die Versicherungen mit rund 20 Milliarden Mark die Nase bei den Geldanlageformen vorn. Allein ein Drittel des in der 1. Hälfte 1983 neu gebildeten privaten Geldvermögens floß ihnen zu. Im entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es nur rund 26 Prozent gewesen. Daß der Marktanteil der Versicherungen wächst, kommt nicht von ungefähr. Anders als bei den anderen Sparformen, verbindet die Lebensversicherung Sicherheit mit Rendite. Das zeichnet sie vor allen anderen Geldanlagen aus.

Sicherheit wird tatsächlich großgeschrieben bei den Privathaushalten. Sie legten in der 1. Jahreshälfte zwar weniger als im Vorjahreszeitraum, aber noch immer jede achte Mark ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante. Dominiert haben dabei die sicheren Geldanlageformen wie das Sparbuch und die Lebensversicherung. Während kursrisikobehaftete Formen wie die festverzinslichen Wertpapiere weniger hoch in der Gunst des privaten Publikums standen.

Vermögensbildung ist wieder in. Das zeigt nicht nur das bisherige Sparergebnis, sondern auch die Diskussion um die Aufstockung des 624-DM-Gesetzes auf einen Anlagebetrag von zukünftig 936 Mark. Auch die jüngste Entwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung deutet darauf hin, daß privat verstärkt Vorsorge getroffen werden muß. So sind durch die jüngste Abwertung der Schul- und Studienzeiten sowie durch die Berechnungsänderung in der allgemeinen Bemessungsgrundlage erhebliche Lücken entstanden. Mehr als 500 Mark monatliche Rente kann die Einbuße betragen. Das entspricht einem kapitalisierten Vermögen für die Betroffenen von rund 80 000 Mark; denn dieser Betrag müßte beim durchschnittlichen Kapitalzins von 7,5 Prozent – wie er langfristig in der Bundesrepublik zu erzielen war – angelegt werden, damit im Alter monatlich die jetzt fehlenden 500 Mark zusätzliche Rente fließen könnten.

Für einen heute 40jährigen mit entsprechender Schul- und Studienzeit heißt das, er muß bis zum Rentenalter mit 65 ein schönes Vermögen zusätzlich ansparen, will er den Eingriff in das Altersversorgungssystem privat ausgleichen. Um auf ein Kapitalvermögen von 80 000 Mark zu kommen, sind Jahr für Jahr bei der unterstellten Verzinsung von 7,5 Prozent vor Steuern (und einer angenommenen persönlichen Spitzensteuerbelastung des 40jährigen von 40 Prozent) am Kapitalmarkt rund 1718 Mark aufzuwenden. Die durch den staatlichen Eingriff in die Rentenversicherung eingetretene Vermögenseinbuße kostet den Privathaushalt fast das Doppelte des Betrages, der heute in der Vermögensbildungsdiskussion aktuell ist.

Einfacher und zudem billiger ist es, nicht selbst sein Glück am Kapitalmarkt zu versuchen, sondern eine Rentenversicherung abzuschließen. Sie kostet unter Berücksichtigung der Überschußbeteiligung nur um 1500 Mark für eine vergleichbare Altersrente von 500 Mark pro Monat.

Wichtig ist auch zu wissen, daß der Versicherte auf Antrag die nach Rentenbeginn anfallenden Überschußteile für einen Rentenzuwachs verwenden kann. Dies führt zu einer Rentensteigerung im ersten Jahr nach Rentenbeginn von 6000 Mark auf 6216 Mark, im zweiten Jahr auf 6439,80 Mark usw. Will der Anleger aus der Kapitalmarktanlage ebenfalls steigende Rentenleistungen erzielen, muß er sein angelegtes Geld nach und nach mit aufzehren. Es ist dann ein reines Rechenexempel, wie alt er wird, um keine böse Überraschung zu erleben, daß das Kapital von 80 000 Mark plötzlich aufgebraucht ist.

DIREKTGUTSCHRIFT / Viele Gesellschaften sind dem Aufruf des Verbandes gefolgt

Schnellere Beteiligung an Überschüssen

KHS, Düsseldorf

Die Aussichten der Versicherten, schneller und besser an den Überschüssen der Lebensversicherer beteiligt zu werden, konkretisieren sich. Im Frühjahr hatte der Verband der Lebensversicherungsunternehmen seinen Mitgliedern nachdrücklich empfohlen, die Überschußbeteiligung der Versicherten zu erhöhen. Den Versicherern wurde die Einführung der sogenannten Direktgutschrift ab Anfang 1984 nahegelegt. Viele von ihnen sind inzwischen diesem Aufruf gefolgt.

Es wäre wohl nicht ganz richtig, würde man behaupten, ausnahmslos interne Überlegungen in der Branche hätten das verbraucherfreundliche Werk auf den Weg gebracht. Die Überschüsse der Lebensversicherungen waren oft Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Der überwiegende Teil entsteht dadurch, daß die Versicherer bei der Kalkulation der Prämien den sogenannten Rechnungszinsfuß mit drei Prozent – im Vergleich zur Rendite der Vermögensanlagen (sieben Prozent und mehr) – sehr niedrig ansetzen.

Die Gesellschaften begründen ihre vorsichtigen Kalkulationen mit dem Hinweis auf die Langfristigkeit der Verträge, deren dauernde Erfüllbarkeit gewährleistet sein muß. Sie verweisen auf das Beispiel der 1980 notwendig gewordenen Senkung des Rechnungszinses von 3,25 auf drei Prozent bei den schweizerischen Versicherern. Dies zeige, daß auch in einer prosperierenden Volkswirtschaft nicht ständig mit hohen Kapitalmarktzinsen zu rechnen sei.

Es bleibt anzumerken, daß die Differenz zwischen Rechnungszinsfuß und Rendite der Vermögensanlagen den Versicherten über die Überschußbeteiligung gutgeschrieben wird. Nur legen die Versicherer auch bei der Kalkulation der Überschüsse, aus denen die Versicherten ihre Anteile erhalten, einen Zinssatz zugrunde, der unter der bisher erzielten Vermögensrendite liegt. So werden Überschüsse erzielt, die höher sind als der sogenannte Überschußbeteiligungsbedarf.

Die Überschüsse der Lebensversicherungen sind in den letzten Jahren – aufgrund des hohen Zinsniveaus am Kapitalmarkt – kräftig gestiegen. Und die relativ hohen Renditen der Vermögensanlagen dürften sich auch bei rückläufigen Kapitalmarktzinsen nur langsam zurückbilden. Es ist daher zu erwarten, daß die Überschüsse auch in den kommenden Jahren relativ hoch sein werden.

Hiernach wird es also künftig eine Mindestverzinsung der Versicherten-Guthaben von fünf Prozent geben, solange die Höhe der Kapitalmarktzinsen das zuläßt. Die höhere Mindestverzinsung wird dadurch erreicht, daß die Lebensversicherer sich verpflichten, den Versicherungsnehmern einen Teil der Überschüsse, nämlich zwei Prozent des jeweiligen Versicherten-Guthabens, direkt im Jahr der Entstehung gutzuschreiben. Diese Verpflichtung kann nur mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde geändert werden. Zusammen mit dem Rechnungszins (drei Prozent) ergibt sich die Mindestverzinsung von fünf Prozent. Die darüber hinaus erzielten Überschüsse werden nach dem bisher praktizierten Verfahren verteilt.

Die Direktgutschrift unterscheidet sich von der bisherigen Praxis der Überschußbeteiligung dadurch, daß nunmehr ein Teil der erzielten Überschüsse bereits im laufenden Geschäftsjahr, also ohne zeitliche Verzögerung, den Versicherungsnehmern gutgeschrieben wird.

Bisher haben die Lebensversicherungsunternehmen zunächst den Gesamtüberschuß nach Ablauf des Geschäftsjahres ermittelt und erst dann den Überschuß auf die einzelnen Verträge verteilt.

Wie sich die vorgesehene Gewinnbeteiligung der Versicherten in der Praxis auswirkt, ergibt sich aus folgenden Berechnungen des Gerling-Konzerns: Bei einer Versicherungssumme von 100 000 Mark wird aufgrund der erhöhten Überschußanteile bereits nach drei Jahren eine Gesamtleistung im Todesfall von 30 000 Mark und nach 30 Jahren eine Gesamtleistung im Erlebensfall von 236 000 Mark gegenüber bisher 205 000 DM erreicht. Bezogen auf die Zusatzleistung aus der Überschußbeteiligung entspricht das einer Steigerung von 20 Prozent. Es kann, so das Unternehmen, davon ausgegangen werden, daß dieses heute erreichte Niveau der Gewinnbeteiligung erhalten bleibt, sofern der Kapitalmarktzins, der zur Zeit über 7,5 Prozent liegt, nicht für einen längeren Zeitraum wesentlich zurückgeht.

NEU TARIFE

Kombinierte Vorsorge

Die Nordstern-Versicherung Köln, haben unter dem Namen „Ir ein neues Vorsorge-Produkt für mit beitende Inhaber von Kapitalgese schaften entwickelt, da dieser Pers nenkreis keine oder nur geringe A sprüche auf Sozialversicherungsrent erwirbt. Es handelt sich um eine indi viduelle, risikolose, insolvenzgesicherte und steuerbegünstigte Vorsorgemöglichkeit, die die Lücke zwischen der möglicherweise erworbenen Rente und einem angestrebten Versorgungssatz von 75 Prozent der letzten Bruttobezüge mit einer Kombination von Direktversicherung und Pensionszusage schließt.

Gestaffelte Auszahlung

Die Iduna Lebensversicherung a. G., Hamburg, bietet eine neue Vermögensbildungsversicherung an, die bereits nach Ablauf der 12 steuerlich geforderten Jahre eine einmalige, in ihrer Höhe nach der Gesamtversicherungsdauer gestaffelte Teilauszahlung vorsieht. Eine andere Variante mit festem Auszahlungstermin hat eine Teilauszahlung von 20 Prozent der Versicherungssumme bei vorzeitigem Tod des Versicherten. Diese Variante belastet den Partner nicht weiter, da sie die restlichen 80 Prozent der Leistung beitragsfrei bis zum Ablauftermin ansammelt.

Gegen Risiken am Bau

Die Karlsruher Versicherung AG, Karlsruhe, hat eine Bauleistungsversicherung neu geschaffen, die bis zur Fertigstellung des Gebäudes das Risiko von unvorhergesehenen Schäden n der Bauleistung, vom Rohbau über austoffe, Einbaumöbel und -küchen. s zu Sanitär-, Klima- und Beleuchtgsanlagen übernimmt. Außenanlagen sind mitversichert.

Dektvertrieb ausgebaut

ach der Autoversicherung hat die Eupa, Versicherungsgruppe Köln, den Direktvertrieb auch für die Lebensersicherung aufgenommen. Sie bietet u. a. Prämienvorteile für Fraue

Direktversicherung durch Gehaltsumwandlung

Das Finanzamt hilft mit

HARALD POSNY, Düsseldorf

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung und individueller Vorsorge für das Alter hat sich die sogenannte Direktversicherung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung als dritte Säule im Vorsorgekonzept einen Platz erobert. Auf zwei Wegen, entweder durch zusätzliche Zuwendung des Arbeitgebers zum Gehalt, oder aus Umwandlung von Teilen des bestehenden Gehalts werden Beträge vom Arbeitgeber „direkt" als Beiträge auf einen vom Arbeitgeber abgeschlossenen Lebensversicherungsvertrag überwiesen. Empfänger der Versicherungsleistung ist in jedem Fall der Arbeitnehmer, im vorzeitigen Todesfall seine Erben.

Das Verfahren ist einfach: Die Prämie, (im Jahr maximal 2400 Mark in Ausnahmefällen 3600 Mark, wird in monatlichen Raten mindestens fünf Jahre lang eingezahlt. Allerdings darf der Vertrag nicht vor dem 60. Lebensjahr enden. Der Beitrag unterliegt nicht der individuellen Progressivsteuer, sondern wird mit 10,7 Prozent Lohn- und Kirchensteuer belegt. Bis vor einiger Zeit konnten nur Spitzenverdiener diesen Vorteil der Gehaltsumwandlung problemlos praktizieren. Inzwischen aber haben mehr als 2,7 Millionen Arbeitnehmer, im letzten Jahr allein 300 000, über ihren Arbeitgeber eine solche Versicherung abgeschlossen. Als besonders interessiert zeigen sich mehr und mehr mittlere Unternehmen, die sonst keine Möglichkeit zur zusätzlichen Altersversorgung sehen und mit der Direktversicherung auch die Mitarbeiter stärker an das Unternehmen binden. Dabei zeigen sich besonders jene Mitarbeiter interessiert, die wegen der Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen keine zusätzlichen Chancen zur Steuerminderung sehen.

Einen Haken hat die Direktversicherung dennoch: der Arbeitgeber muß der Gehaltsumwandlung zustimmen, eine Verpflichtung dazu besteht aber nicht. Auf der anderen Seite lassen die führenden deutschen Konzerne ihre Mitarbeiter hier und da ab einer bestimmten Mindestzugehörigkeit zum Unternehmen oder abhängig von bestimmten Gehaltsgrenzen an der Direktversicherung teilhaben. Viele Mitarbeiter haben – je größer das Unternehmen ist – auch die Möglichkeit der Wahl zwischen mehreren Versicherungsunternehmen. Hier sollten auch die Arbeitnehmer das leistungsstärkste Unternehmen aussuchen, denn die nach 30jähriger Laufzeit ausgezahlte Versicherungssumme kann um einige Zehntausend Mark voneinander abweichen.

Auch einen Arbeitsplatzwechsel braucht der Arbeitnehmer seit einiger Zeit nicht mehr zu scheuen. Die Versicherer sind nämlich bereit, in einem solchen Fall die Policen eines Gruppenvertrags auf eine andere Versicherung zu übertragen, ohne Nachteile für den Versicherten und für den Arbeitgeber.

Für 2400 Mark Jahresprämie kann ein Zwanzigjähriger bei vierzigjähriger Laufzeit des Vertrags mit einer Versicherungssumme von mehr als 110 000 Mark, ein 30jähriger bei 30 Jahre laufendem Vertrag mit 80 000 Mark rechnen. Selbst ein 50jähriger kann nach 15 Jahren noch rund 35 000 Mark für eine hoch steuerlich begünstigte und mit dem Anspruch auf die steuerfreien Gewinnanteile zusätzlich zur Versicherungsumme kassieren. Auch in kleinen Unternehmen, wo oft die Ehefrau mitarbeitet, kann die Direktversicherung für sie benutzt werden.

BÜCHER

Goll/Gilbert: Handbuch der Lebensversicherung, Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe, 273 S., 43 DM.

Ausgehend von den einzelnen Arten der Lebensversicherung und den rechtlichen Grundlagen des Vertrags spannt das Buch einen Bogen vom Vertragsabschluß über den Vertragsverlauf bis zu dessen Beendigung. Im Zuge dieser streng chronologisch gehaltenen Anordnung werden Einzelprobleme geschickt im Umfeld des jeweiligen Sachgebiets erörtert. So werden zum Beispiel die Bezugsrechte erläutert, aber auch erbrechtliche Fragen. Im Anhang sind verschiedene Musterbedingungen abgedruckt. Leider fehlt noch ein detailliertes Stichwortverzeichnis, um auch den Anforderungen eines Nachschlagewerks gerecht werden zu können. Als Handbuch ist es empfehlenswert. jwh

URTEILE

Nach den Allgemeinen Einbruchdiebstahl-Versicherungs-Bestimmungen (AEB) ist der Polizei innerhalb von 3 Tagen nach Feststellung des Verlusts durch einen Einbruch eine Aufstellung der entwendeten Sachen einzureichen. Wird das versäumt, kann der Versicherer die Entschädigung ablehnen. Ein Urteil des LG Hanau v. 17. 11. 1981 (Vers R 1983, S. 358) bestätigte dies. Im vorliegenden Fall war die Meldung nicht nur verspätet, sondern auch nur mündlich erfolgt.

★

Wer mit „Tempo 100" statt der erlaubten „50" fährt und dabei einen Unfall verursacht, handelt grob fahrlässig und fährt daher ohne Kaskoschutz. Trotz Vollkasko zahlte die Versicherung nicht. Das OLG München gab ihr Recht (Az.: 24 U 527/82).

Zusatzversicherungen

Varianten für alle Fälle

JÜRGEN BERTONI, Düsseldorf

Die Lebensversicherung wird meist als gemischte Kapitalversicherung abgeschlossen. Die Kapitalzahlung wird fällig bei vorzeitigem Tod oder bei Erreichen des vereinbarten Ablaufalters. Daneben gibt es die Grundform der Rentenversicherung, nach der eine Rentenzahlung bei vorzeitigem Tod des Versicherten an die Hinterbliebenen beziehungsweise bei Erleben des vereinbarten Rentenbeginns an den Versicherten erfolgt.

Für darüber hinausgehende Wünsche kann man – allerdings nur zusammen mit der Hauptversicherung (zum Beispiel einer gemischten Kapitalversicherung) – folgende Versicherungen zusätzlich abschließen: Berufsunfähigkeits-, Unfalltod-, Unfall- und Invaliditäts- sowie Renten-Zusatzversicherungen.

Die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung bietet Männern bis zum 65. und Frauen bis zum 60. Lebensjahr Versicherungsschutz gegen Berufsunfähigkeit, die sich durch Krankheit oder Unfall ergeben kann. Voraussetzung: der Versicherte muß mindestens zu 50 Prozent berufsunfähig sein. Diese Versicherung ist preiswerter als die selbständige Berufsunfähigkeitsversicherung. So kosten 100 Mark Monatsrente für einen 30 Jahre alten Versicherten (Eintrittsalter), dessen Vertrag bis zu einem Alter von 65 Jahren läuft, rund acht Mark bei der selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung und nur sechs Mark monatlich bei der Zusatzversicherung. Angeboten werden zwei Varianten:

1. Der Versicherungsnehmer wird (gegen einen geringfügigen Mehraufwand) bei Berufsunfähigkeit von der weiteren Prämienzahlung für die Hauptversicherung befreit, die jedoch in voller Höhe bestehen bleibt.
2. Bei Berufsunfähigkeit zahlt der Versicherer – neben der Prämienbefreiung zur Hauptversicherung – eine jährliche Berufsunfähigkeitsrente bis zur Fälligkeit der Versicherungssumme aus der Hauptversicherung, die (je nach Vereinbarung) bis zu 24 Prozent der Versicherungssumme beträgt.

Die Unfalltod-Zusatzversicherung wird normalerweise so eingeschlossen, daß bei Eintreten des Unfalltodes zusätzlich zur Versicherungsleistung aus der Hauptversicherung der gleiche Betrag aus der Unfalltod-Zusatzversicherung gezahlt wird. Die Prämie für diese nicht-altersabhängige Zusatzversicherung liegt bei 13 Mark monatlich pro 100 000 Mark Versicherungssumme.

Die von mehreren Unternehmen relativ preisgünstig offerierte Unfallinvalidität-Zusatzversicherung bietet die Möglichkeit, sich gegen unfallbedingte Berufsunfähigkeit zu schützen. Im Versicherungsfall wird eine Rente gezahlt.

Schließlich kann man in Verbindung mit einer Kapitalversicherung auch eine Renten-Zusatzversicherung abschließen. Hier wird bei vorzeitigem Tod – neben der dann fälligen Kapitalzahlung aus der Hauptversicherung – für eine bestimmte Dauer eine laufende Rente an die Hinterbliebenen gezahlt. Diese Kombination bietet sich an, wenn die fällige Kapitalzahlung zur Ablösung bestehender Verpflichtungen wie einer Hypothek vorgesehen ist und darüber hinaus die Familie laufend versorgt werden soll. Diese Zusatzversicherung wird mit Erfolg im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung genutzt.

Zunehmende Auslandskäufe

Spitzenaktien wieder mit deutlichen Kursgewinnen

DW. – Ungeachtet der sich verschärfenden Krise in Libanon setzten die Ausländer an der Mittwochbörse ihre Aktienkäufe fort; sie konzentrierten sich wie schon bisher auf die Spitzenwerte, in denen es größere Umsätze gab. Da die Börsenkulisse ebenfalls Material aus dem Markt nahm, verbreiterte sich die Aufwärtsbewegung. Erfaßt wurden davon jetzt auch Großbankaktien, die in den letzten Tagen unter dem Eindruck des SMH-Schocks ein Schattendasein geführt hatten. An der Börse wurde die Personalentscheidung bei der GHH mit einem Anstieg der GHH-Stammaktien um 7 DM und der MAN-Stammaktien um 6 DM honoriert.

Ein Umsatzschwerpunkt lag wieder in den Titeln der Großchemie, die Kursgewinne bis zu 2 DM erzielten. Die Kurse der Vorwoche wurden jedoch noch nicht wieder ganz erreicht. Das trifft auch für die meisten anderen Spitzenwerte zu. Lebhaft war der Handel in Siemens (plus 5,50 DM). Von dem Kurssturz bei Philips (minus 3 DM), ausgelöst durch negative Ertragserwartungen, blieb der Handel in Siemensaktien völlig ungestört. Automobilaktien standen auf der Kaufliste der Ausländer wieder ganz oben; lebhaft gehandelt wurden VW (plus 4 DM), Daimler erzielten einen Tagesgewinn von [illegible] DM.

Düsseldorf: Girmes verbesserte sich um 4 DM auf 167 DM, Bilfinger befestigten sich um 3 DM auf [illegible] DM und Hageda stiegen um 5 [illegible] auf 6 DM. Audi NSU fielen um 3 DM auf 272 DM, DAT verminderten sich um 4 DM auf 326 DM und Dürag sanken um 3 DM auf 150 DM.

Frankfurt: Der Aktienmarkt blieb am Mittwoch weiter freundlich. Positiv ausgewirkt hat sich die Rettung von Arbed-Saarstahl durch öffentliche Mittel. Man hofft nämlich jetzt auf eine durchgreifende Bereinigung der Stahlprobleme. So konnten sich Thyssen um 4,50 DM auf 80,50 DM verbessern. Auch die Papiere des GHH-Konzerns lagen nach der Bestellung von Dr. Götte freundlich bis fest. Vor allem GHH-Stämme mit 136 DM (plus 7,90 DM).

Hamburg: HEW lagen bei 101,50 DM plus 0,70 DM gut behauptet und NWK-Vorzüge bei 169 DM unverändert. Phoenix Gummi gingen zu 163 DM minus 1,50 DM aus dem Markt. Markt und Kühlhallen fielen auf 308 DM minus 2 DM zurück. Haller Meurer wurden mit 200,50 DM minus 29,50 DM taxiert.

München: Agrob Vorz. erhöhten sich um 6,80 DM auf 339 DM, Ekatit Riedinger verbesserten sich um 6,80 DM auf 78 DM und Zahnräder Renk schlossen mit einem Plus von 5 DM auf 270 DM ab. Gehe AG fielen um 4 DM auf 235 DM und NAK Stoffe verminderten sich um 3 DM auf 52 DM.

Berlin: Spinne Zelendorf zogen um 20 DM und Bergmann um 19 DM an. Lehmann verbesserten sich um 5 DM, Rheinmetall um 4 DM, DUB-Schultheiss um 1,50 DM und Schering um 1 DM. Dt. Hypobank Berlin büßten 3,50 DM, Orenstein 2,50 DM und Kempinski 2 DM ein.

Nachbörse: freundlicher

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Geschlossen

Wien

	9. 11.	8. 11.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	212	211
Gösser-Brauerei	318	320
Länderbank Vz.	212	212
Österr. Brau AG	295	295
Perlmooser	314	318
Reininghaus	379	377
Schwechater Br.	169	170
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	155	153
Universale Hoch Tief	211	213
Veitscher Magnesit	196	197
Index	54,34	54,25

Kopenhagen

	9. 11.	8. 11.
Den Danske Bank	267	267
Jyske Bank	555	564
Kopenh. Handelsbk.	252	251
Novo Industri	3085	3090
Privatbanken	261	260
Ostasiat. Komp.	143	140
Dan. Sukkerfabr.	628	615
For. Bryggerier St.	1245	1240
Kgl. Porc. Fabr.	370	365

Brüssel

	9. 11.	8. 11.
Arbed	1180	1152
Brux. Lambert	2275	2270
Cockerill Ougrée	149	161
Ebes	2315	2335
Gevaert	2460	2450
Kreditbank	6250	6200
Pétrofina	5700	5690
Soc. Gén. d. Belg.	1550	1565
Sofina	4020	4075
Solvay	3300	3330
UCB	3950	3900
Index	126,44	126,5

Hongkong

Sydney

	9. 11.	8. 11.
Brok. Hill. Prop.	12,75	12,70
Coles	3,78	3,65
CRA	5,74	5,72
CSR (Theiss)	3,80	3,72
Metals Expl.	0,72	0,71
MIM-Holdings	3,80	3,78
Myer Emporium	1,75	1,70
North Broken Hill	3,38	3,35
Oakbridge	1,05	1,05
Peko Wallsend	6,30	6,20
Poseidon	4,40	4,40
Thomas Nat. Tr.	1,90	1,90
Waltons	0,51	0,51
Western Mining	3,70	3,66
Woodside Petr.	1,29	1,29
Index	705,8	700,3

Singapur

	9. 11.	8. 11.
Cycle + Car.	4,40	4,35
Cold Storage	4,78	4,80
Dev. Bk. of Sing.	9,10	9,10
Fraser + Neave	5,90	5,90
Kl. Kepong	2,81	2,77
Mal. Banking	9,00	9,10
Nat. Iron	6,10	6,35
OCBC	10,70	10,70
Sime Darby	2,54	2,51
Singapur Land	5,65	5,55
Un. Overs. Bank	5,30	5,30

Optionshandel

Frankfurt: 9. 11.: 816 Optionen = 42 550 (40 150) Aktien, davon 170 Verkaufsoptionen = 9000 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-60/22, 1-75/8,50, 1-80/5,10, 1-90/2,80, 4-80/7,20, 4-90/5, 4-95/2,50, 7-100/4,50, Siemens 1-390/10, 1-400/6, 4-390/20,20, 4-400/18, 4-420/10, Veba 1-172,50/3,05, 4-170/10, 4-180/5,50, 7-190/5, BASF 4-160/13, 4-170/7,70, 4-180/5,40, 7-170/12,60, Bayer 1-146/15,70, 1-160/7,90, 1-166/4, 4-150/19,40, 4-160/14,50, 4-170/7,80, 4-180/5,40, 7-170/2, Hoechst 1-160/16, 1-180/4,50, 4-170/16, 4-180/10, 4-190/5,40, 7-170/22, 7-190/9,30, BMW 1-400/25,10, 1-410/20, 1-420/14, 7-430/38, VW 1-190/34, 4-200/38, 4-220/21, 7-250/15, 7-280/8,60, 7-280/24, Conti Gummi 1-120/9, 4-110/22, 4-120/14,15, 4-130/9,50, 7-120/20,60, 7-130/15, 7-140/8,40, 7-150/8, Lufthansa St. 1-130/7, Vz. 1-130/6,20, Commerzbank 1-170/10, 1-200/1, 4-170/15,50, 4-180/9, 7-170/19,80, 7-180/16, 7-190/9,40, 7-200/7,40, 7-210/4, Dt. Bank 1-320/5, 4-310/24,90, 4-330/13, 7-320/34, 7-330/22, Dresdner Bank 1-180/7,60, 4-170/18, 4-180/10,80, 4-190/7, 7-190/10, 7-200/8,50, 7-210/5,10, Hoesch 1-90/6, 1-100/2,80, 1-110/2, 4-90/11,50, 4-100/5,50, 7-100/9,40, 7-110/5,40, Mannesmann 4-140/10,40, 4-150/5, 4-160/3, 7-140/16, 7-150/10,50, 7-160/6, Thyssen 1-70/11, 1-80/5, 1-85/1,50, 4-90/7, 4-95/3, 7-80/10,85, 7-85/8,20, 7-90/6,10, Bayr. Vereinsbank 1-320/14,90, Daimler 7-730/30, Kali + Salz 4-210/12, Karstadt 1-280/30, 1-270/27, 4-270/32,20, Chrysler 4-70/12,50, 4-80/9, 7-75/17,90, 7-95/4,90, Philips 4-40/7, Royal Dutch 4-120/9,40. Verkaufsoptionen: AEG 1-80/3, 7-60/4,50, Siemens 1-380/1,50, 1-370/3,10, 4-370/9,40, 7-380/8, Veba 1-160/3, 1-170/6, 4-170/7,20, 7-170/7,80, BASF 1-160/4, 7-150/3,60, Hoechst 1-160/1,20, 1-180/7, BMW 1-390/2, 1-400/6, 4-380/5, 4-390/11, 4-400/13,80, VW 1-230/8, 4-230/12, 7-210/5, 7-220/7,90, Conti Gummi 4-120/3,90, 7-120/6, Commerzbank 1-180/13, 7-170/7,50, Dt. Bank 4-310/7, Dresdner Bank 1-180/12,50, 4-170/5, 7-170/3,70, Hoesch 1-90/2,40, 4-90/3, 4-95/4,30, 4-100/9, 7-100/10, Mannesmann 4-140/9,20, 7-140/11, Preussag 7-260/18, Bayr. Hypo 7-280/16,60, BBC 4-220/10, Daimler 1-670/18, 7-830/15, 7-840/18,60, GHH Vz. 7-120/7, Karstadt 4-280/9, Kaufhof 1-280/6,50, 4-280/9,20, Klöckner 1-40/3,40, Metallgesellschaft 4-190/6,40, Chrysler 1-70/3,15, 4-80/6, General Motors 7-200/10,40, Philips 1-40/4,10, 1-45/8,80, 1-50/13, 4-45/9,20, Norsk Hydro 1-190/14,50. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 9. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5½–5⅞	3⅛–3½
3 Monate	9⅞–10	5¾–6⅛	4 –4¼
6 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	4⅛–4⅜
12 Monate	10⅛–10½	6⅛–6⅜	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 9. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1400,00	1710,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1133,00	1340,71
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,10
1 £ Sovereign alt	234,00	288,56
1 £ Sovereign Elizabeth II	230,00	285,00
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	246,00	307,80
2 südafrikanische Rand	231,00	285,00
Krüger Rand, neu	1037,00	1222,08
Maple Leaf	1037,00	1222,08
Platin Noble Man	1055,00	1242,60
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	240,00	305,52
20 schweiz. Franken „Vreneli"	192,00	247,38
20 franz. Franken „Napoléon"	184,00	233,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	956,00	1153,68
20 österr. Kronen (Neuprägung)	191,00	240,54
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	435,00	535,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

9. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6707	2,6787	2,6487	2,63	2,72
London¹)	3,969	3,973	3,934	3,91	4,06
Dublin¹)	3,107	3,121	3,065	3,10	3,16
Montreal³)	2,1603	2,1683	2,1467	2,12	2,21
Amsterd.	89,080	89,300	89,115	87,75	89,75
Zürich	123,050	123,250	123,15	121,75	124,50
Brüssel	4,913	4,933	4,879	4,75	4,97
Paris	32,795	32,955	32,295	32,00	33,75
Kopenh.	27,690	27,810	27,420	26,50	28,50
Oslo	35,860	35,980	35,275	35,00	36,75
Stockh.**)	33,825	34,98	33,420	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,646	1,656	1,606	1,60	1,70
Wien	14,189	14,229	14,196	14,10	14,32
Madrid**)	1,734	1,744	1,670	1,61	1,73
Lissabon**)	2,100	2,120	1,980	1,50	2,30
Tokio	1,1330	1,1380	–	1,09	1,15
Helsinki	46,540	46,740	45,580	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,773	2,817	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,433	2,453	–	2,38	2,40
Johannesbg.*)	2,268	2,287	–	2,25	2,60

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar wurde zu Beginn des Handels bis 2,6835 bezahlt, mußte aber wie bereits gestern im Tagesverlauf eine Kurseinbuße hinnehmen, die am 9. 11. mit einem Rückgang auf 2,6690 deutlicher ausfiel. Eine leichte Reduzierung der Dollarzinssätze um ⅛ Prozentpunkt im kürzeren Bereich und die Tatsache, daß aus dem nahen und mittleren Osten keine neuen belastenden Meldungen zu verzeichnen waren, sind als Gründe zu nennen. Bei den anderen amtlich notierten Währungen überwogen wie gestern geringe Kursverluste. Der Schweizer Franken und der Yen kamen unverändert zur Notiz. US-Dollar in: Amsterdam 2,9970; Brüssel 54,34; Paris 8,1370; Mailand 1621,70; Wien 18,8180; Zürich 2,1719; Ir. Pfund/DM 3,114; Pfund/Dollar 1,4828; Pfund/DM 3,966.

Ostmarkkurs am 9. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschläge für US-Dollar wurden am 9. November nochmals etwas enger gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,65/2,55	5,27/5,07
Pfund/Dollar	0,06/0,07	0,25/0,28	0,52/0,57
Pfund/DM	1,00/0,40	3,80/2,40	6,90/5,50
FF/DM	26/10	66/50	133/117

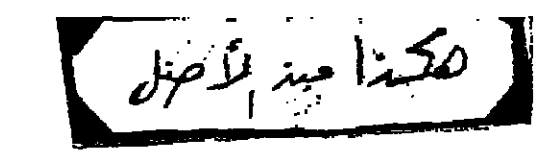
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 11.: Tagesgeld 5,55–5,60 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,30 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 9. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.



Neues vom IBM Vertriebszentrum:

Veranstaltungen im Herbst.

Einstieg in die Datenverarbeitung. Einführung für Führungskräfte und Mitarbeiter aus allen Unternehmensbereichen.

Konzept moderner Vermittlungssysteme und der digitalen Sprachspeicherung. Einführung für Mitarbeiter aus dem Zuständigkeitsbereich für Telefonsysteme und aus EDV- und Organisations-Abteilungen.

Computeranwendungen in der Fertigungs- und Grundstoffindustrie. Fachseminar mit Vorführung für Leiter der Abteilungen Produktion, Produktionsplanung und -steuerung, Materialdisposition, Einkauf und Lagerwirtschaft.

Computeranwendungen in Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Einführung für Leiter der Abteilungen Einkauf, Verkauf, Finanzen und Rechnungswesen.

Graphische Datenverarbeitung in Entwicklung und Konstruktion. Fachseminar mit Vorführung für Ingenieure.

Präsentationsgraphik – graphische Darstellung von Informationen für Unternehmensplanung und -führung. Fachseminar mit Vorführung für Mitarbeiter aus der Planung, Kontrolle, Statistik und Datenanalyse.

Organisationslösungen in der Textverarbeitung – orientiert am Arbeitsplatz. Fachseminar für Sachbearbeiter und Organisationsleiter.

Büroorganisation und Bürokommunikation im Unternehmen. Fachseminar mit Vorführung über integrierte Lösungen von Text- und Datenverarbeitung für Mitarbeiter der Organisations-Abteilungen.

Bildschirmtext im Unternehmen. Fachseminar für Mitarbeiter der EDV- und Organisations-Abteilungen und Fachleute der Datenfernverarbeitung.

Überblick über die Einsatzmöglichkeiten von Datenbank-Systemen. Einführung für Interessenten aus allen Unternehmensbereichen.

Kleine und mittlere Systeme im Netzwerkverbund. Einführung für Mitarbeiter und Unternehmen mit dezentraler Organisation.

Der IBM Personal Computer am Arbeitsplatz – Ihr leistungsfähiger Computer, mit dem Sie unabhängig oder im Netzverbund arbeiten können. Einführung mit Vorführung für Mitarbeiter aus allen Unternehmensbereichen.

Wenn Sie weitere Informationen über unsere kostenfreien Veranstaltungen und auch die Veranstaltungstermine haben wollen, schicken Sie uns den Coupon oder rufen Sie uns an. Sie bekommen dann unser ausführliches Programmheft. IBM Deutschland GmbH, Vertriebszentrum Hamburg, Überseering 24, 2000 Hamburg, Telefon (0 40) 63 89 - 41 13 oder 46 20.

Bitte schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich Ihr Programmheft.
Ich bin an den Veranstaltungen im IBM Vertriebszentrum
☐ Hamburg, ☐ Düsseldorf, ☐ Frankfurt, ☐ Stuttgart, ☐ München interessiert.
☐ Bitte informieren Sie mich laufend über Ihre Veranstaltungen und Produkte.

Name ____________ Straße ____________

Firma/Position ____________ PLZ/Ort ____________

Branche ____________ Telefon ____________



Warenpreise – Termine

Kleine Verluste verzeichneten am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Etwas fester notierte dagegen Kupfer. Kaffee konnte deutlich zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

	8. 11.	7. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez	358,75	360,25
März	373,00	374,00
Mai	375,00	374,50
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	8. 11.	7. 11.
St. Lawrence 1 CW	240,50	239,40
Amber Durum	260,75	256,55
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	155,00	157,60
März	159,60	160,90
Mai	162,50	163,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez	128,20	129,00
März	127,80	127,70
Mai	127,30	127,40
Hafer Chicago (c/bush)	8. 11.	7. 11.
Dez.	186,50	187,00
März	194,25	195,25
Mai	198,75	198,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez	357,00	357,50
März	358,75	357,50
Mai	359,00	356,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	8. 11.	7. 11.
Dez	134,00	134,80
März	137,10	137,10
Mai	137,70	138,00

Genußmittel

	8. 11.	7. 11.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez	147,80	145,10
März	142,50	140,00
Mai	137,90	136,50
Kakao New York ($/t)	8. 11.	7. 11.
Dez.	2028	2020
März	2044	2040
Terminkontr. Mai	2065	2056
Umsatz	3780	4151
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,45	9,40
März	9,90	9,78
Mai	10,20	10,12
Juli	10,45	10,43
Sept.	10,71	10,69
Umsatz	10 375	16 852
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	8. 11.	7. 11.
	8,57	8,31
Kaffee London (£/t) Robusta-	8. 11.	7. 11.
Kontrakt Nov.	1838–1840	1823–1830
Jan.	1842–1843	1831–1832
März	1814–1815	1799–1800
Umsatz	2493	4005
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1475–1476	1453–1455
März	1485–1486	1463–1464
Mai	1496–1497	1469–1470
Umsatz	4767	2176
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	157,50–158,00	155,00–156,00
März	166,20	163,90
Mai	171,00–171,20	168,80
Umsatz	5045	5000
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	8. 11.	7. 11.
schw. Sarawak spez.	342,50	312,50
weißer Sarawak	570,00	515,00
weißer Muntok	572,50	571,50

	8. 11.	7. 11.
Orangensaft New York (c/lb)		
Nov.	131,50	131,50
Jan.	134,60	125,50
März	122,90	123,45
Mai	121,90	122,15
Juli	120,90	121,20
Umsatz	225	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	8. 11.	7. 11.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk.	53,00	53,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,50	27,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Dez.	29,05	29,60
Jan.	29,20	29,65
März	29,55	30,10
Mai	29,75	30,25
Juli	29,80	30,40
Aug.	29,40	29,95
Sept.	27,80	28,20
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	30,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	19,00	18,50
Choise white hog 4% fr. F.	17,00	16,00
Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,00	15,00
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	42,70	42,50
Febr.	47,00	46,80
April	47,50	47,00
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,95	62,30
März	63,85	62,60
Mai	64,85	64,20
Rinder Chicago (c/lb)	8. 11.	7. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe einh. schwere River Northern	55,00	55,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	851,00	857,00
Jan.	871,00	879,00
März	887,00	896,00
Mai	893,00	899,00
Juli	889,50	894,50
Aug.	885,00	886,00
Sept.	772,00	776,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	244,70	245,00
Jan.	247,00	247,00
März	248,50	249,00
Mai	247,00	248,00
Juli	244,00	246,00
Aug.	232,00	233,00
Sept.	213,00	215,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	8. 11.	7. 11.
Dez.	381,00	381,00
März	393,00	393,00
Mai	401,00	401,00
Kokosöl New York (c/lb)	8. 11.	7. 11.
Westküste fob Werk	40,00	40,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	9. 11.	8. 11.
jegl. Herk. cif	985,00	985,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	555,00	565,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	675,00	667,50
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	199,50	203,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	900,00	900,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	315,50	313,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8. 11.	7. 11.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2: Dez.	80,15	79,60
März	81,75	81,20
Mai	82,55	82,00
Juli	82,70	82,45
Okt.	76,75	76,25
Dez.	75,30	74,81
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	58,00	58,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:	8. 11.	7. 11.
Dez.	409–411	408–410
Jan.	410–412	408–412
März	413–415	413–418
Umsatz	23	41
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	8. 11.	7. 11.
Dez.	45,80	46,80
März	46,80	46,80
Mai	47,30	47,30
Juli	47,50	47,50
Umsatz	4500	0
		Tendenz: ruhig
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle Standardtype	8. 11.	7. 11.
Dez.	551,20–552,00	551,00–553,00
März	568,00–569,00	570,00–571,00
Mai	581,10–582,00	581,00–584,00
Umsatz	80	71
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	8. 11.	7. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	8. 11.	7. 11.
Nov.	13 514	13 535
Dez.	13 515	13 555
Kautschuk London (p/kg)	8. 11.	7. 11.
Nr. 1 RSS loco	–	79,00–80,00
Dez.	79,00–79,90	79,10–80,10
Jan.	78,80–80,00	79,40–80,40
Jan/März	79,10–79,20	79,80–80,00
Tendenz: –		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	8. 11.	7. 11.
Nr. 1 RSS loco:	253,50–254,50	253,00–254,00
Nov.	254,25–255,25	254,25–255,75
Dez.	259,00–260,00	258,50–260,00
Nr. 2 RSS Nov.	250,00–251,00	249,50–250,50
Nr. 3 RSS Nov.	246,50–247,50	246,00–247,00
Nr. 4 RSS Nov.	240,00–241,00	239,50–240,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	8. 11.	7. 11.
BWC	470,00	470,00
BWD	450,00	450,00
BTC	465,00	465,00
BTD	450,00	450,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	9. 11.	8. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,48–106,58	106,14–106,24
drittfolg. Monat	110,35–110,45	110,12–110,22
Zink: Basis London		
laufend. Monat	225,67–226,06	222,03–222,23
drittfolg. Monat	231,03–231,23	227,20–227,50
Produz.-Preis	247,78	248,37
Reinzinn 99,9%	3751–3788	3755–3792

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 10.	8. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	386,31–388,69	384,87–387,26
Blei in Kabeln	114,25–115,25	113,75–114,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	9. 11.	8. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	344–352	343–352
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	389–391	386–391
MS 63	385–390	384–389

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	8. 11.	7. 11.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,05	unverändert

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 11.	8. 11.
Leg. 225	405–418	405–418
Leg. 226	407–420	407–420
Leg. 231	437–450	437–450
Leg. 233	447–460	447–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 11.	8. 11.
Platin (DM je g)	35,458	35,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 250	33 400
Rücknahmepr.	32 500	32 650
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 140	33 320
Rücknahmepr.	32 150	32 320
verarbeitet	34 780	34 970
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 850	33 120
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	781,90	781,50
Rücknahmepr.	754,80	763,80
verarbeitet	816,60	825,70

Internationale Edelmetalle

	9. 11.	8. 11.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	380,50	379,00
15.00	383,00	382,25
Zürich mittags	381,50–382,00	381,75–382,25
Paris (Fr1-kg-Barren) mittags	99 850	99 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	602,95	609,20
3 Monate	615,80	622,50
6 Monate	629,45	636,45
12 Monate	657,95	664,85
Platin (£-Feinunze) London	8. 11.	7. 11.
fr. Markt	260,80	259,40
Palladium (£-Feinunze) London	–	256,60
1. Händlerpr.	98,05	97,20

New Yorker Preise	8. 11.	
Gold H & H Ankauf	382,25	[illegible]
Silber H & H Ankauf	904,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	375,00–382,00	[illegible]
Produz.-Preis	475,00	[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	146,00–148,00	144,00–146,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov.	900,50	[illegible]
Dez.	904,00	[illegible]
Jan.	912,00	[illegible]
März	928,00	[illegible]
Mai	946,00	[illegible]
Juli	962,00	[illegible]
Sept.	978,00	[illegible]
Umsatz	25 000	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 11.	7. 11.
Nov.	61,10	60,65
Dez.	61,40	61,10
Jan.	62,15	61,75
März	63,30	62,95
Mai	64,65	64,20
Juli	65,90	65,45
Sept.	67,45	[illegible]
Umsatz	12 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	9. 11.	8. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	995,50–996,00	997,50–998,50
3 Monate	1019,0–1020,0	1022,5–1023,0
Blei (£/t) Kasse	268,00–268,25	268,75–269,25
3 Monate	277,75–278,00	278,25–278,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	909,00–910,00	904,50–905,00
3 Monate	934,00–934,50	927,50–928,50
abends Kasse	–	913,00–914,00
3 Monate	–	936,50–937,00
(Kupfer-Standard) Kasse	892,00–894,00	894,00–896,00
3 Monate	915,50–917,00	918,00–919,00
Zink (£/t) Kasse	568,00–569,00	564,00–565,00
3 Monate	581,50–582,00	577,50–577,50
Zinn (£/t) Kasse	8585–8600	[illegible]
3 Monate	8700–8710	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	317–325
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	74–77

Ein erfolgreiches Leben ging zu Ende.

Wir trauern um Herrn

Bankier Hans Gallinat

der am 31. Oktober 1983 verstorben ist.

Herr Gallinat hat als geschäftsführender persönlich haftender Gesellschafter und Mitbegründer unserer Bank mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit und hohem Verantwortungsbewußtsein den Charakter unseres Institutes maßgeblich geprägt. Uns allen ist es eine Verpflichtung, die Bank in seinem Sinne weiterzuführen.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

GALLINAT-BANK KG
Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen im engsten Familienkreis stattgefunden.

Hinweisbekanntmachung

Durch Beschluß der Zulassungsstellen sind

98 000 Inhaber-Optionsscheine

der

Schering Aktiengesellschaft,
Berlin und Bergkamen,

aus der

6⁷/₈ % Pfund Sterling Optionsanleihe von 1983/1990 der Schering International Finance B. V., Weesp/Niederlande, unter der unbedingten und unwiderruflichen Garantie der Schering AG

eingeteilt in

49 000 Stück Nr. 00 001 – Nr. 49 000
zum Erwerb von je einer

49 000 Stück Nr. 49 001 – Nr. 98 000
zum Erwerb von je zehn

Inhaberaktien im Nennbetrag von je DM 50,– der

Schering Aktiengesellschaft,
Berlin und Bergkamen,

– Wertpapier-Kenn-Nr. 717 207 –

an den Wertpapierbörsen in Berlin und Frankfurt am Main

sowie

DM 26 950 000,–

neue, auf den Inhaber lautende Aktien aus der bedingten Kapitalerhöhung von 1980

der

Schering Aktiengesellschaft,
Berlin und Bergkamen,

zur Sicherung der den Inhabern der Optionsscheine aus der 6⁷/₈ % Pfund Sterling Optionsanleihe von 1983/1990 der Schering International Finance B. V. eingeräumten Optionsrechte mit Gewinnberechtigung vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung der Optionsrechte entstehen,

eingeteilt in

539 000 Stück zu je DM 50,– Nr. 2 288 774 – Nr. 2 827 773

und insgesamt

DM 1 925 000,–

auf den Inhaber lautende Aktien aus den Kapitalerhöhungen vom November 1981 und November 1982

der

Schering Aktiengesellschaft,
Berlin und Bergkamen,

mit laufender Gewinnberechtigung

eingeteilt in

38 500 Stück im Nennbetrag von je DM 50,–
Nr. 2 250 274 – Nr. 2 228 773

– Wertpapier-Kenn-Nr. 717 200 –

an den Wertpapierbörsen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München

zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen worden.

Der vollständige Prospekt wird im Bundesanzeiger Nr. 211 vom 10. November 1983 und in der Börsen-Zeitung Nr. 217 vom 10. November 1983 veröffentlicht. Prospekte sind bei den unterzeichnenden Banken kostenlos erhältlich.

Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und München, im November 1983

BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

BERLINER COMMERZBANK Aktiengesellschaft

COMMERZBANK Aktiengesellschaft

DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft

DEUTSCHE BANK BERLIN Aktiengesellschaft

Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

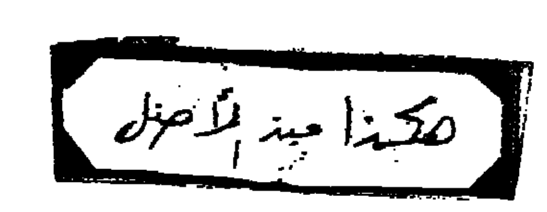
6% Hypothekenpfandbriefe Reihe 61 A/O – 237 056 –
6% Hypothekenpfandbriefe Reihe 62 A/O – 237 057 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Hamburg-Berlin, im November 1983



Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken



Länder suchen Geld

Am Rentenmarkt setzte sich keine einheitliche Tendenz durch. Von den Kommunalobligationen ging ein Druck auf die Kurse aus, der allerdings den Bereich der öffentlichen Anleihen nicht erreichte. Hier waren die Kurse überwiegend gut behauptet. Dagegen setzte sich am Pfandbriefmarkt der Anstieg der Renditen fort. Bei zehnjährigen Kommunalobligationen erreichten sie im Handel unter Banken 8,45 Prozent. Der Angebotsdruck ist hier die Folge einer verstärkten Kapitalaufnahme durch die Bundesländer, die auch mit Schuldscheinen im Markt gewesen sind. Hier liegen die Renditen bereits über 8,50 Prozent.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

	9. 11.	8. 11.
M 5½ Bayer.Hyba. Pf 14	80,25TG	90,25TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94,75G	94,75bG
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3bG
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	100,3bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	123,25G
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	77G	77bG

	9. 11.	8. 11.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	89,75G	89,75G
6 dgl. 47	77,5G	77,5G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	108G
6 dgl. Pf 80	92,65G	93,2
6 dgl. Pf 73	100,2G	100,45G
4 dgl. KO 5	99G	99G

	9. 11.	8. 11.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	118G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	98,25G	99,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,45G	100,6G
6¾ dgl. Pf 403	96,2G	96,3G
9½ dgl. Pf 1007	105,65G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	98,5G	98,8G
7 dgl. KO 556	99,35G	99,55G
6¼ dgl. KS 420	94,55G	94,65G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

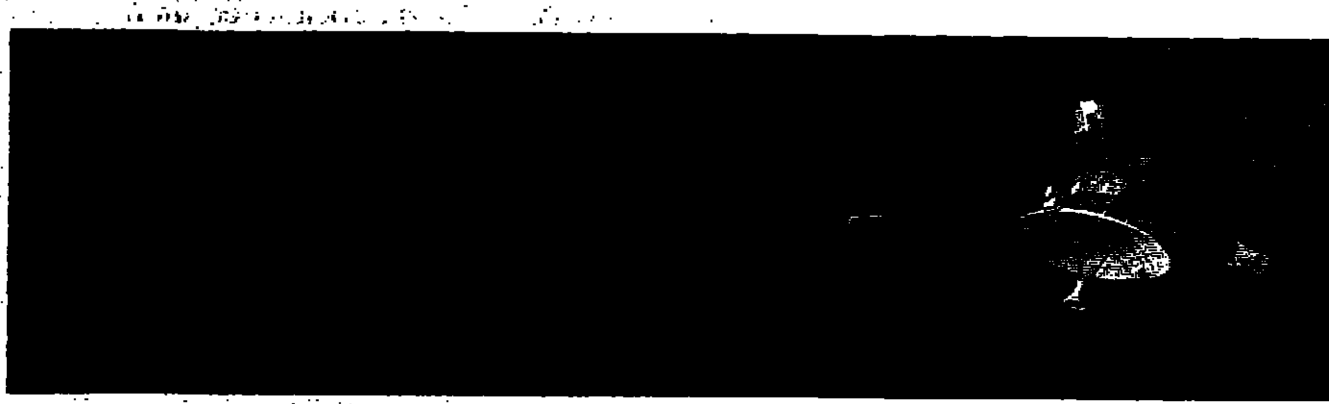
Industrieanleihen

Optionsscheine

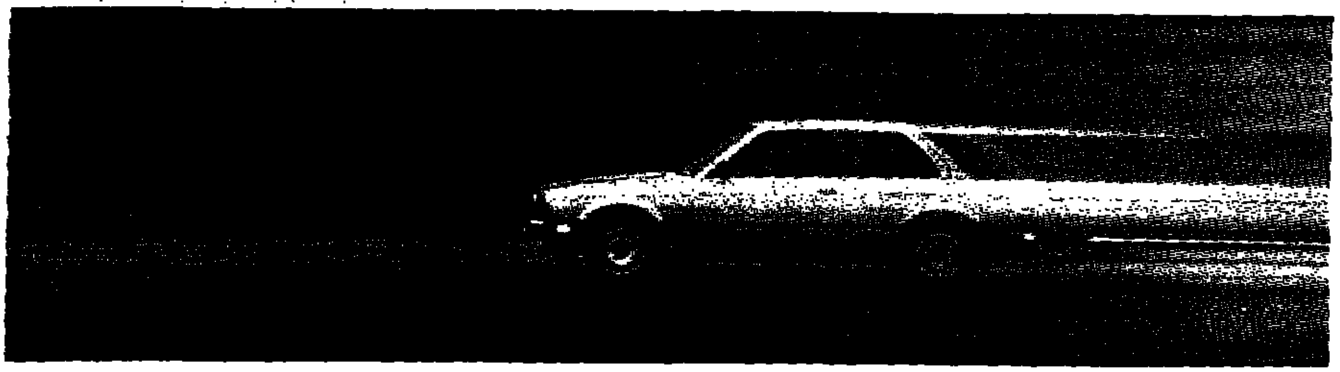
Wandelanleihen

Wandelanleihen

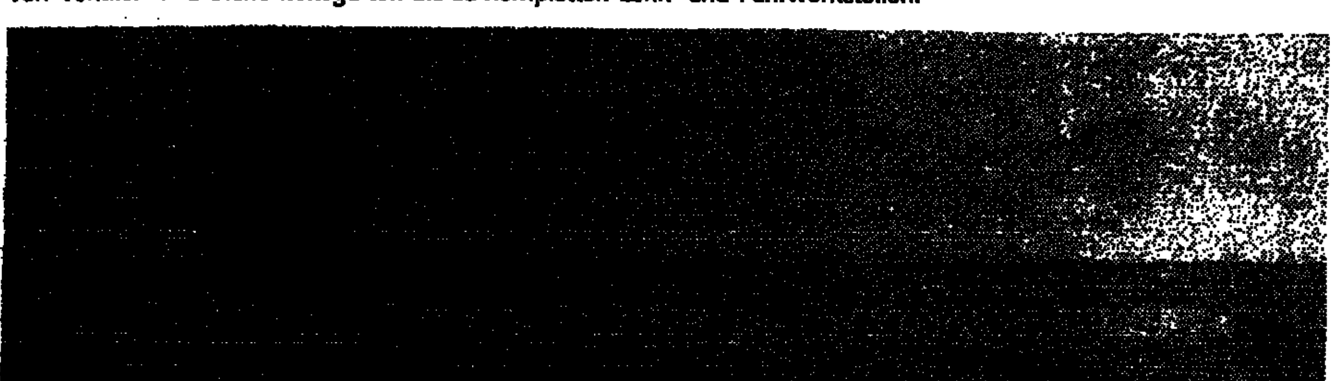
Ausländische Aktien



TRW ist ein vielseitiger Industriekonzern, der in der Elektronik und in der Weltraumforschung eine führende Rolle spielt. Der erste Satellit, der unser Sonnensystem verließ, Pionier 10, wurde von TRW gebaut, und auch auf der Erde finden elektronische Komponenten von TRW hunderte von Anwendungen. Zum Beispiel in Computern und in Fernsehgeräten.



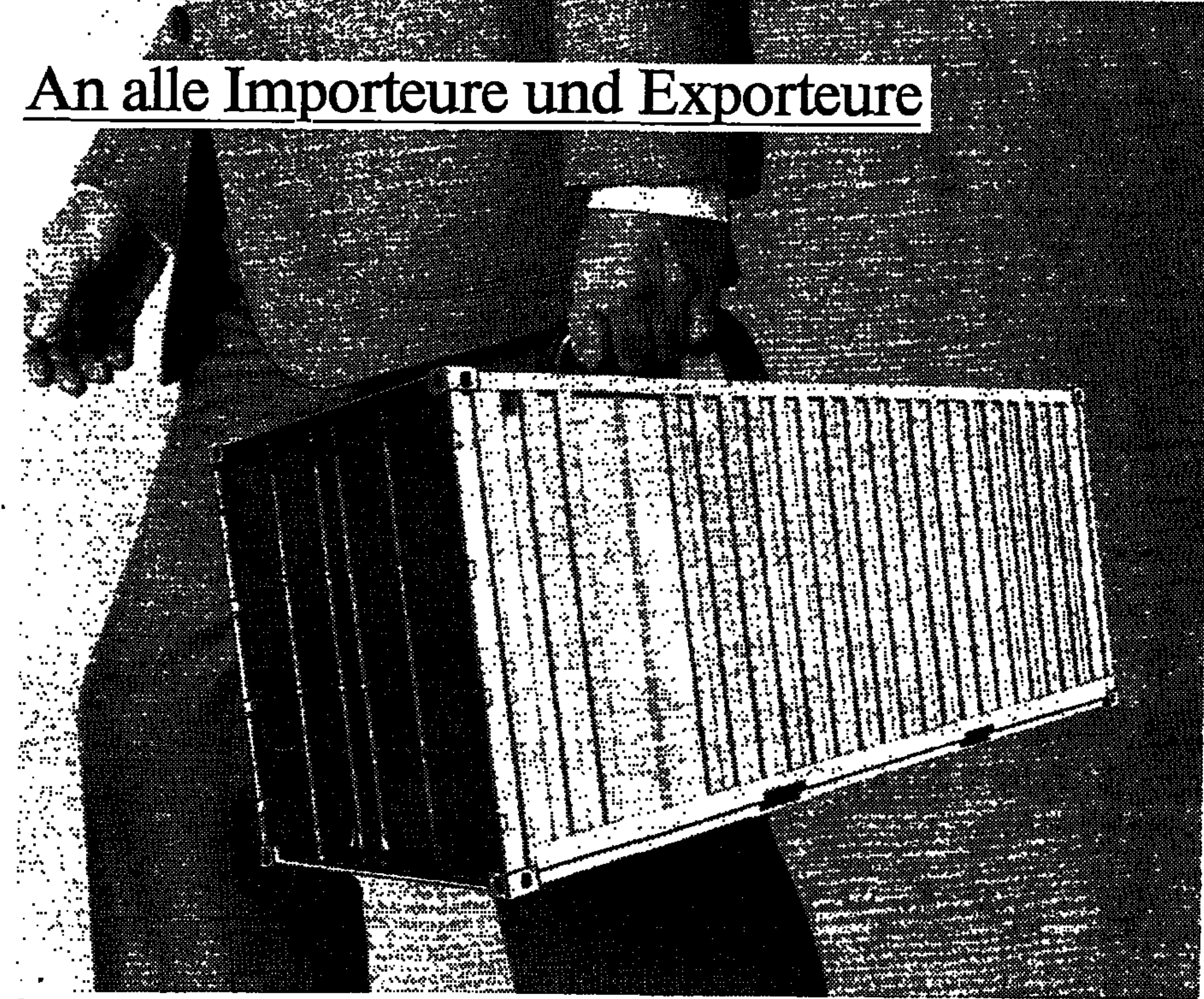
TRW begann vor über 80 Jahren mit der Herstellung von Automobilteilen. Heute ist fast jeder Personen- und Lastwagen mit TRW Teilen bestückt. Fabrikationsanlagen rund um die ganze Erde fertigen eine Vielzahl von KFZ-Ausrüstungen: von Ventilen und Sicherheitsgurten bis zu kompletten Lenk- und Fahrwerksteilen.



Industrie- und Energieprodukte von TRW sind der Maßstab für Zuverlässigkeit. Unterstützt von einem weltweiten Servicenetz helfen TRW Maschinen bei der Förderung von Öl und Erdgas. Flugzeuge aller namhaften Hersteller sind mit TRW Teilen ausgestattet. Und TRW Kugellager, Werkzeuge und Befestigungsteile tragen zur weltweiten Produktivitätssteigerung bei.



TRW



TRANSFRACHTCONTAINER.

Zu einem guten Produkt gehört auch ein gutes Transportsystem.

Gute Verbindungen sind Teil des Know-how im modernen Welthandel. Welchen Weg das Produkt da nimmt, ist am Ende auch eine Frage, wie und wann es ankommt. Transfracht bahnt Käufern und Verkäufern durch Container zuverlässig diesen Weg. Wer schon beim Verkaufsgespräch die Infrastruktur des größten Verkehrsträgers mit dem Transportkonzept der Transfracht verbindet, hat von Anfang an das Know-how und die Sicherheit als überzeugendes Argument für sich dabei. Als nationales Unternehmen kennt sich Transfracht aus, wie Importeure und Exporteure einander am schnellsten näherkommen. Dafür sorgt die Flexibilität des Containerverkehrs.

Das Container-Transport-System von Transfracht gibt mit seiner Größe, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit allen Käufern und Verkäufern Sicherheit und mehr Spielraum, schon bei Verhandlungen spezifische Transportfragen sofort zu lösen.

Von Übersee über Land, Transfracht hat die ausgefeilte Container-Infrastruktur.

Transfracht Deutsche Transportgesellschaft mbH, Gutleutstraße 160–164, 6000 Frankfurt am Main, ☎ (0611) 23890. TFG

Industrie- und Hallenbau

Die Lage ist nicht rosig am Bau. Dies hat soeben der Deutsche Industrie- und Handelstag DIHT nach einer Umfrage festgestellt. Die öffentliche und private Investitionstätigkeit dümpelt so vor sich hin, obwohl die Stimmung sich etwas gebessert hat.

Auch in Nordrhein-Westfalen. Hier holt die Baukonjunktur gegenüber der Bundesentwicklung auf. Insbesondere im Wirtschaftsbau, aber auch im Wohnungsbau und öffentlichen Hochbau, hat sich die Nachfrage nach Bauleistungen, die noch im ersten Halbjahr 1983 unter dem Bundesdurchschnitt lag, seit dem Sommer deutlich verbessert.

Nach einer Mitteilung der Wirtschaftsvereinigung Bauindustrie Nordrhein-Westfalen hat sich in der für den Industrie- und Hallenbau so wichtigen Sparte „Wirtschaftsbau" der Auftragseingang um 0,5 Prozent erhöht. Dies ist gegenüber dem Bundesdurchschnitt (12,3 Prozent) nur mäßig.

Jedoch bestehen jetzt angesichts des Anstiegs der Baugenehmigung für Wirtschaftsbauten in den Monaten Juni, Juli und August (56,5 Prozent) berechtigte Aussichten auf einen Anschluß an die Bundesentwicklung bis Ende des Jahres. Der Auftragseingang beim öffentlichen Hochbau mit einer Zunahme um 15 Prozent von Januar bis August 1983 in Nordrhein-Westfalen (fünf Prozent) spricht auf den ersten Blick ebenfalls für eine durchaus positive Entwicklung. Allerdings sollte das prozentuale Ergebnis nach der Mitteilung des Bauindustrie-Verbandes durch eine Betrachtung des Investitionsvolumens relativiert werden.

In absoluten Zahlen hätten Bund, Länder und Gemeinden 1982 beispielsweise in Nordrhein-Westfalen rund 1,4 Milliarden Mark in öffentliche Hochbauten investiert; 15 Prozent davon seien 210 Millionen Mark. Soviel kosteten aber zusammengenommen nur einige wenige Großobjekte, wie zum Beispiel in Düsseldorf der Landtag und der Rathausanbau.

Im Industrie- und Hallenbau ist die Situation „durchwachsen": Im Kraftwerks- und übrigen Großanlagenbau sind Milliarden-Vorhaben noch „auf Eis" gelegt. Gebaut werden zur Zeit lediglich kleinere und mittlere Hallen sowie Spezialprojekte *im privatwirtschaftlichen* Bereich.

er



Während der Jahrestagung 1983 der Europäischen Konvention für Stahlbau EKS in München wurden auch die europäischen Stahlbaupreise für die einzelnen Mitgliedsländer verliehen. Von den aus der Bundesrepublik Deutschland eingereichten Bauwerken wurde das neue Thermalbad/Bewegungsbad in Badenweiler/Schwarzwald ausgewählt (unser Foto). Es ist eine Erweiterung des alten Markgrafenbades, das, inmitten des Kurparks gelegen, mit Bauten aus den Jahren 1855 und 1911 sowie einer römischen Badruine ein Ensemble bildet. Die neue Schwimmhalle besteht aus einer sichtbaren, leichten Kuppelkonstruktion aus Stahlrohren. Die erkerhaft vorspringende, engsprossige Verglasung, insbesondere auf der Kurparkseite, erzeugt den erwünschten Gewächshaus-Charakter der Anlage, der nicht zuletzt dazu beiträgt, das Gebäude besser in die vom Kurpark geprägte Umgebung zu integrieren, der gerade an dieser Stelle seine schönsten Partien aufweist. Die international besetzte Jury begründete die Preisverleihung wie folgt: „Eine sehr ansprechende, geistvolle Architekturleistung. Dem Planer gelang die behutsame Einpassung eines großen Baukörpers in ein diffiziles natürliches und gebautes Umfeld in Einklang zu bringen mit allen Erfordernissen neuzeitlichen Sportstättenbauens. Nicht zuletzt die sorgfältige Durcharbeitung auch der Details läßt diese Anlage ‚wie aus einem Guß' erscheinen."

FOTO: BRUNO KRUPP

Vom Bauen, Heizen und Sparen

Der Bundesbauminister hat gegenüber Baupraktikern die Forderung erhoben, wissenschaftliche Erkenntnisse stärker als bisher anzuwenden. Er stützte sich bei diesem Hinweis auf eine Untersuchung, die namhafte Institute für die Bundesregierung erstellt haben: „Die Bedeutung des baulichen Wärmeschutzes für die Einsparung von Heizenergie in Gebäuden." Ausgangspunkt dieses Gutachtens waren die in der Fachwelt auf breiter Ebene kontrovers *geführten* Diskussionen über das Thema Wärmedämmung, Wärmespeicherung und Energieeinsparung in Verbindung mit schweren und leichten Baumaterialien.

Nach wie vor ist die Meinung weit verbreitet, daß schwere Bauteile und -stoffe (zum Beispiel massive Beton- oder Mauerwerkskonstruktionen) zur Energieeinsparung besonders gut geeignet und diese speicherfähigen Baustoffe für die Behaglichkeit des Raumklimas notwendig sind. Hier setzt die Kritik des Bundesbauministeriums ein; denn beide Meinungen sind falsch:

In der unabhängigen Wissenschaft besteht nach ausreichend praktischer Erfahrung heute Einigkeit darüber, daß die Konstruktionsart eines Bauwerks, ob schwer oder leicht, keinerlei Einfluß auf die Energieeinsparung hat. Die Speicherfähigkeit ist hinsichtlich einer energiewirtschaftlichen Betrachtung bedeutungslos. Ihre Wirkung für die Behaglichkeit der Nutzer von Gebäuden wird erheblich überbewertet. Neben einigen Vorteilen besitzt die Speicherfähigkeit nämlich auch eine Reihe schwerwiegender Nachteile.

Für den Energieverbrauch eines Gebäudes sind insgesamt viele Faktoren maßgebend. Die zwei wichtigsten sind: Wärmedämmung der Außenwände und Lüftungswärmeverlust. Daneben spielen Lage und Größe der Fensteröffnungen, die Gebäudeform sowie die Regelfälligkeit des Heizsystems eine Rolle. Dem Fenster kommt beispielsweise für die Wärmedämmung der Außenwand deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil über die Fensterflächen einerseits viel Energie verlorengeht, andererseits aber auch per Sonneneinstrahlung Wärme gewonnen wird. Gleichzeitig ist ein wirkungsvoller Sonnenschutz, der im Sommer beschattet, im Winter die Raumbesonnung aber zuläßt, ein wichtiger Faktor. Dies zeigt, daß der Wärmedämmung der Außenwand zwar eine wesentliche, aber nicht, wie früher angenommen, die allein bestimmende Rolle zufällt.

Deutlich streicht das Bundesbauministerium auch die Auffassung heraus, daß der Wärmespeicherfähigkeit der Baustoffe keine große Bedeutung beikommt. Die Speicherfähigkeit kann gute, aber auch erheblich schlechte Auswirkungen auf die Benutzer haben. Sie wirkt sich zum Beispiel günstig hinsichtlich einer gewissen Temperaturstabilität aus. Nachteilig ist jedoch die ungenügende Abkühlung bei längeren Hitzeperioden.

Hier sind gut gedämmte Stahlbauten mit leichten Ausbausystemen in zweifacher Hinsicht wirtschaftlicher. Sie passen sich mit schnell regelbaren Heizsystemen den temporären Temperaturverhältnissen optimal an. Mit leichten Trennwänden erlauben sie eine einfache Anpassung an geänderte Raumbedürfnisse.

DIETER GUTMANN

Das Gutachten kann beim Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Postfach 20 50 01, 5300 Bonn 2, kostenlos abgerufen werden.



Mehr Licht durch einen Kniff

„Variolicht" ist ein neuartiges Dachoberlicht, das im Zusammenhang mit der Ausbildung und Anordnung der tragenden Hallenkonstruktion zumindest im Industriebausektor neue Perspektiven bietet.

Im Prinzip geht es darum, weitgespannte Stahlfachwerkbinder nicht mehr unterhalb der Hallendecke anzuordnen, sondern darüber und diese „außerhalb der Halle" liegenden Konstruktionen durch sattel- oder shedförmige Oberlichte zu überbauen. Somit bleibt die nutzbare freie Hallenhöhe voll erhalten, während der umbaute Raum mit 20 bis 25 Prozent – je nach Konstruktionshöhe der Hallenbinder – reduziert wird. Dieselben Einsparungen dürfen auch bei den Unterhaltungskosten erwartet werden, beispielsweise bei der Heizung.

Das Bekenntnis zum guten alten Stahlfachwerkbinder ist begründet: Für das Einbeziehen in Oberlichter gibt es keine transparenteren und für Spannweiten über 25 Meter kaum preiswertere Konstruktionen.

Das über solche Haupt- und Nebenträger verlegte „Variolicht" ermöglicht nicht nur besonders gut ausgeleuchtete Hallen. Vielmehr bietet es dem Bauplaner durch unterschiedliche Neigungswinkel, Abmessungen, Abdeckungen und Giebelausbildungen neue und interessante Gestaltungsmöglichkeiten, ohne daß dieses Mehr an Architektur die Wirtschaftlichkeit des Projektes beeinträchtigen würde.

Ein weiterer Vorteil: Auch die *Dachflächen zwischen den Oberlichtern* werden vom Hersteller mit Trapezblechplatten ausgefüllt, so daß mit dem „Variolicht" das komplette Dach aus einer Hand angeboten wird.

M. K.

Wer plant heute noch für tausend Jahre?

Flexibilität ist Trumpf im Hallenbau / Die Erfahrungen der Automobilbauer sollten genutzt werden

Von GOTTLIEB W. BETZNER

Das hervorstechendste Merkmal unserer Zeit ist: Schnellebigkeit. Wer auch nur ein wenig Ahnung von Wirtschaft hat, weiß, daß nicht nur einzelne Produkte schnell auf den Markt kommen und wieder verschwinden, sondern manchmal ganze Handwerkszweige oder Industriebranchen. Die Turbulenzen der Asbestzementindustrie in allerjüngster Zeit stehen dafür als ein beredtes Zeugnis.

Vokabeln wie „Mobilität" und *„Flexibilität"* haben dementsprechend heute einen herausragenden Stellenwert. Auf den Industrie- und Hallenbau angewandt, heißt das: Kein Bauwerk wird mehr für die Ewigkeit gebaut. Das aber hat auch für die Konstruktion Folgen.

Massivität? Ein Prinzip von gestern. Der moderne Bauherr errichtet seine Produktions- oder Lagerhallen im Grunde genommen nach den gleichen Kriterien, die der Nomade für sein Zelt entwickelt hat: leicht zu transportieren, einfach auf- und abzubauen, optimal für die vorgesehene Nutzung.

Das industriell gefertigte, maßgenaue Stahlelement ist angesichts dieser – mehr und mehr dominierenden – Aufgabenstellung seinen Baustoffkonkurrenten gegenüber natürlich in einer sehr günstigen Position.

Anhand einiger konkreter Beispiele sei das erläutert:

Aufbau: Stahlbauten sind leicht zu montieren. Wenn kein ausreichender Baustellenplatz zur Verfügung steht, kann die Montage auch vom Lkw aus geschehen. Der Aufbau ist umweltfreundlich, weil kaum mit Lärm verbunden. Auch bei extremem Winterwetter kann mit Stahlelementen noch gearbeitet werden. Das Ergebnis ist vor allem: kurze Bauzeit. Dadurch ergibt sich eine frühe Möglichkeit der Nutzung, also der Produktion, der Lagerung oder der Vermietung. Mit einem Wort: eine hohe Wirtschaftlichkeit. Leider werden diese – oft Millionen Mark betragenden – Einnahmen aus früherer Nutzung durch kurze Bauzeit noch zuwenig bei den Kosten-Nutzen-Rechnungen zu Beginn der Bauwerksplanung berücksichtigt.

Nutzung: Erfreulicherweise hat sich in den letzten Jahren bei privaten wie öffentlichen Bauherren die Einsicht verstärkt, daß sich die Nutzung eines Bauwerks bei Erteilung des Auftrags keinesfalls für einen längeren Zeitraum genau bestimmen läßt. Was tun, beispielsweise, wenn in drei Jahren die Kapazität vergrößert werden muß, der Produktionsablauf wegen Änderung des Produkts sich verändert oder eine gänzlich andere Nutzung notwendig wird? Wohl dem Bauherrn, der dann mit Stahl gebaut hat. Denn bei einem Stahlbauwerk ist Anbauen und Umbauen und Aufstocken völlig unproblematisch, wenn notwendig, auch bei laufender Produktion möglich. Die Branchen, die seit Jahrzehnten hochflexible Waren herstellen, haben längst die entsprechenden Schlüsse gezogen: So sind die Produktionshallen der deutschen (und internationalen) Automobilindustrie beispielsweise fast ausschließlich aus Stahl gebaut. Kleinere und mittlere Bauherren müßten aus diesen jahrzehntelangen tausendfachen Erfahrungen des internationalen Automobil-Managements ihren Nutzen ziehen.

Ein aktuelles praktisches Beispiel soll das Thema Nutzung beziehungsweise Nutzungsänderung abschließen: Vor kurzem wurde bei der Wuppertaler Schwebebahn (die in mehr als 80 Jahren über 1,3 Milliarden Menschen befördert hat) ein neues Stationsgebäude eingeweiht. Eine Reihe von wichtigen Vorbedingungen waren bei Planung und Ausführung zu beachten, weil der neue Bahnhof ja in das bestehende Netz eingefügt werden mußte: Der laufende Betrieb durfte möglichst nicht beeinträchtigt werden. Das als Stahl-Fachwerkträgersystem gebaute vorhandene Gerüst sollte auch nach dem Einbau der neuen Station in seiner Tragfähigkeit, Stabilität und Flexibilität nicht negativ beeinflußt sein. Die Sicherheit für den Bahnbetrieb mußte jederzeit gewährleistet bleiben.

Alle Bedingungen konnten erfüllt werden: Das Bauwerk wurde so konzipiert, daß die Arbeiten ohne größere Betriebsstillegung der Schwebebahn ausführbar waren. Der kritische Abschnitt der Montage war, als in einer Nacht innerhalb von neun Stunden die inzwischen montierte Rohrkonstruktion die Lasten des Schwebebahngerüstes übernehmen mußte, da am nächsten Morgen der normale Betrieb wiederaufgenommen werden sollte.

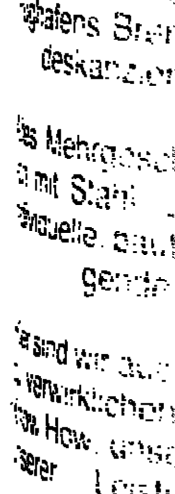
Nach Anhängung des Schwebebahngerüstes an das neue Tragwerk, Entfernen der alten Stützenstiele und Durchführung einer Probebelastung mit Verformungsmessungen konnte am nächsten Morgen der erste Zug pünktlich und sicher die Baustelle passieren. Mit Stahl ist so etwas möglich.

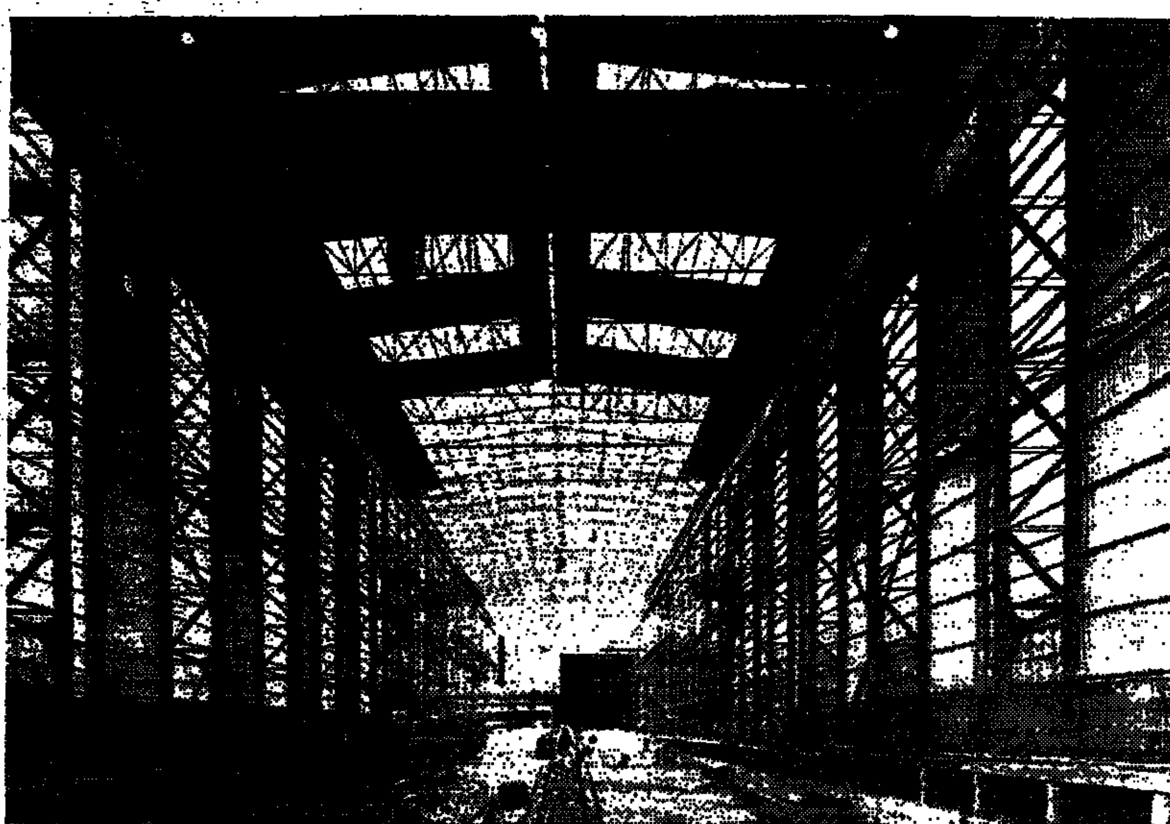
Abbau: Das Thema Abbau (beziehungsweise Abbruch) spielt bei den Kosten-Nutzen-Rechnungen im Industrie- und Hallenbau kaum eine Rolle. Sehr zu Unrecht, wie manch ein Bauherr zu seinem Leidwesen erfahren hat. Erinnert sei nur an den wohl spektakulärsten Fall der letzten Jahre, die Zerstörung des zentralen Ersatzteillagers der Ford-Werke AG in Köln. Als die Manager nach einigen Krisensitzungen Bilanz zogen, ergaben sich neben allen Schrecknissen drei positive Faktoren.

1. Die Trümmer der alten Stahlkonstruktion waren sehr einfach – das hieß vor allem: sehr schnell – wegzuräumen.
2. Der Stahlschrott brachte einen beachtlichen Betrag in die Kasse und verringerte also den Verlust.
3. Die Fundamente mit den Stahlstützen waren beim Wiederaufbau zu verwenden. Auch dadurch wurde erhebliche Zeit gewonnen. Zeit, die für den Konzern zur Existenzfrage geworden war.

Tatsächlich konnte der Aufbau des riesigen zentralen Ersatzteillagers von Ford in Rekordzeit verwirklicht werden. Schon sechs Monate nach dem Brand war der erste Bauabschnitt beendet.

Doch nicht nur für den Katastrophenfall ist das Stichwort Abbruch/Abbau/Umbau von Bedeutung. Was tun, wenn die Produktion eines Tages auf ein anderes Grundstück verlegt werden soll oder muß? Dutzende Gründe können dafür heute in Betracht kommen. Was tun, wenn eine Halle wegen einer unsicheren Situation sozusagen provisorisch errichtet war, das Geschäft sich aber stabilisierte und nun ausgebaut werden muß? In allen Fällen sollte das oberste Gebot für jeden Bauherrn lauten: Flexibilität ist Trumpf.





Der „Riese von Flensburg": 270 Meter lang, 45 Meter breit und 40 Meter hoch. FOTO: RÜTERBAU

Superlativ in Rekordzeit geschafft

Wie die modernste und größte deutsche Schiffbauhalle entstand

Im März 1982 erteilte die Flensburger Schiffbaugesellschaft den Auftrag zum Bau einer wahrhaft riesigen Halle (Länge 270, Breite 45 und Höhe 40 Meter). Da bereits bei Auftragsvergabe bekannt war, daß spätestens am 3. 1. 83 ein neues Schiff auf Kiel gelegt werden sollte, waren die Eckdaten gesetzt: Die Montage mußte in der Zeit vom 1. 9. bis 30. 11. 1982 durchgeführt werden. Eine außerordentlich knappe Zeit für eine so große und hohe Halle.

So begann die Planung im technischen Büro von Rüterbau, Langenhagen, für eine ungewöhnliche Bauaufgabe. Gemeinsam mit der Montageabteilung wurde zunächst ein Konzept erarbeitet, da hiervon wesentliche Details der technischen Planung abhingen. Es mußte zum Beispiel geklärt werden, wie der gewaltige Toraufbau, die auskragenden Kranbahnträger oder die schlanken, 45 Meter langen Dachbinder montiert werden könnten und welche Hebezüge dafür eingesetzt werden sollten. Schließlich war der Montageablauf entschieden, so daß die Konstruktionsarbeiten durchgeführt und die Fertigung der Bauteile in Angriff genommen werden konnten.

In den Sommermonaten wurden nach und nach in Zulieferbetrieben und in den Werken Langenhagen und Wietze rund 2000 Tonnen Stahlkonstruktion hergestellt und pünktlich vom 1. September an mit Lastwagen nach Flensburg transportiert.

Pünktlich übergeben

Die Montage der Halle begann mit dem Aufstellen der Stützen an der Wasserseite. Als nächstes wurde der Toraufbau in einer Größe von acht Meter Breite, acht Meter Höhe und 45 Meter Länge mit Zwischenbühne (jedoch noch ohne Dach) unten vormontiert und an einem nebligen Sonntagmorgen in 45 Meter Höhe auf den Stützenköpfen aufgesetzt.

Einige Zahlen verdeutlichen die Leistung: Es wurden insgesamt 7000 Meter Pfetten, 15 000 Meter Wandriegel und etwa 1900 Tonnen schwere und leichte Stahlkonstruktionen montiert. Dafür mußten mehr als 100 000 Schrauben fachgerecht eingebaut und verschlossert werden.

Fertigung bei Orkan

Pünktlich am 1. 12. 1982 war die Halle bis auf geringfügige Restarbeiten fertiggestellt und konnte bereits von den beiden 120-Tonnen-Hallenkranen benutzt werden, obwohl besonders in den letzten Wochen teilweise extrem schlechte Witterungsbedingungen herrschten, mit orkanartigen Stürmen und Regen, welche die Fertigstellung sehr behinderten.

Durch die pünktliche Fertigstellung dieser größten deutschen (in ihrer technischen Ausstattung modernsten europäischen) Schiffbauhalle konnte der Bauherr bereits vor dem ursprünglich geplanten Termin die ersten Schiffssektionen in dem neuen Bauwerk aufbauen.

ALOYS KITTE

Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452

Elastische Membran auf Stahlrohr

Studenten der Technischen Hochschule (TH) Hannover besichtigten kürzlich die Dachkonstruktion der neuen Eishalle im Allerpark in Wolfsburg. Experten machten den Studierenden des Instituts für Tragwerkplanung klar, daß es sich um ein außergewöhnliches Dach handelt: Die zweischalige Membrankonstruktion auf Stahlrohrträgern ist wohl einmalig in der Bundesrepublik und diente den Beteiligten auch zu Experimentierzwecken.

So hatten es sich Politiker und Verwaltung in der Volkswagenstadt gewünscht: Nicht „irgendeinen Kasten" wollten sie, sondern die besondere Form. In einer Stadt mit monotonen Industrieanlagen, so argumentierten die städtischen Auftraggeber, müsse sich besondere Freizeitarchitektur präsentieren: fließende Formen, „weiche" Materialien.

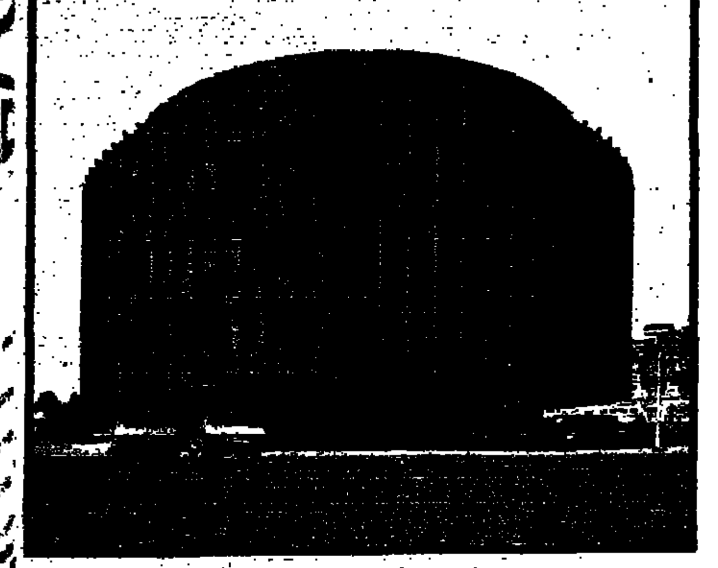
Die beauftragten Architekten antworteten mit einer gewagten Konstruktion: Auf gewaltige Stahlrohrträger haben sie ein elastisches Membrandach aufgezogen. Vergleichbar mit dem Wolfsburger Eispalast ist eigentlich nur das Dach des Münchener Olympiastadions: Auch hier eine elastische Membrankonstruktion statt fester Formen. Mittlerweile pilgern Statiker, Dachkonstrukteure und Hallenbauer in die Volkswagenstadt, um das ehrgeizige Projekt zu bestaunen.

Stolz präsentieren Architekten (Planbau, Heiligenhaus) und Stahlbaufirma (Möller, Bünde/i. W.) jetzt ihr Einzelstück. Denn, daß in einer anderen Stadt noch ein vergleichbares Projekt realisiert werden könnte, hält man beispielsweise bei den kommunalen Spitzenverbänden für zweifelhaft.

Einige technische Daten: Eislauffeld: 30 m × 60 m; größte Spannweite einschließlich Tribünenüberstand: 56 m; tragendes System: 6 Dreigurtbinder als Zweigelenkrahmen, Bindersystemhöhe: 1,60 m, Stützenlänge: max. 8,60 m, größte Rohrdimension: Ø 406,4 mm × 14,2 mm/Gurte, Einzelgewicht: max. 48 t je Binder, Gesamtgewicht: ca. 265 t, Herstellung: nach DIN 18 808.

Die Dachhaut beziehungsweise Bespannung der Binder besteht aus einer Textil-Membrane in zweischaliger Ausführung aus teflonbeschichtetem Gewebe, welches mechanisch gespannt wird. WOLFGANG B. HANN

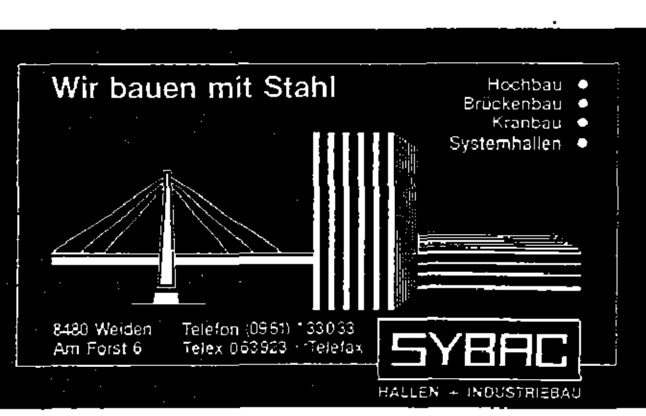













hobby magazin der technik
-ein neues Heft voll faszinierender Technik.
Jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler.
Für DM 3,80.
hobby magazin der technik
Inhalt Heft 23:
AKTUELL
ENERGIE
FORSCHUNG
SCALE-FLIEGER
EXTRA VIDEO
AUTO
FOTO
MOTORRAD
hobby magazin der technik
Nr. 23 7. 11. 1983 3,80 DM
extra: Die tollen neuen Video-Maschinen
Harley: Traum-Chopper wird perfekt
Die Geheimnisse des ZDF-Dampfers
Traumschiff
Mercedes: Ein Diesel flüstert
Foto: Eine Kamera spricht
Riesen-Modellbahn-Rätsel
Preise für über 17 000 Mark
Super-Preisausschreiben: Knacken Sie das Modellbahn-Rätsel. Preise für über DM 17.000,–


Fernseh-Programm mit Video-Service und Hörfunk komplett.
Die Glückslawine kommt mit Super-Preisen
Gewinnen Sie: Stereo-Videorecorder ● tolle HiFi-Anlagen
● Stereo-Farbfernseher und weitere Unterhaltungs-Electronic.
Das Fernsehmagazin Programm vom 19. bis 25. November 46 83
FUNK UHR
Mehr Freude am Fernsehen
Sonder-Seiten in Farbe: Das neue Programm-Schema '84
NUR 1,- DM und alles drin
1.- DM
114 Seiten
Die Paare kommen
Paola und ihr Mann Kurt Felix machen diese Woche den Anfang
Jede Woche 75 Super-Preise
Glücks-Lawine wird Millionen-
Die tolle Woche für alle Fußball-Fans

Horrortrip mit Abraam

R.K.B. – Die zweite Novelle des Boccaccio berichtet von dem streng gläubigen Juden Abraam, den sein Freund Gianotto vergeblich zu bekehren sucht. Schließlich, schon halb überzeugt, will Abraam zuerst noch den Papst und die Kardinäle in Rom studieren. Der entsetzte Gianotto ist überzeugt, daß Abraam aus Rom als Jude zurückkehren müßte, selbst wenn er schon getauft wäre. In Rom trifft Abraam denn auch keinen einzigen Kleriker, der nicht offen einem Laster frönte, Mädchen- und Knabenschändung, Freß- und Saufgelage, Ruchlosigkeiten aller Art. Aber nach der Rückkehr erklärt Abraam seinem verblüfften Freund, jetzt lasse er sich taufen. Denn die römische Kurie tue alles, aber auch alles, um den Glauben auszutreiben, aber der Glaube breite sich aus und entfalte sich immer reiner. Das könne nur der Heilige Geist bewirken.

Karlheinz Deschner, der kein gläubiger Jude, sondern ein enttäuschter Katholik ist, beschreibt in seinen Horrortrips (der letzte heißt „Ein Jahrhundert Heilsgeschichte – von 1939 bis 1978", 673 S., Kiepenheuer & Witsch, 48 Mark) nichts anderes als Boccaccios Abraam, zieht aber daraus die von Gianotto befürchteten Konsequenzen. An Schändlichem fügt er noch hinzu, daß es Militärseelsorger gibt und Pius XII. Antikommunist war. Daß das letzte Konzil den Katholiken die (unakzeptable) Kollaboration „zum besseren Aufbau der Welt" befohlen hat, weiß er nicht. Aber wenigstens weiß er noch, daß bei Leugnung eines einzigen Dogmas die ganze Dogmatik „zusammenkracht".

Da ist denn nichts mehr zu diskutieren. Schon Abraam erkannte, daß trotz der historisch wechselnden schändlichen oder törichten römischen Machenschaften die Lehre Jesu Christi unversehrt vor unseren Augen liegt und den oder jenen ermuntert, der eingeborenen Gier nach Vollkommenheit und Unsterblichkeit zu vertrauen, auf die Verheißung des Gekreuzigten und Auferstandenen hin. Mädchenschändung oder dummes Gequassel oder die Feigheit schon des ersten Petrus sind Sünden, für die wir alle einschließlich der Päpste das am Kreuz bewiesene Erbarmen Gottes nötig haben.

Genug. Die akribischen Horrorsammlungen Deschners wurden schon vor 800 Jahren von Abraam als Beweise für die Unverwüstlichkeit der Lehre beiseite gelegt.

Wo es Filmstars auf die Bühne zieht – Theaterbrief aus New York

Voltaire trägt Opernbauch

Fünfundvierzig Dollar kostet inzwischen die Karte für ein Broadway-Musical, aber den Zuschaueransturm scheint auch das nicht bremsen zu können. Über Mangel an Erfolgen braucht der Broadway derzeit jedenfalls nicht zu klagen. „La Cage aux Folles" im Palace Theater und „Cats" im „Wintergarden" sind noch immer auf Monate im voraus ausverkauft, das Gershwin-Revival „My One and Only", das manche seine Premiere im letzten Frühjahr nicht überleben sahen, ist durch glänzende Kritiken und Mundpropaganda voll auf Erfolgskurs gekommen und ebenso allabendlich ausverkauft wie „On your Toes", in dem Galina Panova inzwischen Natalia Makarova abgelöst hat.

Selbst Long-Runner wie „A Chorus Line" im Shubert-Theater, das ja inzwischen alle Rekorde geschlagen hat, oder „42nd Street" spielen weiter vor vollen Sälen – wobei letzterem sicher hilft, daß es sich durch den Tod seines Regisseurs und Choreographen am Vorabend der Premiere, des Broadway-Veteranen Gower Champion, zu einem Monument für das ganze Show-Metier stilisieren ließ. Schlecht gehen die Geschäfte zur Zeit jedenfalls nur an jenem Tikket-Kiosk am Times Square, wo sparsamere Leute auf Restkarten zum halben Preis lauern. Für die Shows, die man sehen will, ist da nichts zu machen.

Und man will wieder sehen. Zum neuen Selbstbewußtsein New Yorks, das Mayor Koch langsam hochgepäppelt hat, gehört auch der Stolz, die Theatermetropole der Welt zu sein. Gerade für den Broadway bedeutet das nach Jahren des Siechtums frischen Aufwind.

Hinzu kommt, daß der Einfluß der Kritik auf den Erfolg einer Show spürbar nachgelassen hat. Bedeutete ein Verriß früher leicht das Aus für eine Show, so entfachen die Produzenten heute angesichts ihrer riesigen Investitionen schon im Vorfeld der Premieren einen solchen Werberummel, daß man ganz einfach mit eigenen Augen sehen will, um was da so viel Wind gemacht wird, statt sich auf Presseberichte zu verlassen.

Von einer Krise am Broadway kann nur noch insoweit die Rede sein, als weiter ein Mangel an wirklich neuen Erfindungen besteht. Als Musical unserer Tage kann man neben „A Chorus Line" allenfalls „Cats" gelten lassen. „La Cage aux Folles" huldigt der Ästhetik von Alt-Musicals wie „My Fair Lady" oder „Hello Dolly", „My One and Only" verläßt sich musikalisch auf alte Gershwin-Songs, vor allem aus „Funny Face". Nostalgie zieht noch immer, die Qualität der Darbietung ist alles.

Und die ist bei dem Charmebolzen Tommy Tune und seiner Partnerin Twiggy wirklich stupend. Wie Twiggy ihrer leicht quäkigen Stimme einen Marlene-Dietrich-Manierismus von ausgesprochener Star-Qualität entlockt, lohnte allein schon den Abend. Aber in erster Linie sind Twiggy und Tune Tänzer – und das beste Tanzpaar, das der Broadway – da ist man sich einig in New York – seit Ginger Rogers und Fred Astaire gesehen hat. Wer aus dem St. James-Theater kommt, geht zehn Zentimeter über dem Boden.

Den guten Geist der musikalischen Komödie von einst versprüht auch „On your Toes" von Rodgers und Hart. Es spielt als höchste Trümpfe Choreographien von George Balanchine aus, die nach wie vor Wunder wirken. Galina Panova plaudert sie leichtfüßig dahin. Aufs bezauberndste schwerzüngig pointiert sie dagegen die Dialoge: In einem Amerikanisch, wie es ähnlich würzig sicherlich in keinem russischen Wörterbuch steht. Panova ist entzückend: eine hinreißende Komödiantin mit Zehen- wie Zungenspitze.

Das Musical findet sich zur Zeit auf doppelter Wanderschaft. Wie immer strebt es zum Broadway, gleichzeitig aber versucht es, über sich selbst hinaus zu wachsen, hinein in die Plüschunsterblichkeit der komischen Oper. Leonard Bernsteins „Candide" jedenfalls hat inzwischen Einzug gehalten in die New York City Opera, und Harold Prince hat ihm dabei die Tür sperrangelweit aufgerissen, als gelte es, „Aida" gleich zweimal synchron in Szene zu setzen. Bernsteins „Opernhaus-Version" (so nennt sich die von vielen Händen und Hirnen bewerkstelligte Neufassung der einst ironisch schlanken, Voltaire nacherzählten Geschichte), leidet freilich entsetzlich unter der ihr oktroyierten Schwerleibigkeit. Zwar versichert das Programmheft, die Opernversion zeige den musikalisch reichsten „Candide", den Bernstein sich je ausgedacht habe, aber gerade dieser Neureichtum aus dritter Hand stellt dem Stück ein Armutszeugnis aus.

Ursprünglich hatte Bernstein in „Candide" so etwas wie ein musikdramatischer Comic Strip vorgeschwebt. Einen echten strip als Vorlage hat sich nun die Komponistin Elizabeth Swados gewählt, die sich mit ihrem Kinder-Musical „Runaways" vor Jahren als eine der originellsten Komponistinnen der Szene zwischen La Mama und Broadway erwies.

In „Doonesbury", gerade aus Boston an den Broadway geholt, stützt sie sich auf Buch- und Liedtexte des Cartoonisten Garry Trudeau, des einzigen Pulitzer-Preisträgers unter den Satirikern des Zeichenstiftes. Nun singen und tanzen also die Figuren eines Polit-strips über die Bühne, die jahrelang in den Spalten der Zeitungen lachen gemacht hatten. Auf der Bühne freilich fällt ihnen das schon weit schwerer.

Lapidar wie in den Sprechblasen der Zeichner kann es nun einmal in Bühnendialogen nicht zugehen, und die Mini-Abenteuer der Comic-Strip-Helden lassen sich schwer nur zu abendfüllenden Formen strecken. „Doonesbury" bleibt eine verschrobene Lustbarkeit, zu der Miss Swados freilich wieder eine minimal music der Einfallsfülle schrieb, wie sie sich in Witz und Genauigkeit am Broadway sonst eher rar macht.

„Zorba", nach dem Roman von Nikos Kazantzakis, 1964 als Film herausgekommen, vier Jahre später als Musical, ist nun sozusagen eine Verbindung beider, denn Anthony Quinn und Lila Kedrova, die vor 18 Jahren im Film mitwirkten, verkörpern jetzt dieselben Rollen des Musicals. Das Buch wirkt nicht mehr so frisch wie ehedem, die Gesangstexte und die Musik von Fred Ebb und John Kander trotz einiger Retuschen in den Worten und der Instrumentierung nicht mehr so faszinierend. Zudem ist der praktisch ohne Musical-Erfahrung für die Regie verpflichtete Michael Cacoyannis zwar der richtige Mann für den Film gewesen, aber am Theater bleibt er ganz am Äußerlichen hängen, so daß er mehr eine Inszenierung als eine durchdachte Regie ablieferte. Ein Glück, daß Quinn da ist, um der Titelfigur den Reiz seiner Persönlichkeit zu verleihen. Daß er keine Singstimme hat, nimmt der Darstellung nichts von ihrer Eindringlichkeit, denn er vermag mit den geringsten Mitteln das Liebenswerte der Titelfigur herauszuarbeiten.

Ein Seitenblick zur Sprechbühne: Immer nur Theaterstück geblieben und nun schon zum drittenmal herausgekommen ist David Mamets „American Buffalo", das meistgespielte Stück des jungen Chicagoer Autors, das bei seinem Ersterscheinen einen stärkeren Eindruck hinterlassen hatte als jetzt. Daß es überhaupt wieder gegeben wird, ist der Tatsache zu verdanken, daß Al Pacino – also auch hier der Einbruch des Films ins Theater – die Rolle des kleinen Ganoven Teach liebgewonnen hat und sie, nachdem er sie vor zwei Jahren Off-Broadway spielte, sich nun damit auch dem Broadway-Publikum zeigen wollte.

EUGENE HENRY TIEGEL



Alles gerät ihm zum hermetischen Stilleben: „Ölbild" von Wolfgang Lettl. Aus der Münchner Ausstellung FOTO: KATALOG

München stellt den Maler Wolfgang Lettl vor

Erinnerung an Giorgio

„Beim Malen", so der in Augsburg geborene und dort lebende Wolfgang Lettl (Jahrgang 1919), „beim Malen versuche ich, aus dem Unter- und Unbewußten Bilder hervorzuholen und gültig zu gestalten. Deswegen ist Malen für mich nicht Darstellung eines vorgestellten Motivs, sondern Entdeckung einer unbekannten Welt ... Die Deutung gelingt mir manchmal lange nach Fertigstellung der Bilder."

Die Münchner Galerie Rutzmoser widmet diesem Künstler jetzt eine Ausstellung mit rund 70 Werken, die zwischen 1975 und 1983 entstanden, zum Teil mit den dazugehörigen Ölskizzen. Lettl montiert Träume, Phantasien, Hoffnungen und Erfahrungen wie Fundstücke seiner Innenwelt zusammen. Auf seiner Staffelei gerät ihm alles zum hermetischen Stilleben. Lettl ist ein Maler für einen kleinen Zirkel von Kennern.

Wie einem Chirico-Tableau entsprungen – nicht umsonst ist eines seiner Bilder „Erinnerung an Giorgio" betitelt –, dehnen sich auch in seinem Werk die menschenleeren Straßen und Plätze aus. Alles ist mit harten Schnitten ineinandergefügt. Lettls Bilder lassen Einsamkeit spüren, auch leise Trauer. Die Straßen und Plätze sind nicht zu betreten, sind ein sehr künstliches Gefüge, wie von fernen Horizonten nach vorne geschoben. Die statuarische Unveränderlichkeit wird durch einen Abendhimmel betont, der in diesem Werk immer dunkel, kalt und leer bleibt.

Doch während Lettls Vorbild Chirico die Plätze seiner Heimat Norditaliens darstellt, ist der Augsburger Künstler in seinem Schaffen auf Paris fixiert. Hier traf er erstmals auf die Surrealisten, die ihn fortan fesselten und sein Werk beeinflussen. All seine Phantasien rückt der Künstler Lettl fast einsilbig ins Bild, ohne Koketterien, ohne selbstgefällige Artistik. Es sind klare und knappe Szenen, bravourös ineinandergesetzt, die gegenseitig immer die Balance wahren. Das ist überhaupt das Frappierende, egal wieviel geheimnisumwobene Versatzstücke auftauchen, der Aufbau dieser Bilder bleibt klassisch, harmonisch.

Seinen Gestalten mit ihrer irritierenden Passivität rückt der Künstler mitunter mit ungewöhnlichen Mitteln zu Leibe. Da wird bei der Figur eines Mannes ein Viertel des Oberkörpers minutiös versetzt, ausgeklinkt, nach oben verschoben. Der „verirrte Briefträger" bahnt sich mühsam seinen Weg in einem engen Raum, dessen Boden mit Ohrmuscheln bedeckt ist. Zu allem Überfluß hängt an der Wand ein weiteres gigantisches Ohr. Denn was bei Dali die weichen Uhren sind, sind bei Lettl die Ohrmuscheln.

Lettl betreibt seine Malereien nicht nur tiefernst, mitunter bietet er wie ein echter, gestandener Bayer auch Bilderwitz und Bildunsinn. Da schaukeln auf frühen Bildern auf tiefgrünen und tiefblauen Meereswogen geöffnete Regenschirme, deren Griffe nach oben staken, oder rote Signalfahnen öffnen sich zu einer poetischen Provokation. Denn entgegen dem allgemeinen surrealistischen Credo vom schockierenden Zusammentreffen völlig unvereinbarer Gegenstände begegnen sich in der Lettlschen Bildwelt diese disparaten Dinge eher mit Ironie: Stierköpfe vor dem Pinienhain, eine kopfstehende Männerdelegation, der Torso einer Frau auf einer Tonne und baumelnde Birnen am Himmel. Mitunter enden die Bilder mit vertrauten Silhouetten, dann grüßen die alten Meister von ferne.

Faszinierend zu betrachten sind diese melancholieträchtigen, herben Bildergleichnisse von einem, der die Umwelt in sich hinein- und durch sich hindurchfließen läßt. So entstehen Abbilder von privaten Stimmungen, eingehüllt in eine frische, tonige Farbigkeit, die sich auf einer reichen Farbpalette aus Rot, Blau, Grün, Gelb und Schwarz entfaltet. Denn kraftvoll malen kann dieser Künstler (bis 19. November).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Autoren bekräftigen Ruf nach Rücktritt

DW. Berlin

Eine Reihe von Autoren, die Mitglieder des VS sind, hat die Forderung nach Rücktritt des VS-Vorsitzenden Engelmann bekräftigt. Sie fühlten sich, schreiben sie in einem gestern veröffentlichten Brief, „durch Bernt Engelmann nicht mehr vertreten", da dieser Mann „Zensuren verteilt und Denkverbote ausspricht". Die Unterzeichner sind u. a.: Reinhard Baumgart, Horst Bingel, Hans Ch. Buch, Hugo Dittberner, Walter Helmut Fritz, Jürgen Fuchs, Günter Grass, Ulla Hahn, Ludwig Harig, Edgar Hilsenrath, Urs Jaeggi, Karl-Heinz Jakobs, Anna Jonas, Yaak Karsunke, Sarah Kirsch, Siegfried Lenz, Benno Meyer-Wehlack, Ulf Miehe, Karin Reschke, Johannes Schenk, Peter Schneider, Klaus Stiller, Karin Struck, Jürgen Theobaldy und Guntram Vesper.

Unbekannte Briefe Schillers entdeckt

AP. Berlin

Zwei bislang unbekannte Briefe, die wahrscheinlich aus der Feder Friedrich Schillers stammen, sind in einer Bibliothek der rumänischen Stadt Blaj entdeckt worden. Die Schriftstücke waren als Verstärkung unter das Deckblatt eines in Leipzig gedruckten Buches geklebt worden und sind zum Vorschein gekommen, nachdem sich das morsche Blatt gelöst hat. Die Echtheit der Dokumente wollen die nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar prüfen.

105 Filme bei den Friedberger Filmtagen

dpa, Frankfurt

Zu den 10. „Tagen des internationalen religiösen Films" in Friedberg sind 105 Filme aus acht Ländern eingesandt worden. Die Filme werden auf dem einzigen Festival, das sich ausschließlich der religiösen Thematik widmet, vom 21. bis zum 25. November von einer Fachjury und von den Zuschauern bewertet. Den fünf besten Amateur- und professionellen Filmen winken Förderpreise, der erste Preis beträgt in beiden Sparten 1001 Mark.

Wettbewerb für Streichquartette

DW. Colmar

Den 17. Internationalen Kammermusikensemble-Wettbewerb für Streichquartette veranstaltet die Stadt Colmar im Elsaß vom 15. bis 17. April 1984. Neben Geldpreisen zwischen 6000 und 30 000 Franc werden Sonderpreise und Diplome vergeben. Für den ersten Preisträger sind auch Engagements für Konzert- und Rundfunkaufnahmen vorgesehen. Einschreibung bis zum 15. Januar und Auskunft erfolgen über das Office de Tourisme, 4 rue d'Unterlinden, F-6800 Colmar.

„Tage alter Musik" der Flöte gewidmet

DW. Herne

Die Herner Tage alter Musik (1. bis 4. Dezember) sind diesmal der Flöte gewidmet. In einer Konzertreihe werden unter anderem das Collegium aureum Werke von Hörmann, Corrette und Telemann spielen, Mitglieder der „Petite Bande" Werke von Couperin und Marais und das Baroque Brass of London Bläsermusik aus Renaissance und Barock. Außerdem wird im Schloß Strünkede bis zum 8. Januar eine Ausstellung „Das Mysterium des Pan – Flöten aus aller Welt" zu sehen sein, die in Zusammenarbeit mit den Musikinstrumentenmuseen von Brüssel, Antwerpen, Paris, Berlin u. a. zusammengestellt wurde. Die Konzerte finden in enger Zusammenarbeit mit dem WDR statt.

Paris: Kagels „Mündlicher Verrat" uraufgeführt

Des Teufels Balalaika

Im Auftrag des Pariser Herbstfestivals hat Mauricio Kagel „La Trahison Orale/Der mündliche Verrat" über Teufelsglauben, Magie und Exorzismus für das Ensemble „Musique vivante" komponiert, das im Pariser Théâtre Chaillot und anschließend noch in Nizza en suite gegeben wird – die unterhaltsamen Qualitäten des Stücks lassen um den Erfolg nicht bangen. Kagel komponierte in diesem Fall französische Sprache, französische Komödie.

„Der Teufel" spielt nicht nur bekanntlich Balalaika, sondern beschäftigt auch die Neue Musik ungemein, wie man in Donaueschingen bei „Kathinkas Gesang oder Luzifers Requiem" von Karlheinz Stockhausen erfahren konnte. Der Teufel als lebendige Gestalt wird bei Kagel eingefangen, wie er sich in Märchen, Legenden und Sprichwörtern darstellt, jedem Volke ein bißchen mit anderen Nuancen, und zur Idee des Stückes gehört, daß es in jedem Land anders aufgeführt werden kann: mit anderen Erzählchens, Sprüchen und szenisch illustriertem Aberglauben. Oder auch offiziellem Kirchenglauben und dem, was er über Existenz und Wirkung des Teufels besagt?

Kagel zieht die Grenze nicht so scharf und läßt immer wieder das eine in dem anderen spiegeln und aufgehen, läßt den Zuhörer fragen, über wen der Teufel denn mehr Macht habe: über die Besessenen oder die Exorzisten. Es ist schwer auszumachen, auf welcher Seite der Autor steht – Kagel wäre nicht Kagel, wenn er sich irgendeinen szenischen Effekt in Verbindung mit der Teufelsgestalt entgehen ließe. Und da greift er in zweierlei Hinsicht spezifisch französische Rezepte auf. Da wäre nämlich auch die Tendenz zu einer hochentwickelten Komik der unbelebten Gegenstände (als Stichwort seien die Filme Jacques Tatis hier genannt), etwa die alberne Würde einer meterlangen Stoffdraperie, das barocke Pathos zweckentfremdeten Kultgeschirrs.

Dies alles berührt sich natürlich mit früheren, phantastischen Bildungen Kagels aus der Tier- und Menschenwelt; Volksglauben und -poesie werden so unbarmherzig behandelt wie das deutsche Kunstlied seinerzeit in seiner Liederoper „Aus Deutschland", wie Fragmente aus Gounod und Liszts Mephistowalzer. Musikalisch zeigt aber auch dieses Werk den bei Kagel immer mehr bemerkbaren Zug zur Gelassenheit. Auf viele denkbare Satire und Deformation ist verzichtet.

Musikalisch gewinnt das Stück seine stärksten Reize aus einer bewußt werdenden, da bewußt gemachten französischen Komödiensprüche. Es ist ein oraler Verrat, der hier an der Neuen Musik geschieht: die der Sammlung „Les Evangiles du Diable" von Claude Gaignebet entnommenen Texte werden gesprochen und gemimt, so wie man in Frankreich Molière spielt: in heftiger Deklamation und überzogener Komik, plakativ und übermütig. Diese Art und Sprache, instrumental natürlich untermalt und kommentiert, rückt eigentlich in den Mittelpunkt des musikalischen Geschehens, ihre Melosbögen, Affekte und Effekte werden zum musikalischen Material, ihre Masken werden zur Klangfarbe. Man lauscht gebannt nicht so sehr darauf, was, sondern wie hier gesprochen wird.

Nur: ob man dieses Vergnügen in eine deutsche Version bruchlos mit hinübernehmen könnte, daran läßt sich zweifeln, da es an einer vergleichbaren traditionellen Sprachebene fehlt. Es sei denn, Kagel instrumentierte in dieser Weise Goethes „Faust" ...

DETLEF GOJOWY



Komponiert jetzt französische Komödiensprüche: Mauricio Kagel FOTO: CAMILLO FISCHER

Turner-Ausstellung im Pariser Grand Palais

Das Licht selber malen

Eines großen Erfolges kann die Pariser Turner-Ausstellung sicher sein; nicht etwa, weil „dieses originalste Genie der gesamten englischen Malerei", wie man im Katalog liest, hier umfassender als je zuvor vorgestellt wird, sondern viel eher, weil die nostalgische Welle heutzutage immer weitere Kreise zieht und dieser Künstler ihr so weit entgegenkommt. Denn der Romantiker J. M. W. Turner (1775–1851) war nicht nur ein Maler, sondern auch ein Literat und Poet.

Tumulthafte Ereignisse aus fernen Zeiten und Plätzen, wie sie ihn lokken, beflügeln auch die Phantasie des fernsehgenährten Laien. Die Besucher können daran teilnehmen, wie extravagante Szenen aus Religion, Geschichte, Mythologie und Geographie im Rahmen gewaltiger Naturkatastrophen berichtet werden: die Sintflut, die fünfte Plage Ägyptens, Lavine in Graubünden, das Schlachtfeld von Waterloo, Brand des Parlamentsgebäudes, vieles mehr. – In Ermangelung von Turners langen Kommentaren, die er mit ausstellte, muß der voluminöse Katalog aushelfen, um den Sinn und die Moral seiner Gedanken herauszufinden; sie kreisen immer wieder um zerstörungsfreudige Naturgewalten.

In Natur ist alles eingebettet. Deshalb schließt er sich, zumal in seinen Anfängen, der europäischen Landschaftstradition Claude Lorrains, Poussins, Ruysdaels, Robert Wilsons u. a. an und ersetzt ihre barocken Kontraste von Licht und Schatten immer stärker durch wirkungsvolle, überraschende Effekte. Das fleckenartige, ungeformte Licht des Himmels nimmt mit den Jahren immer mehr Raum im Bilde ein, es wird zum eigentlichen Träger des dramatischen Ausdrucks, denn er wollte das Licht selber malen, unabhängig von den Dingen, auf die es ausstrahlt, wie schon 1857 ein Kritiker bemerkte. Andere Zeitgenossen bewunderten oder verdammten diese „Mystik des Lichtes" und die Auflösung der Materie, sahen den Künstler zwischen Wahnwitz und Erhabenheit zerrissen.

Eine Schaffenszeit von einem halben Jahrhundert war nötig, um Turner von seinen eklektischen Anfängen zur Erfüllung seiner traumhaften Vision zu führen. Regelmäßige Reisen auf den Kontinent verhelfen ihm zu einer Synthese, bei der topographische Richtigkeit am Boden mit formloser Tonbewegung im Himmel sich verbinden. Wer denkt nicht an Wagners Musikdrama und seine theatralischen Effekte? Mit den Jahren und immer verfeinerter Technik löst sich die Welt der soliden Formen ganz auf, um dem „gefärbten Dampf" Platz zu machen. Die verzauberte Wirklichkeit fand im victorianischen England nicht zuviel Verständnis. Erst Ruskin gelingt es, diesen Künstler zu einer geheiligten Figur nordischer Phantasie und Weltanschauung zu erheben.

Wenn die Pariser Ausstellung im Grand Palais neben nur 79 Ölbildern 178 Aquarelle vorführt, so tut sie unserem modernen Auge den größten Gefallen, sie befreit diesen Künstler, den Entdecker neuer Lichtphänomene, von der Verpackung romantischer „Poesie" und „erhabener" Ideen. In den Aquarellen hat Turner sein Bestes und Wichtigstes gegeben. Sie sind nicht nur die Grundlage, sondern dem Wesen seiner Kunst das am besten entsprechende Mittel. Zehntausend Aquarelle haben sich in seinem Nachlaß gefunden; sie zeigen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, wie er sich immer weiter von der gegenständlichen „Richtigkeit" entfernt.

Aus der englischen Technik der Watercolourists, die Farben noch naß ineinanderlaufen lassen, zieht er die höchsten Triumphe, aber der Aufstieg ist langsam und schwierig. Nicht vor der Rheinreise, 1817, bringt der 42jährige Künstler „reine" Farbskizzen nach Hause. Und von da an geht es Schlag auf Schlag aufwärts: Die Sonne erscheint nicht mehr als Quelle der Klarheit, sondern als Sitz von Farbwellen, das Vibrieren der Farbe wird lebhaft, ein magisches Funkeln durchzuckt den Bildraum. Im Alter von fast 70 Jahren fegt er in den Venedig-Bildern seine Palette ganz rein. Verglichen mit früheren Werken erscheinen sie abstrakt, unvollendet, ein moderner Action painter könnte hier einen Vorfahren begrüßen.

Künstlerisch gesehen ist Turner also als ein kühner Aquarellist zu werten, der sich befleißigte, seine spezifische Fleckensicht auch auf die Ölmalerei zu übertragen, der malerisch die besten Resultate erzielte, wenn er sich nur seinen Träumen vom farbigen Licht überließ. Je weniger Figuren in seinen Bildern erscheinen, je unvollendeter sie aussehen, um so besser können wir auch ihnen gerecht werden (bis 16. Januar 1984, Katalog: 110 F. F.).

KLAUS BERGER

Jean-Luc Godard ins Amerikanische übersetzt – J. McBrides Film „Atemlos"

Auch Elvis Presley stand hier Pate

Eigentlich gar kein so übler Film. Es ist eine Menge los. Autoverfolgungsjagden und eine Ballerei gibt es. Schöne junge Menschen tummeln sich nackt und dekorativ auf dem Laken. Die große Liebe gibt es zu besichtigen, die doch so ganz ohne Chance ist, weil die Verfolger schon auf den Fersen sind und beide Partner auch ganz verschiedene Vorstellungen über die Zukunft haben – so überhaupt. Stets sind Tempo und Action angesagt, der Film macht seinem Namen durchaus alle Ehre. Auch die Musik reißt mit. Herz, was willst du mehr? Dennoch verläßt man das Kino in mäkeliger Stimmung.

Denn „Atemlos" klingt nicht per Zufall so oder ähnlich wie „Außer Atem". Jim McBride hat ein Remake oder eine Hommage auf Jean-Luc Godards Nouvelle-vague-Klassiker aus dem Jahre 1959 im Sinn gehabt. Aber, wie es sich zeigt, hat er von dem Vorbild nichts, aber auch rein gar nichts verstanden. Godards Film war seinerzeit ein Tribut an den klassischen Gangsterfilm Hollywoods, der jedoch dessen Mythen durchsichtig machte: Belmondo als Gangster benahm sich so, wie man es von einem Kinogangster erwarten durfte. Und das traditionelle Erzählmoment wurde immer wieder durch Godards Collagetechnik aufgebrochen.

McBrides großer Irrtum ist es, die Geschichte für das Wichtigste zu halten. Damit kehrt er genau zu dem Vorgang des Narrativen zurück, der für Godard so belanglos war. Was also heißt: In „Außer Atem" schmeißt sich ein französischer Gangster an eine amerikanische Studentin in Paris heran, in „Atemlos" tut das ein amerikanischer Gangster bei einer französischen Studentin in Los Angeles. Das weitere kennt man: Polizistenmord, Verfolgungsjagd, Euphorie, Enttäuschung, Verzweiflung, Verrat, Tod auf der Straße. Insofern stimmt die Entsprechung schon. Aber mehr auch nicht.

Godards Film ist zum Klassiker geworden, weil er das Lebensgefühl einer ganzen Generation ausdrückte. Weil er in seiner kühnen Formensprache dem Film neue Bahnen wies. McBrides „Atemlos" aber ist ein bloßes Abstauberprodukt. Er hebt Godards Metapher auf den Kommerzfilm durch seine kühl berechnete Kommerzialität wieder auf. Und man ist fast sicher, daß die Berufung auf Godard nur deshalb erfolgte, um Aufmerksamkeit zu erregen – und sei es nur in der Gestalt von Verrissen. Kenntnis von Filmgeschichte wird selbstgefällig ausgebreitet, angereichert von einer Fülle weiterer Zitate, von denen die meisten gar nicht zum Thema passen.

Bleibt hinzuzufügen, daß die beiden Hauptdarsteller keinen Vergleich mit dem (jungen) Belmondo und mit Jean Seberg aushalten. War Belmondo damals der lakonische Typ, der den Kopf voll Humphrey Bogart hatte, präsentiert sich Richard Gere als aufgeregte Mischung zwischen Elvis Presley und James Dean, von einer so enervierenden Selbstsicherheit, daß er einem bald gleichgültig bis unsympathisch wird. Und Valerie Kaprisky als Jean-Seberg-Nachfolgerin hat zwar (auch sichtbar) mehr Oberweite zu bieten als ihr Vorbild, ist aber gleichermaßen uninteressant. Bei ihr ist Kühle, Skepsis, Distanz zum Leben und zu den Gefühlen durch bloßes Karrieredenken abgelöst. „Atemlos" ist halt ein Film aus dem Amerika der achtziger Jahre.

SVEN HANSEN



Dramatische Bilder – wie hier vom Deutschen Eck – haben unweigerlich das Versprechen von der „schnellen und unbürokratischen Hilfe" zur Folge. Die Menschen an Rhein und Mosel wissen nach drei Hochwasserkatastrophen, was sie davon zu halten haben. FOTO: AP

„Schnelle Hilfe" blieb im Schlamm der Mosel stecken

Von WALTER H. RUEB

Tagelang kämpften die Menschen an Rhein und Mosel zur Jahreswende, im April und dann noch einmal im Mai 1983 gegen die Fluten. Das Hochwasser richtete jedesmal verheerende Schäden an. Unter dem Eindruck des Jahrhunderthochwassers und der großen Schlagzeilen versprach die rheinland-pfälzische Landesregierung in Mainz schnelle und unbürokratische Hilfe. Ein halbes Jahr nach der letzten Heimsuchung aber sind viele Hochwassergeschädigte enttäuscht und verbittert, denn zumindest die finanzielle Hilfe kam weder schnell noch unbürokratisch.

Der selbst hochwassergeschädigte Hotelier und führende FDP-Kommunalpolitiker Karl-Heinz Saffenreuther von der Kreisstelle Cochem-Zell im Bezirksverband Rheinland-Hessen-Nassau des Hotel- und Gastgewerbes schimpft: „Die Versprechungen der Landesregierung waren reine Augenwischerei. Die Bearbeitung der Anträge hat monatelang gedauert und war alles andere als unbürokratisch. Eine siebenköpfige Kommission zog von Haus zu Haus. Ich selbst und die überwältigende Mehrheit der Geschädigten hatten erst gar keine Anträge gestellt. Wer jedoch einen Antrag stellte, leistete damit praktisch den Offenbarungseid."

Tatsächlich mußten Antragsteller auf „Gewährung einer staatlichen Finanzhilfe für erlittene Elementarschäden am gewerblichen Betrieb" Angaben über Umsätze und Gewinne in den letzten zwei Jahren, über Finanzlage, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie eine drohende Betriebsstillegung machen. Schließlich wurde auch noch das Einverständnis für Erkundigungen beim zuständigen Finanzamt verlangt. Unter Paragraph 6 hieß es im Antragsformular: „... Ich versichere... durch den erlittenen Schaden in eine außergewöhnliche Notlage geraten zu sein, die ich nach meiner Einkommens- und Vermögenslage weder aus eigenen Mitteln noch durch Aufnahme eines Bankkredits in absehbarer Zeit beseitigen kann."

Ein Sprecher der Landesregierung in Mainz rechtfertigt die Strenge so: „Die öffentliche Hilfe soll keine Hochwasser-Versicherung sein... Der Bürger muß am Hochwasser-Risiko mittragen ... Immerhin hat die Landesregierung in 470 Fällen Hilfe geleistet und insgesamt 2 602 750 Mark ausgegeben. Zuschüsse gab es für privat Geschädigte, für gewerbliche Unternehmen und für landwirtschaftliche Betriebe. In 15 Fällen wurden an gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe Darlehen in einer Gesamthöhe von 543 500 Mark gezahlt. Es war die bisher größte staatliche Hilfsaktion in Rheinland-Pfalz."

Tausende von Anträgen wurden abgelehnt, weil die Schäden unter 3000 Mark lagen, die Antragsfristen versäumt wurden oder keine außergewöhnliche Notlage gegeben war. Kein einziger Winzer erhielt eine Finanzhilfe. Die Schadenskommission hatte zwar zahlreiche Anträge befürwortet, doch diese wurden alle abgelehnt. Begründung: Weinberge gehören in höhere Lagen und Keller müssen geräumt, gesichert oder mit Pumpen ausgestattet sein.

In einem offenen Brief an Ministerpräsident Bernhard Vogel brachte der Zeller Textilkaufmann Pitt Piacenza die Meinung vieler Bewohner des Moseltals zum Ausdruck: „... Es spottet jeder Beschreibung, wie die schwer geplagte Bevölkerung in den Hochwassergebieten regiert wird... Wollen Sie uns ganz untergehen lassen? Dann sagen Sie uns das bitte, dann wandern wir aus ..."

Die Apothekerin Ursula Graven gehörte nicht zum Kreis der mit einem Zuschuß bedachten Antragsteller. Sie hatte vor vier Jahren in Ediger für 600 000 Mark ein Haus gekauft, es total umgebaut und darin die weit und breit einzige Apotheke eingerichtet. Das Hochwasser richtete in dem unter Dekmalschutz gestellten Fachwerkhaus aus dem 17. Jahrhundert schwere Schäden an. „Viele traten erst lange nach Ablauf der Antragsfrist auf", stellte Ursula Graven fest. „Im Labor rosten jetzt die teuren Geräte, überall gibt es Schimmelpilz, der Putz bröckelt von den Wänden, das Holz ist vezogen und keine einzige Türe läßt sich noch schließen ..." Doch der Bescheid der Prüfungskommission lautete: keine existentielle Gefahr.

Günther Propst, der in einem kleinen Ort 20 Kilometer von Cochem ein Kaufhaus besitzt und dort die Versorgung der Dorfbevölkerung fast allein sicherstellt, beziffert seinen materiellen Schaden auf rund 10 000, die Umsatz-Einbuße auf mindestens 20 000 Mark. „Ich habe keinen Antrag gestellt", verrät er. „Dabei stand das Wasser im Kaufhaus fast zwei Meter hoch ... Ich kann den Schaden tragen, aber ich fordere einen besseren Hochwasser-Warndienst. Das wäre so gut wie eine Versicherung."

Voller Empörung äußert sich in Zell auch Margarete Münster. Die Wirtin des Hotels „Zum grünen Kranz" stellte Hilfsanträge an Stadt, Industrie- und Handelskammer sowie an das Land. Alle wurden abgelehnt. „Zweimal gingen sämtliche Glastüren zu Bruch", klagt sie. „Die Marmortreppen wurden durch Schlamm und Dreck in Mitleidenschaft gezogen, die Heizungen in Alt- und Neubau sind am Rosten, und die Küche ist kaputt ... Am Jahreswechsel mußten wir wegen Hochwasser drei Tage schließen, zu Ostern und Ende Mai jeweils zehn Tage."

Die Hoffnung auf einen baldigen Hochwasserschutz in Zell wird wohl sobald nicht erfüllt werden. 23mal wurde die Weinmetropole in den letzten zehn Jahren überflutet, die Sehnsucht nach Sicherheit ist groß, doch das Gerangel um die Verteilung der Kosten für den Bau eines Dammes stimmt die Bürger nicht gerade optimistisch. Ein Geschäftsmamnn empört sich über die ausgebliebene Hilfe des Landes: „Wieder einmal wurden die Tüchtigen bestraft. Sie müssen die Hochwasser-Schäden selbst tragen. Zuschüsse erhielten nur Bankrotteure und Hasardeure ..."

Überraschend gut kommen zwischen Trier und Koblenz im Zusammenhang mit der Hochwasser-Entschädigung lediglich die Finanzämter, aber auch Industrie- und Handelskammern sowie Einzelhandelsverbände weg. Letztere stundeten die Jahresbeiträge ihrer Mitglieder, die Finanzämter gewährten zinslose Stundungen und Aussetzungen von Zahlungen, vielfach wurden Sonderabschreibungen bewilligt und sogar Vollstreckungen aufgeschoben. Und dies alles, obwohl das entlang der Mosel bekannte Wort auch den Finanzbeamten bekannt sein dürfte, das da lautet: „Wo kein Hochwasser hinkommt, ist auch kein Geschäft zu machen."

Diejenigen, die an der Mosel mit einem Antrag Erfolg hatten und ein paar tausend Mark Zuschuß erhielten, hüten ihr Geheimnis. Darunter sind 262 privat Geschädigte, vor allem Rentner und Sozialhilfeempfänger. An gewerbliche Unternehmen flossen nur in 118 Fällen Zuschüsse. In Bernkastel-Kues und Zell beispielsweise an einen Einzelhändler sowie einen Café-Besitzer, die nachweisen konnten, daß sie sich in schwierigen Erbauseinandersetzungen befinden. „Der Zuschuß sei ihnen gegönnt", sagt ein Angehöriger der Kreisverwaltung Cochem. „Tod ist schließlich schlimmer als Hochwasser."

Bei einer der größten Weinkellereien an der Mosel kämpft man bis heute gegen die Folgen der Jahrhundert-Flut: in der Landenbergschen Schloß-Kellerei in Ediger umhüllt getrockneter Moselschlamm noch immer eine Viertelmillion Flaschen mit einer hellen, harten Kruste. „Zwei Männer putzen seit Monaten Flaschen", erzählt Baronin Nelly von Landenberg. Die Elektroanlagen wurden im ehemals Kurfürstlich Trierischen Hofhaus durch das Hochwasser zerstört, Buntglasfenster verloren Farbe und Glanz, Parkettböden sind seither farblos und stumpf. Öffentliche Hilfe? Die Baronin lächelt: „Wir haben keinen Antrag gestellt. Wir blicken in die Zukunft und hoffen auf gute Weinernten."

150 Tote bei Absturz in Angola

dpa, Luanda

Beim Absturz einer angolanischen Verkehrsmaschine sind kurz nach dem Start in der südangolanischen Stadt Lubango alle 150 Insassen ums Leben gekommen. Nach Berichten der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug aus Angola handelt es sich bei den Opfern vorwiegend um angolanische Rekruten. Die Maschine der staatlichen angolanischen Fluggesellschaft „TAAG" war aus bisher unbekannten Gründen rund eineinhalb Minuten nach dem Start kurz hinter der Startbahn abgestürzt. Die Boeing 737 befand sich auf einem regulären Inlandsflug nach Luanda. Laut Tanjug sollen sich keine Ausländer unter den Opfern befinden. Ein Anschlag der in der Region operierenden prowestlichen „Unita"-Guerrillas sei nicht auszuschließen, hieß es.

Grenze erreicht?

dpa, Hamburg

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Preise für Hotelübernachtungen offenbar an eine Obergrenze gestoßen. Dies geht aus dem jetzt erschienenen „VIF-Reiseführer 1984" hervor. Nach dieser Übersicht liegt die Preisobergrenze – von wenigen Luxusherbergen in Großstädten und Kurorten abgesehen – bei 200 Mark für ein Einzelzimmer und 300 Mark für ein Doppelzimmer.

Belohnungs-Rekord

AP, Hartford

500 000 Dollar (rund 1,3 Millionen Mark), die größte jemals in den USA ausgesetzte Belohnung, will die Wells Fargo Bank für Hinweise bezahlen, die zur Ergreifung eines eigenen Angestellten führen. Der Geldtransportbegleiter soll in Hartford (US-Bundesstaat Connecticut) einen Wagen der Firma mit sieben Millionen Dollar an Bord gestohlen haben.

Känguruh-Prozeß eröffnet

der. Mainz

Sieben Fleischhändler und ein Veterinär stehen seit gestern in Mainz wegen Betruges und umfangreicher Verstöße gegen das Lebensmittelrecht vor Gericht. Es geht um rund 3500 Tonnen Fleisch aus aller Welt, das über die Einfuhrstelle Trier teils falsch deklariert, teils verdorben importiert wurde. So wurde z. B. Känguruhfleisch als Rind-, Wild- oder sogenanntes Verarbeitungsfleisch zu überhöhten Preisen eingeschleust.

Quallen im Atomkraftwerk

SAD, Neu-Delhi

Indiens ganz von einheimischen Wissenschaftlern und Technikern entworfenes und gebautes Atomkraftwerk Alpakkam bei Madras mußte jetzt abgeschaltet werden, weil Quallen in die Kühlanlage geraten waren.

Lebkuchen verbrannt

dpa, Nürnberg

Ein Feuer in einer Nürnberger Lebkuchenfabrik hat in der Nacht zum Mittwoch eine Millionen Mark Sachschaden angerichtet. 400 Schichtarbeiter konnten sich unverletzt ins Freie retten.

Donau trocknet aus

K. P. Wien

Die Donauschiffahrt steht knapp vor der Einstellung. Wenn der niedrigste Wasserstand seit 10 Jahren noch um weitere 20 Zentimeter sinkt, ist der zweitgrößte Strom Europas nicht mehr schiffbar. Die Frachtschiffe können nunmehr mit 30 Prozent ihrer Ladekapazität fahren. In den österreichischen Donauhäfen stauen sich derzeit Dutzende vollbeladener Frachtkonvois aus vielen Ländern.

Warnung vor einer Verteufelung des Kreißsaals

11. Deutscher Kongreß für perinatale Medizin in Berlin

JOCHEN AUMILLER, München

Noch immer sterben in der Bundesrepublik mehr Säuglinge als bei unseren Nachbarn. Wie Professor Erich Saling zur Eröffnung des 11. Deutschen Kongresses für perinatale Medizin in Berlin kritisierte, steht die Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich an 13. Stelle. Die Todesrate liegt bei 10,9 Sterbefällen pro tausend Geburten.

Im Vergleich dazu liegen die Niederlande bei 8,1 und Schweden gar bei 6,8 Sterbefällen. Saling geht davon aus, daß es durchaus möglich sei, auch in Deutschland die Rate auf fünf Sterbefälle zu senken.

In den letzten Jahren habe sich die Situation zwar deutlich verbessert, ein Grund zum Jubeln sei dies freilich noch keineswegs. Saling forderte die räumliche Zusammenführung von Geburtshilfe und Neugeborenenvorsorge, ein Problem, das von den Länderministern gelöst werden müsse.

Einen Rückschlag befürchtet der Berliner Pionier der perinatalen Medizin durch die immer lauter propagierten Hausgeburten. Damit werde der Fortschritt leichtfertig aufs Spiel gesetzt, den die moderne Geburtshilfe in den letzten Jahren erarbeitet habe.

Die Hausgeburt gilt heute als die „natürliche, humane" Form der Geburt, im Gegensatz zur Klinikgeburt, an der sowohl die Inhumanität einer „Gebärfabrik", als auch die Überladung mit Medizintechnik kritisiert wird. So simpel ist es allerdings nicht: hier natürlich, also gut, und dort technisch, also schlecht.

Der bekannte Münchener Gynäkologe Professor Josef Zander, Direktor der ersten Universitätsfrauenklinik, hat das derzeitige ideologische Dilemma der Geburtshilfe beschworen: „Es besteht die Gefahr, daß Geburtshilfe zu einem Tummelplatz kritiklos übernommener Behauptungen und Meinungen wird und daß schließlich modische Strömungen ihren Einzug in die Kreißsäle halten. Überspitzte, kritiklose Behauptungen und Vorstellungen in der Geburtshilfe können im Endeffekt zu einer fatalen Hoffnungslosigkeit führen, deren Überwindung wiederum der größten ärztlichen Bemühungen bedarf."

Wissenschaftlich gilt es heute als erwiesen, daß die Hausgeburt mit erhöhten Risiken für Mutter und Kind verbunden ist. Geburten ohne den Sicherheitsstandard der Klinik sind heute, so Saling, „sehr gewagt". Dies würden zahlreiche Todesfälle bei Hausgeburten beweisen, die mit modernen Methoden hätten vermieden werden können.

Saling: „Akteure einer blindwütigen Verteufelung moderner Geburtshilfe schütten im wahren Wortsinn das Kind mit dem Bade aus."

LEUTE HEUTE

Bo als BB?

Bo Derek (27, Foto) soll **Brigitte Bardot** spielen. Das wünscht sich die Hollywood-Fernsehproduzentin **Linda Yellen**, *die im kommenden Frühjahr* im Auftrag der Fernsehgesellschaft C.B.S. die Lebensgeschichte



der Bardot auf Amerikas Bildschirm bringt. Bo Derek wurde von dem TV-Projekt ebenso überrascht wie Brigitte Bardot. Aber gedreht wird auf jeden Fall. Ein Sprecher der Produzentin: Wenn Bo nicht will, starten wir eine aufwendige Suche nach einem neuen Star."

Anklage gegen Prinz

Prinz Viktor Emanuel von Savoyen muß sich nun vermutlich doch vor Gericht verantworten. Dem Sohn des letzten italienischen Königs wird vorgeworfen, den 19jährigen deutschen Schüler Dirk Her getötet zu haben. Der Kassationsgerichtshof in Paris hat einen Einspruch des Prinzen gegen die in Bastia (Korsika) erhobene Anklage zurückgewiesen. Her war 1978 auf einer italienischen Jacht in einem korsischen Hafen von einem Schuß aus dem Gewehr des Prinzen getroffen worden und Wochen später in einer Klinik in Heidelberg gestorben.

„Jeanne d'Arc" und „Madame le capitaine" stechen mit 500 Mann in See

Der erste weibliche Offizier in der Geschichte der französischen Marine

A. GRAF KAGENECK, Paris

Sie stellt sich schlicht und korrekt als „Kapitänleutnant" vor und ist Adjutant des Schiffskommandanten. Aber die mehr als 500 Seekadetten, Matrosen und Seeoffiziere der „Jeanne d'Arc", des traditionellen Schulschiffez der französischen Kriegsmarine, nennen sie „Kapitän", als sei sie, und nicht der Kapitän zur See, Pierre Bonnot, der „Pascha" des supermodernen Hubschrauberträgers, wie in der französischen Kriegsmarine immer noch ein Schiffskapitän heißt. Dominique Roux, 34 Jahre alt, ist die erste Frau, die seit Schaffung der französischen Kriegsmarine unter Colbert auf einem Kriegsschiff ein Kommando ausübt und damit eine Sensation für eine der ältesten Marinen der Welt. „Ich bin der lebende Beweis dafür, daß die französische Marine nicht weiberfeindlich ist", sagte die kesse kleine Dame auf dem Quai in Brest am Abend des Tages, an dem die „Jeanne" zu ihrer jährlichen sechsmonatigen Schulreise um den Atlantik aufbrach. Aber philosophisch fügte sie hinzu: „Meine Kollegen tun sich auch ein bißchen schwer mit mir, ich mich aber nicht mit ihnen."

Daß Dominique Roux als höhere Charge auf dem Schiff anheuern konnte, hat sie dem sozialistischen Verteidigungsminister Charles Hernu zu verdanken. Der tut seit Monaten sehr viel mehr als alle seine Vorgänger und alles, um Frauen in die Armee zu bekommen. Das schwache Geschlecht soll immer mehr Verantwortung bis zur Entscheidung über den Waffeneinsatz, bis zur Führung von Flugzeugen, Hubschraubern und Kriegsschiffen erhalten.

Er nennt das „die Einbringung von weiblichem Personal in die militärische Gemeinschaft" und deutet damit die beinahe religiösen Schranken an, die bisher zwischen den beiden Geschlechtern im Waffenhandwerk bestanden. 1983 warf Hernu das gesamte Reglement um und verfügte, daß Frauen künftig in der Armee die Plätze von Männern einnehmen können. Sie sollen ferner nur noch nach ihren militärischen Eigenschaften genau wie ein Mann beurteilt werden. Alle kriegerischen Betätigungen sind ihnen offen mit Ausnahme der Ausübung des „Nahkampfes". Damit geht Frankreich wesentlich weiter als alle anderen westlichen Armeen.



Schlägt hohe Wellen: Kapitänleutnant Dominique Roux. FOTO: DPA

Ursprünglich wollte Dominique Roux, Tochter eines Ingenieurs aus Paris, Moderedakteurin bei einer Pariser Modezeitschrift werden. Zeitweise versuchte sie sich auch als Designerin. Erst als ihr Bruder, angehender Ingenieur-Student, seinen Militärdienst bei der Kriegsmarine absolvierte und von dort als begeisterter Reserveseeoffizier zurückkehrte, ließ sie sich für die See begeistern. Zunächst mußte sie sich auf Segelbooten, und Schiffkutter beschränken, bis sie 1975 den Absprung zur Kriegsmarine schaffte. Jahrelang diente sie hier allerdings in den Büros des Pariser Ministeriums, bis sie nach den Verfügungen Hernus auf einem Schiff unterkommen konnte.

„Die sechs Monate allein als Frau auf einem Schiff unter lauter Männern werden hart werden. Und der Gedanke, daß während dieser Zeit mein Pyjama mein einziges ziviles Kostüm sein wird, macht die Sache auch nicht eben leichter", sagte sie zu einem Reporter des Pariser „Figaro". Aber am Abend ihrer Abreise trat sie äußerst selbstbewußt im französischen Fernsehen auf und ließ sich von Millionen Landsleuten als den ersten authentischen weiblichen Seeoffizier der „Königlichen" bewundern, wie die Franzosen stolz ihre Kriegsmarine nennen.

ZU GUTER LETZT

„Thomas Noguchi ist der Mann, zu dem viele Stars und Prominente erst kamen, wenn ihr Leben erloschen war." „Hörzu" über Amerikas berühmtesten Gerichtsmediziner.

WETTER: Neblig, im Westen sonnig

Wetterlage: Ein Hoch über Osteuropa schwächt sich nur allmählich ab. Im Tagesverlauf greift eine Kaltfront auf den Norden Deutschlands über.

Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: In den Kammlagen oberhalb 600 Meter und im Westen Deutschlands sonnig und trocken, Höchsttemperaturen 12 bis 17 Grad. In den übrigen Gebieten verbreitet Nebel und Hochnebel, der sich nur gelegentlich auflöst, höchste Temperaturen hier nur um 8 Grad und nachts in Gefrierpunktnähe, sonst um 5 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Norden wolkig, aber nebelfrei und merklich kühler, im Westen zunehmend neblig und kühler als bisher, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	23°
Bonn	13°	Kopenh.	8°
Dresden	10°	Las Palmas	25°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	3°	Madrid	16°
Hamburg	12°	Mailand	11°
List/Sylt	13°	Mallorca	22°
München	3°	Moskau	7°
Stuttgart	7°	Nizza	19°
Algier	24°	Oslo	7°
Amsterdam	13°	Paris	16°
Athen	16°	Prag	4°
Barcelona	20°	Rom	16°
Brüssel	14°	Stockholm	4°
Budapest	5°	Tel Aviv	26°
Bukarest	11°	Tunis	21°
Helsinki	4°	Wien	5°
Istanbul	15°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.32 Uhr, Untergang: 16.40 Uhr, **Mondaufgang:** 13.46 Uhr, Untergang 21.56 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit Unterdruck über den Atlantik

Der französische Meeresforscher Cousteau erfand einen neuen Schiffsantrieb

J. LEIBEL, Paris

Kommandant Cousteau, weltbekannter französischer Meeresforscher, hat die Nase voll. Der 73jährige ist unzufrieden mit seinem revolutionären Segelschiff „Windmühle", mit dem er zur Zeit den Atlantik überquert. „Auf diesen Seelenverkäufer steige ich nie wieder", rief der weißhaarige Forscher gestern, als er von Bord seines Schiffes über Satelliten eine Pressekonferenz für Journalisten in Paris gab.

System funktioniert, aber das Schiff taugt nicht

Zusammen mit fünf Besatzungsmitgliedern hatte Cousteau vor einem Monat an Bord des Katamarans „Windmühle" den Hafen von Tanger verlassen, um mit seinem von ihm entwickelten „Turbo-Segel" New York anzulaufen. Das „Turbo-Segel" ist ein 13,5 Meter hoher Metall-Zylinder, der durch eine eingebaute Turbine einen Unterdruck schafft und das Schiff damit buchstäblich vom Wind ziehen läßt.

„Mein Unterdruck-System funktioniert hervorragend", sagte Cousteau bei der Satelliten-Pressekonferenz, „aber das Schiff selbst ist wirklich nicht für eine Atlantik-Überquerung geeignet. Sowie mein ‚Turbo-Segel' für ein bißchen Geschwindigkeit sorgt, schlagen die beiden Rümpfe aufs Wasser wie ein Stück Holz gegen eine Betonmauer."

Cousteau hatte den Katamaran im vergangenen Jahr in England gekauft, ein Motorboot, das Touristen an der Küste entlangfuhr. „Für ein besseres Schiff hatten wir damals kein Geld", sagte Cousteau. Kurz vor den Bermudas geriet die „Windmühle" in einen Orkan und wurde schwer beschädigt. „Unser automatischer Pilot fiel aus, die Spitze des Zylinders fiel auf den Schiffsrumpf, ein Öltank stürzte von Bord, und die Verankerung meines ‚Tubo-Segels' lockerte sich", sagte Cousteau.

Einige Schäden wurden von der Mannschaft sofort behoben, die übrigen Havarien sollen morgen bei einem Stopp auf den Bermudas repariert werden. In etwa zehn Tagen will Cousteau – mit „großem Bahnhof" – in den Hafen von New York einlaufen. „Die Rückreise allerdings trete ich auf diesem Seelenverkäufer nicht an. Da nehme ich das Flugzeug. Wir hatten einfach nicht das richtige Schiff für mein System."

Das „Turbo-Segel" soll Energie sparen helfen

Nach der erfolgreichen Atlantik-Überquerung mit dem Niederdruck-Zylinder will die französische Regierung im kommenden Jahr einen Frachter der französischen Handelsmarine mit dem von Cousteau entwickelten „Turbo-Segel" ausrüsten. Der Zylinder soll als eine Art Hilfssegel, zusätzlich zu den konventionellen Schiffsmaschinen, dienen. Kommandant Cousteau und die französischen Experten glauben, daß ein Frachter mit Hilfe des „Turbo-Segels" bis zu 40 Prozent seines Ölverbrauchs einspart.

„Taschengeld" vom Fiskus

H. WEISSENBERGER, Paris

Einer der prominentesten Kommunisten Frankreichs, Jean-Baptiste Doumeng (63), genannt der „rote Milliardär", erhielt von der sozialistisch-kommunistischen Regierung in Paris ein wahrhaft königliches Geschenk. Die Generaldirektion der Finanzen erließ dem mehrfachen Milliardär eine Steuernachzahlung von rund 16 Millionen Franc (fünf Millionen Mark), wie die satirische Wochenzeitschrift „Le Canard Enchaîné" gestern enthüllte.

Doumeng hatte für die Jahre 1973 bis 1976 ein persönliches Einkommen von nur 480 000 Franc (damals etwa 200 000 Mark) angegeben. Die Steuerfahndung stellte bei einer langwierigen Überprüfung jedoch fest, daß Doumeng in dieser Zeit mindestens 18 Millionen Franc persönliches Einkommen hatte.

Der Milliardär erhob Einspruch gegen die Feststellungen der Steuerfahnder, doch in drei Instanzen bestätigten die Finanzbehörden die Ergebnisse der Fahndung und stellten ihm eine „Rechnung" von 18 Millionen Franc an Nachzahlungen und Steuerstrafen aus. Doumeng zog vor das Verwaltungsgericht. „Wie durch ein Wunder", so der „Canard Enchaîné", entschied die Generaldirektion der Finanzen noch vor der Gerichtsverhandlung, Doumeng 16 der 18 Millionen Franc zu erlassen.

Doumeng, dessen Firma „Interagra" Milliardengeschäfte vor allem mit den Ostblockländern wie die Ausfuhr von Überschußbutter der EG in die Sowjetunion tätigt, argumentierte unter anderem, ein Teil der strittigen Einnahmen rühre von dem Verkauf von Gold her, das er in den Jahren vor 1973 und 1976 erstanden und in der fraglichen Zeit verkauft habe. Nicht zuletzt, um derartige „Geschäfte", eine der Lieblingsausreden ertappter Steuersünder in Frankreich, unmöglich zu machen, verfügte die sozialistisch-kommunistische Regierung 1981 die Aufhebung der Anonymität bei Goldkäufen und -verkäufen.

Doumeng, der im südwestfranzösischen Dorf Noe geboren ist und dort noch einen Bauernhof besitzt, jubiliert, seit er Anfang Oktober den Brief der Generaldirektion der Finanzen erhielt. „Jetzt brauche ich nur noch ein paar lächerliche Millionen zu bezahlen", erklärte er. Im Dezember 1982 hatte Doumeng in einer Fernsehsendung lachend gesagt: „Ach, wissen Sie, eine Milliarde alte Franc (drei Millionen Mark) sind für mich doch nur Taschengeld."